



Bundeskriminalamt

*Matenia Sirseloudi und Sybille Reinke de Buitrago*

# **Konfrontative Feindbilder und ihre Entstehungsbedingungen**

Eine empirische Analyse entlang der Konfliktlinien „links- versus rechts-extremistisch“ sowie „muslimfeindlich versus militant salafistisch“

## Herausgeber

Bundeskriminalamt  
Kriminalistisches Institut

Die Studie wurde im Auftrag der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt erstellt. Die hier wiedergegebene Meinung entspricht nicht unbedingt der Ansicht des Bundeskriminalamtes.

## Autoren

**Matenia Sirseldoudi** arbeitet als Soziologin am Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPoS) an der Bremer Hochschule für Öffentliche Verwaltung. Nach einem Studium in Augsburg und London, schrieb Sie ihre Dissertation zu Frühwarnsystemen für Gewaltkonflikte und forschte seitdem weitreichend zu politischer Gewalt, Früherkennung und Prävention von Gewalteskalationen, Terrorismus und Radikalisierung, Dschihadismus und Islamismus. Sie hat mehrere Forschungsprojekte in diesen Bereichen geleitet und ist Mitglied von Expertennetzwerken wie European Expert Network on Terrorism (EENeT) und Radicalisation Awareness Network (RAN) und hat u.a. in *Defense & Security Analysis* sowie *Terrorism and Political Violence* publiziert.

**Sybille Reinke de Buitrago** ist Researcher am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg sowie am Institut für Theologie und Frieden in Hamburg. In ihrer Dissertation hat sie aus konstruktivistischer Perspektive die Bedrohungswahrnehmungen in der deutschen und amerikanischen Sicherheitspolitik untersucht. Sie beschäftigt sich mit Fragen von Identität, Wahrnehmung und Diskurs in der Politik und den Internationalen Beziehungen. Sie hat u.a. in *Asian Politics & Policy*, *Global Affairs*, *Journal of Strategic Security* und *Journal of Terrorism Research* veröffentlicht.

Alle Rechte vorbehalten

©2016 Bundeskriminalamt

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, ist ohne Zustimmung des Urhebers unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Der Herausgeber und die Autoren gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Herausgeber noch die Autoren übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Managementfassung .....</b>	<b>6</b>
<b>Vorwort.....</b>	<b>15</b>
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>23</b>
<b>2. Zum Forschungsstand .....</b>	<b>33</b>
<b>3. Methodik und Material .....</b>	<b>37</b>
3.1 Methodik der qualitativen Analyse des sozialzeitlichen Hintergrundes.....	37
3.2 Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse von Szenediskursen.....	41
<b>4. Analyse sozialzeitlicher Entwicklungen.....</b>	<b>43</b>
4.1 Theoretische Einbettung .....	43
4.2 Materialauswahl und Codierung.....	46
4.3 Ergebnisse der Analyse .....	49
4.3.1 Überfremdung, Integration, Migration, Asyl.....	52
4.3.2 Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Ausländer.....	55
4.3.3 Islam und Muslime in Deutschland.....	57
4.3.4 Soziale Verunsicherung, Existenz- und Zukunftsängste, Arbeitslosigkeit.....	60
4.3.5 Politische Gewalt, Demokratische Werte, die deutsche Rechtsordnung .....	63
4.3.6 Wirtschaftsstandort Deutschland, Fachkräfte, Rentensystem .....	67
4.3.7 Unterschiede zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen .....	68
4.4 Zusammenfassung.....	70
<b>5. Feind- und Selbstbildanalysen in radikalen Szenediskursen.....</b>	<b>71</b>
5.1 Der Szenediskurs der Antifa/Autonomen .....	75
5.1.1 Bezüge zur sozialzeitlichen Entwicklung.....	77
5.1.2 Feindbild und Selbstbild der Antifa/Autonomen .....	81
5.1.3 Gewaltaufrufe und ihre Rechtfertigung.....	85
5.1.4 Zusammenfassung .....	89
5.2 Der Szenediskurs der Anti-Antifa .....	91
5.2.1 Bezüge zu sozialzeitlichen Entwicklungen .....	95
5.2.2 Feindbilder und Selbstbilder der Anti-Antifa .....	97
5.2.3 Gewaltaufrufe und ihre Rechtfertigung.....	100
5.2.4 Zusammenfassung .....	105
5.3 Der Szenediskurs der Muslimfeinde .....	108
5.3.1 Bezüge zur sozialzeitlichen Entwicklung.....	111
5.3.2 Feindbilder und Selbstbilder der Muslimfeinde .....	112
5.3.3 Gewaltaufrufe und ihre Rechtfertigung.....	119

5.3.4 Zusammenfassung .....	119
5.4 Der Szenediskurs der militanten Salafisten .....	120
5.4.1 Bezüge zwischen sozialzeitlichen Entwicklungen .....	123
5.4.2 Feindbilder und Selbstbilder der militanten Salafisten .....	125
5.4.3 Gewaltaufrufe und ihre Rechtfertigung.....	129
5.4.4 Zusammenfassung .....	130
<b>6. Zusammenführung .....</b>	<b>132</b>
<b>Literatur.....</b>	<b>139</b>
<b>Anhang.....</b>	<b>152</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Ablaufmodell induktiver Kategorienbildung .....	36
Abb. 2: Deduktive Kategorien in der Analyse der sozialzeitlichen Entwicklung .....	47
Abb. 3: Induktive Kategorien in der Analyse der sozialzeitlichen Entwicklung .....	49
Abb. 4: Sozialzeitliche Hauptereignisse und Kernthemen .....	50

## Anhang

I. Quellen zum linksautonomen / Antifa-Diskurs .....	153
II. Quellen zum Anti-Antifa-Diskurs .....	156
III. Quellen zum muslimfeindlichen Diskurs .....	159
IV. Quellen zum Militanten Salafismus / dschihadistischen Diskurs .....	161

## Managementfassung

Die vorliegende Studie befasst sich mit Feindbildern und Gewaltbegründungen in den Diskursen solcher Gruppen, die in der jüngeren Vergangenheit in Deutschland in sogenannte Konfrontationsgewalt einbezogen waren. Mit dem Begriff der „politisch motivierten Konfrontationsgewalt“ werden in der Forschung verfestigte Muster politischer Gewalt bezeichnet, wonach aufeinander bezogene Gruppen anlässlich von Kundgebungen oder Demonstrationen Gewalt gegenüber Personen oder Sachen ausüben. In der Regel sind von dieser Gewalt auch eingesetzte Polizeikräfte betroffen.

Ziel dieser im Auftrag des BKA durchgeführten Studie war es, die Muster der Feindbilder und Selbstbilder der daran beteiligten Milieus sowie ihre Gewaltbegründungen näher zu bestimmen. Die Studie zeichnet dazu zunächst den Forschungsstand nach und legt ihre Methoden und ihr Untersuchungsmaterial offen. Darauf folgt die eigentliche Darstellung der Untersuchung. Diese bestand aus zwei Schritten: Zunächst galt es, die Leitthemen aus der Sozialisationszeit der heute an Konfrontationsgewalt beteiligten Gruppen näher zu bestimmen. Dazu wurden die zentralen Themen der Leitmedien Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung und BILD-Zeitung für den Zeitraum von 1994 bis 2012 herausgearbeitet, um prüfen zu können, welche dieser Themen für die Diskurse der an Konfrontationsgewalt beteiligten Gruppen bedeutsam geworden sind.

In einem zweiten Untersuchungsschritt wurden die Diskurse dieser Gruppen näher auf ihre Feind- und Selbstbildkonstruktionen untersucht. Wie stellen diese ihre Gegner dar? Wie definieren sie sich selbst? Geben sie für die Ausübung politischer Gewalt Begründungen? Welche Themen aus ihrer Sozialisationszeit spielen dabei eine Rolle? Das Material für diese Analyse entstammte öffentlich zugänglichen Quellen (Internetvideos, Redentexte, Publikationen, etc.) und szenetypischen Medien, wie etwa Szenemagazinen und Musikvideos.

Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich so zusammenfassen: In beiden Konfliktlinien nehmen die konfrontativ einander gegenüberstehenden radikalen Gruppen Bezug aufeinander und konstituieren dadurch auch ihr jeweiliges Selbstbild. Sie nehmen auch alle Leitthemen der gesellschaftlichen Debatte seit den 1990er Jahren auf. Obwohl Gewalt durchgehend als defensive Strategie bezeichnet wird, gibt es durchaus Unterschiede in der Art der Gewaltlegitimation und in der Intensität der propagierten Gewalt gegenüber dem vermeintlichen Feind.

Bei der Analyse der Leitthemen in der Sozialisationszeit (1994-2012) der heute in Konfrontationsgewalt involvierten Gruppen, stellte sich heraus, dass der öffentliche Diskurs in dieser Zeit stark geprägt war von sozialer Verunsicherung, und diffusen Ängsten, die vor allem mit der gesellschaftlichen Situation und den Herausforderungen nach der deutschen Wiedervereinigung zu tun hatten. Weitere Leitthemen dieser Zeit waren das Gefühl sozialer Verunsicherung, Arbeits- und Perspek-

tivlosigkeit im Zuge des „Sozialabbaus“, die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland sowie den Fragen nach möglicher Überfremdung, Zuwanderung und der Rolle des Islams und der von ihm vermittelten Werte in Deutschland.

Die konkrete schwierige sozio-politische Situation dieser Übergangsphase, vor allem in Ostdeutschland, als auch das Ende der Ära einer ideologisch gefestigten bipolaren Weltordnung, die Einführung des Euro und die EU-Osterweiterung, haben sich stark auf die Konstituierung der Konfliktlinie „Rechts- versus Linksradikal“ ausgewirkt. Während im linken Spektrum, mit der Wiedervereinigung, die Angst vor einem Wiedererstarken eines „faschistischen Großdeutschland“ wiederbelebt wurde und in den rechtsextrem-motivierten Gewaltwellen der frühen 1990er Jahre sich auch bestätigt sah, besann man sich im rechtsextremen Spektrum auf in der DDR eingefrorene Ideologiestränge und Ressentiments, die in der nun freiheitlich konstituierten Gesellschaftsordnung offen kommuniziert wurden. Hierbei sind die Angst vor Überfremdung und später auch die Ablehnung des Islams Leitthemen des öffentlichen Diskurses, die im rechtsextremistischen Milieu verstärkt aufgegriffen wurden. Diese fanden in den westdeutschen rechtsextremen Strukturen Verbündete. Insbesondere die Ablehnung des Islams ist dabei zu einem Kernthema eines neuen Milieus der Konfrontationsgewalt geworden, das sich in der sogenannten Pro-Bewegung manifestierte.

Neben diesen innergesellschaftlichen Entwicklungen, die in verschiedener Weise von radikalen Akteuren gewaltlegitimierend interpretiert wurden, führten externe Ereignisse, wie der mit Flüchtlingsbewegungen einhergehende Jugoslawienkonflikt oder aber die Anschläge des 11. September 2001 zur Neukontextualisierung der innergesellschaftlichen Pluralität unter dem Banner der „Furcht vor Überfremdung und Islamisierung“. Diese Diskussion hatte sich bereits an der Planung prominenter Moscheebauten entfacht und fand nun in einem kleinen, sich – dem frühen Vorbild ihres Religionsbegründers nacheifernd – neu konstituierenden, radikal-salafistischen Gegendiskurs das relevante Feindbild.

Der zunächst sich primär um soziale Abstiegs- und Existenzängste, soziale Verunsicherung und Arbeitslosigkeit entfaltende öffentliche Diskurs, der mit einer Neu-Kontextualisierung rechtsextremer Gewalt und deren fremdenfeindlicher Motivation einherging, bekam mit den Anschlägen des 11. September 2001 eine neue Wendung. Diese Anschläge und die von da ab stärker wahrgenommene Bedrohung, die von dschihadistisch motivierten Gruppierungen ausging, brachten Themen wie den Islam, Integration und Fremdenfeindlichkeit in den Vordergrund. Erst mit dem Einsetzen der Finanzkrise fand wieder eine Diversifizierung (auch eine unübersichtliche Vermengung) der Themen statt und eine „Rückkehr“ zur Problematisierung sozialer Ungleichheit und ihrer Folgen. Die übergeordneten Topoi, Verunsicherung und Zukunftsangst, ausgehend vor sozialen-ökonomischen oder vor sozio-kulturellen Veränderungen und wahrgenommenen Gefahren, bestimmen aber weiterhin den Grundtenor der ausgewählten Leitmedien und damit weitgehend auch

der deutschen Öffentlichkeit.

Der zweite Teil der Untersuchung, der sich Feind- und Selbstbildern sowie Gewaltlegitimierungen widmete, kam zu folgenden Ergebnissen:

Der breitere gesellschaftliche Diskurs wird in den szeneeigenen Diskursen nur in Teilen aufgegriffen. Während die radikalen Bewegungen sich als Vertreter und Fürsprecher des Volkes, bzw. bestimmter Bevölkerungsteile positionieren, werden der Staat und seine Leitmedien zumeist als Gegner konstruiert, der die feindliche Bewegung schützt, oder gar selbst inszeniert und trägt. Hinzu kommen eng an die gegnerischen Feindbilder gekoppelte Selbstbilder. Alle untersuchten Milieus und Gruppen sehen sich selbst in einer Werte verteidigenden Position, die sich gegen äußere Angriffe schützen muss, weil staatliche Stellen ihrer Schutzfunktion nicht nachkommen oder ihnen gar Parteilichkeit zugeschrieben wird. In den Diskursen spielen die Ereignisse der Konfrontationsgewalt selbst eine zentrale Rolle – die hier stattfindende Gewalt dient den Gruppen als Beleg für die Notwendigkeit der gewaltsamen Gegenwehr.

Gewaltbegründend für die erste Konfliktlinie – links- versus rechtsradikal – wirkt vor allem die gegenseitige Selbstbestätigung, die auf weitreichende historische Zusammenhänge verweisen kann. Gewalt wird auf beiden Seiten durchweg als defensive Strategie gerahmt, wobei der Bezugsrahmen einmal das deutsche Volk und einmal die multikulturelle Verfassung und Bevölkerung Deutschlands ist, die jeweils – vom Staat verraten – verteidigt werden müssen. Trotz Ähnlichkeiten in der Feind- und Selbstbildkonstruktion bestehen hier weitreichende Asymmetrien in Bezug auf die Gewaltakzeptanz. Während Gewalt im Rechtsextremismus für Vitalität und Männlichkeit steht, wird in der autonomen Antifa Gewalt primär als strategisch einzusetzendes instrumentelles Mittel zum Zweck aufgefasst, aber historisch mit Bezug auf den Nationalsozialismus überhöht.

Die zweite Konfliktlinie ist wesentlich jüngerer Datums und wurde erst nach den Anschlägen des 11. September 2001 an den breiteren gesellschaftlichen Diskurs geknüpft. Während der muslimfeindliche Diskurs durchaus auf gesamtgesellschaftlich relevante Topoi, wie Überfremdungsängste und Sicherheitsaspekte, aber auch Frauenemanzipation und Freiheitsdiskurs verweist, ist die radikal-islamistische Argumentation in deutschen Leitmedien nicht repräsentiert. Das Feindbild der radikalen Salafisten ist eingebettet in ein religiös begründetes Kriegsnarrativ, das auf innergesellschaftliche Konflikte übertragen wird. Die Feinde werden durchweg als Aggressoren und Provokateure dargestellt, gegen die defensive Gewalt (im Sinne der Verteidigung des Glaubens) erlaubt ist. Durch die Sakralisierung des Feindbildes (ähnlich auch des Selbstbildes durch die Figur des Märtyrers) erfährt der Kampf gegen die vermeintlichen Aggressoren eine Überhöhung, die einerseits die Avantgarde-Funktion der Radikalen hervorhebt, andererseits aber auch schnelle intensive Gewalteskalationen provozieren kann.

Jenseits dieser Befunde lassen sich übergreifende Ergebnisse dieses zweiten Untersuchungsschritts festhalten:



- *Selbstbild der Überlegenheit:* In jedem der untersuchten Milieus gibt es ein Selbstbild der eigenen Überlegenheit. Das eigene Verhalten ist „smart“. Die eigene Gemeinschaft wird als die moralisch und kulturell wertvollere und von außen bedrohte angesehen. Das eigene Milieu agiert deshalb als Verteidiger einer größeren Einheit.
- *Abwertende Feindbilder:* In allen betrachteten Diskursen lassen sich außerdem starke Abwertungen der „Feinde“ beobachten, die in der Regel pauschalisierend bezeichnet und bewertet werden. Die Gegner gelten als moralisch unterlegen, zeigen eine moralisch verwerfliche Lebensführung und sind von sich aus gewalttätig. Die identifizierten Feinde gelten in einigen der untersuchten Diskurse als rechtlose Fremde und nicht als Teil der gleichen moralischen Gemeinschaft.
- *Selbstverteidigung als Gewaltlegitimierung:* In den Diskursen findet sich durchweg die Legitimierung der Ausübung physischer Gewalt durch die Figur der Selbstverteidigung. Weil staatliche Organe durchweg als „Helfer“ der Gegenseite aufgefasst werden, erscheint die eigene Gewalt als „Schutz“ als einzige Option. Diese Gewalt ist dabei immer Teil eines größeren Narrativs, einer Erzählung, mit der die Bedrohung geschildert und die eigene Gewalt legitimiert wird.
- *Identitätsstiftende Konfrontationsgewalt:* In allen vier betrachteten Diskursen kommen Erfahrungen und Ereignisse der Konfrontationsgewalt zentral und häufig vor. Sie sind ganz offensichtlich für das Selbstbild konstitutiv. Die geschilderte Dramatik und der eigene Aktionismus im „Kampf“ dienen der Stilisierung der eigenen Gruppe. Die Gewalt der Gegenseite ist dabei immer Beleg für die ihr zugeschriebenen Eigenschaften.
- *„Der Staat“ als Helfer des Feindes:* Staatliche Organe, besonders die Polizei, werden dabei immer als „Helfer“ oder Schutzmacht der jeweiligen Gegenseite aufgefasst und sind deshalb Teil des Feindbildes mit seinen diffusen Rändern („das System“).
- *Reduzierte Argumentation:* In allen Diskursen finden sich Argumentationsmuster, wie sie für verfestigte Konflikte typisch sind: die Aneinanderreihung von Einzelfällen, Behauptungen ohne Beleg und Prüfung, allgemeine Unterstellung negativer Absichten, Stereotypisierung von Gruppen und zweigeteilte Weltbilder.
- *Unterschiede der „Internationalität“:* Sowohl zwischen den gegnerischen Milieus einer Konfliktlinie, wie auch zwischen beiden Konfliktlinien lassen sich starke Unterschiede in internationalen Bezügen erkennen. Die rechtsextremistische „Anti-Antifa“ ist durch ihren ext-

remen nationalistischen Standpunkt am wenigsten international verbunden. Ihr Gegner, die linksautonome „Antifa“ kann dagegen die gesamte Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und der linken Internationalismen als Bezugspunkte nutzen. Im Milieu der „Muslimfeinde“ findet sich eine Internationalisierung insofern, als dort gesamteuropäisch rezipierte Bezugsintellektuelle für den Diskurs wichtig scheinen und „befreundete“ rechtspopulistische Parteien aus anderen europäischen Ländern angeführt werden. Der militante Salafismus betrachtet sich ohnehin als eine transnationale Bewegung.

- *Unterschiede in der Nähe zu politischen Durchschnittshaltungen:* Wie die sozialzeitliche Analyse zeigte, ist der Diskurs der Muslimfeinde, der aus „europäischem“ Diskurs heraus argumentiert, offenbar am dichtesten an den politischen Thematisierungen der bürgerlichen politischen Mitte in Deutschland. Dies gilt, trotz seiner an Figuren des Antisemitismus erinnernde Vorstellungen globaler Verschwörungen von Muslimen und politischen Eliten und der verdinglichenden Vorstellung einer extrem varianten Religion, als eine totalitäre Ideologie („der Islam“). Die in ihm zum Ausdruck kommenden Ängste decken sich mit den Thematisierungen in der sozialzeitlichen Analyse: Angst vor Überfremdung, das Bedürfnis nach Sicherheit und die Bewahrung von vermeintlich bedrohten Freiheiten.

Die demgegenüber vom politischen Diskurs in Deutschland am weitesten entfernte Position wird von den militanten Salafisten eingenommen. Ihre Argumentation ist in den deutschen Leitmedien nicht präsent. Viele ihrer Symboliken erscheinen fremd: ein Feindbild, das in ein religiös begründetes Kriegsnarrativ eingebettet ist; die Überhöhung durch Sakralisierung des Feindes und der eigenen Rolle als Märtyrer.

Wenn es um adäquate präventive Maßnahmen im Bereich Konfrontationsgewalt geht, so gilt es ihre verschiedenen Wirkzeiten, lang-, mittel- und kurzfristig zu berücksichtigen (Sirseloudi 2014a:201). Diese lassen sich auch unter die in der allgemeinen Prävention üblichen Bereiche primäre, sekundäre und tertiäre Prävention subsummieren. Dabei ist jeder Präventionszeitraum mit dem Instrumentarium unterschiedlicher Akteure verbunden. Während lang- und mittelfristig wirkende Prävention in den Händen zivilgesellschaftlicher Akteure liegen sollte, sind für die kurzfristig wirkenden präventiven Instrumentarien zumeist eher staatliche Sicherheitsorgane zuständig. Um nicht-intendierte kontraproduktive Folgen zu vermeiden, sollten diese unterschiedlichen Maßnahmen in holistischen Konzepten, in die unterschiedliche Akteure und Präventionsprojekte integriert sind, zusammengeführt werden. So wird es derzeit z. B. im Bereich der Radikalisierung hin zu gewaltbereitem islamistisch motiviertem Extremismus in kommunalen Präventionsnetzwerken umgesetzt.

Mit primärer Prävention verbindet man Maßnahmen, die in erster Linie erwünschte Haltungen bestärken. Angesprochen werden Gesamtgruppen, auf die keine besonderen Risikofaktoren zutref-

fen, z.B. in schulischen Kontexten. Die Maßnahmen sollten im Sinne einer Gewaltprävention, z. B. die Förderung und Stärkung der sprachlichen Leistungsfähigkeit zum Ziel haben, auf soziale Kompetenzen und das Ertragen von Unklarheit zielen, um den radikalen Freund-Feind-Narrativen entgegenzuwirken. Sie beinhalten v. a. strukturelle Maßnahmen, wie politische Bildung, Empathietrainings oder multiperspektivische Jugendarbeit.

In der sekundären Prävention geht es um Maßnahmen, die verhindern, dass bereits im Ansatz bestehende unerwünschte radikale Haltungen sich verfestigen. Die Präventivmaßnahmen zielen auf Gruppen und/oder Einzelpersonen, die durch klar bestimmbare Risikofaktoren gekennzeichnet sind. Konkret handelt es sich hierbei um die Beseitigung persönlicher und sozialer Defizite, die Verringerung von Tatgelegenheiten, die Erhöhung des Entdeckungsrisikos und konkrete Maßnahmen mit „vulnerablen Bevölkerungsteilen“ - von einem besonderen Engagement in bestimmten Milieus bis hin zu präventiver Gefängnisarbeit.

Maßnahmen der tertiären Prävention schließlich richten sich an Menschen, die sich bereits in problematischen Milieus befinden, bzw. in politische Gewalt involviert sind, und sollen Ablösungsbereitschaft erzeugen, bzw. diese unterstützen. Hierzu gehören z.B. Aussteigerprojekte, bestimmte Formen der Gefängnisseelsorge, auch polizeiliche und geheimdienstliche Maßnahmen, die direkt auf eine konkrete Verhinderung von Tatgelegenheiten zielen, sowie die Früherkennung von vor allem kollektiven Radikalisierungsprozessen hin zu Gewalt, in Schulen, Familie, Nachbarschaft.

Eine besondere Rolle wird der Prävention im hier dargelegten diskursiven Kontext beizumessen sein. Dies wird im Sinne primärer Prävention durch die Stärkung der nicht-polarisierten gesamtgesellschaftlichen Grunderzählung stattfinden müssen, die eine inklusive pluralistische Gesellschaft mit demokratischer Herrschaftsstruktur vermittelt und eher Gemeinsamkeiten politisch interessierter Jugendlicher denn ihre Unterschiede hervorhebt.

Eine weitere Präventionsmaßnahme könnte in einer stärkeren historischen Aufklärung bestehen. Historische Gleichsetzungen werden zwar primär entlang der Konfliktlinie links- versus rechtsradikal verwendet. Aber auch entlang der Konfliktlinie „Muslimfeinde versus militante Salafisten“ werden historisch verfälschende Analogien kommuniziert, gerade wenn es um Begriffe wie „Islamofaschismus“ auf der einen Seite oder aber um die Gleichsetzung von Juden unter der Naziherrschaft und der Situation heute in Deutschland lebender Muslime auf der anderen Seite geht. Diese historischen Analogien dienen der Mobilisierung, sind jedoch sachlich mehr als fragwürdig. Solche Analogien schaffen zudem eine „Dringlichkeit zur Tat“, die gerade Jugendliche „im Namen einer guten Sache“ mobilisieren können – auch zu Gewalttaten. Sowohl gesamtgesellschaftlich (primäre Prävention) als auch innerhalb der relevanten Milieus (sekundäre Prävention) und selbst in De-Radikalisierungskontexten bereits in politische Gewalt involvierter Jugendlicher (tertiäre Prävention) könnte solchen unzulässigen Gleichsetzungen durch politische Bildung und multiperspektivi-

schem Geschichtsunterricht begegnet werden. Dieser sollte auch den europäischen und globalen Kontext, wie z. B. den Herkunftskontext der betroffenen Jugendlichen diskutieren.

Das gesellschaftliche Engagement in bereits politisierten und radikalisierten Milieus ist ebenfalls von Relevanz. Eine demokratisch verfasste Gesellschaft bedarf durchaus der konflikthaften Auseinandersetzung. Diese politische Gegnerschaft gefährdet jedoch den gesellschaftlichen Frieden, wenn sie in Feindschaft übergeht, die den Feind dehumanisiert und ihn bis zur Elimination oder Vertreibung mit Gewalt bekämpfen möchte. Die Einübung von Formen des gesellschaftlichen Konfliktaustrags und der Äußerung von legitimen Sorgen und Nöten ohne beleidigende und pauschalisierende Urteile und ohne Gewaltausübung bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

## Vorwort

Das diesem Bericht zu Grunde liegende Forschungsprojekt war der Rolle von meso- und makrogesellschaftlichen Diskursen, sozialen und politischen Entwicklungen für die Feindbildkonstellation, Radikalisierung und der Legitimierung von Konfrontationsgewalt in Deutschland gewidmet. Konfrontationsgewalt wird hier als politisch motivierte Gewalt entlang einer innenpolitischen Konfliktlinie verstanden. Das Projekt hat dazu die gesamtgesellschaftlichen öffentlichen Diskurse und Entwicklungen in Beziehung zu relevanten milieuspezifischen Gewaltdiskursen untersucht. Dadurch sollten zum einen die während der politischen Sozialisation der heutigen Täter vorherrschende sozial-politische Themenstellungen herausgearbeitet und zum anderen die gewaltlegitimierende Feindbildkonstruktion in den untersuchten radikalen Szenen als kommunikative Interaktionszusammenhänge aufgezeigt werden. Das Forschungsinteresse richtete sich dabei einerseits auf die zentralen gesellschaftlichen Themen, die den gesellschaftlichen Diskurs prägten, als heutige Täter politisch sozialisiert wurden, sowie ihre Einbettung und deren Kontextualisierungen in den jeweiligen szenebestimmten Gewaltdiskursen, und andererseits auf die interaktiv konstruierten Selbst- und Feindbilder, die Gewaltaufrufe und die Art der jeweils als reziprok wahrgenommenen Gewaltlegitimierung. Ein weiteres Ziel war es, auf Grundlage der empirischen Erkenntnisse eine spätere Identifizierung geeigneter Präventions- und/oder Repressionsmaßnahmen und handlungspraktischer Anweisungen im Hinblick auf den Umgang mit bestimmten Situationen und Konstellationen zu eröffnen.

Das Projekt wurde im Rahmen einer vom Bundeskriminalamt (BKA) 2014 ausgeschriebenen Forschung durchgeführt und finanziert. Fragestellung und Vorgehen ergaben sich dabei sowohl aus den Vorgaben des Auftraggebers sowie aus dem sozialwissenschaftlichen Forschungsstand.

Im Rahmen des Projekts wurden zudem zwei Workshops durchgeführt. Der erste Workshop fand am 29. Januar 2015, in der Universität Bremen als interner Workshop mit dem BKA als Auftraggeber statt. Der zweite Workshop wurde am 26.-27. März 2015 in der Universität Bremen mit externen Teilnehmern durchgeführt. Dieser zweite Workshop diente der Diskussion der Zwischenergebnisse mit dem Auftraggeber sowie mit verschiedenen Experten.

Wir danken unseren assoziierten Partnern Uwe Backes, Armin Pfahl-Traugber und Lorenz Böllinger sowie den Mitarbeitern des Bundesministeriums des Innern (BMI) für die bereitwillig eingebrachte Expertise und ihre freundliche Unterstützung, unseren studentischen Hilfskräften Jasmin Kaya, Robin Koss und Ake Schünemann für Codierung und Unterstützung in Recherche, den

Workshopteilnehmern für die Diskussion und ihr Expertenwissen sowie dem BKA für die Forschungsförderung und die Unterstützung mit Fragen und nützlichen Hinweisen. Die Universität Bremen ermöglichte die Angliederung des Projekts am Institut für interkulturelle und internationale Studien. Wir danken Prof. Klaus Schlichte für seine tatkräftige Unterstützung in allen Phasen des Projekts.

Bremen, im Oktober 2015

Matenia Sirscloudi

Sybille Reinke de Buitrago

# 1. Einleitung

In Deutschland hat sich nach der Wiedervereinigung mit dem Erstarken und vermehrt öffentlich und provokativ auftretenden radikalen rechtsmotivierten Bewegungen gegenüber der sogenannten radikalen Linken ein Aufleben konfrontativer Proteste entwickelt. Die beobachtete konfrontative Gewalt zwischen den „Antifa“ und „Anti-Antifa“ titulierten Milieus hat Mletzko zufolge nach 2004 stetig zugenommen (2011: 121). In der Konfliktlinie Antifa – Anti-Antifa zeigt sich der Effekt von Mobilisierungswellen auf den Gewaltverlauf und eine Wechselwirkung zwischen den Szenen. So hat z. B. der Anstieg fremdenfeindlicher Gewalt in den 1990ern zu einem verstärkten Kampf gegen rechte Gruppen geführt, die auf der rechtsextremen Seite wieder zur Bildung einer Anti-Antifa führte (vgl. Backes, Mletzko und Stoye 2010: 23).

Darüber hinaus deutet sich heute bereits eine zweite innergesellschaftliche Konfliktlinie zwischen radikalen Bewegungen an: Auf der einen Seite positionieren sich islamfeindliche Akteure, die gerade nach den Anschlägen des 11. September 2001 an Aufschwung gewonnen haben, während sich auf der anderen Seite radikal-islamistisch motivierte Akteure durch konfrontatives Auftreten gegenüber den „Muslimfeinden“ Profil und breitere Aufmerksamkeit verschafften. Beide Konfliktlinien könnten als marginales, gesamtgesellschaftlich wenig relevantes, soziales Problem behandelt werden, wenn nicht die regelmäßigen Gewaltausbrüche zur Verfestigung der sich als feindliche Gegensätze stilisierenden Bewegungen und somit zur stärkeren gesellschaftlichen Polarisierung beitragen würden und gleichzeitig durch den jeweiligen Einbezug des Staates diesen in konfrontative Auseinandersetzungen involvieren, provozieren und dadurch zu delegitimieren drohten. Die Konfrontationsgewalt entlang dieser Konfliktlinien stellt zugleich das Gewaltmonopol des Staates in Frage. Eine frühzeitige wissenschaftliche Analyse und Auseinandersetzung erscheint daher als ein gesellschaftlich und politisch wichtiges Anliegen.

Die Aufarbeitung der Gewaltrechtfertigungsdiskurse der vier beteiligten radikalen Bewegungen sollte auch Aufschluss darüber geben, wie konfrontative Auseinandersetzungen durch Perpetuierungsmechanismen, Eskalationsdynamiken und Anschlusszwänge Bruchlinien konstruieren und polarisierend mobilisieren. Mit diesem Forschungsvorhaben möchten wir zu einem besseren Verständnis der sich gegenseitig aufschaukelnden und über feindbildorientierte Identitätskonstruktionen der sich möglicherweise weiter radikalierenden Bewegungen beitragen.

Sowohl aus der Protest- und Bewegungsforschung, als auch aus der Extremismusforschung, in den zwei Forschungsbereichen, also in denen in Deutschland ebenso wie international die meisten Erkenntnisse zu zeitgenössischen radikalen Gruppen gewonnen werden, liegen facettenreiche Untersuchungen zu den einzelnen Bewegungen vor. Dem interaktiv-konfrontativen Moment, der

Phänomenologie und Funktion der zwischen radikalen Bewegungen stattfindenden Gewalt ist bislang kaum wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt worden.

Hierfür wurde zunächst der Forschungsstand zu konfrontativen Gewalteskalationen, bzw. zu Teilaspekten aufgearbeitet, da dieser Forschungsgegenstand bislang nur punktuell, oder aber als Teilaspekt anderer Fragestellungen in verschiedenen Sozial- und Geisteswissenschaften, insbesondere Protest- und Bewegungsforschung, Konflikt- und Eskalationstheorien, Theorien gesellschaftlicher Integration/Desintegration sowie der Extremismusforschung, thematisiert wird.<sup>1</sup>

Kern der empirischen Arbeit war die Analyse der jeweiligen Gewaltrechtfertigungsdiskurse und Feindbildkonstruktionen, die sich innerhalb der radikalen Bewegungen entwickeln. Dabei gehen wir davon aus, dass diese neben anderen Funktionen, wie Identitätskonstitution oder „Claim-making“, auch handlungsleitend sein können und so die jeweilige Konflikteskalation vorantreiben. Hierfür wurden die jeweiligen milieuspezifischen Gewaltdiskurse (linksextremistisch, rechtsextremistisch, salafistisch und muslimfeindlich) für den Untersuchungszeitraum 2010-2012 mit besonderem Fokus auf Feindbildkonstruktionen, die Rolle sozialzeitlicher Ereignisse und Veränderungen der Diskurse erfasst. Schließlich erfolgte eine Analyse des sozialzeitlichen Klimas zur Zeit der politischen Sozialisation heute agierender Täter mittels einer retrospektiven Rückschau auf den sozialzeitlichen Hintergrund in seiner massenmedialen Darstellung von 1994 bis 2012.

Diese kombinierte Vorgehensweise erlaubte es, die lang- und mittelfristige Rolle des gesamtgesellschaftlichen sozio-politischen Klimas, ebenso wie der jeweiligen szenerelevanten Feindbildkonstruktionen für die individuellen und kollektiven Radikalisierungsprozesse in unterschiedlichen extremistischen Milieus, wie auch die mittel- und kurzfristig konkret handlungsorientierte milieuspezifische Gewaltlegitimation und Mobilisierung nachzuvollziehen.

Protestforscher wie Hutter und Teune (2012) stellen fest, dass in Deutschland die Protestlandschaft seit der Wiedervereinigung ein neues Gesicht bekommen hat. Während vorher „die Politik auf der Straße“ durch die eher appellativen oder demonstrativen Proteste linker Initiativen und Organisationen geprägt gewesen sei, hätten Demonstrationen und der eklatante Anstieg der Straßengewalt durch Rechtsradikale die deutsche Protestlandschaft verändert (Hutter und Teune 2012: 17). Die Auswertung des Prodat-Datensatzes<sup>2</sup> ergibt diesbezüglich ein deutliches Muster: Während appellative Proteste nahezu konstant bleiben, nimmt der Anteil konfrontativer und gewaltförmiger Proteste zu, auch wenn diese Proteste in der medialen Spiegelung deutlich überre-

---

<sup>1</sup> Beispielhaft siehe Backes/Mletzko (2010), Eckert (2005), Heitmeyer/Anhut (2000), Rucht (2001).

<sup>2</sup> Prodat (Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik) ist eine Datensammlung, generiert aus einer Stichprobe der Ausgaben von „Frankfurter Rundschau“ und „Süddeutscher Zeitung“ zu Berichten über Proteste, wobei Informationen zu Ort, Thema, Organisatoren, Protestformen und Interaktion mit der Polizei in eine Datenbank aufgenommen wurden. Die Prodat-Sammlung enthält Daten zu Protesten zwischen 1950 bis 2002 (Hutter und Teune 2012: 10f.).



präsentiert sind (ebd.). Die Verteilung blieb in den 1970er und 1980er Jahren etwa gleich, wobei gewaltförmige Proteste leicht zunahmen. Deren Anteil stieg nach der Wiedervereinigung jedoch sprunghaft an. Die enorme Zunahme an gewaltförmigen Protesten in den 1990er Jahren lag in der Welle rassistischer Angriffe zu Anfang der 1990er und den damit ausgelösten Gegenreaktionen begründet.

Politisch motivierte Konfrontationsgewalt zwischen rechten und linken Akteuren weist seit einigen Jahren konstant einen erheblichen Anteil der im Rahmen politisch motivierter Kriminalität registrierten Gewalttaten auf. Hinzu kommen als neue Entwicklung auch Gewalttaten entlang der Konfliktlinie zwischen radikalen Islamisten und muslimfeindlichen Gruppierungen.

Auf der Grundlage des Forschungsstandes und aus den Ergebnissen der hier vorgestellten Untersuchung lassen sich über die Diskurse und Selbstverständnisse der Milieus beider Konfliktlinien einige grundsätzliche Charakterisierungen vornehmen:

Öffentlich wahrgenommen wird konfrontativ ausgetragene Gewalt zwischen Rechts- und Linksradi-kalen insbesondere bei überregionalen Demonstrationen. Dabei handelt es sich oft um von Rechtsextremisten angemeldete sogenannte Trauermärsche zum Gedenken an wirkliche oder vermeintliche Kriegsverbrechen der Alliierten, wie sie z. B. alljährlich in Dresden, Magdeburg oder im niedersächsischen Bad Nenndorf stattfinden. Dagegen mobilisieren, neben dem bürgerlichen Spektrum, Linksradi-kale mit der Absicht, die Demonstrationen der Rechtsextremen mitunter gewaltsam zu verhindern. Eine herausgehobene Rolle spielen dabei zwei Milieus: die Linksautonomen und ihr rechtsextremistisches Pendant, die Autonomen Nationalisten (AN).

Linksautonome verfügen dabei offensichtlich über keine einheitliche Weltanschauung. Sie orientieren sich an anarchistischen und kommunistischen Ideologieelementen und wenden sich gegen jegliche Form von Herrschaft, Organisation und Hierarchien. Im Gegensatz zu den auf das Kollektiv orientierten orthodoxen Marxisten geben sie sich stark individualistisch. Theoriedebatten spielen nur eine untergeordnete Rolle: „wir kämpfen nicht für Ideologien, nicht fürs Proletariat, nicht fürs Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben in allen Bereichen“ heißt es etwa in der „radikal“, einem ihrer Szenemagazine (zit. n. Kane 2011). Spielte der Antifaschismus bis Ende der 1980er Jahre eher eine untergeordnete Rolle, so entwickelte er sich als „organisierte Antifa“ vor dem Hintergrund der deutschen Einheit und eines von vielen Linksautonomen behaupteten neuen „großdeutschen“ Nationalismus in den 1990er Jahren zum zentralen linksautonomen Agitationsfeld.

Wie in Abschnitt 5.1 gezeigt wird, gilt der „Faschismus“ dem linksautonomen Verständnis zufolge dem Kapitalismus als immanent und kann demzufolge nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn zugleich auch seine Ursache, der Kapitalismus, beseitigt wird. Die linksautonome Gewaltbereitschaft basiert damit auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und die

ihn nach linksautonomer Auffassung stützenden Rechtsextremisten zählen. Um diese zu bekämpfen, halten sie alle Widerstandsformen bis hin zum Einsatz von Gewalt für legitim.

Ähnlich dem linksextremistischen Gewaltverständnis sehen sich auch Rechtsextremisten als „Opfer staatlicher Repression“ (vgl. 5.2). Ihrem sozialdarwinistisch geprägtem Weltbild folgend, definieren sie sich über den Kampf und den Krieg. Ihre Affinitäten zu Waffen und zum Militarismus lassen erkennen, dass ihnen die Anwendung von Gewalt als ein legitimes Mittel der ‚Problemlösung‘ erscheint. Vor allem die Autonomen Nationalisten verstehen sich als „militanter Teil der nationalen Bewegung“. Gewalt begreifen sie als ein strategisches Mittel der politischen Auseinandersetzung und somit als ein reaktives Verhalten gegenüber der vom Staat und dem politischen Gegner ausgehenden aktiven Gewalt.

Zum Tragen kommt diese Einstellung zur Gewalt in sogenannten Rechts-Links-Konfrontationen, wie sie in Hamburg am 1. Mai 2008, aber auch im baden-württembergischen Göppingen am 6. Oktober 2012 stattfanden, als unter den Protesten von rund 1.500 Gegendemonstranten etwa 160 Autonome Nationalisten durch Göppingen zogen. Rund 600 linksautonome Gegendemonstranten versuchten erfolglos, den Aufmarsch der Rechtsautonomen zu verhindern (BMI 2013: 168). Dabei kam es zu gewaltsamen Übergriffen auf Polizeikräfte, welche eine offene Konfrontation zwischen den zwei Lagern zu verhindern versuchten.

Konfrontationsgewalt findet aber nicht nur auf überregionalen Demonstrationen statt. Pöbeleien, gegenseitige Übergriffe und Anschläge prägen die alltägliche Auseinandersetzung zwischen Rechts- und Linksextremisten. So wird der politische Gegner über das Internet beschimpft, auf offener Straße verbal und auch körperlich angegriffen, Wohnungen werden mit Farbbeuteln und Graffiti beschmiert oder Fahrzeuge angezündet. Zudem werden Info-Stände von extremistischen Parteien attackiert und Farb- und Brandanschläge auf ihre Parteibüros verübt. Auch von linksextremistischen Antifa-Recherchegruppen und rechtsextremistischen Anti-Antifa-Gruppierungen durchgeführte „Outing“-Aktionen gehören zu diesen Praktiken.

Konzentrierten sich die gewaltsamen Auseinandersetzungen bis in die frühen 2000er Jahre auf Rechts- und Linksextremisten, so rücken zunehmend auch Konfrontationen zwischen Islamisten und Muslimfeinden, die sich selbst zumeist als Islamkritiker bezeichnen, ins öffentliche Bewusstsein. Zu denken ist hierbei etwa an die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Jahr 2012 zwischen gewaltbereiten Salafisten und der rechtspopulistischen Bewegung Pro NRW in Solingen und in Bonn. Die heftigsten Zusammenstöße ereigneten sich Anfang Mai 2012 in Bonn-Bad Godesberg, wo rund 30 Pro NRW-Wahlkämpfer auf ein Vielfaches an salafistischen Gegendemonstranten stießen. Aktivisten von Pro NRW provozierten gezielt die anwesenden Salafisten durch hochgehaltene Mohammed-Karikaturen. Als die eingesetzten Polizeibeamten eine direkte Konfrontation zwischen beiden Gruppierungen zu verhindern versuchten, wurden sie von den Salafisten mit Dachlatten und Messern attackiert. So etablierten Muslimfeinde und gewaltbereite

Salafisten in Deutschland eine neue Konfliktlinie, wobei die Verbreitung des gewaltlegitimierenden Dschihad-Gedankens, der als Verteidigungsgewalt gegenüber Angriffen auf islamisches Territorium, die muslimische Glaubensgemeinschaft oder aber tabuisierte Kernelemente des Islams konzipiert wird, außerhalb mehrheitlich muslimischer Staaten bislang nur wenig Früchte getragen hat.

Das neue Feindbild der radikalen Salafisten sind muslimfeindliche Rechtspopulisten, wie sie z. B. in der Pro NRW-Bewegung beheimatet sind. Letztere suchen auf öffentlichen Kundgebungen und z. T. durch die Verhöhnung des Propheten Mohammed die Auseinandersetzung mit Islamisten. Zu welchen Exzessen eine tief verwurzelte Muslimfeindschaft zu führen vermag, zeigte sich in Deutschland, als 2009 die Ägypterin Marwa El-Sherbini die in einem Dresdener Gerichtssaal aus muslimfeindlichen Motiven von dem Angeklagten ermordet wurde (SZ 16.10.2010).

Muslimfeindliche Rechtspopulisten verstehen sich als kulturelle, nicht-rassistische Abwehrbewegung gegen eine Bedrohung der eigenen als „christlich-jüdisch-abendländisch“ bezeichneten Identität in einem Kulturkampf. Von diesen rechts der politischen Mitte stehenden Milieus wird dabei der „Faschismus“-Vorwurf dahingehend umgedeutet, dass das eigene Handeln als Offensive gegen den auf die Zerstörung „europäischer Werte“ gerichteten „islamischen Faschismus“ bezeichnet wird.

Neben der Analyse solcher sich gegenseitig bestätigender und verfestigender Feind- und Selbstbilder soll in dieser Studie die Anschlussfähigkeit milieuspezifischer gewaltlegitimierender Diskurse an breitere gesellschaftliche Diskurse aufgezeigt werden. Während ein Großteil der Forschung im Bereich politisch motivierter Gewalt sich mit dem konkreten Täter beschäftigt<sup>3</sup>, ging es in dieser Studie darum zu untersuchen, welche größeren gesellschaftlichen Problematiken in die diskursive Konstruktion der Konfliktlinien eingegangen sind. Im Vorgriff lassen sich einige Hauptergebnisse unserer Studie folgendermaßen zusammenfassen:<sup>4</sup>

*1. In der Analyse der sozialzeitlichen Entwicklungen zum Zeitpunkt der politischen Sozialisation heutiger Täter stellen wir fest, dass unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungen den Diskurs der Leitmedien dominiert haben. Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Perspektivlosigkeit, Zuwanderung, Integration und Überfremdungsängste, insbesondere in Bezug auf Islam und Muslime, anhaltende identitäre, wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen, sowie wahrgenommene Gefahren für die deutsche Rechtsordnung und demokratische*

---

<sup>3</sup> Es finden sich vor allem Untersuchungen über jugendliche Straftäter, die wegen politisch motivierter Gewalttaten verurteilt wurden, oder Studien über die Mitglieder gewaltaffiner Jugendcliquen. Dabei spielt die Analyse von Motiven und Ursachen für jugendliche Gewalttätigkeit und -bereitschaft eine dominierende Rolle. Es wird z.B. gefragt, wie es dazu kommt, dass Jugendliche in diesen politisch motivierten gewaltaffinen Cliquen „Halt“, „Gruppenzugehörigkeit“ oder „Orientierung“ suchen, welche sozialstrukturellen Merkmale die Täter aufweisen und welche sozialen Probleme als Erklärung für ihr Verhalten herangezogen werden können (vgl. z. B. Schultens und Glaser 2013).

<sup>4</sup> Für eine ausführliche Fassung der Ergebnisse vgl. Kapitel 6 dieses Berichts.

*Errungenschaften spielten eine herausragende Rolle. Besonders deutlich trat hervor, dass vor allem Ängste und Verunsicherungen im Vordergrund standen, sowie eine starke Emotionalisierung einiger Themen, wie z.B. des Islams in Deutschland oder der Arbeitslosigkeit.*

*2. Aufgegriffen wurde der breitere Diskurs in den szeneeigenen Diskursen in erster Linie instrumentell, also als Matrix für gesellschaftliche Werte, die man zu verteidigen vorgibt. Während die radikalen Bewegungen sich als Vertreter und Fürsprecher des Volkes, bzw. bestimmter Bevölkerungsteile positionieren, werden der Staat, seine Agenturen und seine Leitmedien zumeist Teil der Gegnerkonstruktion, der zufolge staatliche Politik die feindliche Bewegung schützt, oder gar selbst inszeniert und trägt.*

*3. Hinzu kommen eng an die gegnerischen Feindbilder gekoppelte Selbstbilder, die für überzeitliche identitäre Stabilität sorgen, da eine Veränderung des Feindbildes immer auch eine Veränderung – oder gar Auflösung – des Selbstbildes mit sich brächte. Für beide untersuchten Konfliktlinien lässt sich so eine Stabilisierung der Selbst- und Feindbilder durch die Interpretation der Gewalt der jeweils anderen Seite erkennen. Die Ereignisse der Konfrontationsgewalt sind Hauptreferenzen in den Diskursen der radikalen Milieus.*

*4. Für die erste Konfliktlinie – links- versus rechtsradikal – wirkt vor allem die gegenseitige Selbstbestätigung gewaltperpetuierend, die auf weitreichende historische Zusammenhänge verweisen kann. Gewalt wird auf beiden Seiten durchweg als defensive Strategie gerahmt, wobei der Bezugsrahmen einmal das deutsche Volk und einmal die multikulturelle Verfassung und Bevölkerung Deutschlands ist, die jeweils - vom Staat „verraten“ – verteidigt werden müssen. Trotz Ähnlichkeiten in der Feind- und Selbstbildkonstruktion bestehen hier weitreichende Asymmetrien in Bezug auf die Gewaltakzeptanz. Während Gewalt im Rechtsextremismus ein für die Bewegung besonders wichtiger inhärenter Aspekt ist, für Vitalität und Virilität steht, wird bei autonomen Antifas Gewalt eher als strategisch einzusetzendes instrumentelles Mittel zum Zweck kontextualisiert.*

*5. Die zweite Konfliktlinie ist wesentlich jüngerem Datums und knüpft erst nach den Anschlägen des 11. September 2001 an den breiteren gesellschaftlichen Diskurs an. Während der muslimfeindliche Diskurs durchaus auf gesamtgesellschaftlich relevante Topoi wie Überfremdungsängste, Sicherheitsaspekte aber auch Frauenemanzipation und Freiheitsdiskurs verweisen kann, ist die radikal-islamistische Argumentation in deutschen Leitmedien nicht repräsentiert. Das Feindbild der radikalen Salafisten ist eingebettet in ein religiös begründetes Kriegsnarrativ, das auf innergesellschaftliche Konflikte übertragen wird. Die Feinde werden durchweg als Aggressoren und Provoka-*

teure dargestellt, gegen die defensive Gewalt (im Sinne der Verteidigung des Glaubens) erlaubt ist. Durch die Sakralisierung des Feindbildes und die des Selbstbildes durch die Figur des Märtyrers erfährt aber der Kampf gegen die vermeintlichen Aggressoren eine Überhöhung, die ihrerseits die Avantgarde-Funktion der Radikalen hervorhebt.

6. Muslimfeinde dagegen setzen die religiöse Strömung des radikalen Islamismus mit dem Islam gleich und interpretieren diesen nicht als Religion, die in einer pluralen Gesellschaftsverfassung alternativ zu anderen Religionen berechtigt gelebt werden kann, sondern als zu bekämpfende totalitäre Ideologie.

Rechtspopulisten sehen sich als Personen von aggressiven Muslimen und als Kultur von einer totalitären Ideologie bedroht und mahnen rasches Handeln an, da der Eroberungsfeldzug des Islams in Europa bereits in vollem Gange sei. In dieser vermeintlichen Dringlichkeit liegt auch das Hauptargument der Muslimfeinde bei der Erzeugung des Gefühls einer Handlungsnotwendigkeit. Dabei spielt Gewalt (zumindest als politische organisierte Konfrontationsgewalt in der Öffentlichkeit) bislang noch eine untergeordnete Rolle, wenn auch Muslimfeindlichkeit als Motivation von Einzeltätern und im Kontext von Gewalttaten gegenüber Einzelpersonen immer wieder in den Vordergrund tritt.

7. In allen Diskursen der an den Konfliktlinien angelagerten Milieus lässt sich beobachten, dass sich die jeweiligen Akteure in ihren komplementären Selbst- und Fremdbildern bestätigen und für die eigene Identitätskonstruktion ebenso wie für die Profilbildung gegenüber der Gesellschaft nutzen. In der jüngeren Vergangenheit hat dabei vor allem der muslimfeindliche Szenediskurs Resonanz und Anknüpfungspunkte in den Leitmedien des Mehrheitsdiskurses gefunden. Gleichzeitig ist aber davon auszugehen – vor allem mit der Verlagerung von Öffentlichkeit in das „World Wide Web“ und der damit einhergehenden Diversifizierung von Öffentlichkeit –, dass dieser Mehrheitsdiskurs für die politische Sozialisation vieler Jugendlicher nicht mehr primär relevant ist und digital transportierte Szenediskurse an Bedeutung gewinnen.

Die Analyse der Feindbilddiskurse ist von besonderer Bedeutung, da sich verfestigende gesellschaftliche Konfliktlinien in habitualisierter Form zwischen radikalen Bewegungen gewaltsame Eskalationen wahrscheinlicher machen. Diese wiederum etablieren stabile einander feindlich gesinnte kollektive Identitäten. Solche Prozesse werden bisher durch die Fokussierung der Forschung auf die Einzeltäter und dem in letzter Zeit dominierenden Forschungsparadigma des kleinen Gruppenzusammenhangs vernachlässigt. Hinzu kommt, dass der Mainstream der Forschung zu sozialen und politischen Bewegungen, der bei einem vergleichenden Vorgehen den notwendi-

gen Abstraktionsgrad aufweist, zum Thema Feindbildkonstruktionen im Kontext von Konfrontationsgewalt kaum etwas beigetragen hat, da sich die Protestforschung der letzten Jahre vornehmlich auf strategische Aspekte fokussiert hat. Ihr Hauptinteresse gilt weiterhin dem Erfolg oder Misserfolg von Protestmobilisierung und kaum mehr der Frage nach dem Zustandekommen und den Rückwirkungen der Inhalte der Protestkommunikation. Selbst die am Inhalt des Protests interessierten Framing-Ansätze verharren in dieser Selbstbeschränkung (Schetsche 1996; Kreissl/Sack 1998).

Methodisch orientierte sich die vorliegende Studie an einer wissenssoziologischen Perspektive, mit deren Hilfe ein Verständnis dafür entwickelt werden kann, wie in den untersuchten extremistischen Bewegungen, als einem kommunikativen Interaktionszusammenhang, Wissen über die (soziale) Wirklichkeit hervorgebracht und weitergetragen wird. Außerdem wird nach den konstituierenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (gesamtgesellschaftlich relevante Ereignisse und Diskurse) dieses Wissens gefragt. Das wurde in diesem Projekt durch das Zusammenführen der zwei Teilprojekte „Aufarbeitung der sozialzeitlichen Entwicklungen seit Mitte der 1990er Jahre“ und „Aufbereitung der Szenediskurse“ gewährleistet. Das methodische Vorgehen, soll, den Prämissen der Grounded Theory folgend, es ermöglichen in diesem bislang wenig erforschten Feld zu neuen Erkenntnissen zu gelangen.

In den folgenden Kapiteln werden zunächst der Forschungsstand (2) und dann die Methodik sowie das untersuchte Material vorgestellt (3). Kapitel 4 stellt die Ergebnisse der Sozialzeitanalyse vor. Daran schließt sich die Darstellung der Konfliktlinien linksradikal (5.1) versus rechtsextremistisch (5.2) sowie muslimfeindlich (5.3) versus radikal-islamistisch (5.4) an, wobei sowohl die Akteure als auch ihre Milieus vorgestellt werden. Im Mittelpunkt steht hierbei jedoch die Analyse der milieuspezifischen Diskurse. Im Schlusskapitel (5.) fassen wir die Hauptergebnisse zusammen und diskutieren sie mit Blick auf weitere Forschungsfragen.

## 2. Zum Forschungsstand

Die vorliegende Studie betrifft ein Forschungsfeld – politisch motivierte Gewalt – das sowohl Beiträge aus mehreren Disziplinen, wie auch Forschung auf unterschiedlichen Aggregationsebenen umfasst. Neben Arbeiten zu individuellen Biographien sind auf diesem Forschungsfeld auch auf meso- und makro-Ebene aggregierende Forschungen zu finden, die zudem aus einer großen Bandbreite von sozialwissenschaftlichen Disziplinen entstammen. Im Folgenden fassen wir einige Grundeinsichten sowie die Lücken und Diskussionen in unterschiedlichen Teilfeldern des Forschungsgebiets zusammen: die Extremismusforschung, Forschung zu Feindbildern in unterschiedlichen Disziplinen, zur Konfrontationsgewalt sowie zu den beiden Konfliktlinien, die nachfolgend näher dargestellt werden.

### ***Forschungsstand Extremismusforschung***

Aus einer distanzierten wissenschaftlichen Perspektive gesehen, ist die Extremismusforschung ein weites, aber fragmentiertes Forschungsfeld. Böttcher und Mares (2012) machen als beitragende Forschungszweige die politische Theorie, die Konfliktforschung, Milieuforschung, Biographieforschung, Einstellungsforschung, Organisationsforschung, Genderforschung, Kleingruppenforschung, Bewegungsforschung und Diskurstheorie aus. Dabei gibt es Ansätze klassifikatorischer Natur, die in erster Linie zur Vorstrukturierung des Feldes beitragen, ebenso wie konzeptionelle Beiträge und eher empirische Forschung, die sich auf Ursachen und Prävention von politischem Extremismus konzentriert.

Eine eher am Forschungsgegenstand (Rechtsextremismus, Linksextremismus, religiöser Fundamentalismus) statt an den involvierten wissenschaftlichen Disziplinen orientierte Klassifizierung nimmt Tom Mannewitz (2013: 9) vor. Demnach lassen sich in allen drei Formen des politischen Extremismus die gleichen Ebenen von Organisationen (Parteien, Vereine usw.), von Institutionen/Milieus, einzelnen Intellektuellen und schließlich individuellen Einstellungen und Handlungen unterscheiden. Einer integrativen Forschung steht jedoch gleichwohl die Departementalisierung der beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen entgegen.

Dies führt zu dem Ergebnis einer fragmentierten Forschungslandschaft, die aufgrund fehlender Übereinstimmung in begriffsdefinitorischen Fragen, ebenso wie normativen Grundüberlegungen eine Zusammenführung des Forschungsstands erschwert. Vor allem im deutschen Diskurs leidet die Extremismusforschung an definitorischen Unklarheiten, die sowohl auf die Interdisziplinarität als auch auf Gewichtungen, spezifische Fokussierungen und auch latente Wertepremissen zurückzuführen sind. Weiterhin lädt das Phänomen ein, sich als Forscher deutlich politisch zu positionieren (Böttcher und Mareš 2012: 4), während gerade wegen des vom Untersuchungsgegen-

stand ausgehenden polarisierenden Potentials eine nüchterne Betrachtung des Sachstandes und Werturteilsfreiheit der Wissenschaft notwendig wäre. Fraglich ist auch, ob die einfache Dichotomisierung von extremistischen versus demokratischen Orientierungen der empirischen Vielfalt von relevanten politischen Haltungen gerecht wird. In der Forschung, die jenseits von Links und Rechts um eine sinnvolle Einordnung der Gewalt von Extremisten bemüht ist, wird zudem weniger auf allgemeine politische Zusammenhänge und Dynamiken geachtet als auf Individuen und soziale Nahbereiche.<sup>5</sup> Ähnlich verhält es sich in der Forschung der Sozialpsychologie, die nach den konkreten sozialen Zusammenhängen und Gruppendynamiken sucht, die Extremismus begünstigen und hervorbringen können.<sup>6</sup>

In der Forschung umstritten ist bereits der Begriff „Extremismus“. Wie der bekannteste Kritiker eines symmetrischen Extremismusbegriffes, Gero Neugebauer (2010), darlegt, wird gerade die Rechts-Links Dualität der gesellschaftlichen Komplexität nicht gerecht, da sie einerseits statische Zustände beschreibe<sup>7</sup> und andererseits durch die Reduktion auf „rechts“ und „links“ die Konfliktstruktur der Gesellschaft nur bedingt widerspiegeln. Auch wird politischer Extremismus nicht in der Mitte der Gesellschaft, sondern als Randphänomen verortet, während die Übergänge zwischen den jeweiligen extremen Positionen und der „Mitte der Gesellschaft“ fließend sind. So würde die „Mitte“ als Ideal stilisiert, die für sich den Anspruch erhebt, die Mehrheit der Bevölkerung zu repräsentieren.<sup>8</sup> Das bedeute aber nicht, dass sie nicht auch zu extremen Positionen tendieren könne. So zeigen Studien zum heutigen Rechtsextremismus, dass einzelne seiner Ideologeme durchaus in der Mitte der Gesellschaft verankert sind (vgl. Decker et al. 2012).

Aus der Perspektive des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist „Politischer Extremismus“ eine Sammelbezeichnung für alle Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder gerichtet sind oder darauf abzielen, die Amtsführung der Verfassungsorgane oder ihrer Mitglieder in Bund und in den Ländern auf ungesetzliche Weise zu beeinträchtigen (Neugebauer, 2010: 5). Neugebauer geht davon aus, dass Forscher, die den amtlichen Extremismusbegriff zugrunde legen, ein stark normatives Gesellschaftsverständnis vertreten und von extremistischen Akteuren die Beseitigung der gegebenen Ordnung befürchten. Das gerade in der Max Weber folgenden verstehenden Soziologie notwendige Bemühen um erklärendes Verstehen von Ursachen, Entstehungsbedingungen und

---

<sup>5</sup> Weiterführend siehe Heitmeyer / Hagan (2002) und Eisner (2002).

<sup>6</sup> Vgl. die richtungweisenden und weiterführenden Handbuchartikel von Albrecht (2002), Bjorgo (2002) und Della Porta (2002).

<sup>7</sup> Zu einer Kritik der Kritik siehe Pfahl-Traughber (2013). Auch Mannewitz (2013) sieht in der fehlenden Berücksichtigung der dynamischen Entwicklungsprozesse (individuell und kollektiv) im Extremismus ein Defizit der Forschung.

<sup>8</sup> Zur philosophischen sowie soziologisch-politologischen Verortung des „Mitte“-Begriffes weiterführend siehe Bötticher und Mareš (2012).



Sinnzusammenhängen von Extremismus, trete aber dabei eher in den Hintergrund.<sup>9</sup> Für sinnhaftes Deuten dieses gesellschaftlichen Phänomens Extremismus sei ein allzu normativ geprägter Begriff nur wenig geeignet.

In anderen Teilen der Forschung wird die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus unter dem Oberbegriff des politischen Extremismus nicht vorgenommen. Rechtsextremismus wird als weitgehend zusammenhängendes Forschungsfeld behandelt, also als

„die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität der Völker verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“ (Jaschke 2001: 3).

Der Bereich der Linksextremismus- und Linksradikalismusforschung jedoch spaltet sich auf in politikwissenschaftliche und historische Ansätze, sowie in empirisch-methodische Ansätze aus den Feldern der Revolutions-, Kommunismus-, Bewegungs- und Anarchismusforschung (Neugebauer 2001: 24-26). Als eigener Forschungsgegenstand hat die Linksextremismusforschung sich aber bislang noch nicht etablieren können, da das Verständnis von den Politikwissenschaftlern als Demokratiewissenschaften dazu geführt hat, die Faktoren zu erforschen, die die Demokratie stärken – und bei der Erforschung jener, die sie schwächen, sich auf den Rechtsextremismus zu konzentrieren.<sup>10</sup> Wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse liegen zum Linksextremismus bislang nur wenige vor, wie z.B. von Ulrich Dovermann (2010), Armin Pfahl-Traughbers kritische Bestandsaufnahmen (2010, 2014, 2014a) oder die Studien von Rudolf van Huellen (2013; 2012). Ein Großteil der Forschung in diesem Bereich beschäftigt sich weiterhin mit dem Linksterrorismus

---

<sup>9</sup> Max Weber begründete die „verstehenden Soziologie“. Ihm zufolge soll Soziologie heißen: „[...] eine Wissenschaft, welche soziales Handeln deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären will.“ (Weber 1980: 5)

<sup>10</sup> Besonders deutlich wurde diese selbstauferlegte Einschränkung der Forschung, als das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Sommer 2010 ein eigenes Bundesprogramm auflegte, in dem u. a. Projekte gefördert werden, die zum Thema „Linksextremismus“ bzw. mit betroffenen Zielgruppen pädagogisch arbeiten (Glaser 2013: 8). Dies stieß vor allem im linken politischen Lager, in Teilen der Wissenschaft und der Fachöffentlichkeit auf zum Teil heftigen Widerspruch. Dieses Programm ging mit einer Gleichsetzung von Linksextremismus mit Rechtsextremismus einher und würde zu einer Relativierung des als weitaus bedrohlicher erachteten Phänomens führen (vgl. Scherr 2010), während Befürworter des Programms mit einer Brutalisierung der linksextremen Szene im Umgang mit dem politischen Gegner wie auch mit der Polizei betonen und hervorheben, dass es unangebracht sei, Gewalthandlungen verschiedener politischer Lager mit unterschiedlichem Maß zu messen.

der Roten Armee Fraktion. Wissenschaftliche Erkenntnisse zu militanten (Jugend-)Protestströmungen des eher linken Spektrums, wie z. B. den „Autonomen“ sind bis auf wenige Ausnahmen (Schumacher 2014; Haunss 2004, Golova 2013) kaum verfügbar. In der Extremismusforschung herrscht folglich ein großes Ungleichgewicht vor, was die jeweiligen Forschungsstände anbelangt (Mannewitz 2013: 24). Dieses ist aber auch darin begründet, dass Autoren, die sich nicht der normativen Extremismusforschung zugehörig fühlen, in aller Regel den Linksextremismusbegriff ebenso wie die Forschung darüber meiden (Mannewitz 2013: 11).

### ***Stand der Feindbildforschung***

Besonderes Augenmerk wurde in dieser Studie gelegt auf die in den jeweiligen Szenen kommunizierten und transportierten Feindbilder. Der Begriff Feindbild ist oft in Verbindung mit verwandten Begriffen wie Vorurteil / Stereotyp<sup>11</sup> anzutreffen (Pörksen 2005; Kischkel 1989). Aus einer konstruktivistischen Perspektive gelten Feindbilder als beobachterspezifische Konstruktion der Realität, die dazu beitragen bei entsprechender ideologischer Vorprägung, andere Menschen als Feinde zu betrachten. Ziel der Feindbilder ist die „Diskreditierung des Feindes“, wobei Diskreditierungsbestrebungen mit persuasiven Mitteln realisiert werden (Pörksen 2005: 50).

Forschung zu Feindbildern lässt sich meist zwei Feldern zuordnen – in einem Bereich wird zu meist der Realitätsgehalt von Feindbildern geprüft, um das Feindbild als verzerrte Darstellung zu entlarven. Diese Forschung zielt darauf ab, ein Bild, das als falsche Negativdarstellung, bzw. Realitätsverzerrung verstanden wird, durch ein anderes zu ersetzen (Nolting 1992; Fetscher 1989; Sommer 1991). Wenn man so vorgeht, müsste man den Beweis in der Sache antreten, und seine Vorstellungen von der Realität der beobachteten Verzerrung entgegensetzen, was natürlich ein eigenes „Wahrnehmungsprivileg“ unterstellt (Frei 1985: 23). Die eher „konstruktionsbezogene Orientierung“ (Pörksen 2005: 52) versucht dagegen aus prinzipiellen Erwägungen gar nicht eine Realitätsüberprüfung vorzunehmen und „Züge einer jeweiligen Gegnerwahrnehmung als falsch zu entlarven“ (Spillmann und Spillmann 1989: 2). Auch in der hier erarbeiteten Studie wird es nicht um die realitätsbezogene Widerlegung von extremistischen Feindbildern gehen, sondern um ihre Beschreibung und Analyse.

---

<sup>11</sup> Der Begriff des Stereotyps – meist als klischeehafte verallgemeinernde Vorstellung verstanden – kommt ursprünglich aus der Psychologie, und beschreibt dort ein Geflecht von Einstellungen, Meinungen, Überzeugungen geläufigen Denkschemata und festen Kategorien, die Wahrnehmungsprozesse vorstrukturieren, vgl. hierzu Pörksen (2005: 48). Das Vorurteil hingegen stellt in vorgefasstes Urteil über Personen, Gruppen, Sachverhalten, das positiv oder negativ sein kann an dem unbeirrt festgehalten wird, ungeachtet der Möglichkeit eine Korrektur oder Relativierung, vgl. Allport (1971) und Flohr (1991).

### ***Feindbilder in der Friedensforschung***

Die Feindbildforschung entwickelte sich zunächst vor allem im Kontext der Abschreckungspolitik des Kalten Krieges und bezog sich auf zwischengesellschaftliche Feindbilder. Weller (2001) zufolge haben zwei Entwicklungen in besonderer Weise dazu beigetragen, dass ab Mitte der 1970er Jahre Forschung zu Feindbildern publiziert wurde: Einerseits wuchs die psychologische Forschung zu Hintergründen und Ursachen von Krieg und Gewalt an (Jahn 1975: 21; Senghaas 1970: 11), andererseits brachte die Kritische Friedensforschung ab Ende der 1960er Jahre neue Fragestellungen auf, die auf die Abschaffung von Kriegen als Mittel der Politik zielten und im negativen Bild des jeweiligen Gegners ein wesentliches konstitutives Element des Abschreckungssystems ausmachten (Senghaas 1971; Senghaas 1970: 14).

Die Ausgangsprämisse dieser Feindbildforschung war, dass es sich um ein Feindbild handelt, das nicht der Realität entspricht.<sup>12</sup> Erklärend hinzugezogen wurden sozialpsychologische Studien, die sich mit Kriegen und Konflikten, sowie Außenpolitik und internationalen Beziehungen auseinandersetzten (Kelman 1965: 4ff.). Bezugnehmend auf psychoanalytische Aggressionsforschung publizierte Senghaas im Jahr 1968 seine Überlegungen zur Bedeutung von Freund-Feind-Bildern, Stereotypen, Vorurteilen und Projektionen, um die damals vorherrschende Abschreckungspolitik erklärend zu verstehen (Senghaas 1968: 135). Er sieht im „Zwang zur Verteufelung des Gegners“ einen „die Abschreckungspolitik konstituierenden Faktor“ (Senghaas 1969: 84; 1981: 97), weswegen er in der Analyse von Freund-Feind-Bildern, ihrer Entstehung sowie der Möglichkeiten ihres Abbaus einen zentralen Teil seiner „Kritik organisierter Friedlosigkeit“ verortet (Senghaas 1969). Abschreckungspolitik entfalte eine innergesellschaftliche Eigendynamik zur Rechtfertigung für die Aufrüstung der eigenen Seite. In dieser Eigendynamik von Feindbildern und Aufrüstung sieht Senghaas (1969; 1972) die eigentliche Gefahr des sich perpetuierenden Abschreckungssystems, in dem Feindbilder eine zentrale Funktion zu erfüllen haben und erhebliche Wirkungen entfalten.

### ***Feindbilder in der Extremismusforschung***

Innere Konstituierung und dementsprechend auch die Funktionen und Strukturen von Feindbildern innerhalb politisch extremer Gruppierungen sind sehr unterschiedlich. Doch Extremisten besetzen Feindbilder ideologisch, was über typische Stereotype und Vorurteile hinausgeht, weil dort eine andere Gruppe, Person, Volk oder Ideologie auf einer nicht rational geprägten Grundlage abgelehnt und bekämpft wird. Dieselben Feindbilder sind aber gleichzeitig auch konstitutiv für die jeweilige extremistische Gruppe, denn sie basieren auf als absolut gesehenen Freund-Feind-Stereotypen, die als Strukturmerkmale extremistischer Grundsätze fungieren.<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Siehe Pörksen (2005) weiter oben.

<sup>13</sup> Dies impliziert immer Kollektivurteile, die „dem Feind“ die Individualität absprechen. Vgl. Backes (1989: 305f.).

„Extremisten machen sich ein Bild von einem Feind, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Der Feind gilt als eine Bedrohung nicht nur der eigenen Gruppe, sondern auch aller gutwillig denkenden Menschen. Die ihm zugeschriebenen Eigenschaften sind durchweg krass negativ. Er ist moralisch böse, aggressionslüstern, nicht vertrauenswürdig, stellt eine Gefahr dar (für den Frieden, für die eigene Gruppe). Feindbilder sind Zerrbilder“ (Jesse 2006: 7).

Dabei können durchaus auch komplexe Zuschreibungen stattfinden, wenn zum Beispiel äußere und innere Feinde unterschieden werden, wie beim Umgang mancher Rechtsextremisten mit Islamisten. Dabei können diese gleichzeitig außenpolitisch als Verbündete, innenpolitisch aber als Feinde angesehen werden (Backes 2013).

Feindbilder erfüllen im politischen Extremismus unterschiedliche Funktionen: Oft werden sie überschätzt, da militante Radikale in der Regel bereits Überzeugungstäter sind, und die Instrumentalisierungsfunktion von Feindbildern für die Gewaltmobilisierung dementsprechend häufig überbewertet würde. Sie dienen stattdessen vorwiegend der Identitätsstiftung nach innen (Pfahl-Traugber 2003: 231). Gewaltlegitimierend wirken Feindbilder vor allem dann, wenn sie Bedrohungsgefühle steigern, z.B. in Dehumanisierungen mittels derer „alles Übel der Welt“ in den Feind projiziert wird (Flohr 1991). Feindbilder dienen dabei als vereinfachte Erklärungen sozialen und politischen Wandels und seiner Kosten: Der als negativ bewertete Wandel bzw. Status-Quo einer Gesellschaft kann einer bestimmten Gruppe zugeschrieben werden, wodurch sich ein einfaches Erklärungsmuster, samt personifiziertem Sündenbock anbietet (Weiss 2002). Weiterhin funktioniert die Selbstaufwertung nach innen (Selbstbild) über die Fremdadwertung in Form des Feindbildes nach außen und ermöglicht so eine Selbstvergewisserung durch die Identifikation und Ausgrenzung der Sündenbockrolle. Extremistische Gruppen beziehen große Teile ihrer Dynamik aus dem Kampf gegen den Feind, das bedeutet: Je stärker der Antipode, desto notwendiger und akuter wird der eigene Kampf gegen diesen (Jesse 2006: 13f.).

Aus diesen Funktionen von Feindbildern lassen sich laut Jesse (2006) ihre Strukturen ableiten, da Feindbilder ihre Funktionen nur erfüllen können, wenn ihre Struktur an bestehende (Vor-)Urteile anknüpfen kann. Dabei sind Kompromisse zwischen eigenen und fremden Feindbildern extremistischer Gruppen ausgeschlossen. Sie sind von Schwarz-Weiß Kategorisierungen geprägt: Dem Feind werden ausschließlich negative Eigenschaften zugewiesen, er dient als Angst-, Projektions- und Aggressionsobjekt zugleich. Feindbilder sind Reduktionen von Komplexität (z. B. Verschwörungstheorien), mit denen die Wirklichkeit vielfach umgedeutet und eine selektive Wahrnehmung als strategische Immunisierung stabilisiert wird, die dem Feind die Möglichkeit nimmt, das mit ihm verknüpfte Feindbild durch reales Verhalten zu widerlegen (Flohr 1991: 64). So verfestigen sich

die Strukturen von Feindbildern. Sie knüpfen an Vorurteile an, dienen der Selektion von Wahrnehmungen und neigen deshalb dazu, stabil zu bleiben. Diese Eigenschaften, so lässt sich vermuten, führten dazu, dass Extremisten ihre Argumentation weniger auf ein positiv formuliertes Programm abstellen, sondern aus massiver Kritik an ihren Feinden und der bestehenden Ordnung (Jesse 2006: 17ff.). In der vorliegenden Untersuchung haben sich diese Überlegungen aus der Feindbildforschung als besonders fruchtbar erwiesen, um den Diskurs entlang der beiden Konfliktlinien der Konfrontationsgewalt zu rekonstruieren.

### ***Forschungsstand Konfrontationsgewalt***

Bei der Untersuchung von Konfrontationsgewalt kann zudem auf große Stränge sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung – die Protest- und Bewegungsforschung, sowie die Extremismusforschung – zurückgegriffen werden. In beiden Bereichen, in denen in Deutschland ebenso wie international die meisten Erkenntnisse zu zeitgenössischen radikalen Gruppen gewonnen werden, liegen facettenreiche Untersuchungen zu den einzelnen Bewegungen vor, die bislang maßgeblich zur theoretischen Kontextualisierung und empirischen Bearbeitung eskalierender Gewalt seitens radikaler Bewegungen, sei dies gegen den Staat, sei dies gegen politische Gegner oder gegen konstruierte „Feinde“, beigetragen haben. Dem interaktiv-konfrontativen Moment, der Phänomenologie und Funktion der zwischen radikalen Bewegungen stattfindenden Gewalt ist bislang aber kaum wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt worden.

Die Protest- und Bewegungsforschung hat sich neben der deskriptiven Beschreibung relevanter Entwicklungen in zeitgeschichtlicher Perspektive in den letzten Jahren vorwiegend mit der Erklärung von Erfolg oder Misserfolg befördernden Faktoren von Protestbewegungen beschäftigt. Hierfür wurden theoretische Konzepte, wie die Ressourcen-Mobilisierungstheorie, politische „Umweltbedingungen“ und der sog. „Framing“-Ansatz (Deutungs- und Interpretationsmuster) weiterentwickelt, während sich das Augenmerk zumeist auf strategische, zweckrational begründete Bedingungen richtete (Ullrich 2012: 317). In der Forschung zur radikalen Linken standen, wenn es um den Gewalteinsatz ging, vor allem konfrontative Auseinandersetzungen mit der Polizei im Mittelpunkt, wobei der Fokus eher auf Einzelereignissen oder einzelnen Mobilisierungskampagnen lag (Willems 1988; Rucht 2003; Earl 2003; Hoffmann-Holland 2010), oder aber man behandelte den Sonderfall bewaffneter Gruppen in den 1970er und 1980er Jahren (insb. Della Porta 1995; Zwermer et. al 2000; Sack 1984; Neidhardt 1982; Scheerer 1988a). Seither wurde die Erforschung linksorientierter Bewegungen relativ kontinuierlich fortgeführt (Della Porta 2006; Tilly 1994; Edwards und McCarthy 2007), wenn auch Forschung über neuere und radikalere Strömungen, wie z.B. die Autonomen, die für sog. „Antifa“-Mobilisierungen infrage kommen, bislang kaum Eingang in den wissenschaftlichen Diskurs gefunden hat.

Es wurde auch schon die Entstehung und Mobilisierung rechter und neuerdings islamistischer Bewegungen mittels bestehender Konzepte, wie die der Ressourcenmobilisierung, dem Framing, sowie den politischen Gelegenheitsstrukturen (Koopmans 2001; Rucht 2002; Bayat 2005; Braun und Koopmans 2012) thematisiert, um Bewegungsmerkmale, wie Bewegungsförmigkeit und Aktionsformen sowie fremdenfeindliche Gewalt, zu untersuchen. Das konfrontative „Gegeneinander-vorgehen“ und daraus sich stärkende oder etablierende neue kollektive Identitäten und Mobilisierungspotentiale, wie die Konfliktlinie zwischen muslimfeindlich gesinnten Gruppierungen und radikal-islamistischen, ist bis auf wenige neuere Schriften (Backes 2013; Meleagrou-Hitchens und Brun 2013) jedoch kaum thematisiert worden.

Auch die islamistischen Bewegungen in Europa wurden bis auf wenige Ausnahmen (Meijer 2009; Said und Hazim 2014; Schneiders 2014) beinahe exklusiv im Kontext der Kriminal-, Radikalisierungs- und Extremismusforschung sowie der Islamwissenschaften diskutiert. Da radikal-islamistische Gruppierungen erst nach und nach in Deutschland Fuß fassen, beschäftigt sich ein Großteil der Forschung mit der Beschreibung von Einzelphänomenen, obwohl Wiktorowicz bereits 2003 das Phänomen neuer islamistischer Bewegungen beschrieben hat, in erster Linie allerdings als neues soziales Phänomen der muslimischen Welt (Wiktorowicz 2003).

In der deutschsprachigen Extremismusforschung hat sich derweil zur Bezeichnung politisch motivierter Gewaltdelikte, die sich gegen den Staat oder gegen politische Gegner richten, der Begriff der Konfrontationsgewalt eingebürgert (Backes et al. 2010; Jesse 2011; Baron 2013) – ein Begriff der direkt in Relation zu den im polizeilichen Erfassungssystem „Politisch motivierter Kriminalität“ (PMK) erfassten Delikten zu interpretieren ist. Die Zuschreibung kann dabei sowohl an den Tat Umständen sich manifestierender Gewalt (etwa einer Konfrontationssituation), als auch an einer vermuteten Zielrichtung der Tat und Motivlage des Täters anknüpfen. Der Fokus lag in diesem Kontext vor allem auf linksradikale versus rechtsradikale Konfrontationen, wobei seit den öffentlichkeitswirksamen Gewalteskalationen im Mai 2012, als nur durch den massiven Einsatz von Polizei die direkte gewaltsame Konfrontation zwischen der islamfeindlichen Pro-Bewegung und gewaltbereiten radikalen Islamisten verhindert werden konnte, auch dieses Thema vereinzelt in den wissenschaftlichen Diskurs Eingang gefunden hat (Backes 2013; Baron 2013).

Ein bislang in diesem Feld kaum einbezogener Forschungsstrang ist die Eskalations- und Deeskalationsforschung im breiteren Feld der Konfliktforschung. In der Soziologie und der Politikwissenschaft waren Eskalationsdynamiken lange Zeit kein eigenständiger Gegenstand der Grundlagenforschung. Stattdessen hat man sich vor allem mit der Erforschung der Konfliktursachen beschäftigt, also mit der Frage nach den allgemeinen gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen für das Auftreten von Konflikten und den spezifischen Konstellationen von Interessen und Konfliktakteuren. Eine Eskalationsdynamik wurde entweder als Ergebnis rationaler Konfliktstrategien oder aber als Ausdruck der Irrationalität des Handelns von Kollektiven angesehen. Erst in den letzten dreißig

Jahren begann man sich gezielt mit der Erforschung von Eskalationsdynamiken zu beschäftigen, wobei wichtige Impulse aus der Praxis (Militär oder humanitäre Hilfe) kamen, in der häufiger mit beschleunigten Gewalteskalationen umgegangen werden musste (Kelman 1965; Rubin, Pruitt et al. 1994; Deutsch 1976; Eckert und Willems 2002).

### ***Forschungsstand zur Konfliktlinie Linksradikalismus - Rechtsextremismus***

Wegbereitend für die vorliegende Studie war die Untersuchung „NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt“ von Uwe Backes, Matthias Mletzko und Jan Stoye (Backes et al. 2010) in der untersucht wurde, ob Wechselwirkungen zwischen der NPD-Wahlmobilisierung und politischem Extremismus, bis hin zu politisch motivierter Gewalt und Kriminalität bestünden. Die Studie setzte ihren Schwerpunkt auf die Erforschung des rechten Spektrums für den Zeitraum 2003 bis 2006 in Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Es wurden aber auch allgemein Selbst- und Feindbilder rechter, wie auch linker Szenen untersucht. Diese Elaboration der wechselseitigen Perzeptionsmuster rechter und linker militanter Szenen war für unsere Studie die Ausgangsbasis. Innerhalb der rechten Szene wurden in den letzten Jahrzehnten die meisten Gewalttaten von rechten Skinheads verübt. Im linken Spektrum führen die „Autonomen“ die Gewaltstatistik an. Nach Backes, Mletzko und Stoye handelt es sich hierbei um Gruppen, welche sich mit ihren Verhaltens- und Umgangsformen, Symbolen und Kleidung provokativ von ihrer sozialen Umgebung abgrenzen. Der Zusammenhalt innerhalb der Szenen soll den Autoren zufolge oft lediglich auf der „pure[n] Verachtung gegenüber sozialen Normen und/oder den Verfahrensregeln und Institutionen des Staates“ (Backes et al. 2010: 23) beruhen. Bei Skinheads etwa wird die aggressive Abgrenzung eher als Folge persönlicher Probleme denn als Ausdruck tief verankerter politischer Überzeugungen gesehen (Erb 2003). Für die Gruppenbildung von militanten Gruppen seien dann parallele Prozesse der Homogenisierung von Selbstdefinitionen, Feind- und Weltbildern“ bestimmend (Wetzstein et al. 1998).

Gerade für Mobilisierungszwecke spielt die Wechselwirkung der Szenen eine große Rolle. Der sich in Phasen intensiver Fremdenfeindlichkeit Anfang der 1990er Jahre, rasch ausbildende militante Widerstand innerhalb der linken Szene provozierte die „Anti-Antifa“-Bewegung. Diese kopierte das militante Verhalten der linken Autonomen, so dass sich seit 2001 diese beiden Bewegungen parallel in ihrer Gewaltdynamik weiterentwickelten (Backes et al. 2010: 24). Doch auch wenn es wenig strukturelle Gemeinsamkeiten gibt, so definieren sich beide Bewegungen im Wesentlichen durch die Abgrenzung vom Gegner, so dass die Verachtung der jeweils anderen Szene zum festen Bestandteil der eigenen Identität wird. Zum Teil lässt sich dies auch auf die „unterschiedliche[n] Mentalitätsbestände“ (Backes et al. 2010: 24) zurückführen: Linke „Autonome lassen sich mit ihrer Ablehnung von Autorität und gesellschaftlichen Konventionen als das ins Extreme gesteigerte Spiegelbild der ‚post-materiellen‘ Generation deuten“. Rechte Szenen und Skinheads kulti-

vierten hingegen mit der Betonung militärischer Tugenden, wie Ordnung, Disziplin und Sauberkeit unbewusst einen Affekt gegen die post-materiellen Werte der 68er-Revolution (Backes 2007: 23).

Die Ursprünge rechter Konfrontationsgewalt lassen sich bis in die 20er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückverfolgen. Genauere Zahlen und Erkenntnisse über Ausmaß und Qualität der Gewalt des neueren Rechtsextremismus finden sich jedoch erst seit Beginn der 1990er Jahre. Doch bereits ab 1969 kam es nach der Wahlniederlage der NPD zur „Aktion Widerstand“ und gewaltsamen Übergriffen auf linke Gegner (Backes und Jesse 1996: 95-97). In den 1970ern und 1980ern, als Konfrontationsgewalt noch nicht behördlich erfasst wurde, kam es im Ruhrgebiet, in Norddeutschland und in Berlin immer wieder zu Auseinandersetzungen der verfeindeten Szenen. Meist eskalierten dabei Begegnungen zwischen rechten Skinheads und Punks, bzw. Autonomen.

Mit dem erneuten Aufkommen der Fremdenfeindlichkeit Anfang der 1990er Jahre nahm diese Form der Konfrontationsgewalt jedoch erst einmal wieder ab, auch wenn sich Teile der rechten Szene weiterhin bemühten, die Konfrontationsgewalt gegen links voran zu treiben. So z. B. in Bremen unter dem Slogan: „Anti-Antifa“, einer gruppen- und organisationsübergreifenden Kampagne zur gezielten Bekämpfung des links-militanten Gegners.

Die Geschichte der linken Militanz als Teil von Konfrontationsgewalt ist offenbar eng an das Aufkommen der autonomen Szene geknüpft, das in den 1980er Jahren begann. Mit dem Anstieg der fremdenfeindlichen rechten Gewalt, 1991-1993, „entwickelte sich ein deutlicher Schub militanter Antifa-Aktionen, der mit Radikalisierungs- und Brutalisierungstendenzen einherging“ (Backes et al. 2010: 26). Selbst- und Feindbilder spielen auch hier eine wichtige Rolle in der Dynamik politisch motivierter Gewalt. Durchweg werden die Diskurse durch den Bezug auf den politischen Gegner konzipiert. Der Staat und dessen Sicherheitskräfte werden meist als Komplize des Gegners wahrgenommen. Offene Gewaltdiskurse und ausführliche Reflexionen von Handlungen gibt es eigentlich nur unter linken Autonomen, innerhalb rechter Kreise ist dies kaum bis gar nicht zu finden.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> Nachdem sich die linke autonome Szene Ende der 1980er, bzw. zu Beginn der 1990er Jahre entwickelt haben, bildeten sich neben dem Antifaschismus vor allem Strömungen gegen den Staat und seine Organe heraus, auf die hier aber nicht weiter eingegangen werden kann.



### 3. Methodik und Material

Die wichtigsten aktuellen Theorien, die sich mit sozialen Bewegungen beschäftigen, haben eine dominante inhaltliche Stoßrichtung: Sie interessieren sich für den Erfolg von Protest und Mobilisierung. Die in dieser Studie verfolgte Perspektive stellt die Inhalte der Protestbewegungen in den Vordergrund und geht davon aus, dass soziale Bewegungen etwas thematisieren, das sie tatsächlich so sehen, und dass die kommunizierten Interpretationen von Ereignissen tatsächlich geglaubt werden. Diese Wahrnehmungen und die mit ihnen zusammenhängenden Selbst- und Feindbilder müssen als sozial konstruiertes und über symbolische Ordnungen strukturiertes Wissen (Keller 2001: 113) aufgefasst werden, dessen Produktion, Reproduktion und Veränderung nur über den Bezug auf konkrete kommunikative Handlungsräume verstanden werden kann. Ein solcher sensussoziologischer letzter Zugriff zu sozialen Bewegungen hat in der Forschung bisher keine Rolle gespielt (Rucht 2002). Er soll hier durch die Analyse des sozialzeitlichen Hintergrundes während der politischen Sozialisation der heutigen Hauptträger von Konfrontationsgewalt explizit einbezogen werden.

Daraus ergibt sich ein zweistufiges Vorgehen: Zum einen werden in einer inhaltsanalytischen Auswertung der einzelnen milieuspezifischen Gewaltdiskurse Struktur und Funktion der konstruierten Feind- und Selbstbilder untersucht. Da diese als Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen diskursiven Struktur verstanden werden (vgl. Keller 2001), gilt es zum anderen die Bezüge zur sozialzeitlichen Entwicklung zu identifizieren, wie sie im öffentlichen gesamtgesellschaftlichen Diskurs thematisiert werden.

Während für die Analyse mit den Begriffen Feindbild, Selbstbild, Fremdbild und Gewaltlegitimierung deduktive Kategorien leitend für die Untersuchung wurden, kamen bei der Analyse von Primärquellen – vor allem Zeitschriften der Milieus, Webauftritte und Webkommentare, Mobilisierungsvideos – auch induktiv, nach den Prinzipien der „Grounded Theory“ generierte Kategorien zum Einsatz. Neben deduktiven Kategorien dienten also aus dem Material selbst generierte Unterbegriffe und Codierungen der Analyse. Methodisch bedeutet dies, dass das auch emergente, also induktiv gewonnene Kategoriensystem mit Hilfe von Auswertungsmasken auf das gesamte Material angewendet wurde. Im nächsten Schritt wurden sämtliche Textpassagen aller Texte zusammengestellt, die einem Code zugeordnet werden konnten. Damit ergab sich zu jedem Code (Themenbereich) eine Liste mit Zitaten und zugeordneten Überschriften.

An diesem nach Themenbereichen gegliederten Material wurden dem Ansatz der „Grounded Theory“ folgend im Laufe des Forschungsprozesses weitere Kategorien gebildet, unter denen das gesamte Material noch einmal gesichtet wurde. Dieser Ansatz wurde ursprünglich in den 1960er Jahren durch Anselm Strauss und Barney Glaser entwickelt (Glaser und Strauss 1967). Im Rah-

men der „Grounded Theory“ wird versucht direkt aus dem empirischen Material Hypothesen und Theorien zu entwickeln (Kuckartz 2012: 67). Im Zentrum steht die Arbeit des offenen Codierens. In Abgrenzung zur quantitativen Forschung wird hier das empirische Material nicht mit einem im Vorhinein deduktiv entwickelten Kategoriensystem analysiert, sondern die Kategorien werden induktiv am Material selbst entwickelt. Eine solche intensive Auseinandersetzung mit dem empirischen Material ermöglicht eine möglichst vielfältige Analyse. Dabei wird empfohlen während der Analyse möglichst „nah an den Daten“ zu bleiben, also Kategorien eng am Material zu entwickeln statt sie theoretisch zu deduzieren. Als Formen der Kategoriengenerierung gibt es sogenannte in-vivo-Kategorien – zunächst so benannt, da sie den verwendeten Begrifflichkeiten der untersuchten Akteure gleich oder ähnlich sind. Daneben ist es möglich, dass die Forscher selbst Kategorien konstruieren (Ludwig-Mayerhofer 2007).

Die Untersuchung bestand damit in einer Deutungsmuster- oder Frameanalyse. Diese hat sich als eines der wichtigsten Instrumentarien der Protestforschung etabliert. Sie eignet sich auch und gerade für ein vergleichendes Vorgehen bei der Analyse der Feindbilddiskurse unterschiedlicher radikaler Bewegungen. Strukturell und in Bezug auf ihre Gewaltrechtfertigung unterscheiden sich Feindbildkonstruktionen verschiedener – teilweise einander gegenüberstehender – radikaler Bewegungen nicht grundsätzlich. Wohl aber differieren die Verteilung der Positionen und die Begründungsstrategien sowie Art und Weise der Problematisierung der zu rechtfertigenden Gewaltanwendung. Durch die systematische und intersubjektiv nachvollziehbare Untersuchung der Inhalte von Kommunikationen, sollen vor allem Bedeutungsproduktionen aufgedeckt und verstanden werden (Ludwig-Mayerhofer 2009). In Bezug auf Konfrontationsgewalt hat sich im Verlauf der Untersuchung erwiesen, dass Gewaltereignisse und -rechtfertigungen durch bestimmte Kontexte gerahmt werden. Der Verweis auf sie dient dann der Legitimierung von Gewalt.

Qualitative Studien, wie die vorliegende, zeichnen sich besonders durch einen offenen Forschungsprozess aus. Im Gegensatz zu an Quantifizierung und Standardisierung interessierten quantitativen Untersuchungen, wird der Zugang zum Untersuchungsfeld nicht durch eine zu prüfende Hypothese vorab bestimmt, sondern der Zugang zur Thematik soll mit möglichst wenigen Vorentscheidungen eröffnet werden. Ziel einer qualitativen Untersuchung ist es, den Forschungsprozess so lange wie möglich offen zu gestalten, um flexibel auf sich neu aus dem Material ergebende Fragestellungen reagieren zu können (Ludwig-Mayerhofer 2009).

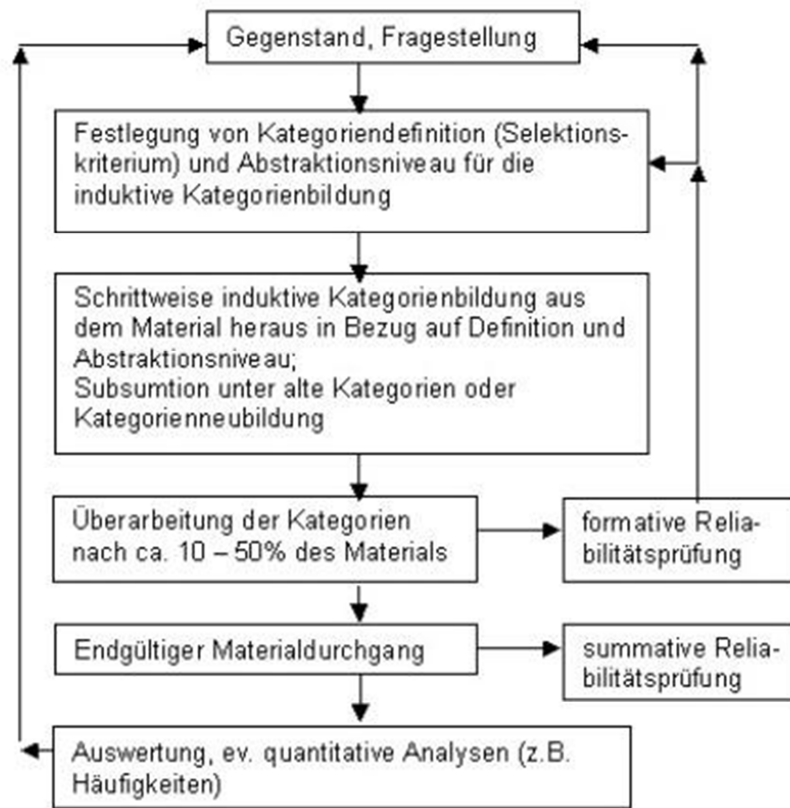
Diese Methode der offenen, qualitativen Inhaltsanalyse wurde ursprünglich in den 1920ern/1930ern als quantitative Methode der Kommunikationswissenschaft entwickelt, um eine nachvollziehbare, vergleichbare und zuverlässige Analyse von Massenmedien zu ermöglichen. Mitte des 20. Jahrhunderts wurde dieses Vorgehen einer Kritik unterzogen: Zu schnell würde quantifiziert werden, sodass nur oberflächliche Sinnstrukturen erfasst werden könnten. Hierauf entstanden Ansätze qualitativer Inhaltsanalysen, die verschiedene „Schichten des Inhalts [...]

durch Interpretation im Textkontext erschlossen“ analysieren und spezifische Inferenzen zwischen Inhalt und Entstehungskontext aufzeigen wollen, um so die Sinnstruktur der Daten umfassend nachzuvollziehen, zu verstehen und zu explizieren (Mayring 2000). Als systematischer und theoriegeleiteter Ansatz zur relativ vollständigen Erfassung und Analyse von Bedeutung und Kommunikation im Rahmen einer intersubjektiven Nachvollziehbarkeit (Behnke, Baur und Behnke 2006: 339; Mayring 2003: 12; Wagner 2006: 186) ist der Ansatz der qualitativen Inhaltsanalysen für die Untersuchung von Kommunikation, deren sozialen Kontext und gesellschaftlichen Werten gewinnbringend (Bortz und Döring 2005: 325, 329; Früh 2001: 52ff.).

Ausgehend von der Prämisse, dass jegliche Form der Auswertung immer mit Vorannahmen getätigt wird (hermeneutischer Zirkel), erfolgt die Analyse der szenenspezifischen Gewaltdiskurse, also in einer Mischung aus deduktiver und induktiver Kategorienbildung. Dazu wird in einem ersten Schritt ein Kategoriensystem mit wenigen Hauptkategorien deduktiv aus der Forschungsfrage und theoretischen Überlegungen zum Begriff Feindbild entwickelt, wodurch die Vorannahmen der Forschenden transparent gemacht werden und ein erstes „Suchraster“ (Kuckartz 2012: 69) für die erste Untersuchungsphase gegeben ist. Im Zentrum steht jedoch in einem zweiten Schritt die induktive Kategoriengenerierung nach Vorbild des Grounded-Theory Ansatzes.

Wie die Abbildung 1 verdeutlicht, wird das Material mithilfe der deduktiv gewonnenen Kategorien codiert, wobei induktiv neue Dimensionen einer bereits entwickelten Kategorie benannt oder emergente neue Kategorien erschlossen werden können (Kuckartz 2012: 69). Dabei wurden sowohl sogenannte „in-vivo“-Kategorien, also eng am Material benannte, als auch eigene übergreifende Kategorien formuliert. Die Formulierung eigener Kategorien soll eine Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Szenediskursen, insbesondere in Bezug auf die gegenseitige Feindbildkonstruktion und auf die Kontextualisierung gesamtgesellschaftlicher Ereignisse, ermöglichen. Die induktive Kategorienbildung wurde so lange betrieben, bis festgestellt werden konnte, dass weiteres Material mit dem entwickelten kategorialen Apparat abgedeckt werden konnte. An diesem Punkt entsteht die endgültige Fassung des Kategorienleitfadens und der Definitionen mit „Ankerbeispielen“ (Kuckartz 2012: 64).

Abb. 1: Ablaufmodell induktiver Kategorienbildung (Mayring 2000)



Um der Gefahr einer Verzerrung durch die Subjektivität der Codierenden vorzubeugen, müssen diese zum einen gut „über die Fragestellung, die theoretischen Konstrukte und die Bedeutung der Kategorien“ (Kuckartz 2012: 48) informiert sein. Zum anderen wird eine Form des Codierens angewendet, die als „konsensuelles Codieren“ (Kuckartz 2012: 49) bezeichnet wird und bedeutet, dass die Codierenden in einem ständigen Austauschprozess über die Übereinstimmung ihrer Codier-Stile stehen und anfallende Probleme im Forschungsteam besprochen und entschieden werden (Kuckartz 2012: 49). So soll „sichergestellt werden, dass die Codierenden im Verständnis und der Anwendung des Kategoriensystems übereinstimmen“ (Kuckartz 2012: 49).

Für das Kategoriensystem lassen sich zwei Arten von Kategorien unterscheiden (Kuckartz 2012: 43-44). Inhaltliche Kategorien codieren Segmente, die einen für das Forschungsziel wichtigen Aspekt, ein bestimmtes Argument oder einen bestimmten Akteur thematisieren. Im Unterschied zu dieser beschreibenden Kategorienform dienen analytische Kategorien dazu, Segmente zu codieren, die sich einer analytischen Dimension der Forschungsperspektive zuordnen lassen. Von Relevanz für die Analyse der szenenspezifischen Gewaltdiskurse wurde hier die analytische Unterscheidung zwischen a) gewalterklärenden b) gewaltlegitimierenden, c) gewaltbeschreibenden, d)

gewaltglorifizierenden und e) zur Gewalt mobilisierenden Textpassagen gewählt. Zusätzlich wurden Adressaten der Materialien unterschieden, wobei vor allem die Unterscheidung getroffen wird, ob es sich um Kommunikation nach innen handelt, oder aber der vermeintliche Feind direkt angesprochen wird.<sup>15</sup>

Die qualitative Datenanalyse wurde teils manuell und teils mittels der Software MAXQDA durchgeführt, um die Nachvollziehbarkeit des Forschungsprozesses durch eine computerunterstützte Analyse und Dokumentation zu erhöhen. Alle Analyseschritte können so festgehalten, wichtige Punkte per Memo im Text selbst vermerkt und somit Vergleiche zwischen den Codierstilen der verschiedenen Codierenden erleichtert werden (Mayring, 2000). Die in der Software aufgegriffenen Memos bezeichnen im Grounded-Theory-Ansatz alle Anmerkungen, Notizen oder Kommentare zum Datenmaterial (Strauss 1994). Auch ermöglicht die Arbeit mit MAXQDA es ein elaboriertes Kategoriensystem auf unterschiedliches Material anzuwenden. In der vorliegenden Studie wurden in erster Linie Texte und Videos analysiert. Um relevante Videoformate für die szenenspezifischen Gewaltdiskurse identifizieren zu können, wird sich auf Typologie-Vorschläge aus der Forschungsliteratur bezogen (Frohneberg und Steinberg 2012; Rieger et al. 2013).

Inhaltlich lassen sich, insbesondere für den gewaltaffinen islamistischen Diskurs und dem muslimfeindlichen Diskurs, drei Videogenres unterscheiden: In Abschreckungs- und Drohvideos werden öffentlich wirksam Gewalthandlungen angekündigt oder explizit dargestellt. Die Vermittlung und Legitimierung einer Ideologie oder strategischer Leitlinien stehen in ideologisch-strategischen Videos im Vordergrund. Zu den am häufigsten produzierten Videos gehören *Operationsvideos*, in denen konkrete Aktionen wie Bombenanschläge oder Situationen aus Trainingscamps gezeigt werden (Frohneberg und Steinberg 2012: 82ff.). Die hier untersuchten Videos sind am ehesten den letzten zwei Genres zuzuordnen und wurden auch um einer gewissen Vergleichbarkeit der Quellen dementsprechend ausgewählt.

### **3.1 Methodik der qualitativen Analyse des sozialzeitlichen Hintergrundes**

Die hier präsentierte Untersuchung umfasste neben der Inhaltsanalyse des Diskurses der vier konfliktspezifischen Milieus auch eine Analyse des sozialzeitlichen öffentlichen Diskurses für den Zeitraum 1994 bis 2012 in Deutschland. Diese „sozialzeitliche Analyse“ soll zum besseren Verständnis des politischen Klimas in der Phase politischer Sozialisation heutiger Täter beitragen. Politische Sozialisation ist dabei in engem Zusammenhang mit politischer Kultur, politischen Mei-

---

<sup>15</sup> Eine weiterreichende – in dieser Studie nicht nachvollzogene – Typologisierung würde darüber hinaus unterteilen in Unterstützer, Gegner, außenvorstehende „Zuschauer“, Mitglieder der eigenen Organisation und rivalisierende Gruppierungen. Vgl. Sirseloudi (2005).

nungen und politischen Werten zu sehen. Versteht man die klassische Definition politischer Kultur als die jeweilige Verteilung von Orientierungsmustern gegenüber politischen Gegenständen in einer Gesellschaft, dann bezeichnet politische Sozialisation den Erwerb dieser Orientierungsmuster durch das Individuum. Der Begriff der Sozialisation umfasst dabei die gesamte – bewusste und unbewusste – Aneignung gesellschaftsbezogener Kenntnisse, Fähigkeiten, Einstellungen und Werte und bezeichnet dabei sowohl die Prozesse und Inhalte als auch die handelnden Akteure. Während sich politische Sozialisation im engeren Sinne auf die prozeduralen Aspekte, die Aneignung und Entwicklung der Orientierungen durch Gruppen oder Individuen bezieht, lassen sich in einem weiteren Sinne auch die Ergebnisse bzw. Inhalte öffentlicher Diskurse dazu zählen. Analytisch werden meist die drei Teilaspekte Instanzen, Prozesse und Inhalte unterschieden (Hillmann 1994). Da in diesem Projekt in erster Linie die Erforschung von Diskursen und Legitimationsmustern im Vordergrund steht, wurde primär auf Inhalte des öffentlichen, massenmedial vermittelten Diskurses abgehoben. Darüber hinaus wurde der Effekt von Großereignissen, wie z.B. Kriegen, Systemumbrüchen oder Naturkatastrophen, wo relevant, berücksichtigt.

Konkret wurde mit der Aufarbeitung der sozialzeitlichen Entwicklungen seit Mitte der 1990er Jahre erforscht, welche Ereignisse und Entwicklungen die politische Sozialisation derjenigen Altersgruppe geprägt haben könnten, die heute verstärkt im Rahmen politisch motivierter Konfrontationsgewalt in Erscheinung tritt. Da das Gros der Täter zur Tatzeit nicht älter als 24 Jahre ist, und der Beginn der politischen Sozialisation um das 15. Lebensjahr verortet wird, waren für die Täter der Konfrontationsdelikte im Zeitraum 2010-2012 die sozialzeitlichen Entwicklungen seit Mitte/Ende der 1990er Jahre von Bedeutung. Daher wurde für die Analyse das Jahr 1994 als Anfangsjahr der Analyse gewählt.

Dafür wurden die öffentlichen gesellschaftlichen und/oder medialen Diskurse durch eine gezielte Medienauswertung überregionaler Medien analysiert. Heutzutage beziehen wir Informationen über das Zeitgeschehen und die Entwicklungen in Staat und Gesellschaft primär aus der Medienberichterstattung.<sup>16</sup> Das Bild der Politik, wie auch der politischen Akteure, ist somit ein vorwiegend medienvermitteltes Bild, das sich als öffentliche Meinung verdichtet. Dabei ist die Annahme leitend, dass zur Konstruktion der Öffentlichkeit in erster Linie sog. Qualitätsmedien, wie die Süddeutsche Zeitung oder die FAZ beitragen. An ihrer Berichterstattung werden daher, so die Annahme, die zu einer Zeit gesellschaftlich und politisch dominanten Inhalte ablesbar. Kommunikationswissenschaftliche Studien belegen, dass diese sog. Qualitätspresse gerade im Bereich der politischen Kommunikation die Rolle von „Leitmedien“ übernimmt (Jarren und Vogel 2008). Leit-

---

<sup>16</sup> Die Medienberichterstattung übt somit einen eigenständigen, jedoch in komplexe Wirkungsmechanismen eingebetteten Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung aus. Hervorzuheben ist, dass Medien die Wirklichkeit nicht einfach abbilden, sondern durchaus auch eine eigene Realität konstruieren. Das mediale „Agendasetting“ bestimmt, welche Themen als aktuell, wichtig und lösungsbedürftig eingestuft werden. Zudem übernehmen die Massenmedien eine zentrale Thematisierungsfunktion durch „Framing“ und „Priming“; ersteres setzt den Interpretationsrahmen eines Themas, letzteres prägt Bewertungsmaßstäbe durch den Berichterstattungskontext (vgl. Rössler 1997).

medien setzen bewusst oder unbewusst die relevanten Themen (Agenda-Setting), weil sie vor anderen über gewichtige Informationen verfügen und diese durch Veröffentlichung und Kommentierung in den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung einspeisen. Das wiederum zwingt den Berufsstand der Journalisten, diese Angebote kontinuierlich zu verfolgen und sie für die eigene Arbeit als „Ko-orientierung“ zu nutzen (vgl. Müller, Ligensa und Gendolla 2009).<sup>17</sup>

Als besonders relevant gelten Medien dann, wenn diese auch von anderen – entweder von vielen oder aber von als besonders relevant eingeschätzten Gesellschaftsmitgliedern (Experten, Elitenangehörigen) – genutzt werden. Diesen Medien wird deshalb eine besondere Rolle zugeschrieben, weil sie als „Leitmedien“ besonders nachhaltig das kollektive wie auch das individuelle Entscheidungsverhalten und damit die gesellschaftliche Ko-orientierung beeinflussen (vgl. Jarren und Vogel 2008; Wilke 2008). Aus den Massenmedien kennt der Einzelne die Themen, die er auch bei anderen als bekannt unterstellen kann. Dieser Zusammenhang macht die Massenmedien generell und insbesondere die Leitmedien so bedeutend.

Bei Printmedien gehen wir von zwei Qualitätszeitungen (FAZ und SZ) als meinungsbildende Leitmedien aus, die die deutsche Öffentlichkeit maßgeblich mitprägen. Die FAZ gilt eher als konservativ orientiert, während der SZ eher eine sozial-liberale Haltung zugeschrieben wird. Der BILD-Zeitung wird eher eine populistische Haltung attestiert, doch auch wenn die BILD unter intellektuellen Eliten eher verpönt ist, so ist sie besonders einflussreich und wird in allen Schichten Deutschlands rezipiert (Schröder 2013). Für den Untersuchungszeitraum, insbesondere in den 1990er und Anfang 2000er Jahren waren die internetbasierten sozialen Medien noch nicht in dem Maße relevant wie sie es heute sind, weswegen sie nicht berücksichtigt wurden.

Um die Codierung vorzubereiten, wurde in einem ersten Schritt eine Grobanalyse zur Identifizierung von gesellschaftlich relevanten Themen und Sozialisierungsaspekten durchgeführt. Dies diente auch der Eingrenzung und Reduzierung des Textmaterials und damit der besseren Handhabbarkeit des Korpus. Die Frage danach, welche Themen/Ereignisse sozialisierungsprägend für heutige Täter im Kontext Konfrontationsgewalt waren, ist damit allerdings bestenfalls in Umrissen bestimmbar.

Zugleich lieferte die Grobanalyse einen umfassenden Korpus, da viele Artikel sich mit mehr als einem Thema beschäftigten, also verwandte Themen diskutierten. Es zeigte sich außerdem, dass einige Themen auch zyklisch wiederkehrten, dass sie z.B. vor Wahlen vermehrt von den Medien aufgegriffen werden. Aus vorheriger Forschung und dem existierenden Wissensstand wurden

---

<sup>17</sup> Für die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ist die Reichweite der Leitmedien – also die Zahl der tatsächlichen Nutzer – von größerem Interesse, als – im Falle von Zeitungen – die gedruckte und vertriebene Auflage. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) verkauft täglich 368.000 Exemplare, aber sie verfügt durch Mehrfachnutzung über 1,07 Millionen Leser. Die Süddeutsche Zeitung (SZ) hat eine verkaufte Auflage von 397.033 Exemplaren, und Bild verkauft täglich 3,014 Millionen Exemplare und erreicht damit 12,53 Millionen Leser. Durch die häufige Zitierung durch andere Medien erreichen Leitmedien einen Bekanntheitsgrad, der noch weit über die Zahl der tatsächlichen Nutzer hinausgeht.

zunächst mit Hinblick auf das Erkenntnisinteresse der sozialzeitlichen Entwicklungen deduktive Kategorien formuliert, die in einem zweiten Schritt in der Feinanalyse angewandt und jeweils nach Themenbereichen gegliedert wurden. In der Feinanalyse spielen sowohl die identifizierten Themen als auch deren konkreter Kontext eine Rolle. Als sehr offene Kategorien haben die deduktiven Kategorien umfassend Material herausgefiltert, da in den meisten Artikeln auch andere, verwandte Themen angesprochen und diskutiert werden, so dass ein breites und umfassendes Spektrum der wichtigen gesellschaftlichen Themen ersichtlich wird. Die Feinanalyse dient darüber hinaus der Analyse von Differenzierungen und unterschiedlichen Ausprägungen, sowie der Generierung von neuen (induktiven) Kategorien. Hierzu wurden zur Qualitätssicherung zunächst 10 Prozent des Korpus probecodiert, um weiterreichende Nuancen der induktiven Kategorien zu elaborieren. Diese induktiven Kategorien wurden auf das Gesamtmaterial bezogen erneut codiert (vgl. hierzu die Aufstellung der Kategorien in 4. 2).

Die ausgewählten Kategorien sind weitreichende Kategorien, die das breite Interesse dieser Analyse widerspiegeln, die aber auch eine möglichst umfassende Erfassung des relevanten Inhalts gewährleisten. Der Korpus wurde manuell codiert, was die ständige Nähe der Codierperson zum Text und somit eine ständige Reflexionsmöglichkeit erlaubt.

Aus den durch sich auf alle vier radikale Szenen beziehenden Schlagworte ausgewählten etwa 1200 Artikeln wurden 800 Artikel für die Feinanalyse identifiziert. Als Schlagworte dienten: Ängste, Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatz, Ausländer, Existenzangst, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Gleichberechtigung der Frau, Grundgesetz, Integration, Islam, Islamismus, Kultur, Linksextremismus, Migrant\*innen, Migration, Muslime, Ostdeutschland/Ostdeutsche, Perspektivlosigkeit, Radikalisierung, Rechtsextremismus, Rechtsordnung, Rechtsstaatlichkeit soziale Verunsicherung, Sozialisierung, Sozialstaat, Überfremdung, Unsicherheit, Wachstum, Westdeutschland/Westdeutsche, Wiedervereinigung, Wirtschaft, Zukunft, Zuwanderung. Während der Codierung dieser 800 Artikel wurden diejenigen wieder verworfen, welche aufgrund ihrer Kürze oder Thematik zu wenig inhaltlich Relevantes, bzw. Substanz vorwiesen oder andere Artikel nur wiederholten, bzw. sich auf diese beriefen, so dass schlussendlich 386 Artikel (Bild: 124; FAZ: 129; SZ: 133) für die Interpretation der Ergebnisse genutzt wurden. Durch die Berücksichtigung von Texten bis hin zu einer Sättigung, d.h. wo keine zusätzlichen Themen mehr hinzukamen, konnte eine exemplarische Repräsentanz erreicht werden.



## 3.2 Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse von Szenediskursen

Für die Beschreibung und Analyse des milieuspezifischen Diskurses in Bezug auf Konfrontationsgewalt wurden milieuspezifische Medien analysiert. Hierfür galt es die Publikationen zu selektieren, die für Gewaltrechtfertigung und Feindbildkonstruktion relevant sind. Dabei wurden nicht nur schriftlich verfasste Texte herangezogen, sondern auch Transkripte von Musikstücken (vor allem im rechtsextremen (Rechtsrock) im linksradikalen (Zeckenrap) und im militant-salafistischen (Nasheeds) Milieu von Relevanz) und Videos (vor allem Vorträge und Reden im radikal-salafistischen sowie im muslimfeindlichen Milieu, aber auch sog. Mobilisierungsvideos im Kontext autonome Antifa).

Die Recherche der Quellen erwies sich – außer im öffentlich gut zugänglichen muslimfeindlichen Szenediskurs – als zum Teil recht schwierig. Kam es zu Engpässen, so wurde auf Kontakte in die Szene und auf die assoziierte Expertise zurückgegriffen, um relevantes Material ausfindig zu machen. Die Selektion der relevanten Videos erfolgte in Bezug auf das konkrete Gewaltgeschehen und der Methode des „Theoretical Sampling“ folgend. Szenebblätter und Mobilisierungsflyer mussten aufwändig recherchiert werden, und auch Webpages mussten zum Teil in Webarchiven oder auf gespiegelten Seiten aufgesucht werden, da Vereinsverbote (z. B. im Fall Millatu Ibrahim) diese Publikationen in den Untergrund haben abwandern lassen. Dennoch bleibt festzustellen, dass relevante Propaganda mit insgesamt relativ wenig Aufwand – vor allem wenn sie digital verfügbar gemacht worden ist – zugänglich ist, nicht nur dem interessierten Forscher, sondern natürlich auch für die jeweiligen Zielgruppen.

Die Analyse der Feindbildkonstruktionen und Gewaltrechtfertigungen erfolgte mittels einer softwareunterstützten<sup>18</sup> qualitativen Inhaltsanalyse und einer Handcodierung von im extremistischen Diskurs bewanderten Forschern. Bezugnehmend auf den Ansatz der „Grounded Theory“ wird möglichst induktiv vorgegangen, d.h. die Kategorien für die Codierung werden weitgehend nicht vorgegeben, sondern es wird ein „in vivo“-Code verwendet, demzufolge Kategorien eng entlang der im Material verwendeten Sprache entwickelt werden. Allerdings wurde auch auf die Vergleichbarkeit der Analysen zu den einzelnen Milieus Wert gelegt – d.h. einige Kategorien, insbesondere in Bezug auf die gegenseitige Feindbildkonstruktion und auf die Kontextualisierung gesamtgesellschaftlicher Ereignisse, wurden milieuübergreifend codiert. Das Interesse an Vergleichbarkeit erforderte die Verwendung auch deduktiver Kategorien.<sup>19</sup>

Der Gewaltdiskurs der jeweiligen Medien wurde mittels einer qualitativen Inhalts- und Medienanalyse für den geplanten Zeitrahmen erarbeitet und rekonstruiert. Inhaltliche Kategorien (sogenannte

---

<sup>18</sup> Ein Vorteil der ausgewählten Software MAXQDA liegt darin, dass sowohl Texte als auch audiovisuelle Dateien, wie Videos oder Musikstücke, damit analysiert werden können.

<sup>19</sup> Vgl. die Beschreibung dieses Vorgehens bei Rieger, Frischlich et al. (2013: 4f.).

Frames) wurden zum einen basierend auf der existierenden Literatur und vorheriger Forschung zum Thema erarbeitet und angewandt (deduktive Vorgehensweise) und zum anderen während der Analyse erschlossen und damit vervollständigt (induktive Vorgehensweise). Das deduktiv-induktive Vorgehen ermöglichte eine flexible Erfassung von Bedeutungen und ihren Interaktionen, die freilich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Eine möglichst klare Definition und Abgrenzung von Kategorien (Frames) ermöglicht dabei eine genaue Anwendbarkeit und Reliabilität. Frames beziehen sich auf die Definition eines Ereignisses oder eines Themas und sind darüber hinaus mit den jeweiligen Organisationsprinzipien einer Gesellschaft verbunden (Potthoff, 2012; Scheufele 2003; Goffman 1974: 10). Mittels Frames werden Gewaltereignisse und -rechtfertigungen gerahmt, also mit bestimmten Fakten und in einen bestimmten Zusammenhang gebracht, aus denen spezifische Sichtweisen und Interpretationsmuster der sozialen Realität resultieren (Sirseldoudi 2006).<sup>20</sup>

Medien (sowohl Massenmedien als auch szenespezifische) verwenden Frames, wenn sie über Ereignisse berichten, und sie nutzen Frames passiv, wenn ihre Autoren aus gesellschaftlich oder milieuspezifisch vorherrschenden Perspektiven und Werten heraus Inhalte produzieren. In der aktiven Rolle versuchen Medien bestimmte Perspektiven, z. B. zu Gewalt, einzubringen und ihre Zielpublika dadurch zu beeinflussen. In diesem ständigen Wettstreit um Bedeutungsmacht und -Dominanz in der Öffentlichkeit, finden auch die untersuchten szenespezifischen Gewaltdiskurse statt. Laut Sutter trägt dieser Wettstreit auch zur Verbreitung und Anpassung von Inhalten bei (Sutter 2010: 33, 44). Die Relevanz der Medien für individuelle Identität und ihre Verstärkung besteht darin, dass Medien einen Raum geben, um Identität zu (er)leben und zu erfahren (Billig 1995). Medien erlauben dabei auch, den jeweils anderen, z.B. eine als feindlich wahrgenommene Gruppe, negativ darzustellen, sei dies nun auf Individuen oder auf größere Gruppierungen wie soziale/radikale Bewegungen bezogen (Talbot 2007; Reinke de Buitrago 2012, 2013). Für das vorliegende Forschungsinteresse bieten sich als erschlossene Frames z.B. die des Feindes, des Gegners („wir-gegen-sie“), der Abgrenzungen und Abwertungen, ideologische Begriffe und Marker, der Religion, der Werte, der Allianzen/Alliierten und der Ziele an. Deduktive Kategorien für alle vier radikalen Diskurse waren breit gefasste Kategorien: (1) Gewaltaufrufe nach innen, (2) Drohungen nach Außen, (3) Feindbilder und (4) Selbstbilder, die mit induktiv gewonnenen Unterkategorien ausdifferenziert wurden.

---

<sup>20</sup> Die Wirkung von Framing wurde in vielen empirischen Studien belegt (z.B. Entman 2010; Glaab 2007; Linsky 1986; Lomax Cook et al. 1983; Nacos, Boch-Elkonand Shapiro 2011; Puglisi 2004). Als Beispiel sei hier auf die Mediendarstellung über den Islam in Deutschland verwiesen, welche eher negative Assoziationen zu Islam und Muslimen transportiert – die Berichterstattung blendet das Alltägliche zumeist aus und fokussiert auf spektakuläre Ereignisse. Oft wird der Islam – insbesondere seit dem 11.9.2001 – in deutschen Medien mit negativen Ereignissen oder Gewaltbildern verknüpft; die Dramatisierung schlägt sich in Bedrohungsgefühlen, einer Ablehnung gegenüber Muslimen und einem Befürworten von härteren Präventionsmaßnahmen nieder (Frindte et al. 2011: 27ff. u. 40ff.; Schiffer 2005).

## 4. Analyse sozialzeitlicher Entwicklungen

Um die sozialzeitlichen Entwicklungen während der Radikalisierung heutiger Täter in Kontexten konfrontativer Gewalt zu analysieren, wurden die im Beobachtungszeitraum von 1994 bis 2012 diskutierten Kernthemen durch eine Inhaltsanalyse von Leitmedien (SZ, FAZ, BILD) identifiziert. Folgende Leitfragen standen im Mittelpunkt dieses Untersuchungsschritts: Welche gesellschaftlichen Kernthemen wurden in dieser Zeit in Gesellschaft und Politik mit welcher Kontextualisierung diskutiert? Inwiefern weisen diese Themen einen Bezug zu politisch motivierter Gewalt auf oder sind für Gewalt relevant? Die Ergebnisse der Analyse zeigen als Kernthemen:

- Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und soziale Verunsicherung;
- demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit;
- angenommene Überfremdung zusammen mit Integrationsschwierigkeiten;
- Unterschiede zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen;
- Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern;
- Fremdenfeindlichkeit;
- Islam und Muslime in Deutschland;
- die Gleichberechtigung der Frau;
- Gefahren für die deutsche Rechtsordnung;
- die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland (Fachkräftemangel).

### 4.1 Theoretische Einbettung

Für diesen Teil der Untersuchung wurde von einem Verständnis von Öffentlichkeit als einem offenen, der Allgemeinheit zugänglichem Kommunikationsraum ausgegangen, in dem die für einen Großteil der Bürger bedeutenden Probleme diskutiert werden (siehe Gerhardt 2012; Schubert und Klein 2011; Schäfers 1986), wobei pluralistische Demokratien typischerweise auch Teilöffentlichkeiten aufweisen, die sich auf bestimmte gesellschaftliche Bereiche mit ihren spezifischen Aufgaben und Diskursen beziehen (Schubert und Klein 2011). In modernen Gesellschaften ist ein Großteil dieser öffentlichen Diskussion medial vermittelt (s.u.). Neben diesem Grundverständnis von

Öffentlichkeit waren für diesen Untersuchungsteil folgende theoretische Ausgangspunkte maßgeblich:

*Massenmedien:* Massenmedien sind als Teilsystem der politischen Öffentlichkeit zu verstehen, und fungieren als „eine der wichtigen lebensbegleitenden Sozialisationsinstanzen“ (Huhnke 1993: 216f.). Durch die Art ihrer Berichterstattung beeinflussen und prägen Medien öffentliche Diskurse und damit auch die Wahrnehmung der sozialzeitlichen Entwicklungen. Indem Journalisten und Redakteure in der Berichterstattung immer auch eine Themenauswahl (Agenda Setting) und Kontextualisierung vornehmen, bieten Medien bestimmte Perspektiven an.

Als Leitmedien haben die BILD, FAZ und SZ zudem die Funktion als Agenda-Setter, d.h. sie geben zum großen Teil vor, was in anderen Medien aufgegriffen und von der Öffentlichkeit gelesen wird; sie beeinflussen stark die Inhalte und deren Kontextualisierung.

Die Rahmung (*framing*) von Medieninhalten determiniert Definition und Kontextualisierung eines Ereignisses (siehe z.B. Goffman 1974: 10 ff., 21; Entman 2010, 1993). Somit ist für das öffentliche Verständnis von gesellschaftlichen Kernthemen die Art der massenmedialen Kommunikation über das jeweilige Thema in den Medien entscheidend. Damit spielen die Medien sowohl eine aktive als auch eine passive Rolle. Einerseits berichten Medien aktiv und bieten bestimmte Themen und Interpretationen an, womit sie den öffentlichen Diskurs beeinflussen. Andererseits sind Medien als Reflektion des gesellschaftlichen Diskurses zu sehen, da Journalisten selbst Teil der Gesellschaft und ihrer kulturellen Prägung, Werte und kollektiven Wissensbestandteile sind. In der Praxis sind die genauen Unterschiede zwischen aktiver und passiver Medienrolle jedoch nur schwer zu identifizieren (Reinke de Buitrago 2012). Wegen der identitätskonstituierenden Rolle von Sozialisationserfahrungen (s.u.) wird für diesen Untersuchungsschritt davon ausgegangen, dass die Inhalte von Massenmedien die verhandelten Themen in der politischen Sozialisationsphase im betrachteten Zeitraum waren.

*Identitätsbildung und Sozialisation:* Identitäten erklären das Verhalten von Gruppen zueinander (Tajfel und Turner 1979) und bilden sich in Sozialisationsprozessen heran. Sozialisation wird dabei generell als Prozess gesehen, „in dem der Mensch in die ihn umgebende Gesellschaft und Kultur hineinwächst und durch das Erlernen sozialer Normen und Rollen zum eigenständigen, handlungsfähigen sozialen Wesen wird“ (Weiß 1986: 269). Kollektive Identität bezieht sich auf Gruppen oder weiterreichende Sozialkollektive, wo bestimmte Elemente der Identität der Gruppe gemeinsam sind – auch die mit Identität verbundenen Wahrnehmungsmuster sind innerhalb von Gruppen zum Teil gemeinsam (Fisher 1997; Spillmann und Spillmann 1989). Identität kann zudem herausgefordert oder gefährdet werden, laut Erikson (1968: 15ff.) z.B. in Umbruchszeiten, wie die

des Jugendalters. Menschen verfügen über mehrere Identitäten und Gruppenzugehörigkeiten, ob in Familie, Freundeskreis, Religionsgemeinschaft, Region oder Land, oder aufgrund verschiedener Tätigkeiten.

Dabei finden Identitätsentwicklung und Identitätserhalt oft mittels der Abgrenzung von anderen statt. Ebenfalls von Bedeutung sind die negative Übertreibung der Eigenschaften bei gleichzeitiger Untertreibung der situativen Zwänge des Anderen (beim Selbst vice versa), was die Zuschreibung von Feindschaften und die konflikthafte Eskalation zu fördern scheint (Stein und Gross 2006: 294). Darüber hinaus entwickeln auch große Kollektive wie Bevölkerungen oder Bevölkerungsgruppen Identitäten – etwa eine nationale Identität (siehe z.B. Fearon 1999; Katzenstein 1996; Lapid und Kratochwil 1996; Neumann 1999). Das Gefühl einer nationalen Zugehörigkeit entwickelt sich im Kindesalter und wird später durch die soziale Umwelt gefestigt. Der Fokus liegt auf dem eigenen Land, jedoch beinhaltet es auch ein Verständnis anderer Staaten, sowie verschiedene Freundschafts- und Feindschaftselemente (Boulding 1996: 461-464; Fisher 1997: 75).

*Radikalisierung als Sozialisierung:* Radikalisierung wird als eine Art Um- oder Resozialisierung in andere Gruppen mit anderen Normen verstanden werden, wo typischerweise eine Einengung der Sichtweisen, einfache und vereinfachte Erklärungen für komplexe Probleme, sich aufeinander einschwörende Gruppendynamiken und eine enge Gruppenbindung stattfinden. Identitätskonstruktionen und Gruppenprozesse gehen dabei Hand in Hand (Olsen 2009; Dalgaard-Nielsen 2010: 798). Dabei umfasst Radikalisierung die Internalisierung einer Reihe von Überzeugungen, einer militanten Denkweise, die politische Gewalt schließlich als manifesten Nachweis der übernommenen Überzeugung einer Person versteht (Sirseldoudi 2006: 15).

In der Literatur wird eine Vielzahl von Faktoren der Radikalisierung genannt, sowohl auf persönlicher als auch auf gesellschaftlicher und sogar globaler Ebene (Sirseldoudi 2010). Selbst Technologien wie die digitalen Medien könnten Einfluss nehmen (Ranstorp 2010: 4). Einige makrosoziologische Erklärungen fokussieren auf soziale Desintegration oder auf soziale und ökonomische Faktoren, auch mit Erfahrungen der Marginalisierung oder Deprivation (Heitmeyer 2002; Steinger und Rotte 2009; Korteweg et al. 2010). Doch die sozialen und ökonomischen Hintergründe von Radikalen unterscheiden sich sehr stark voneinander, so dass sie als alleinige Erklärung keineswegs ausreichen (siehe auch Nesser 2006; Horgan 2008; Sirseldoudi 2006, 2010).

Schließlich laufen Radikalisierungsprozesse individuell und kollektiv sowie in unterschiedlichen Stufen ab<sup>21</sup>, wobei auf jeder Stufe eine weitere Einengung stattfindet, so dass von anfänglichen Ideen und Weltanschauungen über die Erfahrung von Fremdheit auf der einen und von Zugehö-

---

<sup>21</sup> Siehe der ausführlich beschriebene Radikalisierungsprozess bei Quintan Wiktorowicz (2004) bei dem eine normative Umorientierung des Individuums von radikalen Akteuren sowohl mittels Vermittlung von ideologischen Inhalten als auch durch soziale Einbindung befördert wird. Schließlich wird das in die radikale Gemeinschaft integrierte Individuum wiederum zur Radikalisierung neuer Aktivisten beitragen.

rigkeiten und Nichtzugehörigkeiten auf der anderen Seite, auch Bedrohungen perzipiert werden und Feindschaften entstehen. Wird dabei die Schwelle zur Gewalt überschritten, so wird die Radikalisierung offenbar weniger umkehrbar (Eckert 2013).

## 4.2 Materialauswahl und Codierung

Für die Analyse wurden drei überregionale Zeitungen, BILD-Zeitung (BILD), Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und die Süddeutsche Zeitung (SZ) ausgewählt. Alle drei sind auflagenstarke Leitmedien in Deutschland, bestimmen den gesellschaftlichen Diskurs wesentlich mit und spiegeln gesellschaftlich dominante Meinungsspektren wider. Alle drei Zeitungen sind überregional sowohl in der Berichterstattung als auch in ihrer Perzeption und spiegeln so den Diskurs, der Agenda und Framing für die Themen der sozialzeitlichen Entwicklungen zur politischen Sozialisationsphase heutiger Täter geprägt hat. Zum anderen decken sie das politische Spektrum der Printmedien in Deutschland ab, wobei die FAZ eher als konservativ orientiert gilt, während die SZ eine eher sozial-liberale Haltung vertritt. Die BILD-Zeitung vertritt eine relativ konservative populistische Haltung und erreicht die höchsten Auflagenzahlen in Deutschland.

Zur Erfassung des gesellschaftlichen Diskurses und der darin kontextualisierten Ereignisse und Kernthemen wurde eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Eine Inhaltsanalyse ist ein systematischer, regelbasierter und theoriegeleiteter Ansatz zur weitgehend vollständigen Erfassung und Analyse von Bedeutung und Kommunikation, der zudem eine intersubjektive Nachvollziehbarkeit ermöglicht (Behnke et al. 2006: 339; Mayring 2003: 12; Wagner 2006: 186). Qualitative Inhaltsanalysen untersuchen den latenten und manifesten Inhalt von Kommunikation, sowie den zugehörigen sozialen Kontext; sie erfolgen nicht-reaktiv und bleiben somit ohne Einflussnahme auf Forschungsobjekte während der Datensammlung (Bortz und Döring 2005: 325ff.). In makrosozialen Kontexten können damit Kommunikationsaspekte einer Gesellschaft erfasst werden (Früh 2001: 52ff.). Zur Codierung werden zunächst basierend auf theoretischen Konzepten und dem jeweiligen Forschungsinteresse deduktive (theoretische) Kategorien formuliert. Induktive Kategorien emergieren ggf. während der Analyse und werden rückwirkend auf das gesamte Material angewandt. Die jeweiligen Kategorien sollten sich voneinander gut abgrenzen lassen; Sie können durchaus breit sein, solange ihre genaue Anwendung möglich ist.

Um die Codierung vorzubereiten, wurde in einem ersten Schritt eine Grobanalyse zur Identifizierung von gesellschaftlich relevanten Themen und potentiellen Aspekten politischer Sozialisation durchgeführt. Ebenfalls diente dies der Eingrenzung und Reduzierung des Textmaterials und damit der besseren Handhabbarkeit des Korpus. Die Frage danach, welche Themen/Ereignisse sozialisierungsprägend sein können, ist in der Tat – wie auch im Forschungsprozess sichtbar wurde

– eine sehr weitreichend Frage, die nur Einschätzungen, aber keine definitiven Kausalbehauptungen erlaubt. Die Grobanalyse ermöglichte es daher auch nur, die Inhalte zu erfassen, die plausiblen Hypothesen zufolge einflussreich wurden. Zugleich lieferte die Grobanalyse einen umfassenden Korpus, da viele Artikel sich mit mehr als einem Thema beschäftigten, also verwandte Themen diskutierten. Es zeigte sich außerdem, dass einige Themen auch zyklisch sind, dass sie z. B. vor Wahlen vermehrt von den Medien aufgegriffen werden. Aus vorheriger Forschung zu Biographien und Radikalisierungsprozessen dschihadistisch motivierter Täter im Forschungsprojekt TERAS-INDEX<sup>22</sup> und dem existierenden Wissensstand zu Biographie- und Lebenslaufanalysen<sup>23</sup> wurden mit Hinblick auf das Erkenntnisinteresse der sozialzeitlichen Entwicklungen deduktive Kategorien formuliert. Eine Übersicht dieser Kategorien befindet sich in Abbildung 2. Die nachfolgend genannten Kategorien sind dabei aus dem aktuellen Diskussionsstand über die politische und soziale Entwicklung in Deutschland im Betrachtungszeitraum abgeleitet. Ihre Rubrizierung ist dabei weniger maßgeblich, als dass diese deduktive Kategorienbildung um induktive generierte Suchbegriffe erweitert wird. Diese Kategorien sind dabei nicht als theoretische Begriffe, sondern als bloße Schlagworte zu verstehen, um aus dem umfänglichen Material solches selektieren zu können, das für eine feinere Analyse in Frage kommt.

Abb. 2: Deduktive Kategorien in der Analyse der sozialzeitlichen Entwicklung

<b>Deduktive Kategorien (Großkategorien) und ihre Bedeutung</b>
<p><b>DK1. Überfremdung / Integration</b></p> <p>Angst vor der Überfremdung in Deutschland            Angst vor ‚zu vielen‘ Ausländern, Migranten, etc.            Angst vor Verlust deutscher Kultur (auch Kultur-Clash), Arbeitsplätze, etc.            Links-, Rechtsextremismus / Gewalt gegen Ausländer, Migranten, etc.            Fremdenfeindlichkeit            Zuwanderung, Integration            Staatliche Reformen dazu</p>
<p><b>DK2. Soziale Verunsicherung / Unsicherheit</b></p> <p>Angst vor sozialem Abstieg            Abbau des Sozialstaats, von Sozialleistungen (auch im Zuge der Kosten der Wiedervereinigung)            Existenzängste</p>
<p><b>DK3. Islam, Muslime</b></p>

<sup>22</sup> Das Konsortialprojekt würde im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms des BMBF gefördert unter den Förderkennzeichen 13N11164 und 13N11165 (Verlängerung)

<sup>23</sup> Weiterführend (Böllinger 1983; 2006; Lützing 2010; Schmidtchen 1981; Sirseloudi 2006, 2014b).

Islam / Muslime in Deutschland

Angst vor / Unkenntnis über Islam und Muslime

Auseinandersetzungen mit dem Islam / mit Muslimen

Links-, Rechtsextremismus / Gewalt gegen Muslime

Integrationsfragen

Radikalisierung, Islamismus, politischer Islam

#### **DK4. Arbeitslosigkeit**

(Drohender) Verlust des Arbeitsplatzes

Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes

Steigende / sinkende Arbeitslosigkeit

#### **DK5. Perspektivlosigkeit**

Keine Perspektive für die Zukunft / Hoffnungslosigkeit

Angst vor der Zukunft

Existenzängste

Gefühl des Zurückbleibens (auch im Osten im Zuge der Auswirkungen durch die Wiedervereinigung)

In einem zweiten Schritt wurden die Kategorien in der Feinanalyse angewandt, jeweils nach Themenbereichen gegliedert. In der Feinanalyse spielen sowohl die identifizierten Themen als auch deren konkreter Kontext eine Rolle. Als sehr offene Kategorien haben die deduktiven Kategorien umfassend Material herausgefiltert, da in den meisten Artikeln auch andere, verwandte Themen angesprochen und diskutiert werden, so dass ein breites und umfassendes Spektrum der wichtigen gesellschaftlichen Themen ersichtlich wird. Die Feinanalyse dient der Analyse von Differenzierungen und unterschiedlichen Ausprägungen, sowie der Generierung von neuen (induktiven) Kategorien. Hierzu wurden 10 Prozent des Korpus probecodiert. Während der Probekodierung wurden induktive Kategorien gebildet, bei denen sich Nuancierungen zeigen. Induktive Kategorien werden auf das Gesamtmaterial bezogen erneut codiert. Diese Kategorien sind in Abbildung 3 ersichtlich. Auch hier ist das Verfahren „nominal“, in dem Sinne, dass mit diesen Begriffen keine theoretischen Ansprüche verbunden sind. Die Kategorien haben nur den Sinn, als Marker bzw. Indikatoren eine noch nähere Auswahl zu ermöglichen. Die Begriffe selbst werden dabei in ihrem Alltagsverständnis benutzt, wie es auch dem journalistischen Gebrauch entspricht.

Auch diese Kategorien sind große und weite Kategorien, die die breit angelegte Forschungsfrage nach sozialisationsrelevanten Themenclustern in dieser Teilanalyse widerspiegeln. Der Korpus wurde manuell codiert, da das Codieren mit computergestützten Programmen für den Rahmen der Analyse zu zeitaufwändig gewesen wäre. Manuelles Codieren erlaubt zudem die ständige Nähe der Codierperson zum Text und die ständige Reflexionsmöglichkeit.



Abb. 3: Induktive Kategorien in der Analyse der sozialzeitlichen Entwicklung

<b>Induktive Kategorien und ihre Bedeutung</b>
<b>IK1. Gleichberechtigung der Frau als Errungenschaft</b> Gleichberechtigung der Frau als normativer Wert, der nicht aufzugeben ist
<b>IK2. Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Zukunft</b> Was hilft oder schädigt dem Standort Deutschland Zuwanderung dient dem Wirtschaftsstandort und wird gebraucht
<b>IK3. Rechtsstaat Deutschland</b> Fragen der Rechtsstaatlichkeit Grundgesetz, Rechtsordnung
<b>IK4. Ost-West-Unterschiede</b> Unterschiedliche Ausprägungen in Ost und Westdeutschland wegen Sozialisierung

### 4.3 Ergebnisse der Analyse

Die in der Analyse gewonnenen Ergebnisse bieten im Groben eine Bestätigung vorheriger allgemeiner Annahmen. So hatte z. B. die Wiedervereinigung einen prägenden Einfluss besonders auf die Menschen im Osten des Landes, der früheren DDR. Dieser Einfluss ist teils immer noch über die Elterngenerationen, das allgemeine Umfeld und die spezifisch ostdeutschen Lebensbedingungen zu erkennen. Ebenfalls wirken sich die Erfahrungen der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit, und allgemein der Perspektivlosigkeit negativ auf die Menschen in Deutschland aus und bestimmen ihre Sozialisierung mit. Des Weiteren spielen auch die Überfremdungsängste und Integrationsprobleme, reale oder auch nur subjektiv wahrgenommene, eine Rolle in der Sozialisation. Natürlich sind diese allgemeinen Befunde nach politischen Haltungen, existierenden Weltbildern und Ideen zu differenzieren.

Zusätzlich zu den emergenten Kategorien und Nuancierungen war die Analyse auch mit Bezug auf Opfererfahrungen und Ab- und Ausgrenzungen aufschlussreich. So dreht sich der gesellschaftliche Diskurs oft um Ängste und Unsicherheiten oder deren Kombination. So lassen sich z. B. Verbindungen zwischen der Angst vor Arbeitslosigkeit oder erfahrener Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und Überfremdungsängsten auf der anderen Seite finden. Hier wirken oftmals Gruppeneffekte verstärkend, indem sie Ideen und Sichtweisen einengen und so eventuell eine Radikalisierung bewirken. So wirken radikalisierte Personen, unabhängig des jeweiligen radikalen Milieus dem sie zugehören, als Verstärker von Opfer-, Ab- und Ausgrenzungserfahrungen. Hierbei spielt auch die Orientierungssuche von beispielsweise jungen Menschen ohne Perspektive eine

Rolle – diese wird aktiv ausgenutzt, indem eine (allzu vereinfachte) Antwort präsentiert und damit das Zugehörigkeitsgefühl gestärkt wird. Auch werden dabei existierende Widersprüche zwischen dem von Gesellschaft, Staat und Politik propagierten Narrativ und der individuell erfahrenen Wirklichkeit ausgenutzt. Beispiele für Opfer-, Ab- und Ausgrenzungserfahrungen sind die Ost- oder Westzugehörigkeiten nach der Wiedervereinigung. Der Osten und damit auch die Ostdeutschen im Kollektiv wurden zum Teil öffentlich abgewertet und abgestempelt. Eine Rolle spielen in diesen sozialen Bewertungen offenbar Langzeitarbeitslosigkeit und die oft damit verbundene Perspektivlosigkeit und soziale Verunsicherung, die Marginalisierungserfahrung von Migranten, die Überfremdungsängste von Deutschen, Migrations- und Integrationsproblematiken und hier insbesondere die Rolle und wachsende Sichtbarkeit des Islams und der Muslime, die von manchen als schleichende Islamisierung Deutschlands empfunden wurde und wird.

Abbildung 4 bietet die zeitliche Orientierung für die folgende Darlegung des öffentlichen Diskurses und knüpft teils direkt, teils indirekt an diskutierte Ereignisse, Entwicklungen und Themen an.

Abb. 4: Sozialzeitliche Hauptereignisse und Kernthemen

<p><i>Vor dem Analysezeitraum:</i></p> <p>1990 Wiedervereinigung</p> <p>1992-1993 Anschläge auf Flüchtlingsheime/Wohnheime</p> <p>1993 Änderung des Asylrechts (Drittstaatenregelung)</p>
<p><i>Analysezeitraum:</i></p> <p>1994 Privatisierung der Deutschen Bahn</p> <p>1995 Privatisierung der Deutschen Post</p> <p>1995 EU-Beitritt von Finnland, Schweden und Österreich</p> <p>1995 Massaker von Srebrenica</p> <p>1998 Ende der Ära Kohl</p> <p>1999 Kosovo-Krieg</p> <p>1999 Wahlsieg von Jörg Haider in Österreich</p> <p>2001 Anschläge vom 11.9.</p> <p>2001 Beginn des Afghanistan-Krieges</p> <p>2002 Euro-Einführung</p> <p>2003 Irak-Krieg</p> <p>2003 Hartz IV</p> <p>2004 EU-Osterweiterung (Beitritt von 10 Ländern)</p> <p>2004 Zuwanderungsgesetz (Freizügigkeitsregelung)</p>

2004 Anschlag auf Züge in Madrid  
 2005 Anschlag auf U-Bahnen in London  
 2005 Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel  
 2006 Fußball-WM in Deutschland  
 2006 Erste deutsche Islamkonferenz  
 2006 Hinrichtung Saddam Husseins in Irak  
 2007 EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien  
 2007 Zweite deutsche Islamkonferenz  
 2007 Anschlagversuche in London und Glasgow  
 2007 Finanzkrise  
 Ab 2008 Debatte zum Moscheebau in Köln (Grundsteinlegung 2009)  
 2009 60-jähriges Bestehen der NATO  
 2009 20-jähriges Jubiläum des Mauerfalls  
 2009 Beginn der Euro-Krise  
 2010 Aufmarsch von 5000 Neonazis in Dresden gestoppt  
 2011 Osama bin Laden durch US-Spezialkräfte getötet  
 2011 Anschlag von Anders Behring Breivik in Oslo und auf Insel Utøya  
 2011 10. Jahrestag der Anschläge vom 11.9.  
 2011 NSU-Aufdeckung  
 2011 Beginn der Occupy-Bewegung  
 2012 Zehn Jahre Euro

Diese Auflistung verdeckelt, dass der Untersuchungszeitraum kein homogener Zeitraum ist. Eine feinere Analyse würde kürzere Zeitabschnitte für die Prominenz stark diskutierter Themen identifizieren, oder auch das Aufkommen und dann Abflauen bestimmter Themen im Diskurs. Außerdem überlagern sich Themen, besonders in ihren Auf- und Abstiegsphasen. Eine Abgrenzung – wo genau Anfang und Ende einer Diskussion zu einem Thema sind – ist somit fast unmöglich. Soweit dies aber möglich war, auch in Abhängigkeit des diskutierten Themas, wird bei der Darlegung der Ergebnisse auf bestimmte Zeiträume und deren Ereignisse hingewiesen bzw. Bezug genommen.

Die zwischen 1994 und 2012 diskutierten gesellschaftlichen Kernthemen lassen sich in sieben Clustern zusammenfassen, die mit angeführten Beispielen aus der medialen Darstellung anschließend noch einmal ausführlicher vorgestellt werden:

- In Teilen der Bevölkerung: Angst vor einer Überfremdung in Deutschland, verbunden mit wahrgenommenen und/oder realen Integrationsschwierigkeiten, aber

auch intensivierten Bemühungen zur Gestaltung und Ermöglichung von Integration von Ausländern, Migranten, Asylanten

- Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Ausländern/Nichtdeutschen, teils aufgrund der Suche nach Sündenböcken für soziale Einschnitte oder Arbeitslosigkeit, teils aufgrund von Agitationen fremdenfeindlicher oder rechtsgerichteter Strömungen und Gruppen
- Islam und Muslime in Deutschland – als wachsender Bestandteil der deutschen Gesellschaft, verbunden mit Ängsten vor und Unkenntnis über den Islam und der Muslime, mit Integrationsfragen und mit dem oft thematisierten Fokus politischer Islam, Islamismus und Radikalisierung
- Soziale Verunsicherung, Existenz- und Zukunftsängste und Arbeitslosigkeit, sowie Perspektivlosigkeit, auch verbunden mit Kürzungen der Sozialleistungen aufgrund von Reformen wie Hartz IV
- Demokratische Werte, die deutsche Rechtsordnung und rechtsstaatliche Fragen, im Kontext politisch extremistischer Bestrebungen, sowie die Errungenschaft der Gleichberechtigung der Frau als Wert in Deutschland (z. B. im Hinblick auf traditionelle Rollen wie im orthodoxen Islam)
- Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland, insbesondere im Licht des Bedarfs an Zuwanderung zur Fachkräftesicherung und zur Rentensystemsicherung
- Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, bzw. zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen im vereinigten Deutschland, verbunden mit Sozialisation

### **4.3.1 Überfremdung, Integration, Migration, Asyl**

Die Medien diskutieren Überfremdungsgefühle oder Ansichten einer drohenden Überfremdung, welche in Teilen der Bevölkerung existieren. Hier zeigen sich Schübe im Diskurs in der Mitte der 1990er, wie auch kurz nach den Anschlägen des 11.9. und ab ca. 2005/2006. Mitte der 1990er gibt es eine intensivere Diskussion dieser Themen aufgrund von vermehrten Ausschreitungen seitens rechtsextremistischer Gruppen gegen Asylbewerber. Nach dem 11.9.2001 richtet sich die Diskussion vermehrt auf den Zuzug von Muslimen nach Deutschland und auf die Frage, was dies für Deutschland bedeuten könne. Ab 2005/2006 erhält die Diskussion über Muslime in Deutsch-

land erneuten Auftrieb auch aufgrund des Zuwanderungsgesetzes, der Islamkonferenzen Deutschlands, sowie aufgrund von Moscheebauten und ihrer Wahrnehmung in Deutschland.

So wird in den Medien diskutiert, dass zu viele Ausländer und Migranten in Deutschland wären, was zum Verlust an deutscher Kultur, an deutschen Werten, an der deutschen Sprache und Lebensweisen, oder auch an deutschen Regeln und Ordnungsvorstellungen und einer Art ‚Deutschsein‘ an sich führen würde. Die FAZ (16.02.2002) spricht z. B. davon, dass mit Behauptungen der scheinbaren „galoppierenden Überfremdung“ und dem daraus folgenden „Auslöschung des deutschen Volkes“, Angst geschürt werden solle. Des Weiteren gibt es Bezüge auf Flüchtlingsströme aus Krisengebieten nach Europa, die einen Rechtsruck befördern. So habe die Bevölkerung Angst vor religiösen oder islamischen Fanatikern und Konflikten, sowie vor dem Abbau des Sozialstaates aufgrund der Überforderung durch vermeintliche Wirtschaftsflüchtlinge, und vor der zunehmenden Kriminalität (FAZ, 26.09.1997; BILD, 06.03.2007); Berichte von den Herkunftsländern der Flüchtlinge potenzierten die Sicht vom „Eldorado“ Deutschland, wozu die deutsche politische Klasse aber schweige und so Deutschland wirtschaftlich gefährde und den Rechtsextremisten noch mehr Argumente gebe. Die FAZ (16.11.1995) spricht auch von der Ansicht vieler Deutscher, der deutsche Verfassungsstaat sei durch den angeblich zu hohen Ausländeranteil gefährdet. So finden sich im Diskurs z. B. die Begriffe der „Flut“ oder „Schwemme“ in Bezug auf Ausländer, sowie der der Überfremdung. Die SZ (04.05.2006) konstatiert zum einen die Angst vieler Deutschen von einer Überfremdung und zum anderen ihren Anstieg. Im Diskurs spielen also teils konkrete Verlust-Begründungen eine Rolle und teils aber auch diffuse Ängste vor dem Fremden, das man nicht kennt, nicht versteht oder zu dem man keinen Kontakt hat. Hinzu kommen Kommentare zum angeblichen oder tatsächlichen Missbrauch des Asylrechts und sozialer Leistungen, verbunden mit Ängsten der Überlastung und Überforderung der deutschen Sozialsysteme (ebd.).

Der Mediendiskurs verweist z. B. auf die muslimfeindliche Initiative „Pro Köln“, welche von einer Überfremdung spricht und gegen den Moscheebau in Köln demonstrierte. Eine Form der angeblichen Überfremdung wird in der ‚Islamisierung‘ gesehen, vor welcher die PRO-Bewegung „warnt“. Doch gab es laut FAZ (18.06.2007) auch Gegendemonstrationen seitens der Gewerkschaften, allerdings ebenso rechtsradikale Autonome, welche gegen Muslime demonstrierten, und linksradikale Demonstranten, welche die Demo von „Pro Köln“ störten. Allerdings zeige der Streit um die Größe der neu zu errichtenden Moschee auch die vorherrschenden Ängste um eine diffus als zu gewichtig wahrgenommene Rolle des Islams in Deutschland. Laut der FAZ (18.06.2007) frage nicht nur die CDU, wie man überhaupt wissen könne, was in der Moschee vorgehe. Eine Frage, die auch beträchtliches Misstrauen gegenüber Muslimen widerspiegelt. Zudem klingt implizit die Verknüpfung zwischen Muslimen und Terrorismus an, als seien alle Muslime automatisch auch potentielle Terroristen. Doch in diesem Artikel ist auch mit positiver Konnotation vom Moscheebau die Rede, da manche darin auch eine Chance für die Integration von Muslimen in Deutschland sähen.

Das Thema der Zuwanderung und Integration spielt auch eine bedeutende Rolle im untersuchten Diskurs, wobei die Medien teils auf die vielen Asylbewerber in den 1990ern und die zusätzliche Zuwanderung von deutschstämmigen Spätaussiedlern aus dem Ostblock, und teils auf spätere Zuwanderung, Wirtschaftsmigranten und Asylsuchende hinweisen. Diskutiert werden die Integrations-schwierigkeiten – reelle und wahrgenommene, sowie Maßnahmen für eine verbesserte Integration. Es wird deutlich, dass sich die Sicht auf Integration differenziert hat – Integration wird sowohl mit Ängsten als auch mit Chancen verbunden, und Deutschland wird nunmehr zumindest im öffentlichen Raum als ein Einwanderungsland gesehen. Manche Medien (z.B. FAZ, 01.10.2001) verweisen auch auf die Emotionalisierung des Themas Zuwanderung in Deutschland, z. B. mit der in der deutschen Öffentlichkeit diskutierten Aussage „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, welches in anderen, auch früheren und späteren Diskussionen umgekehrt wird, zur Aussage, dass Deutschland praktisch eben doch ein Einwanderungsland sei (FAZ, 16.11.1995; 25.08.2012). Das Selbstverständnis des heutigen Deutschlands wie auch die Bereicherung kultureller Vielfalt wird in einigen Medienartikeln deutlich, z. B.: „Zu unserem Nationalinteresse gehört die Anerkennung der Tatsache, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind und uns als Nation bereichern.“ (SZ, 09.07.2007).

Die FAZ (25.08.2012) forderte auch eine Diskussion über Rechte und Pflichten in einem Einwanderungsland und in Deutschland als einem solchen. Dazu gehörten z. B. auch gute Bedingungen in Asylbewerberheimen. So habe Deutschland trotz der Fortschritte in der Integrationspolitik noch viel zu leisten. So sollten laut der FAZ (08.09.2010) Integrationsmaßnahmen gebündelt werden, um ihre Effektivität zu erhöhen. Die Bilanz der Bemühungen sei durchwachsen, denn es gebe etwa 10-15 Prozent Integrationsunwillige und Ausländer würden öfter die Schule abbrechen als Deutsche. Auch sei der Erwerb der deutschen Sprache zentral bei der Integration und müsse möglichst früh beginnen. Darüber hinaus brauche Deutschland aber wegen des Fachkräftemangels eine offensivere Einwanderungspolitik. Dabei müsse laut der FAZ (16.11.1995) auch der Erwerb der deutschen Staatszugehörigkeit eine realistische Möglichkeit sein. Zudem hätten Ausländer in Deutschland Anspruch auf eine eigene Identität und Integration solle nicht „Anpassung an die deutsche Wesensart“ bedeuten, was wiederum in Integrationsmaßnahmen Ausdruck finden müsse. Die Demokratie bleibe aber der Ausgangspunkt für Staatsbürgerschaft und Einbürgerung; die deutsche Gesellschaft „braucht staatsbürgerliche Einheit in kultureller Vielfalt“ (SZ, 04.05.2006). Es sollen eine Leitsprache, Leitrecht und Leitprinzipien gelten, wozu auch Menschenrechte, Demokratie und Toleranz gehören. Wer also in der europäischen Zukunft mitmachen wolle, müsse sich zu diesen Werten bekennen (SZ, 12.02.2011). Für eine positive Integration brauche Deutschland auch ein „zeitgemäßes Aufenthalts- und Zuwanderungsrecht“, vielleicht mit niedrigeren aber durchdachten Hürden zur gesteuerten Zuwanderung (SZ, 09.06.2007). In Bezug auf den Islam gelte, dass während der fundamentalistische Islam in Deutschland keinen Boden

gewinnen dürfe, der demokratisch orientierte Islam und moderate Muslime integriert werden müssen (FAZ, 01.02.2004).

Laut BILD (05.04.2006) sei ein sog. „Multi-Kulti“ allerdings gescheitert, der Staat habe bei der Integration versagt. Hier wird den Ausländern die Bringschuld bei der Integration gegeben, denn viele Ausländer verweigerten das Lernen und Sprechen der deutschen Sprache und die Aneignung der deutschen Kultur neben der fremden. Viele Ausländer würden sich abschotten und eine frustrierte Selbstghettoisierung betreiben. Dem Staat hingegen fehlten eine klare, an deutschen Interessen ausgerichtete Einwanderungspolitik sowie die Anwendung von Sanktionsmöglichkeiten. Im Allgemeinen verweisen jedoch andere Medienartikel darauf, dass Integration eine Angelegenheit von sowohl der Aufnahmegesellschaft als auch den zu Integrierenden sei. Ein klarer Unterschied zwischen Migranten und Asylbewerbern wird im Mediendiskurs aber nicht gemacht.

Laut einer Umfrage des Integrationsbarometers (2010) zum Integrationsklima in Deutschland schätzt die Mehrheit der Bevölkerung die Migration und Migrationspolitik pragmatisch-nüchtern ein. Doch gibt es auch Unwissen zur Migration nach Deutschland. So geben 30 Prozent der Befragten fälschlicherweise die Türkei als wichtigstes Herkunftsland an. Nur gut 6 Prozent der Befragten ist bekannt, dass Polen der Spitzenreiter ist. Zudem wird eine stärkere Zuwanderung von Hochqualifizierten von 60 Prozent der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund befürwortet, eine weitere Zuwanderung von Niedrigqualifizierten wird mit etwa 70 Prozent der Befragten eher abgelehnt. Einer verstärkten Aufnahme von Flüchtlingen steht hingegen die Hälfte der Befragten ohne Migrationshintergrund positiv gegenüber.

### **4.3.2 Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Ausländer**

Die untersuchten Medien thematisieren Fremdenfeindlichkeit einerseits als verbale Aufhetzung oder aber als Gewalt gegen Ausländer. So verweisen sie auf verschiedene Gewalttaten, wie z. B. Angriffe auf Asylbewerberheime, besonders bis Mitte der 1990er, und die Rhetorik der Republikaner. Auch zu den späteren Bemühungen um ein NPD-Verbot gibt es gegen Ende des Analysezeitraums vermehrte Diskussionen. Doch findet die Diskussion zum Thema Fremdenfeindlichkeit mehr oder weniger über den gesamten Analysezeitraum statt. Sie steht auch mit der Beschäftigung Deutschlands und mit seiner Vergangenheit in Zusammenhang. Laut Medienaussagen hätten Befürchtungen vor einer multikulturellen Gesellschaft zu Gewaltaktionen gegen Ausländer geführt. In der deutschen Gesellschaft sei eine diffuse Fremdenfeindlichkeit verankert, zu der sich aber die wenigsten offen bekennen würden. Gewalt gegen Ausländer würde in der Öffentlichkeit mehrheitlich abgelehnt, doch billige ein Teil der Bevölkerung laut FAZ (24.04.2001) im Stillen doch die rechte Gewalt. Laut SZ (23.02.2012) tut sich Deutschland schwer damit, den Pluralismus im

Land zu akzeptieren, man müsse aber lernen, offen und öffentlich über den zunehmenden Rassismus und den Rassismus als Bedrohung für alle zu diskutieren.

Nur radikale Gruppierungen, wie die rechtsextremen Parteien NPD oder auch die Republikaner<sup>24</sup>, welche zum Teil offen und explizit, zum Teil eher implizit zu Aktionen und Gewalt gegen Ausländer aufrufen. Die SZ (15.10.1994) spricht von einer nunmehr offenen und präsenten rechten Brutalität, einer neuen Gewaltwelle und einer destruktiven Dynamik, was nicht nur auf Überfremdungsängste zurückzuführen sei. So hätten rechte Gewalttäter in den frühen 1990ern gelernt, dass die Polizei nicht präsent sei, dass wenige Konsequenzen für fremdenfeindliche Taten zu erwarten seien und die alltägliche Gewalt ungestraft bliebe. Auch hätten Staat und Polizei unterschiedlich auf rechte und linke Gewalt reagiert – auf die linke Gewalt als Angriff und auf rechte als etwas Peinliches, was eher zu einer Verharmlosung geführt habe. BILD (12.06.1999) verweist auf die Reaktion der Deutschen mit Lichterketten für Toleranz und gegen den Hass, wie er als rechte Gewalt in Rostock, Mölln und Solingen Anfang der 1990er Jahre aufkam, als auf Asylbewerberheime Brandanschläge verübt wurden.

Später wird in den Medien von der angestiegenen Aggression in radikalen Szenen, wie bei den Linksextremen oder bei jungen Muslimen, gesprochen. Auch spielt laut BILD (17.04.2010) eine Hinwendung junger Islamisten ins Kriegsgebiet nach Pakistan eine Rolle, ebenso wie die vermeintliche Tatsache, dass Islamisten sich Freiräume für ein Leben nach den Regeln der islamischen Scharia und damit eine Parallelgesellschaft schaffen wollten.

Zudem ist den untersuchten Medien zufolge Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern stärker verbreitet als in den alten Bundesländern. So thematisiert die BILD (19.05.2006) die sogenannten No-Go-Areas für Ausländer in Teilen der neuen Bundesländer in Ostdeutschland. Die FAZ (23.02.2007) spricht ebenfalls davon, dass es im Osten weitaus mehr Übergriffe auf Ausländer als im Westen Deutschlands gebe, sowie eine „Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer“ – man müsse deshalb zwischen Xenophobie, Überfremdungsängste, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus unterscheiden, im Osten gebe es keine erlebte, sondern nur eine befürchtete Überfremdung. Teils werden auch die neuen Freiheiten, wie Meinungsfreiheit, angeführt, welche nach 1990 eben auch für Rechtsextreme gelten. Der Sturz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) habe den Rechtsextremen ab 1989 scheinbar eine neue Legitimation gegeben. Ebenso seien mit den wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten nach 1990 „bei den Verlierern der Einheit“ im Osten Ressentiments geschürt worden, die sich öfter gegen Ausländer richteten. Allerdings bedürfe es für ein vollständiges Bild der Ostdeutschen auch des Verweises auf Gegendemonstrationen gegen Rechtsextreme, auf die teilweise befremdliche Behandlung Ostdeutscher von Westdeutschen und auf die Wahl rechtsextremer Parteien im Westen. Die FAZ, (25.08.2007) geht von in

---

<sup>24</sup> Letztere gelten aufgrund ihrer Fremdenfeindlichkeit in den 1990ern noch als gefährlichste rechtsradikale Partei (FAZ, 17.09.1994).



Ost- und Westdeutschland gleich verteiltem rechtsradikalem Gedankengut aus, sowie von einer beiderseitig gleichermaßen überschätzten Ausländerzahl, was eben gut widerspiegelt, dass es sich primär um subjektive Ängste handelt. Der Artikel verweist aber auch auf eine höhere Gewaltbereitschaft bei ostdeutschen Jugendlichen.

Neben dem Rechtsextremismus sei auch der Islamismus laut der untersuchten Medien zu bekämpfen, wobei Rechtsmittel und polizeiliche Mittel zur Verhinderung und Sanktionierung von Straftaten eingesetzt werden sollten. Laut der FAZ (24.04.2001) sind Meldebereitschaft aus der Bevölkerung und polizeiliche Verfolgung angestiegen. Allerdings reagiere die Polizei verunsichert. Schließlich müsse Gewaltprävention – unabhängig ihrer ideologischen Motivation – bereits im Kindesalter ansetzen, um überhaupt Wirksamkeit zu entfalten.

Auch das geplante NPD-Verbot sowie die gesellschaftliche Debatte dazu werden aufgegriffen. So erwägt die FAZ (01.12.2012) Vor- und Nachteile eines solchen Verbots, indem sie einerseits auf die Abschreckung potentieller Wähler und andererseits auf den Effekt eines „justizielle[n] Siegel[s]“ als Folge eines gescheiterten Verbotsverfahrens verweist. Die NPD wolle sich mittels breiterer gesellschaftlicher Themen, wie Kindesmissbrauch oder Asylmissbrauch, öffentlich in die Mitte der Gesellschaft rücken. Auch zeigten sich starke Widersprüche zwischen den Aussagen von NPD-Kadern und Parteiaktivitäten, so fordert die Partei für sich selbst Meinungsfreiheit, möchte aber dieselbe Meinungsfreiheit anderen verwehren. Auch gäbe es problematische Zweideutigkeiten und „ein taktisches Verhältnis zur Wahrheit“. Doch sei ein Verbotungsverfahren wenig erfolgversprechend. Zudem würden NPD-Abgeordnete oft von anderen Parteien ignoriert und ihre Anträge abgelehnt. Der FAZ-Artikel empfiehlt hier zwar nicht explizit eine solche Taktik, weist aber auf diese Möglichkeiten hin (01.12.2012).

Einige Artikel sprechen die Nutzung neuer Medien, wie des Internets, durch politische Extremisten an sowie den sich hieraus ergebenden Kontrollbedarf. Aktiv seien laut FAZ (30.08.1996) insbesondere rechtsextremistische Gruppen wie die NPD und weniger stark auch linksextremistische Gruppen, deren Ziel unter anderem die Herstellung einer eigenen Öffentlichkeit sei. Ebenso wird angeregt, die Bürger zu einem kritischen Umgang mit Propaganda zu befähigen und ggf. auch gegen die Nutzung ausländischer Server für in Deutschland verbotene Propaganda vorzugehen.

### **4.3.3 Islam und Muslime in Deutschland**

Der analysierte Mediendiskurs zeigt eine Vielfalt von Themen zum Islam und zu Muslimen in Deutschland auf. Auftrieb hat der Diskurs hierzu mit den Anschlägen vom 11.9.2001 und den damit zusammenhängenden Sicherheitsfragen für Deutschland bekommen, sowie durch die späteren Ereignisse des Zuwanderungsgesetzes, Moscheebauten in Deutschland, die Islamkonferenzen

zen und ein sichtbarer Engagement von Muslimen in der deutschen Gesellschaft und Politik. Zum großen Teil ist der Diskurs hier negativ geprägt, es geht um Angst vor einer Islamisierung Deutschlands, um eine von gewaltbereiten Salafisten ausgehende Gefahr auch für Deutschland, deren Ablehnung des Grundgesetzes und der Gleichheit von Mann und Frau, die Rekrutierung der Salafisten in Deutschland, Radikalisierungstendenzen, eine in Teilen vorgebrachte Dialogverweigerung von Muslimen, den Dschihad und den Einfluss von Hasspredigern in deutschen Moscheen. Zudem hätte man die Handlungsfähigkeit der islamistischen Szene nicht entscheidend reduzieren können. (z. B. FAZ, 07.04.2006; SZ, 06.08.2007, 17.10.2012; BILD, 17.04.2010). Eine Gefahr gehe insbesondere von kleinen Gruppen aus (FAZ, 07.04.2006) und es bestehe auch für Deutschland die Gefahr terroristischer Anschläge (FAZ 2009; SZ 2008). Allerdings wird auch eingeräumt, dass gegenüber Muslimen Vorurteile vorherrschen würden und es einen gewissen Generalterrorverdacht gebe (BILD, 06.09.2007). Auch reflektiert man die verzerrte Darstellung des Islams und der Muslime in der deutschen Presse (SZ, 19.04.2012). So passe z. B. das Feindbild Islam von Thilo Sarrazin<sup>25</sup> nicht zu den jungen, weiblichen Muslimen, die sowohl fromm als auch aufgeklärt seien (SZ, 28.08.2010). Zudem sollten die Inhalte des Korans geschichtlich eingeordnet und nicht wörtlich verstanden werden (SZ, 27.08.2008).

Insgesamt wird im Mediendiskurs auch die Frage diskutiert, ob der Islam überhaupt zu Deutschland passe. Trotz der existierenden Kooperation und des Dialogs zwischen Deutschen und Muslimen in Deutschland, z. B. bei der Islam-Konferenz seit 2006, gebe es noch viel zu leisten und die Integration von Muslimen in Deutschland sei allgemein zu stärken. Der Islam als Religion wird in seiner Vielfalt mittlerweile im Mediendiskurs als Teil Deutschlands gesehen. Auch würden muslimische Migranten das öffentliche Leben in Deutschland mitgestalten. Die Medien heben hervor, dass das Grundgesetz und Islamgebote miteinander vereinbar seien und sich ergänzten. So passe der aufgeklärte Islam zur Demokratie, und Deutschland könne darüber hinaus die Aufklärung im Islam auch weiter fördern (FAZ, 19.04.1995; SZ, 24.06.2009). 2010 intensivierte sich die Diskussion, ob der Islam zu Deutschland passe, nachdem der damalige Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit neben dem Christentum und dem Judentum, die unsere Kultur begründet hätten, auch den Islam als zu Deutschland gehörend erklärte. Zu diesem Thema jedoch zeigte sich das Land gespalten: 49 Prozent stimmten Wulff in dieser Frage zu, 47 Prozent lehnten die Äußerung ab. In den alten Bundesländern überwog eher Zustimmung, in den neuen Bundesländern eher Ablehnung; deutliche Zustimmung gab es in den Altersgruppen bis 45, deutliche Ablehnung bei den Älteren; und je höher Einkommen und Bildung, desto größer die Zustimmung (ARD-Deutschlandtrend 2010).

Schwierigkeiten beim Dialog zwischen Christen und Muslimen zeigten sich als gegenseitige Enttäuschungen und Ängste dort, wo der Islam sichtbarer wird und stärker in die Öffentlichkeit rückt.

---

<sup>25</sup> Thilo Sarrazin ist Autor und ehemaliger SPD-Politiker. Zuletzt stand er u.a. aufgrund seiner provokanten, aber auch die Muslime und andere Ausländer in Deutschland diskriminierenden Thesen in der Kritik.

So habe der Bau von Moscheen an verschiedenen Standorten gezeigt, dass die unterschiedlichen Haltungen zwischen Deutschen und Muslimen zu unterschiedlichen Erwartungen und damit oft zu Enttäuschungen führen. Oft finde sich ein konstruktiver Dialog dort, wo die Mehrheitsgesellschaft auf die Muslime zugehe und den Dialog einfordere, was z. B. zu Konzepten wie dem der offenen Moschee führe (SZ, 23.04.2008). Die katholischen Bischöfe hätten sich zudem für ein Recht der Muslime auf Moscheebau ausgesprochen, die Gebäude selbst sollten sich lediglich in die Umgebung einfügen (FAZ, 27.09.2008b).

Des Weiteren seien Dogmatismus oder Fundamentalismus bei Muslimen in Deutschland nur wenig ausgebildet, wobei sich junge Muslime laut einer Bertelsmann-Studie gläubiger zeigten als ältere (FAZ, 27.09.2008a). Zudem seien eine Stärkung der fundamentalen Orientierung und eine Festigung muslimischer Verhaltensweisen festzustellen. So seien Muslime in Deutschland heute religiöser, gingen öfter zur Moschee; mehr Musliminnen würden ein Kopftuch tragen, das Kopftuchtragen sei stärker befürwortet und immer mehr Muslime würden Koranschulen besuchen. Dies sei aber nicht mit Radikalisierung gleichzusetzen (Schirrmacher 2007: 2). Im Mediendiskurs wird festgestellt, dass zwar gewollt sei, dass Muslime an ihrem Glauben und ihren Traditionen festhalten, sie müssten aber auch das Grundgesetz akzeptieren – gerade wenn es um das Recht auf Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, um gleiche Rechte für Frauen und Männer geht. Es wird erwartet, dass Zuwanderer die freiheitlichen Grundwerte mit Leben füllen und ihren Kindern vermitteln. Auch sollen sie ihren Kindern es vermehrt ermöglichen, sich besser in Schule und Beruf einzubringen. Die Zuwanderer, auch die Muslime unter ihnen, sollten sich von einer Gastarbeiter-Mentalität lösen. Auch der Islam könne zur Gesellschaftsordnung in Deutschland beitragen, z. B. mit seiner Betonung auf die Bedeutung der Familie und dem Respekt vor Älteren. Dafür müsse sich aber auch die deutsche Gesellschaft mehr öffnen und eine sichtbare Präsenz des Islam, z. B. in Form von Moscheen, zulassen. Man dürfe gläubige Muslime nicht als integrationsunfähig abschreiben und müsse auch den Muslimen alle üblichen Aufstiegschancen zugestehen (SZ, 05.10.2010; FAZ, 27.09.2006).

Zu Bildungsfragen und einem islamischen Religionsunterricht in Deutschland gibt es verschiedene Stränge im Mediendiskurs. Zum einen wird berichtet, es sollten öffentliche Schulen Gemeinsinn fördern, doch das Vertrauen in die öffentlichen Schulen sinke und es würden viele Privatschulen, z. B. türkische, gegründet (FAZ, 24.03.2010). Zunehmend würde von Muslimen und einigen muslimischen Verbänden auch ein islamischer Religionsunterricht als Schulfach gefordert. Über Sinn und Bedarf dazu in deutschen Schulen käme es nicht nur zu Streit zwischen Nichtmuslimen und Muslimen in Deutschland, sondern auch zwischen den Verfechtern eines offenen Islams und eines konservativen Islams. Der Diskurs zeigt hier zum einen Befürchtungen des Identitätsverlusts und des Verlusts von Werten und Lebensweisen und zum anderen die muslimische Auseinandersetzung darüber, was das bewahrenswerte Religions- und Kulturgut sei. Insgesamt aber solle die islamische Religionspädagogik die in Deutschland lebenden Muslime zu einer „stabilen und zeit-

gemäß den deutsch-muslimischen Identität“ führen (SZ, 08.08.2011). Das Problem bestehe zudem auch in der Anerkennung von einzelnen Gruppierungen als Religionsgemeinschaft, welche dann mit jeweils eigenen Lehrplänen und Personal unterrichten dürfen; da sich der Islam als Religion in Deutschland etabliert habe, stelle sich die Frage, wie überhaupt ein offener und integrationsfähiger islamischer Religionsunterricht in Deutschland gelehrt werden könne (SZ, 07.12.1998; FAZ, 27.05.1999). So sollten „kundige und wissende Muslime“ erzogen und deren Identitätsfindung gefördert werden, um die Bildung einer separaten Binnenorientierung zu verhindern, die Einbindung in den deutschen Kultur- und Sprachraum zu festigen, eine Polarisierung der Muslime untereinander zu verhindern und gleichzeitig auch dem Extremismus entgegen zu wirken (FAZ, 16.06.2001).

In Bezug auf das Thema Parallelgesellschaften verweisen die betrachteten Medien darauf, dass es mehr und mehr Forderungen nach eigenen Rechten gebe, welche außerhalb der deutschen Rechtsordnung stünden (FAZ, 07.04.2006). Des Weiteren sehen Medien auch ein Beispiel von Parallelgesellschaften: So seien die Türken die größte Migrantengruppe in Deutschland und könnten sich daher leicht in Parallelgesellschaften flüchten (SZ, 28.08.2010). In der öffentlichen Sicht werde die Türkei zudem oft emotional besetzt und mit der Angst vor Überfremdung und vor dem Islam und mit der Gefährdung der europäischen inneren Ordnung verbunden. Doch seien auch Türken Wähler und stellten ein relevantes Wählerpotential dar. Relevant ist in diesem Zusammenhang auch die Kontextualisierung der Türkei in Bezug zur EU und der beantragten EU-Mitgliedschaft, die als Chance und Risiko zugleich angesehen wird. Die Chance bestehe dabei u. a. im Symbolischen, denn die Türkei wäre als EU-Mitglied und westlicher Staat mit islamischer Bevölkerung ein Gegenmodell zu dem von manchen Seiten wahrgenommenen Kampf der Kulturen (SZ, 03.09.2003).

Auch gebe es Beispiele erfolgreicher Integration. Zwar seien laut SZ (18.09.2008) erfolgreiche Muslime in Deutschland noch eine Ausnahme, doch es gebe sie, und sie könnten viel zur deutschen Gesellschaft beitragen, z. B. auch einen unbefangeneren Umgang mit dem „Deutschsein“. Gerade junge Musliminnen sollten mehr gefördert werden, da sie öfter als Jungen die Sitten hinterfragten (SZ, 24.04.2009) und somit oft die „Triebkräfte gesellschaftlicher Veränderung“ seien (FAZ, 02.04.2006).

#### **4.3.4 Soziale Verunsicherung, Existenz- und Zukunftsängste, Arbeitslosigkeit**

In Bezug auf die Arbeitslosigkeit in Deutschland wird im Untersuchungszeitraum zumeist von der ansteigenden Arbeitslosigkeit berichtet. Das Thema wird zudem über den gesamten Analysezeitraum diskutiert, insbesondere motiviert durch die marktwirtschaftlichen Reformen und die damit

einher gehenden sozialen Einschnitte bereits nach der Wiedervereinigung und in späteren Jahren, wie den Hartz-IV-Reformen in 2003 und die Finanzkrise ab 2007.

Die Arbeitslosigkeit zeigt sich als das ‚Grundübel‘ für soziale Verunsicherung und Existenzängste. Die Arbeitslosigkeit wurde laut einer Umfrage des ARD-Deutschlandtrends (1998) von 82 Prozent der Bevölkerung als das wichtigste und am dringendsten zu lösende Problem in Deutschland erachtet. Auch in 2002 (ARD-Deutschlandtrend 2002) sahen immerhin noch 70 Prozent der Befragten Arbeitslosigkeit als das dringendste Problem. Zudem wird Arbeitslosigkeit mit sozialer Verunsicherung und sozialer Unsicherheit, mit Existenzängsten und insbesondere bei Langzeitarbeitslosigkeit auch mit einer großen Perspektivlosigkeit verbunden. So haben in 2007 immer noch 42 Prozent der Befragten Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg (ARD-Deutschlandtrend 2007). Auch die steigende Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit in Deutschland, also die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, werden diskutiert. Von Interesse ist dazu die Frage, wie sich speziell Jugendliche dazu äußern. Laut Umfragen hat sich gegenüber 2006 der Optimismus der Jugendlichen deutlich erhöht, doch auch hier gibt es Unterschiede zwischen arm und reich. So blicken nun 59 Prozent der befragten Jugendlichen ihrer Zukunft zuversichtlich entgegen, 35 Prozent äußern sich unentschieden und nur 6 Prozent sehen ihre Zukunft eher düster. Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien zeichnen ein anderes Bild – hier sind nur noch 33 Prozent optimistisch. Diese soziale Kluft wird auch bei der Frage nach der Zufriedenheit im Leben deutlich. Während fast drei Viertel aller Jugendlichen im Allgemeinen zufrieden mit ihrem Leben sind, äußern sich Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen nur zu 40 Prozent positiv (Shell-Jugendstudie 2010). So bleiben Jugendliche aus der sozial schwächsten Schicht ausgegrenzt und sind weniger zufrieden über ihre Perspektiven (Shell-Jugendstudie: Satisfaction 2010). Zudem werden die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen, wie die Wanderung der Arbeitsplätze und Produktionsstätten in Länder mit billigeren Lohnkosten, die Deregulierung und Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt und die daraus folgenden negativen Konsequenzen für viele Arbeitnehmer angesprochen. Zum Teil wird dabei die Globalisierung kritisiert, wie auch wirtschaftliche Anpassungen wie Kostenreduzierungen und Stellenabbau. Ebenso signifikante Themen sind die ungesicherten Renten- und Sozialsysteme, sowie die sozialen Einschnitte aufgrund der Hartz-IV-Reformen. So gab, laut SZ (06.10.2007), Hartz IV neue und schärfere Regeln für den Empfang von Hilfe vor; laut eines Jobcenter-Mitarbeiters (XXXX) in Berlin seien „Diese Gesetze ... von Leuten gemacht, die keine Ahnung von der Wirklichkeit haben“. Hinzu komme, dass Arbeitslose als angeblich unflexibel, zu anspruchsvoll oder faul angesehen und so stigmatisiert würden, was wiederum zur sozialen Ausgrenzung und Isolation, zu Krankheit und Gewalt führen könne (FAZ, 20.03.2002; SZ, 20.02.2006, 30.01.2008, 29.01.2010). Jeder solle am gesellschaftlichen Leben teilhaben – aber Arbeitslose würden verwaltet, nicht ermutigt werden (SZ, 21.08.2001). Teils werden im Diskurs im Verlauf der Finanzkrise verstärkt auch die soziale Marktwirtschaft, die „gierigen

Manager“, die Globalisierung und der „kalte Kapitalismus“ kritisiert; und viele Bürger fühlten sich ungerecht behandelt (SZ, 21.07.2008, 03.08.2009).

Als Gegenmaßnahme wird teils die stärkere Deregulierung des Arbeitsmarktes gefordert, um die marktwirtschaftlichen Prinzipien zu stärken. Auch sollten die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen genutzt werden, sowie und betriebsindividuelle Lösungen, Wettbewerb, und mehr Eigenverantwortung gefördert und auch soziale Einschnitte umgesetzt werden, so dass die wirklich Schwachen geschützt und die wirtschaftliche Zukunft gesichert werden könnten (FAZ, 08.09.1997, 03.11.1997, 11.11.1998). Dazu werde scheinbar von der Politik ignoriert, dass viele Menschen in schwierigen Lebenslagen aufgrund der Sparbeschlüsse in größere Nöte gestürzt würden. Dies führe zu einer sinkenden Identifikation mit der Regierung und dem politischen System, sowie zu sozialem Unfrieden (FAZ, 24.12.1994, 16.07.1997, 12.05.2004; SZ, 12.09.1996, 20.11.2008, 16.06.2010). Zwar sei es der Verdienst des Kapitalismus und Marktwirtschaft, die verschiedenen Ideen vom Wert der Arbeit in sich zu vereinen, doch sei die Erwerbsarbeit aufgrund des enormen Stellenabbaus knapp geworden. In Deutschland fehle eine Debatte über eine Ethik des sozialen Wandels, die Arbeit als Wert über die Produktion hinaus begreife (SZ, 21.10.2004). Langzeitarbeitslose sollten aus dem Wartestand herausgeholt und ihnen sollte eine Perspektive gegeben werden, ihre Talente sollten entdeckt und gefördert werden (SZ, 22.12.2008). Die steigende Anzahl atypischer Stellen, Teilzeitstellen, befristeter Arbeitsverträge, geringfügiger Beschäftigung und das Hängebleiben in der Leiharbeit, alles aufgrund von gewollten Kostenreduzierungen, seien problematisch (SZ, 25.08.2011). So hätten in 2006 etwa zwei Drittel aller Jugendlichen Angst vor Arbeitslosigkeit und vor Armut (BILD, 22.09.2006). Außerdem brauche es wieder Solidarität und Werte wie Nächstenliebe, Familiensinn und Nachbarschaftshilfe, sowie eine Rückbesinnung auf den Sozialstaat, um den sozialen Frieden zu erhalten und die Menschenwürde zu sichern (FAZ, 26.02.1994; SZ, 23.11.1994, 24.12.1997).

*Ostdeutsche und Migranten:* Im untersuchten Mediendiskurs ergab sich eine Schwerpunktsetzung unter anderem auf das Thema Ostdeutschland, v.a. auf die hier verortete besonders hohe Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und soziale Verunsicherung, sowie auf die Themen Migration und Migranten. Gerade bei Ostdeutschen sei die Angst vor Arbeitslosigkeit besonders ausgeprägt (FAZ, 09.09.2004), da viele Menschen im Osten nach der Wende und Wiedervereinigung ihre Arbeit verloren hätten und ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden würden (SZ, 24.10.2006). Zudem ergäben sich Folgeprobleme aus höherer Arbeitslosigkeit, geringeren Löhnen und einer hohen Abwanderungsrate von Ost nach West (SZ, 29.11.2006, 22.03.2012). Bereits die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt sei ursächlich für die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Ostdeutschland. Ostdeutsche seien enttäuscht über die Kehrseiten der Marktwirtschaft (SZ, 31.01.1994). Spätere Einschnitte mit Hartz IV, die steigende Armut und die gefühlte Perspektivlo-

sigkeit führten immer wieder zu öffentlichen Kundgebungen. Die sogenannten Montagsdemos seien im Osten viel lauter als im Westen gewesen, und Ostdeutsche seien mit dem Sozialstaat wesentlich unzufriedener und vertrauten ihm weniger als Westdeutsche – all dies berge tiefgreifendes Konfliktpotenzial (FAZ, 19.09.2004, 06.12.2006; SZ, 11.08.2004, 20.11.2008, 25.08.2011). Selbst der stärker ausgeprägte Rechtsextremismus im Osten Deutschlands wird z. T. mit den wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten nach 1990 erklärt (FAZ, 23.02.2007).

Ähnlich herrsche auch unter arbeitslosen Migranten eine starke Perspektivlosigkeit; dazu drohe sich diese über Generationen zu verfestigen. Wenn in Zeiten schlechter wirtschaftlicher Entwicklung gerade die ausländischen Angestellten zuerst ihren Job verlören – so von 1992 bis 2005 ein Drittel – bestehe die Gefahr, dass deren Kinder und Enkel nur noch wenig Wert auf Schule und Ausbildung legen (BILD, 14.07.2009). Zudem seien nichtdeutsche Jugendliche und auch Migranten-Akademiker auf dem deutschen Arbeitsmarkt benachteiligt. Bei ersteren stelle sich bald Resignation ein, während von letzteren aus Deutschland abwanderten, beides sei für Deutschland ein enormer Verlust (FAZ, 16.11.2005; SZ, 05.01.2011).

Für einige Teile Deutschlands wird diese soziale Deprivation in Bezug zur Gewalt an Schulen, insbesondere Hauptschulen, gesetzt, z.B. bei der Berichterstattung über die Rütli-Schule in Berlin. Hier spielten Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Marginalisierung und Integrationsschwierigkeiten eine Rolle. Maßnahmen aber, wie Schul-Coaches könnten zu einer Verbesserung der Lage beitragen (FAZ, 02.04.2006). Hierzu ist auch eine Umfrage des ARD-Deutschlandtrends (2006) erhellend, welche die Gründe für Gewalt an einigen Hauptschulen zum Teil auch in den Integrationsschwierigkeiten und in der weit verbreiteten Perspektivlosigkeit sieht. So sehen zwar 30 Prozent der Befragten die Ursache der Gewalt zwar in erster Linie in der Vernachlässigung der Kinder durch die Eltern, doch 26 Prozent der Befragten auch in der schlechten Integration der Kinder mit ausländischem Hintergrund, wie z. B. mangelnden Deutschkenntnissen, und weitere 17 Prozent in der Chancen- und Perspektivlosigkeit. Etwa jeder Fünfte (22 Prozent) hält alle drei Aspekte für gleichermaßen ausschlaggebend.

#### **4.3.5 Politische Gewalt, Demokratische Werte, die deutsche Rechtsordnung**

*Gewalt verschiedener Gruppen:* Im Mediendiskurs wird die Gewalt verschiedener Gruppen (Linksextremisten, Rechtsextremisten, radikale Islamisten) diskutiert. In Bezug auf linksextremistische Gewalt stehen die jährlichen Krawalle am 1. Mai in Hamburg und Berlin im Fokus, wo Linksautonome Gewalt gegen Polizisten ausüben. In Bezug auf Rechtsextreme war das Hauptthema der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und die von dieser Gruppe über Jahre hinweg begangenen Morde. Bezüglich der Gefahren für den deutschen Rechtsstaat lag der Schwerpunkt der Be-

richterstattung auf Islamisten/Salafisten und dem politischen Islam. Die meisten Quellen stammen daher aus der Zeit ab dem 11. 9. 2001 mit einem vermehrten Fokus auf Sicherheitsmaßnahmen gegen Terrorismus, sowie ab Mitte 2000, als die Radikalisierung insbesondere von jungen Muslimen vermehrt als Thema in Deutschland aufkam, wie auch um die Zeit der NSU-Aufdeckung. Der große Teil des Diskurses bezieht sich auf die Gefahr, welche von radikalisierten Muslimen und Islamisten ausgehe. Teilweise motiviert würde letzteres auch durch das sich stärkende Engagement von Muslimen in der deutschen Gesellschaft und Politik, wie z. B. Forderungen eines Islamunterrichts in Deutschland.

Islamisten jeglicher Art seien eine Gefahr für die deutsche demokratische Ordnung, da sie eine „große innere Distanz zu Staat und Gesellschaft“ in Deutschland hätten, Freizügigkeit, Sittenverfall und Individualismus der Mehrheitsgesellschaft kritisierten (FAZ, 24.10.2007) und den Rechtsstaat „ausnehmen“ wollten (FAZ, 01.12.2012). Eine Unterscheidung zwischen Islamisten und Salafisten wird zumeist nicht getroffen. Von Salafisten wird gesagt, dass ihr Grundgesetz der Koran sei, sie würden die Demokratie vollständig ablehnen und auch vor Gewalt nicht zurückschrecken, wenn es darum ginge ihr radikales Weltbild durchzusetzen (BILD, 04.04.2011). Es gebe nicht nur eine vermehrte Reisebewegung nach Pakistan, zu Terrortrainingslagern, sondern die Islamisten wollten auch in Europa „Freiräume“ für sich schaffen, in denen sie nach den Regeln der islamischen Scharia in einer Parallelgesellschaft leben könnten (BILD, 17.04.2010). Auch verweisen einige Medien generell auf die Koran-Verteilungen in deutschen Städten durch Salafisten und deren ausgeweitete Missionierungsaktivitäten.

Darüber hinaus sei auch Deutschland Ziel des islamistischen Terrors und auch in Deutschland gäbe es Terrorzellen, sowie Personen, die sich in Trainingslagern in Kriegsgebieten ausbilden lassen würden. So wurden im Kontext eines bekannten verhinderten Anschlags in Ulm Anleitungen für Anschläge und Rechtfertigungen für den Heiligen Krieg gefunden. Zudem würde auch öffentlich Hass gepredigt: Antisemitismus, Anti-Amerikanismus und Demokratieschmähungen seien von einem Arzt, der als Finanzchef und Geldbeschaffer von Osama bin Laden fungiert haben soll, zu hören gewesen (SZ, 06.08.2007).

Die Hintergründe zum Themenfeld Islamismus werden kaum diskutiert. Hier ist auch der Themenkomplex zur islamistisch motivierten Radikalisierung Jugendlicher in Deutschland, dem Eltern und soziales Umfeld meist nichts entgegenzusetzen hätten, zu verorten. In der SZ wird der Radikalisierungsprozess mit Bezug auf interviewte Islamisten folgendermaßen beschrieben: Zunächst werde dem Jugendlichen das gegeben, was er brauche und mit dem Islam begründet; dann erfolge die Abnabelung vom vorherigen Umfeld, das neue – islamistische – Umfeld übe mehr und mehr Kontrolle über den Jugendlichen aus, und schließlich würde dem Konvertiten eine Bestimmung, z. B. die des Kämpfers, zugewiesen (SZ, 21.10.2007). Allerdings sei, so manche andere Artikel, die deutsche Verfassungsordnung auch durch die anhaltende Krisenstimmung, Arbeitslo-



sigkeit und den Reformblockaden, welche das Vertrauen in Staat und Wirtschaft zerstörten, gefährdet. Diese strukturelle Gefahr für den Rechtsstaat würde das gesamte System immer mehr in Frage stellen (z. B. FAZ, 16.07.1997; SZ, 20.11.2008).

*Demokratische Werte und Errungenschaften:* In den untersuchten Leitmedien werden einhellig die demokratischen Werte und die Rechtsordnung Deutschlands hervorgehoben und verteidigt. Zum Teil wird auch zu deren Verteidigung aufgerufen. So wird bekräftigt, dass in Deutschland das deutsche Grundgesetz und zwar in allen Bereichen und an allen Orten des Landes, gelte. Das Grundgesetz und die darin festgeschriebenen Rechte und Werte seien zu schützen, sowohl gegen Bedrohungen von innen (politische Extremisten verschiedener Couleur) als auch gegen solche von außen (Terrorismus). Der Staat müsse das Gewaltmonopol behalten und demokratische Rechte, sowie Frieden und Freiheit für alle schützen und er dürfe nicht akzeptieren, dass Bürger ihren Wertvorstellungen gewaltsam Geltung verschafften. Die BILD (05.04.2006) fragt, ob der Staat versagt habe, angesichts von Gewaltverbrechen, Asyl und „Sozialabzocke“, der Drogenkriminalität, Ausländern, welche die deutsche Kultur neben sich verweigerten und sich komplett abschotteten, sowie einem politisch aufgeladenen Islamismus. Zwar sei Deutschland eine offene Gesellschaft, in der laut Verfassung alle Menschen dieselbe Würde hätten, doch manche muslimischen Verbände in Deutschland würden dieses Grundrecht herausfordern, indem sie durch „intensive Jugendarbeit“, z. B. Stipendien an angehende Juristen, Islamwissenschaftler und Lehrer, die Präsenz des Islam im deutschen Bildungssystem stärken und so Sonderrechte für Muslime zu erwirken versuchten. Dies müsse man öffentlich diskutieren (FAZ, 24.10.2007). Manche Muslime hätten zudem Deutschland den Krieg erklärt (SZ, 17.10.2012).

Wie der Islam mit deutschen Grundwerten zu vereinbaren sei wird seit 2006 auf den deutschen Islamkonferenzen diskutiert. Doch weist die FAZ (11.05.2007) darauf hin, dass daran auch einige als Islamisten geltende Personen teilnehmen würden, wenn sie auch nicht zu den geladenen Teilnehmern gehören würden, so z.B. Ibrahim El Zayat, der den Islam in Europa ausweiten wolle, so dass Muslime in Deutschland „unbehelligt von staatlichen Eingriffen“ leben könnten. Problematisch seien laut FAZ (15.04.2007) auch die Forderungen, z. B. des Koordinierungsrates der Muslime in Deutschland, nach einer staatlichen Anerkennung der Muslime in Deutschland als den christlichen Kirchen und den jüdischen Gemeinden gleichberechtigte Religionsgemeinschaften. Dies würde einen flächendeckenden Islamunterricht in Schulen, Steuererhebung, öffentlich-rechtliche Teilhabe bei Lehrplänen und Fernsehprogrammen ermöglichen. Doch vertrete der Ko-

ordinierungsrat nur einen Teil der in Deutschland lebenden Muslime, da der Islam nicht zentralistisch organisiert und organisierbar sei.<sup>26</sup>

Auch demokratische Werte und Errungenschaften, wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, werden ebenfalls in diesem Teildiskurs angesprochen, so z. B. dass diese Gleichberechtigung seitens radikal-islamistischer Gruppen gefährdet sei und der Islam automatisch zur Unterdrückung der Frau führe, da er den Geschlechtern unterschiedliche Rechte und Pflichten zuweise. Die FAZ (01.02.2004) fragt daher, ob der Islam überhaupt mit dem christlichen Abendland und der Gleichberechtigung der Frau vereinbar sei.

*Staatliche Maßnahmen:* Laut analysierter Medien bedarf es der Integration der in Deutschland lebenden Muslime in die deutsche Rechtsordnung. So sollten laut FAZ (16.06.2001) „kundige und wissende Muslime“ erzogen werden, auch um als Gegenkraft zum Extremismus zu wirken. Die FAZ (24.01.2002) hingegen fragt auch, ob Muslime einige der religiösen Gesetze des Islam ohne eigene Selbstaufgabe überhaupt verweltlichen könnten. Gelänge dies, so gäbe es mehr Erfolgchancen für die Integration des Islams in die deutsche Ordnung. Viele Muslime sähen aber eine Säkularisierung auch problematisch, wie es sich in der Türkei zeige. Zudem bedeute das Wort „säkular“ im heutigen Arabisch „nicht religiös“; viele Muslime sähen darum keine Möglichkeit der Abstufung zwischen gläubig sein und nicht gläubig sein (FAZ, 24.01.2002).

Im Mediendiskurs wird allgemein gefordert, dass radikale Strömungen im Islam bekämpft werden und dass die demokratische Leitkultur in Deutschland geschützt werden muss. Muslime sollen sich in Deutschland demokratisch verankern, sich gegen den islamistischen Terror aussprechen und sich integrieren. Muslime, die sich im politischen Islam für Gewalt aussprechen oder diese selbst ausüben, sollten nicht in Deutschland bleiben dürfen. In Bezug auf den Schulunterricht in Deutschland und das Schulfach islamischer Religionsunterricht, sollte an deutschen Schulen weiterhin der Staat die Schulaufsicht haben. Zudem solle das Internet zur Unterbindung radikaler Aktivitäten stärker kontrolliert werden. Doch laut der SZ (18.03.2004) gebe es weder absolute Freiheit noch absolute Sicherheit einzufordern, und westliche Demokratien müssten mit Terrorrisiken leben. Allerdings könne die innere Sicherheit durch die bessere Nutzung der existierenden Instrumentarien, wie Europol, Eurojust, national gemischter Ermittlergruppen, oder einer besseren Ausstattung und Kooperation von Geheimdiensten, verbessert werden.

---

<sup>26</sup> Weiterführend zur Diskussion um die Organisation der islamischen Glaubensgemeinschaft als Körperschaft öffentlichen Rechts und die damit verbundenen Auswirkungen auf Diaspora-Radikalisierung siehe Sirseloudi (2008b: 304f.).

### 4.3.6 Wirtschaftsstandort Deutschland, Fachkräfte, Rentensystem

*Fachkräftemangel und Zuwanderung:* Mit Verweis auf die globalisierte Welt und sich daraus ergebenden nötigen Anpassungen an eine globale Wettbewerbsfähigkeit, wie auch auf die alternde Gesellschaft in Deutschland, dem steigenden Problem der Rentenfinanzierung und der Sicherung der Sozialsysteme wird vor einer Überregulierung des Arbeitsmarktes und dem drohenden Fachkräftemangel in Deutschland gewarnt. Laut FAZ (08.09.1997) sei nicht die Globalisierung an wirtschaftlichen Problemen schuld, denn Deutschland würde von der globalen Vernetzung profitieren. Es seien aber marktwirtschaftliche Reformen und mehr Investitionen notwendig, die es Deutschland ermöglichen offensiv und weltoffen vorzugehen, den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten, bei Löhnen und Arbeitszeiten nach betriebsindividuellen wettbewerbsfähigen Lösungen zu suchen, um so – auch durch mehr Eigenverantwortung, die wirklich Schwachen schützen zu können. Einige Artikel sprechen zur Prävention des Fachkräftemangels auch den Bedarf einer offensiveren Einwanderungspolitik an. Laut der SZ (13.06.2003) brauche es hierfür eine jährliche Nettozuwanderung von 200.000 Menschen. Dieser Diskurs beginnt aber etwa Mitte der 1990er und wird dann mehr oder weniger stark ausgeprägt fortgeführt, scheint aber weniger an konkreten Ereignissen festgemacht zu sein.

Um Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen, seien bessere Gehälter, unbefristete Arbeitsverträge, langfristige Aufenthaltsgenehmigungen, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, eine bessere Integration und eine bessere Vereinbarkeit mit dem Familienleben notwendig, was in Teilen auch für deutsche Arbeitnehmer gelte. Auch müsse der Bildungszugang für Migranten gewährleistet werden, einmal um zu einer dynamischen Wirtschaft beizutragen, aber auch um aus Parallelgesellschaften eine Gesellschaft mit Gemeinschaftsgefühl entstehen zu lassen (FAZ, 18.05.2011; SZ, 20.04.2005). Deutschland brauche dafür aber auch ein „zeitgemäßes Aufenthalts- und Zuwanderungsrecht“, welches die Hürden für ausländische Arbeitnehmer verringert und Zuwanderung zu steuern vermag (SZ, 09.06.2007). Schließlich verweist die BILD (05.07.2012) auf die Aussage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), dass Zuwanderer und ausländische Fachkräfte auch den Wohlstand in Deutschland sicherten. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass vor allem Einwanderung von qualifizierten Fachkräften aus einem ähnlichen kulturellen Umfeld zu empfehlen sei, welches besser zu Deutschland passe (FAZ, 23.04.2006).

### 4.3.7 Unterschiede zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen

*Kulturelle Unterschiede und Identität:* Der Mediendiskurs spiegelt die Unterschiede in der Kultur und Identität zwischen Ost- und Westdeutschen wider. Diskussionen hierzu finden sich in Abständen immer wieder über den Analysezeitraum hinweg. Motivierend sind dabei auch die marktwirtschaftlichen Anpassungen und Arbeitsmarktreformen, welche sich auf die Lebensverhältnisse in Ost und West teils unterschiedlich stark auswirken. Zudem wirkt der Unterschied in Bezug auf Kultur und Identität. So spricht die FAZ (06.01.1996, 11.08.2012) von einer Überfremdung im Osten durch den Westen und die westlichen Ansichten und Lebensweisen. Ostdeutsche Biographien würden in diesem Leitnarrativ nicht berücksichtigt und man zeige sich im Westen oft verständnislos gegenüber den Belangen Ostdeutscher; Ost- und Westdeutsche kämen sich nur langsam näher und würden zur Anpassung und für ein Zusammenwachsen noch Zeit brauchen. Die laut der FAZ (19.09.2004) bei Ostdeutschen zu findenden Identitätsverluste bergen aber auch Konfliktpotential, besonders wenn sie mit sozialer Verunsicherung einhergehen. So gäbe es trotz der den Ostdeutschen oft vorgeworfenen DDR-Nostalgie diese Nostalgie nur bei sehr wenigen, viele Ostdeutsche aber empfänden die neue Freiheit als Last, weil sie die damit einhergehenden neuen und bislang ungekannten Risiken nicht einschätzen könnten. Während westdeutsche Vorwürfe oft unberechtigt seien, würden Ostdeutsche sich um einen angemessenen Platz in der neuen Gesellschaft bemühen (FAZ, 09.03.1995).

*Arbeitsmarkt und Perspektivlosigkeit:* Im Mediendiskurs ist viel die Rede von der hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und der von Ostdeutschen erlebten Perspektivlosigkeit, ebenso davon, dass die aktuellen Maßnahmen den Osten härter trafen und die Probleme dort verschärften und somit ein Konfliktpotenzial in Deutschland aufbauten. Auch hätte der Verlust des Arbeitsplatzes mehr Folgen bei Ostdeutschen, da die DDR eine Arbeitsgesellschaft gewesen sei. Mit dem Jobverlust gingen auch soziale Kontakte verloren, und nur 20 Prozent hätten ihre alte Arbeitsstelle behalten (FAZ, 31.07.1995). Laut FAZ (24.12.1994) hätten viele Ostdeutsche das Gefühl, mit der Einheit persönlich verloren zu haben, zumeist wegen des Jobverlustes. Die FAZ (28.08.2004) fordert, dass die Politik sich der Sorgen der Menschen annehmen müsse, und zwar gerade auch in Ostdeutschland, wo z. B. Menschen gegen Hartz IV protestierten. Des Weiteren wären laut Schäuble (FAZ, 28.08.2004) bei der Wiedervereinigung auch Fehler gemacht worden, welche zu dieser Protestwelle in Ostdeutschland geführt hätten; die „Probleme ... [wurden] unterschätzt und den Menschen nicht klar genug gesagt, dass dies ein schwieriger Weg wird“. Nun herrsche im Osten das Gefühl der Perspektivlosigkeit und Verunsicherung. Allerdings verwies der zu dieser Zeit designierte Bundespräsident Horst Köhler (FAZ, 12.05.2004) auch auf „beeindruckende Erfolge beim Aufbau Ost“, so auch die große Veränderungsbereitschaft der Ostdeutschen.

Laut Wolfgang Thierse, im Amt des Präsidenten des Deutschen Bundestages (FAZ, 29.04.2002), sollten Ostdeutsche auch stolz auf ihre erbrachten Leistungen sein und sich – im ureigenen Interesse – mehr in die Demokratie einmischen. Gleichzeitig zeigten sich Ostdeutsche mit dem Sozialsystem und der Demokratie in Deutschland unzufrieden, vor allem Arbeitslose, gering Gebildete und Geringverdiener, die die Kehrseiten der Marktwirtschaft als ernüchternd und beängstigend empfänden (SZ, 20.11.2008, 31.01.1994).

In der Diskussion, ob der Soli-Zuschlag weiterhin gerechtfertigt sei und ob nicht auch westdeutsche Gemeinden eine solche Hilfe nötig hätten, verweist die SZ (22.03.2012) auf die noch immer großen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung in Ost und West; so kämpften fast alle neuen Länder mit Abwanderung und mit 11,9 Prozent sei die Arbeitslosigkeit hier fast doppelt so hoch wie im Westen. Auch verdienten Ostdeutsche immer noch ca. ein Drittel weniger als Westdeutsche. Die Abwanderung sei besonders drastisch bei Frauen, was verheerende Folgen in Bezug auf Arbeitslosigkeit, eine negative demographische Entwicklung mit wenig Kindern und einem großen Nachwuchsproblem hätte (SZ, 29.11.2006).

*Rechtsextremismus:* Zum Thema Rechtsextremismus und Ost-West-Unterschiede wird im untersuchten Mediendiskurs von einer höheren Gewaltbereitschaft von Rechtsextremen und mehr Anschlägen im Osten, von einem größeren Nährboden für rechtsextreme Ideen, mehr gewählten rechtsextremen Parteien und einer dortigen „Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer“ gesprochen (FAZ, 05.05.2000, 23.02.2007). Auch sei die deutsche rechtsextreme Szene aufgrund des Einflusses der ostdeutschen Bundesländer gewalttätiger geworden (FAZ, 26.02.2002). Ob die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten nach 1990, die schlechte soziale Lage und hohe Perspektivlosigkeit im Osten als (Mit-)Ursache für den stärker ausgeprägten Rechtsextremismus im Osten gelten könne, wird debattiert: Auf der einen Seite werden mit diesen Schwierigkeiten die Ressentiments erklärt, welche sich oft gegen Ausländer richteten (FAZ, 23.02.2007). Auf der anderen Seite wird dies aber zurückgewiesen. Dabei würden aber rechtsextreme Parteien wie NPD und DVU gezielt bei Jugendlichen ohne Perspektive werben und sich gar als sozialistisch darstellen (FAZ, 22.04.1998, 05.05.2000, 20.09.2000). Auch Ostdeutsche engagierten sich gegen Rechtsextremismus (FAZ, 23.02.2007), doch gleichzeitig sähen sich die Rechtsradikalen im Osten eben nicht als Randgruppe (FAZ, 20.09.2000).

## 4.4 Zusammenfassung

Insgesamt wirken verschiedene, teils miteinander in Verbindung gebrachte Entwicklungen und Problemlagen im Diskurs in der deutschen Gesellschaft. Es ist davon auszugehen, dass sie die Sozialisation heutiger Täter im Bereich Konfrontationsgewalt beeinflusst haben. Darunter spielen Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Perspektivlosigkeit, Zuwanderung, Integration und Überfremdungsängste, insbesondere in Bezug auf Islam und Muslime, wirtschaftliche Entwicklungen, soziale Entwicklungen, anhaltende identitäre, wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen, sowie wahrgenommene Gefahren für Deutschland, die deutsche Rechtsordnung und demokratische Errungenschaften eine beherrschende Rolle. Zu verschiedenen Themen dieser sozialzeitlichen Entwicklungen und des gesellschaftlichen Diskurses lassen sich Bezüge zu Gewalt und Radikalisierung herstellen, wobei sich freilich aus den Mediendiskursen selbst keine direkten Kausalitäten ableiten lassen. In diesen wird aber auf die Interaktion verschiedener Entwicklungen und Faktoren hingewiesen, die dann in die eine oder andere Richtung in den Legitimationsmustern politischer Gewalt auftauchen.

Aufschlussreich sind die vielen Ängste und Verunsicherungen, die in Bezug auf die Themen angesprochen werden, sowie insgesamt eine Emotionalisierung einiger Themen, wie z. B. des Islams/der Muslime in Deutschland oder der Arbeitslosigkeit. Nur einige wenige Artikel weisen reflexiv auf den Aspekt der Emotionalisierung hin. Doch gerade bei Themen, die Verunsicherung schüren können, wäre eine möglichst sachliche und alle Blickwinkel umfassende Diskussion wichtig und notwendig. Sie müsste Zusammenhänge nicht nur einfach diskursiv herstellen, sondern versuchen, Argumente über solche Zusammenhänge mit Evidenz zu begründen, statt nur Stimmungen zu transportieren. Dabei sind auch die Medienrolle und die zu einer Emotionalisierung beitragenden Faktoren der Art der Inhaltstransportation und des Medienwettbewerbs zu beachten.

## 5. Feind- und Selbstbildanalysen in radikalen Szenediskursen

In dieser Teilstudie wurden Feindbilddiskurse im Kontext konfrontativ ausgetragener Gewalt zwischen radikalen Bewegungen in Deutschland untersucht. Hierfür wurden zwei bestehende Konfliktlinien zwischen radikalen Bewegungen näher betrachtet, nämlich einmal die regelmäßig zu beobachtende Gewalteskalation zwischen rechts- und linksradikalen Gruppierungen und zweitens die neu entstehende Konfliktlinie zwischen islamfeindlichen und radikal-islamistischen Gruppierungen.

Nach der deutschen Wiedervereinigung hat sich mit dem vermehrten öffentlichen Auftreten von rechtsmotivierten Bewegungen auf Seiten der sogenannten radikalen Linken ein neues konfrontatives Protestmuster diesen gegenüber etabliert, das reziprok erwidert wird. Darüber hinaus ist in den letzten Jahren eine zweite innergesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Radikalen entstanden. Auf der einen Seite positionieren sich muslimfeindliche Akteure, die gerade nach den Anschlägen des 11. September 2001 an Aufschwung gewonnen haben, während auf der anderen Seite radikal-islamistisch motivierte Akteure sich durch aggressives Auftreten gegenüber den „Muslimfeinden“ Profil und breitere Aufmerksamkeit verschaffen.

Beide Konfliktlinien könnten als marginales politisches Problem behandelt werden, wenn nicht die regelmäßigen Gewaltausbrüche zur Verfestigung der sich als feindliche Gegensätze stilisierenden Bewegungen und somit zur stärkeren gesellschaftlichen Polarisierung beitragen würden. Durch den Einbezug des Staates in diese konfrontativen Auseinandersetzungen drohen sie diesen auch in den Augen weiterer Bevölkerungsgruppen zu delegitimieren. Diese sich verfestigenden Konfliktlinien stellen zugleich auch längerfristig ein ernstzunehmendes Gewaltpotential inmitten der Gesellschaft und gegenüber dem Staat dar. Während aber diese konfrontativ ausgetragene Gewalt auf der gesamtgesellschaftlichen Makroebene durch den sich selbstverstärkenden Prozess - etablierte Feindbilder befördern die Gewaltaustragung, die ihrerseits wiederum zur Konstitution von Feindbildern beiträgt – langfristig zu Polarisierung und Desintegration führen kann, wirkt sie auf der Mesoebene der kollektiven Akteure und radikalen Bewegungen selbst eher integrativ und identitätsstabilisierend. Auf der Mikroebene der einzelnen Gewalttäter spielen regelmäßig stattfindende konfrontative Gewaltereignisse eine ambivalente, weil entscheidungserzwingende, Rolle im individuellen Radikalisierungsprozess.

Die Aufarbeitung der Feindbildkonstruktionen (unter Einbezug der jeweiligen Selbstbilder) und Gewaltrechtfertigungsdiskurse der vier sich teilweise überlappenden, an den zwei Konfliktlinien linksradikal versus rechtsradikal sowie muslimfeindlich versus radikal-islamistisch beteiligten radikalen Akteure, soll dazu beitragen zu erforschen, wie sich mittels Feindbildern Konfliktlinien perpe-

tuierten können und sich gegenseitig aufschaukelnde radikale Bewegungen, über feindbildorientierte Identitätskonstruktionen möglicherweise überhaupt erst konstituieren.

Regelmäßig konfrontativ ausgetragene kollektive Gewalt im öffentlichen Raum eröffnet Individuen immer die Gelegenheit auch persönlich Gewalt anzuwenden oder auch nur zu erleben. Dies gilt sowohl für Gewalt gegen andere gesellschaftliche Akteure, als auch gegen den Staat, da die Polizei oft zwischen den Fronten steht und dadurch selbst und als Repräsentant der staatlichen Exekutivgewalt als Feindbild sich etabliert. Dies kann zu erhöhter Gewaltakzeptanz führen, so dass Gewalt zu einer legitimen sozialen Ressource avanciert. Es kann davon ausgegangen werden, dass die sich habitualisierende Konfrontationsgewalt zur Verfestigung von innergesellschaftlichen Feindbildern und damit zur langfristigen Polarisierung und Desintegration der Gesellschaft beitragen kann. Gleichzeitig führt aber der permanente Druck eines Konfliktes auch zur Entstehung homogener Solidaritätsgemeinschaften nach innen. Die Gewalt nach außen stärkt den Zusammenhalt nach innen und trägt mittels des positiven Gefühls des sozialen Zusammenhalts (Gemeinschaftsgefühl) und der Aufwertung des Status von sonst unterprivilegierten jungen Menschen zur Perpetuierung der Konflikte bei.

Im Zentrum des Interesses stehen hier jene Elemente von Feind- und Selbstbildern, die Teil solcher diskursiven Verfestigungen sind. Dafür ist tatsächlich erfahrene oder ausgeübte Gewalt keine zwingende Bedingung. Senghaas (1972) z. B. geht davon aus, dass eine Art Autismus gegenüber dem Feind, Feindbildkonstitutionen auch ohne jeglichen Kontakt mit „dem Anderen“ ermögliche. Dies führe zu Wahrnehmungsverzerrungen, d.h. es werden mehr Konfliktmöglichkeiten mit dem Feind wahrgenommen (overperception), daraus entsteht das Bedürfnis die eigenen Vorbereitungen zu erhöhen (overreaction) und immer konservativ mit dem schlimmsten Fall zu planen (overdesign). Vorweggenommene Reaktionen sollen eine Stabilität hervorbringen und ein Vordringen des Feindes verhindern. Eine stetige reduzierte kritische Realitätsprüfung führt aber zu einer wachsenden Selbstbezogenheit, bis hin zu einem kollektiven Autismus, innerhalb dessen „die Umweltbilder, wie sie im Innensystem eines Akteurs entstehen, die tatsächlichen, realitätsadäquaten Informationen aus der Umwelt selbst dominieren“ (Senghaas 1972: 46). Diese Logik – die auf die Abschreckungspolitik des Kalten Krieges adaptiert wurde – impliziert, dass vor allem auch die diskursive Abgeschlossenheit eine besonders mobilisierende Eigendynamik produziere. Im Umkehrschluss würde dies aber bedeuten, dass die regelmäßige Begegnung den Konflikt zu entschärfen in der Lage wäre. Dafür bedürfte es aber veränderbarer Feindbilder. Sind nun aber den abwertenden Feindbildern sich selbst aufwertende Selbstperzeptionen gegenüber gestellt, so wirken diese Veränderungen entgegen, um die kollektive Identität der radikalen Bewegung nicht zu gefährden. Hier wird zu prüfen sein, welche Rolle die implizit und/oder explizit an die Feindbilder gekoppelten Selbstbilder für die Perpetuierung der Konfliktlinien beitragen. Denn ein eng an das



Feindbild gekoppeltes Selbstbild (wie dies gerade bei der Antifa und den Muslimfeinden der Fall ist) sorgt somit für überzeitliche identitäre Stabilität, da eine Veränderung des Feindbildes immer auch eine Veränderung – im schlimmsten Fall eine Verschlechterung – des Selbstbildes mit sich brächte. Hinzu kommt, dass mit Rückbindung an den breiteren ideologischen Kontext unterschiedliche Feindbildintensitäten auch unterschiedliche Handlungsrelevanzen für die radikale Bewegung, ebenso wie für das einzelne Individuum mit sich bringen. Normalerweise ist davon auszugehen, dass sehr rigide Feindbilder, wie Dehumanisierungen, auch intensivere Gewalt gegenüber dem Gegner abverlangen.

Für die Erforschung der milieuspezifischen Diskurse in Bezug auf Konfrontationsgewalt gegenüber als Feinden wahrgenommenen anderen radikalen Bewegungen, werden im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse szenerelevante Materialien untersucht. Dabei werden sowohl textuelle Publikationen aus milieuspezifischen Medien als auch Videos und Musikstücke in die Analyse einbezogen. In Bezug auf Konfrontationsgewalt wird Gewalt und ihre Rechtfertigung durch bestimmte Konzepte gerahmt, um so die Gewalthandlung selbst sinnvoll zu kontextualisieren. Diese Rahmungen gilt es zu erfassen, zu konkretisieren und auf ihre Handlungsrelevanz sowie auf den Selbstbildbezug hin zu untersuchen.

Im qualitativen Forschungsparadigma, das dieser Studie zugrunde liegt, wird die soziale Welt als sinnhaft konstituierte Welt angenommen, die durch Forschung verstehend erschlossen werden kann. Durch die systematische und intersubjektiv nachvollziehbare Untersuchung der Inhalte szenerelevanter Kommunikation, soll der Bedeutungskontext „Feindbilder“ in den einzelnen Szenediskursen möglichst vollständig aufgedeckt, untersucht und verstanden werden (Ludwig-Mayerhofer 2009). Die vorliegende qualitative Studie zeichnet sich besonders durch einen offenen Forschungsprozess aus. Das bedeutet, dass der Zugang zum Untersuchungsfeld nicht durch eine zu prüfende Hypothese vorab bestimmt, sondern mit möglichst wenigen Vorentscheidungen eröffnet und so die Beeinflussung der Datenauswertung durch den Forscher weitestgehend reduziert wird.

Für diese Untersuchung wurde Material mithilfe der deduktiv gewonnenen Kategorien codiert, wobei induktiv neue Dimensionen einer bereits entwickelten Kategorie benannt oder emergent neue Kategorien erschlossen werden können (Kuckartz 2012: 69). Dabei wurden sowohl in-vivo-Kategorien als auch eigene milieuübergreifende Kategorien formuliert. Die induktive Kategorienbildung wurde so lange betrieben, bis feststand, dass keine neuen Kategorien mehr hinzu kamen (Theoretische Sättigung). Dabei wurden konzeptionell begründet als deduktive Kategorien folgende vorgegeben: a) Konkrete Aufrufe nach innen zu unterschiedlichen Aktionsformen bis hin zur Gewalt (Marker: „Wir“ / „Ich“); b) Drohungen nach außen (Marker „Ihr“/„Du“); c) Abwertung des Feindes; d) Aufwertung des eigenen Kollektivs; e) Feindbilder; f) Selbstbilder.

In der vorliegenden Studie wurden Quellen unterschiedlicher Komplexitätsgrade untersucht, um auch die breitere Einbettung der jeweiligen Feindbilddiskurse in Metadiskursen erfassen zu können. Hierzu gehören:

1. Theoretische Abhandlungen, die meist recht komplex und facettenreich sind und mittels derer viele Kategorien generiert werden können;
2. Schriften und als Videos aufgezeichnete Vorträge, die zumeist einige wenige Kategorien aufgreifen und diese vertiefen und somit als intermediär zu verstehen sind;
3. Mobilisierungsvideos, die nur wenig Text beinhalten, dafür aber in den Feindbeschreibungen und auch den Gewaltdarstellungen und -rechtfertigungen recht konkret werden und dem Gewalthandeln meist zeitlich recht nahe stehen.

Für die Auswahl des Quellenmaterials war zudem relevant, ob in diesen das konkrete Gewaltgeschehen thematisiert wurde. Für die erste Konfliktlinie bildeten hier konkrete Ereignisse Anknüpfungspunkte, also Gewaltkonfrontationen zwischen links und rechts, wie sie regelmäßig in Dresden stattfanden, wenn Neonazis das jährliche Gedenken an die deutschen Bombenopfer für ihre Propaganda nutzen, und links-motivierte Akteure in größeren Bündnissen aber auch autonom sich ihnen – zum Teil gewaltsam - entgegenstellen.

Seit dem Ende der 90er Jahre, nachdem der britische Holocaustleugner David Irving in Dresden die Luftangriffe als Völkermord der Alliierten dargestellt hatte, nutzten immer mehr Rechtsextremisten den Jahrestag der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945, um sich mit eigenen „Trauermärschen“ zur Schau zu stellen. Diese jährlichen, lange Zeit ungehindert stattfindenden Märsche, gehörten zu den größten regelmäßigen bundes- und europaweitweiten Veranstaltungen von Rechtsextremisten (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2004: 35). Diese Machtdemonstrationen dienten auch der Vernetzung unterschiedlicher Akteure, wie rechtsextremer Parteien, neonazistischer Freier Kameradschaften, einiger Vertriebenenverbände und Rechtsradikaler aus dem Ausland. Mit dem Propagandaschlagwort „Bombenholocaust“ werden die Angriffe aus ihrem historischen Kontext gerissen und mit dem Holocaust gleichgesetzt. So erfolgt eine Täter-Opfer-Umkehr und die ursächlichen Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands werden bestritten. Nachdem 2009 über 7.000 Rechtsradikale aufmarschiert waren, mobilisierten sich gesellschaftliche Gegenreaktionen. Im Jahr 2010 konnte der Marsch mit ca. 5.000 Teilnehmern nicht durchgeführt werden, weil die Blockaden Tausender Gegendemonstranten der Polizei die Absicherung alternativer Marschrouten unmöglich machte (Sundermeyer 2010), und auch 2011 erging es der rechtsradikalen Bewegung ähnlich, als der geplante Aufmarsch durch diverse Blockaden in

der Stadt verhindert wurde.<sup>27</sup> Im Jahr 2012 erreichten etwa 13.000 Gegendemonstranten, unter ihnen auch Gruppierungen der Militanz nicht ausklammernden autonomen Antifa, dass die etwa 1.000 angereisten Rechtsextremisten nur auf einer verkürzten Route demonstrieren konnten.

Die für diese Konfrontationslinie von uns ausgewählten Akteure und damit auch relevanten Träger der jeweiligen Feindbilddiskurse waren auf der einen Seite die NPD und ihre rechten Netzwerke sowie der Partei nahestehende Kameradschaften (AntiAntifa), und auf der anderen Seite die Antifa-Bewegung und darin die auch militant auftretenden Autonomen, die zum Teil bundesweit gegen die öffentlichen Märsche der Rechtsradikalen mobilisiert haben. Als zu untersuchende Medien wurden ausgewählt: gedruckte Szenemagazine sowie Texte und Videos auf den jeweiligen Webpages und den Videokanälen der obengenannten Akteure, die auf Gewalt und das jeweilige Feindbild Bezug nehmen, sowie damit zusammenhängende weiterreichende ideologische Bedeutungszusammenhänge.

Neben diesem Zugang über die gewaltausübenden Akteure wurden für die Quellenauswahl Expertengespräche geführt. Kontaktaufnahmen ins Milieu erfolgten einmal über soziale Netzwerke (Facebook, Twitter) mit Personen, die sich selbst den jeweiligen Szenen zuordnen. Dies hat sich vor allem im Kontext Autonome und Muslimfeinde (offiziell: Islamkritiker) für die Exploration als fruchtbarer Zugang erwiesen, und ermöglichte über die Beteiligung an Diskussionen auch das Erkennen wiederkehrender Argumentationsmuster sowie das Aufdecken weiterführender konkreter Propagandaquellen.

Schließlich haben direkte Gespräche mit Linksradiakalen und radikalen Islamisten, die bereits in konfrontative Gewaltereignisse mit dem jeweiligen politischen Gegner verwickelt waren, dazu beigetragen, die jeweiligen Argumentationsmuster besser zu verstehen und zu bewerten. In allen Szenediskursen wurden als deduktiv gebildeten Kategorien „Selbstbild“ und „Feindbild“ sowie explizite ebenso wie implizite Aufforderungen nach innen und Drohungen gegenüber dem „Feind“ codiert und ausgewertet.

## **5.1 Der Szenediskurs der Antifa/Autonomen**

Entlang dieser Konfliktlinie entwickelten sich auf beiden Seiten vorwiegend lokal organisierte Akteure, die zwar bundesweit ein interagierendes Milieu darstellen, aber eher lose strukturiert sind. Die meist gewaltsamen Konfrontationen selbst sind dabei für die Bildung des Interaktions- und Kommunikationszusammenhangs von wesentlicher Bedeutung. Der erste „Autonome Antifa-

---

<sup>27</sup> Weiterführend Blank (2013) sowie eine Evaluation dieser Strategie aus der Binnenperspektive (Bündnis „Nazifrei! 2010).

schismus“ entwickelte sich etwa im Zusammenhang von Gegendemonstrationen und Blockaden in den 1990er Jahren anlässlich rechter Aufmärsche.

Die Autonomen Antifaschisten verstehen ihr Handeln hauptsächlich als „Not- und Abwehrreaktion“ (Backes et al. 2010: 166) gegen den „omnipräsenten „Faschismus“ / „Neofaschismus““ (ebd.: 166), besonders als Neonazis, in den 1990er Jahren, versuchten Fuß in linken Hochburgen und Vierteln mit hohem Migrationsanteil zu fassen. Dem Staat wurde vorgeworfen, dass er die Rechten nicht nur gewähren ließ, sondern diese durch seine „bürgerlich-kapitalistische“ Orientierung sogar maßgeblich fördere. Da nicht zu erwarten sei, dass ein solcher Staat seine Sicherheitskräfte einsetze, um den rechten Strukturen entgegen zu treten, sei der militante Kampf unerlässlich, wobei Gewalt immer nur als letztes Mittel zu befürworten sei.<sup>28</sup> Seit Beginn der 2000er Jahre aber verlagerte sich die Gegnerschaft vieler Gruppierungen weg von rechtsextremen Organisationen, da ein Großteil der Szene dem Staat und anderen Strukturen die Schuld an der Reproduktion des rechten Gedankengutes gibt. So scheint es nur logisch, den Kampf eine Stufe höher zu tragen und sich direkt gegen die „Hauptverantwortlichen des Schlussstrichprojekts des Nazi-Nachfolgestaates BRD“ zu richten (Militante Gruppe (mg) 2008: 5).

Seit den 1990er Jahren haben die Bezeichnungen „Nazi“ oder „Fascho“ die vorher üblichen „Neonazi“ oder „Neofaschisten“ weitgehend abgelöst. Dies deutet darauf hin, dass man auf eine weitere Differenzierung zwischen den heutigen Rechten und dem NS-Regime verzichtet. Dies beinhaltet auch direkt den Vorwurf der Billigung des nationalsozialistischen Massen- und Völkermordes, sowie aller anderen Menschenrechtsverletzungen, die mit ihm einhergingen. Gleichzeitig beinhaltet der Vorwurf eine Kritik am „bürgerlich-kapitalistischen System“, das den „Nazis“ nicht entgegenrete, und daher selbst eine Affinität zum Faschismus besitze. Auch das Verhalten von Polizisten auf Demonstrationen kann dieses Bild in den Augen von Autonomen stützen, wenn diese sich vermeintlich „schützend“ vor „Faschisten“ stellen.

Umstritten blieb in der Szene, ob die Ausübung von Gewalt legitim sei: In der Anfangsphase militanter autonomer Aktionen, in den 1980er Jahren, bestand in der Szene Einigkeit darüber, „dass Angriffe auf Einzelpersonen, Kundgebungen und Demos notwendigerweise Aktionen seien“, (Backes et al. 2010: 170) bei denen die körperliche Unversehrtheit des Gegners keine Rolle spiele. Anfang der 1990er begann eine große Debatte um das „Für und Wider der Tötung von Faschisten“ (ebd.). Auch wenn sich mehrheitlich dagegen ausgesprochen wurde, so hieß es doch, dass das Risiko der unabsichtlichen Tötung infolge von Konfrontationsgewalt in Kauf genommen werden könne. Doch auch diese Position wurde im Weiteren oft stark kritisiert, da es moralisch nicht

---

<sup>28</sup> Gewaltaktionen sind dabei nur ein Bestandteil antifaschistischen Vorgehens; es werden auch politische und kulturelle Veranstaltungen organisiert, Broschüren und Zeitschriften erstellt, Jugendarbeit durchgeführt und anderen linke Projekte und theoretische Schwerpunkte verfolgt.

tragbar wäre zu töten, selbst wenn dies nicht mit voller Absicht geschehe (Geronimo 1997: 106-109). Man müsse zu „selbstbewusste(n) und verantwortliche(n) TäterInnen“ werden. Auch der Aktivist Fridolin (Fridolin 1997: 12ff.; Fridolin 1998: 21ff.) hatte zu diesem Thema erklärt, dass in nicht-revolutionären Zeiten genau auf das „Wie des physischen Kampfes“ zu achten sei, denn nicht rückgängig zu machende oder gar tödliche Verletzungen seien unakzeptabel. Mit gezielter und zielgerichteter Militanz will man sich zudem vom „menschenverachtenden und mörderischen“ (Backes et al. 2010: 171) Gegenüber abgrenzen. „Diese für die Linksmilitanz typische Ambivalenz – Gewaltbereitschaft bei gleichzeitigem Gewaltdosierungsinteresse – spiegelt sich in vielen Aktionen wieder“, z. B. Steinwürfen, und relativ wenigen face-to-face-Gewaltakten (ebd.).

Als Hauptträger linksradikal motivierter Konfrontationsgewalt gelten die Autonomen, die unter dem Leitthema des Antifaschismus auch gegen Rechtsextreme vorgehen und somit im hier untersuchten Kontext eine besondere Rolle spielen. Vor allem wegen ihrer martialischen Selbstdarstellungen und dem radikalen Gestus dominiert die autonome Antifa oft den öffentlichen und auch wissenschaftlichen Diskurs über Linksextremismus. Sie verfügt aber auch über eine gewisse Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit (vgl. Keller et al. 2011; Schuhmacher 2014).

### **5.1.1 Bezüge zur sozialzeitlichen Entwicklung**

Unter den antifaschistischen Autonomen sind grundsätzlich zwei Strömungen zu unterscheiden, die der Antifa und die der Autonomen. Gruppen, die sich als (autonome) Antifaschistinnen und Antifaschisten bezeichnen, existieren in der alten Bundesrepublik Deutschland seit den frühen 1980er Jahren und entstanden wohl „im Dunstkreis jugendkultureller Entmischungsprozesse“, wie den politisierten Konflikten zwischen Punks und Skins Anfang der 1980er Jahre sowie der undogmatischen linken Bewegungen (Schuhmacher 2013:51). In Anknüpfung an klassische kommunistische Faschismusanalysen wollte man das Engagement von Antifa-Initiativen der 1970er Jahre aufgreifen und sah sich gesellschaftskritisch, zuweilen auch „revolutionär“ (vgl. Keller et al. 2011; Schuhmacher 2011). In der DDR entstand ein autonomer Antifaschismus unter ganz anderen Bedingungen. Besonders bedeutsam war hier ein etwa ab Mitte der 1980er Jahre stattfindender Rechtsruck in der Skinheadszene, der sich vermehrt auch in gewalttätigen Übergriffen gegen linke und alternative Jugendliche manifestierte (vgl. Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte 2005).

In den frühen 1990ern initiierte dann die Zunahme rassistischer und rechter Gewalt in Ost- und Westdeutschland einen Zulauf bei Antifa-Gruppen, und erweiterte auch das Spektrum autonomer bzw. unabhängiger Antifa-Gruppen erheblich. Gleichzeitig musste die Szene mit den ab dem Jahr

2000 zunehmenden zivilgesellschaftlichen und administrativen Bemühungen gegen „Rechtsextremismus“ einen Substanzverlust hinnehmen, der auch von zahlreichen Aufspaltungen begleitet wurde (Schumacher 2013:51). Weiterhin aber konstituiert sich der Antifaschismus in weitem Maße durch die Auseinandersetzung mit Rechten bzw. „Nazis“, und versucht in dieser Auseinandersetzung größere gesellschaftspolitische Bezüge herzustellen. Für die Antifa bedeutet Engagement „gegen Rechts“, neben der Militanz, aber auch ein weites Spektrum möglicher weiterer Aktivitäten, wie Aufklärung Dritter, Abfassen und Verteilen von Flugblättern, Teilnahme an lokalen Debatten, Beteiligung an Bündnissen gegen „Rechtsextremismus“, Formen praktischer Solidarität, etwa mit Opfern rechter Gewalt, mit Flüchtlingen, vor allem aber mit anderen „Antifas“. In vielen Fällen fällt unter Antifa-Engagement auch das Initiieren selbst organisierter Jugend- und Kulturarbeit. Gewalt spielt erst in der direkten Auseinandersetzung mit „Nazis“ eine gewisse Rolle, sei es als Teil eigener, offensiv bestimmter Praxis, sei es als Selbstverteidigungsressource (Schumacher 2013:53).

In Erscheinung traten die Autonomen erstmals Ende der 1970er Jahre als militanter Flügel der Anti-AKW-Bewegung und dann in den frühen 1980er Jahren im Rahmen der Hausbesetzerbewegung (vgl. Haunss 2008). In der Anti-AKW nahm man undogmatische linksradikale Positionen ein und grenzte sich auf der einen Seite ab von Bürgerinitiativen mit gemäßigeren Forderungen und auf der anderen von den hierarchisch-autoritär organisierten K-Gruppen (vgl. A.G. Grauacke 2003, S. 24). In der Hausbesetzerbewegung waren die Autonomen Teil eines vielfältigen Spektrums von Aktivisten und sahen hier nicht nur die Möglichkeit gegen Wohnungsnot und hohe Mieten bei gleichzeitigem Leerstand zu protestieren, sondern auch, um in besetzten Räumen alternative Lebensentwürfe zu realisieren.

Öffentlich wahrgenommen werden Autonome in erster Linie als Gewaltakteure, weswegen sie auch regelmäßig Forschungsgegenstand von Extremismusforschern und auch Beobachtungssubjekte des staatlichen Verfassungsschutzes wurden (vgl. z.B. Pfahl-Traughber 1998; Baron 2011). Aber auch Sozialwissenschaftler kontextualisierten die offene Militanz der Autonomen. Sie stellen aber neben der Gewalt eher die situativen, expressiven und symbolischen Aspekte in den Vordergrund (vgl. Bock 1989; Busch 1989; Paris 1991; Rucht/Teune 2008; Leach/Haunss 2010). Eine mehrmals aktualisierte Gesamtdarstellung der Autonomen hat ein Aktivist selbst unter dem Pseudonym Geronimo verfasst (vgl. Geronimo 1990, 1997, 2002; Geronimo u. a. 1992). Ähnlich wie auch bei anderen, aus der Binnenperspektive geschriebenen Studien, nimmt hier Militanz einen weitaus geringeren Stellenwert neben anderen für die Autonomen relevanten Thematiken ein (vgl. Agentur Bilwet 1991; Lecorte 1992; Kongreßlesebuchgruppe 1995; A.G. Grauacke 2003). Sebastian Haunss vereint diese zwei Perspektiven in dem Konzept der „Politik der ersten Person“, das komprimiert wiedergeben soll, dass im Bewegungsalltag oft andere Fragen der politischen Zielbestimmung und der Lebensweisen eine viel wichtigere Rolle spielen als die Militanz selbst (vgl. Haunss 2004, 2013).

Mit der Formierungszeit der Autonomen als identifizierbares Milieu in den 1980er Jahren sind auch die Themen verbunden, die in diesem Milieu diskutiert und in ihren einschlägigen Medien verhandelt werden. Die für das Milieu zentrale Zeitschrift „Interim“ behandelt neben Fragen des Selbstverständnisses, der Geschlechterfrage und der Begründung links-autonomer Militanz auch zahlreiche der in Kapitel 4 als zentrale sozialzeitliche Themen identifizierten. Das gilt für den Zeitraum von 1988 bis 2001 vor allem für die Fragen nach einem neuen deutschen Nationalismus, der beobachtbaren Stärkung rechtsradikaler Tendenzen in den 1990er Jahren, die „soziale Frage“, aber auch den (zweiten) Golfkrieg (Haunss 2013: 31).

Andere der oben als zentral identifizierten sozialzeitlichen Themen finden hingegen in den Diskurs der Szene keinen oder nur oberflächlichen Eingang. Das gilt etwa für die Frage nach der Gefährdung der Rechtsordnung Deutschlands, die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Das Fehlen dieser sozialzeitlichen Themen mag der „anti-kapitalistischen“ Grundhaltung der autonomen Szene geschuldet sein. Anders verhält es sich mit dem sozialzeitlichen Thema „Rolle der Muslime in der deutschen Gesellschaft“. Gerade dieses letzte Thema erfährt indirekt eine prominente Behandlung, als die Abwehr fremdenfeindlicher Tendenzen – in der Regel summarisch als „rechts“ oder „faschistisch“ titulierte – zu einem Generalthema der Antifa/Autonomen geworden ist.

Gerade die autonome Szene zeigt sich Beobachtern als „subjektivistisch“ in dem Sinne, dass eine Verständigung auf gemeinsame Positionen jenseits von Grundüberzeugungen offenbar nicht angestrebt wird, sondern einer „autonomen“ Selbstbestimmung untergeordnet bleiben soll (vgl. Haunss 2013). Gemeinhin aber bezeichnet man als Autonome eine Bewegung stark aktionsorientierter, in informellen Netzwerken dicht miteinander verknüpfter Gruppen, deren Aktivisten gemeinsame Überzeugungen teilen und mittels konfliktiver Mobilisierungen versuchen, gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen (ebd.: 30). Sie entstanden in den 1980er Jahren in „doppelter Abgrenzung“ (ebd.: 27) von den links-alternativen Bewegungen und den traditionell-marxistischen K-Gruppen (vgl. Backes 2008; Pfahl-Traughber 2008). Gegenwärtig gelten die Autonomen als die zahlenmäßig stärkste militante Gruppierung innerhalb des linken politischen Spektrums und sind in unterschiedlichen Protestkontexten aktiv (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2012: 144), d.h. sie weisen keinen klaren thematischen Fokus auf und adressieren relativ kurzfristig für Kampagnenmobilisierungen verschiedene Themen, was sich auch in den Diskussionspapieren der autonomen Bewegungszeitschrift Interim widerspiegelt (vgl. Haunss 2004).

Während die Autonomen sich zumeist basisdemokratisch und antiinstitutionell organisieren, bringen sie sich im Antifa-Bereich, auch in die hier stärker formalisierte Organisationsstrukturen ein (Projektgruppe 1994; Haunss 2008: 469). Neben face-to-face-Kontakten spielen bei den Autonomen, wie auch bei anderen Bewegungen, eigene Medien eine wichtige Rolle. Dabei haben sich über die Jahre nur einige wenige Zeitschriften kontinuierlich etablieren können. Zum überregional

bedeutendsten Medium der Autonomen hat sich seit den 1990er Jahren die Berliner „Interim“ entwickelt. Daneben haben sich verstärkt Internetportale, wie „Indymedia“ mit dazugehörigen Blogs etabliert.

Zwar weist die autonome Szene subkulturelle Züge auf, die über politisches Engagement hinausreichen und sie auch gerade deshalb für Jugendliche attraktiv macht, eine Expertenbefragung des Deutschen Instituts für Jugendforschung (DIJ) jedoch ergab, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gerade für militantes Handeln von besonderer Bedeutung ist (Glaser 2013:7f.).<sup>29</sup> Dabei verweist die autonome Antifa-Szene aber gerne an die normativ-moralische gesamtgesellschaftliche Bedeutung und Notwendigkeit des Engagements „gegen Rechts“. Schließlich ist die organisierte Antifa immer öfter in zivilgesellschaftlichen Netzwerken, wie sie in der Auseinandersetzung mit „Rechtsextremismus“ entstanden sind, vertreten. Oft waren lokale Antifa-Gruppen gar das initiiierende Moment solcher breiteren gesellschaftlichen Engagements (vgl. Roth und Benack 2003; Liebscher und Schmidt 2007).

Die Expertenbefragung des DIJ kam aber auch zu dem Ergebnis, dass trotz des ausgeprägten Pluralismus, was die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen anbelangt und einer eher geringen Relevanz von Gewalt im Szenealltag, bei der Frage des ‚richtigen‘ politischen Umgangs mit Rechtsextremismus junge Autonome mit entschiedener Intoleranz und einem rigiden Absolutheitsanspruch der eigenen Sichtweise reagierten (Glaser 2014).

Es scheint auch, dass in der frühen Phase des Eintritts in die Szene neben „pull“-Faktoren wie der sozial-politischen Einbindung in bereits vor Ort existierende Antifa-Gruppen sowie der positiv mit Wirkungsmacht assoziierten Selbsterzeugung eines Antifa-Engagements, viele Jugendliche sich gerade wegen des konfliktintensiven Sozialraums, in dem „sich wehren gegen Rechts“ im Vordergrund steht, für den Anschluss an lokale Antifa-Gruppen und –Szenen entscheiden (Schuhmacher 2014).

Die im autonomen Bewegungsorgan Interim diskutierten frühen Militanzdebatten zeichnen sich durch eine hohe Zyklizität aus und kreisen um zwei unterschiedliche „Militanz-Frames“ (vgl. Haunss 2004: 169 ff.). Im „Bewegungsmilitanz-Frame“ begreifen die Autonomen sich als besonders entschlossene radikale Teile anderer breiterer sozialer Bewegungen (Anti-AKW-Bewegung, Stadtteilinitiativen, Antifaschismus, Antirassismus etc.), die sich in ihren Aktionsformen nicht durch Legalitätsprinzipien einschränken lassen wollen. Militanz wird hier im Kontext konkreter politischer Kampagnen als eine Aktionsform unter anderen verstanden (vgl. Leach/Haunss 2010). Im „Revolutions-Frame“ dagegen steht Militanz als Wert an sich, dem eine Avantgardefunktion zugespro-

---

<sup>29</sup> So wurde in der vorgestellten (nicht-repräsentativen) Befragung linksorientierter Jugendlicher festgestellt, dass bei den Interviewten die Bereitschaft zur Akzeptanz auch personenschädigender Gewalt bei diesem Thema deutlich am ausgeprägtesten war. In einer weiteren präsentierten Studie wurde zudem deutlich, dass eine Radikalisierung und Hinwendung zu entsprechenden Szenen vielfach als Antwort auf erlebte Bedrohungen durch und Konfrontationen mit rechtsextremen Jugendlichen im unmittelbaren Lebensumfeld erfolgt (van Hüllen 2013: 108ff.).



chen wird. Hier wird das eigene (militante) Handeln in den Kontext weltweiter revolutionärer Bewegungen gestellt und die klandestine, militante Kleingruppe als bevorzugte Organisationsform propagiert. Haunss geht davon aus, dass Gewalt de facto nur als Bewegungsmilitanz, in der Regel ritualisiert am Rande von Demonstrationen gegen Polizei oder gegen öffentliche Auftritte von Rechtsradikalen stattfindend, eine Rolle spiele (Haunss 2013). Unsere eigenen Analysen deuten darauf hin, dass das Revolutionsframe nicht zu unterschätzen ist, gerade wenn es um die Gleichsetzung von Rechtsradikalen und dem vermeintlich faschistischem Staat geht und dem damit einhergehenden Selbstbild „als Speerspitze des Antifaschismus Ursache und Symptom gleichzeitig zu bekämpfen“. Dieser Zusammenhang, der meist mit dem „Polizeischutz, der rechtsradikalen Demonstranten auf Staatskosten gewährt wird“, symbolisch untermauert wurde, hat vor allem durch die von der Antifa kolportierten Verwicklungen staatlicher Institutionen in die NSU-Mordserie deutlich an Bedeutung gewonnen.<sup>30</sup>

### 5.1.2 Feindbild und Selbstbild der Antifa/Autonomen

In die qualitative Inhaltsanalyse wurden einbezogen: 1. Musikvideos, vor allem der Richtung des sogenannten Zeckenrap<sup>31</sup>, 2. Mobilisierungsvideos, die zumeist im Kontext von geplanten Aktionen gegen rechtsradikale Aufmärsche zur Teilnahme mobilisieren und dabei ebenso wie die „Zeckenraplieder“ recht explizit Feindbildkontextualisierungen vornehmen, sowie schließlich 3. Artikel aus dem autonomen Szeneorgan „Interim“, die in dem Zeitraum 2010-2012 sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen. Die Analyse der Szenezeitschrift „Interim“ belegte nochmal deutlich, dass das Themenspektrum der sich darin präsentierenden Autonomen weit über die Bekämpfung des Rechtsextremismus hinaus reicht. In den 42 Ausgaben, die in den Jahren 2010-2012 erschienen sind und die in die Inhaltsanalyse einbezogen wurden, handelten nur 29 von insgesamt 491 Artikeln von der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Oft handelte es sich selbst dabei aber auch nur um abgedruckte Mobilisierungsflyer, die manchmal von einem erläuternden Text flankiert wurden.

---

<sup>30</sup> Die hier untersuchten Daten reichen auch nicht aus, um die behördliche Einschätzung zu bestätigen, Antifaschismus ziele „nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen. Ziel ist es vielmehr, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu überwinden, um die dem ‚kapitalistischen System‘ angeblich zugrunde liegenden Wurzeln des ‚Faschismus‘ zu beseitigen“ (BMI 2011: 109). Ebenso wenig konnte die an historische antifaschistische Strategien anknüpfende Argumentation bestätigt werden (Blank 2014: 32), Antifa-Gruppen gehe es eher darum, „‚bürgerliche‘ Kreise auf scheinbar unverdächtige Weise für dieses Thema zu gewinnen und für ihre weitergehenden Ziele einzuspannen“ (LfV Ba.-Wü. 2002: 3).

<sup>31</sup> Der „Zeckenrap“ ist politisierter deutscher Hip-hop, der sich explizit gegen Rechtsradikale positioniert. Während für den Bereich rechtsextremistischer Musik ein fortgeschrittener Forschungsstand besteht, gilt dies nicht für das linksextremistische Pendant (Madest 2013). Bisher mangelt es an Literatur zu derartiger Musik. Feindbildern werden vor allem im Kontext rechtsextremistischer Musik (Pörksen 2000) erörtert. Zu Feindbildern in rechtsextremistischer Musik, vgl. u.a. Farin/Flad (2001:68ff.), Steimel (2013) und Kopke/Jentsch/Schultz (2013). Zu Feindbildern in linksradikal motivierter Musik vgl. Madest (2014).

Deduktive Kategorien waren auch hier Ausführungen zu Feind- und Selbstbildern sowie explizite Gewaltaufrufe in ihrer doppelten Ausprägung, d.h. als Aufrufe nach innen sowie als nach außen an den Feind gerichtete Drohungen. Die unterschiedlichen Ausprägungen und Dimensionen dieser Kategorien wurden induktiv erschlossen und werden im Folgenden dargelegt.

Bei der Konstruktion der Feindbilder werden die zu bekämpfenden Rechtsextremen fast durchgängig als „Nazis“ oder „Faschisten“ bezeichnet. Die damit suggerierte historische Kontinuität gibt nicht nur dem eigenen Widerstand Legitimität, sie kontextualisiert auch heutige rechtsradikale Akteure als Faschisten und Nationalsozialisten, mit all den historischen Assoziationen und Konnotationen, die bei dieser Bezeichnung mitschwingen. Natürlich hat das auch damit zu tun, dass viele Rechtsextreme sich weiterhin bewusst auf die ideologischen Fundamente der Nationalsozialisten berufen, wenn sie ihre völkische und auch rassistische Gesinnung öffentlich transportieren.

Typisch für den Diskurs sind zum Beispiel der Mobilisierungsflyer „Kein Fußbreit den Faschisten – am 27.03.2010 auf nach Neuruppin!“ (Interim Nr. 706: Umschlag), oder der „Bericht zur Anti-Nazi-Demo am 13.02. in Dresden“ (Interim Nr. 706: Vorwort). Typisch ist in der Interim z. B. der Abdruck von Mobilisierungsflyern gegen „Nazis“ vor zu gehen, wie „Fight Back! Nazistrukturen bekämpfen „Freies Netz Süd“ zerschlagen“ (Interim Nr. 714: 23f.), wobei oft Staat und Behörden – insbesondere nach dem Versagen der Strafverfolgungsbehörden in Sachen NSU – als bewusste Helfershelfer der Rechtsextremen selbst als Feinde positioniert werden.<sup>32</sup>

Andererseits wird aber auch kritisiert, dass man als autonome Antifa dem Feindbild „Rechts“ zu viel Aufmerksamkeit zukommen lasse und dabei andere genuine Anliegen, wie das revolutionäre Moment, vernachlässige und so durch die Beschäftigung mit den Nazis kaum eigene Akzente setze (Interim Nr. 711: 8).

Rechtsradikale gelten dabei als genuin gewalttätig, eine Zuschreibung, die vor allem mit dem Gedenken an die Opfer rechtsextremer Gewalt belegt wird. So wird zum Beispiel in dem Aufruf zur Demonstration zum Gedenken an den Mord an den 60jährigen Sozialhilfeempfänger Dieter Eich durch vier junge Neonazis die inhärente Gewalttätigkeit der Rechtsextremen besonders hervorgehoben (Interim Nr. 709: 20f.).

Das Selbstbild der autonomen Antifa ist an den Leitwerten der Bewegung, wie Solidarität, Intelligenz, Stärke, orientiert. Paradigmatische Aussagen sind z. B. „Aufstehen, durchdrehen, auf seine Gruppe achtgeben. Smart sein, stark sein für alle Leute da sein“ (Boykott 2012). „Wir steh'n einer für alle - und alle für einen; wir stehen dafür ein (La Résistance 2009). Die bekundete Solidarität mit Opfern rechter Gewalt dient dabei zugleich als Bestärkung des Zusammenhalts des Milieus.

---

<sup>32</sup> In dem hier zitierten Flyer wird der Polizei vorgeworfen bei Ermittlungen bewusst den politischen Hintergrund verschwiegen, bis hin zu gelogen zu haben, da diese auf dem rechten Auge blind sei und selbst Migranten diskriminiere (Interim Nr. 714: 23f.).

Zudem finden sich Parallelisierungen der Opfer der Gewalttaten mit den „Opfern“ des kapitalistischen Systems.

Zum Selbstbild gehört ebenso eine Betonung der eigenen Überlegenheit. Die linksautonome Szene sieht sich selbst als intelligent und strategisch-taktisch voran gehende Avantgarde im Untergrund-Kampf: „Zeitgleich, geistreich, taktisch überlegen. Bezugsgruppe, stopp, leise Infos übergeben! Planen, handeln, Ziel ist zusammenbleiben“ (Boykott 2012).

Positive Selbstbeschreibungen enthalten darüber hinaus die Komponenten fantasievoll, aufklärerisch und emanzipatorisch, aber auch einschüchternd, gut organisiert und vor allem als einzige aktiv in einer wegschauenden Gesellschaft einen nicht unterzukriegenden Widerstand vorantreibend:

„Planen, handeln, Ziel ist zusammenbleiben, lassen uns nichts ankreiden! Müssen unerkannt bleiben! Antifa, Ultra, groß Kaliber, Feuerkraft. Es ist keine Frage, wer heute auf der Straße Feuer macht! Abriss, das heißt ihr kommt hier nicht durch!“ (Boykott 2012).

Die aktuelle Gefahr wird dabei einmal mit dem Aufstieg des Dritten Reichs: „Ja es bleibt unsere Pflicht gegen diese braune Scheiße, nie wieder 1933“ (Captain Gips und Johnny Mauser 2012) und darüber hinaus mit dem vom Staat unbemerkten, in den Augen der Autonomen von staatlichen Institutionen auch gedeckten Morden des NSU: „Es ist nicht vorbei, nie wieder NSU, sie marschieren in deinem Block, aber wo bist du“ (Captain Gips und Johnny Mauser 2012) verglichen: „Ich bin nicht frei von Angst oder frei von Sorgen. In kleinen Gruppen fahren sie durchs ganze Land und morden“ (Boykott 2012).

Die eigene Rolle ist die des Aufklärers, gerade wenn es darum geht die politischen Tatmotive hinter Gewaltkriminalität aufzudecken. So referiert der Beitrag „Fight Back! Nazistrukturen bekämpfen ‚Freies Netz Süd‘ zerschlagen“ (Interim Nr. 714: 23f.) wie Informationen zum Tatmotiv rechtsextremer Gewalttäter erst auf Druck seitens der Antifa bekannt gegeben wurden. Selbstorganisation sei notwendig, da man sich selber schützen müsse, während die ermittelnden Behörden den politischen Hintergrund der Gewalt verschweigen würden

Diese Haltung schließt Reflektionen auf der Metaebene ein, indem etwa die Extremismusdebatte an sich infrage gestellt wird, da hier Rechtsextremismus und antifaschistischer Widerstand gleichgesetzt werden würden (Interim Nr. 714: 25). In diesem Aufruf wird nicht nur die eigene Aufgabe der Aufklärung dargelegt, sondern auch darauf hingewiesen, dass man die „Nazi-Szene“ ständig beobachte und nicht nur der Gewalt, sondern auch ihrer Akzeptanz in breiteren Bevölkerungsschichten entgegenwirke. Der Erfolg dieser Praxis zeige sich in den Gegendemonstrationen in

Köln, Jena und Dresden in Gestalt bunter, antifaschistischer Bündnisse, wobei die Verhinderung großer Events der „Naziszene“ als Erfolgsmaßstab gilt. An prominenter Stelle in der Beschreibung des Selbstbildes steht die Erfüllung der Widerstandspflicht: „Faschismus bekämpfen ist keine Kunst für sich, hör mir zu, sondern unsere Pflicht“; „Widerstand muss sein - gegen euch braune Attentäter hier muss Schluß sein“ (La Résistance 2009). Man positioniert sich selbst als „Antifa“ und auch mal als „schwarzer Block“, schreibt sich eine Handlungspflicht zu. Dem verachteten Feind wird der eigene Zusammenhalt gegenübergestellt, der als Voraussetzung für die Verhinderung öffentlicher Inszenierung des Feindes gilt („Nazifreie Zone“, „kein Fußbreit für Nazis“).

Dabei prägen Siegesgewissheit und vermeintliche Omnipräsenz das eigene Selbstverständnis. Die Handlungsaufrufe zum „antifaschistischen Kampf“ beziehen sich auf verschiedene Mittel wie offensive Kundgebungen, Böller, Chaos oder die vielzitierten Blockaden und Barrikaden, aber auch Aufklärungsveranstaltungen, Konzerte oder Festivals. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie auf öffentlichkeitswirksame Inszenierungen der eigenen Gruppe zielen, deren Rigorosität als Ausweis ihrer Stärke gilt: In den Liedtexten heißt es dann:

„Ich bin ganz klar gegen Nazis und ich beziehe Position - Ich sage: weg mit brauner Scheiße, ganz ohne jede Diskussion; Niemals!“ (WIZO 2014); „Ich bin kein Pazifist, wenn du ein Nazi bist!“ (Swiss 2008); „Wenn wir euch Scheißnazis aus den Straßen vertreiben, jagen euch aus den Köpfen, raus aus den Städten!“ (La Résistance 2009)

Eine herausragende Stellung darin hat die prominenteste Widerstandsform, die Blockade:

„Und ich sag nix da, blockt den Außen von Rechtsaußen! Egal wo sie marschieren, wir sind alle da draußen und wir laufen, rennen, sitzen, schieben! Barrikaden auf die Straßen, lassen uns nicht verarschen. Demo wird gerockt, der Aufmarsch wird geblockt! Jeder Versuch hier Fuß zu fassen, wird gestoppt. Keinen Meter kriegt ihr, weil hier gar nichts mehr geht.“ (Boykott 2012)

### 5.1.3 Gewaltaufrufe und ihre Rechtfertigung

Bereits in früheren Untersuchungen (Haunss 2004, 2012, 2013) ist herausgestellt worden, dass innerhalb der links-autonomen Szene der Rückgriff auf physische Gewalt umstritten ist. Das gilt nicht nur für die Beziehungen zwischen Autonomen und politisch sympathisierenden Milieus oder NGO, sondern ganz offensichtlich auch innerhalb der Szene (Haunss 2012: 13). Insbesondere Gewalt gegen Personen ist in diesen nahestehenden Milieus diskreditiert (ebd.). In diesen Forschungen wie auch in der vorliegenden Untersuchung sind überdies die große Rolle von Ereignissen der Konfrontationsgewalt und die Bedeutung von Großveranstaltungen offensichtlich geworden. Wenn es darin zu ausgeübter Gewalt kommt, wie von Haunss anlässlich des Protests gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm beobachtet, dann lässt sich heftiger Streit über die Berechtigung dieser Gewalt beobachten. So rechtfertigen die „Internationalen Brigaden“ die gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei gegenüber Kritikern:

„Tausende hätten ‚sich nicht mehr damit zufrieden gegeben, nur zu reagieren oder sich zu verteidigen, sondern haben selbst die Initiative ergriffen und mit vollem Bewusstsein an den Orten angegriffen, an denen die kapitalistische Ausbeutung und die materielle Wirklichkeit des globalen zivilen Krieges tagtäglich ausgeweitet wird‘“ (Internationale Brigaden 2007, zit. n. Haunss 2012: 12).

Nicht als explizite Gewaltlegitimierungen lassen sich die Aufrufe im Vorfeld von Großveranstaltungen und besonders zu Gegendemonstrationen interpretieren: Solche Aufrufe nach Innen sind Aufforderungen, entweder dem Sprecher zu folgen, oder auch eigenständig tätig zu werden. Das kann eine Aufforderung sein, sich zu informieren und sich – mit Hinweis auf eigene Aufklärungskampagnen – über Aktionen auf dem Laufenden zu halten, wobei auf die eigenen Informationsplattformen hingewiesen wird: „Haltet euch auf den neuesten Stand! [www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)“ (Boykott 2012) (eingebildet), ähnlich auch: „Wann findet der Naziaufmarsch statt? Behaltet den 11.2, den 13.2 und den 18.2 im Auge!“ (Boykott 2012). Dies kann zur Formulierung einer Pflicht zur Aufklärung und dem Erheben der Stimme übergehen:

„Nie mehr schweigen, wegsehen, wie und wo auch immer. Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hervortreten.“ (utopieTV 2012)

Explizite Aufrufe zum Widerstand selbst erscheinen oftmals ambivalent, d.h. ob Gewalt angewandt wird oder werden soll, wird offen gelassen: „Guck sie dir an, sie heben den Arm, wir planen die Gegenmaßnahmen. Sie heben die Hand, der Widerstand, wird friedlich oder militant“ (Captain Gips und Johnny Mauser 2012). Auch eingeblendete Aufrufe wie „Let's do it!“ (Boycott 2012) lassen sich unterschiedlich interpretieren, und bleiben so in der konkreten Handlungsaufforderung offen.

Dass Neonazis aber auch als bedrohlich wahrgenommen werden, wird deutlich in Aussagen wie „Lasst euch nicht einschüchtern“ (Boycott 2012) oder „Ich weiß wie Nazis denken, darum weiß ich was Angst ist. [...] Hier wird nicht weggerannt, nicht weggesehen und auch nicht resigniert!“ (Boycott 2012). So soll Musik dazu beitragen, die Angst vor dem eigenen Angriff zu überwinden.

Die meisten impliziten Aufrufe beinhalten oftmals keine direkten Handlungsaufforderungen, sind aber so formuliert, dass der Eindruck erweckt wird, man solle sich dem Sprecher anschließen, bzw. der Sprecher legt normativ bestimmtes Handeln fest. Viele Beispiele wurden hierfür gefunden: „Erinnern heißt Handeln.“; „Aber egal wo sie marschieren, ihnen gehört kein Fußbreit“ (utopieTV 2012), „Auf die BRD mit ihren Organen Verfassungsschutz und Polizei werden wir uns nicht verlassen“ (Kanal von antifanbg Nord 2012); „sie marschieren in deinem Block, aber wo bist du“ (Captain Gips und Johnny Mauser 2012). „Ich will die Regierung stürzen, Verhältnisse umreißen und so lange es mir nicht gelingt mit dicken Knallern rumschmeißen“ (Boycott 2012).

Meist sind die nach innen gerichteten Aufrufe auch sehr aktionsbezogen und sollen mobilisieren. Der Bezug zur nationalsozialistischen Vergangenheit dient dabei der Herstellung einer Kontinuität in der Legitimation: „Wir wünschen uns, dass ihr, weil es ja so bitter nötig ist, Widerstand leistet, wie damals die Widerstandskämpfer gegen den Hitler-Faschismus.“ (utopieTV 2012) Hierfür gilt es sich vom Staat abzugrenzen, den man als zu überwindendes faschistisches Konstrukt ansieht. Polizei und Staat werden als Kollaborateure der Rechtsradikalen gesehen: „Wir zerschlagen eure Gruppen machen Straßen truppenfrei; zerstören Strukturen; Widerstand ohne Ordnungshüterei“ (La Résistance 2009).

Sehr oft sind die Aufforderungen zur Mobilisierung aber auch sehr konkret: „Sie wollen am 14.10 durchs Viertel marschieren, das wird es nicht geben, das wird nicht passieren“ (Kurzer Prozess 2006/2008). Oder aber „Wir fahren nach Dresden, nach Hamburg – Berlin, nach Dortmund und Köln damit ihr einseht, keinen Meter kriegt ihr, weil hier gar nichts mehr geht. Zu Tausenden stellen wir uns euch in den Weg“ (ZSK 2013). Konkrete Aufforderungen finden sich so ausschließlich im szenezugehörigen Musikgenre des Zeckenrap: „Bau auf und bleibe schlau am 14. sieh zu das du laut bist! Hau drauf aufs braune Nest!“ (Kurzer Prozess 2006/2008) oder aber:

„Kommt zur Demonstration am [...]. Setzen wir ein klares Zeichen gegen den nazistischen Terror! Verfassungsschutz abschalten, Nazistrukturen zerschlagen, den Antifaschismus in die Offensive bringen, emanzipatorische Perspektiven entwickeln und umsetzen! Für die soziale Revolution!“ (Kanal von antifabgnord 2012).

Man bestätigt sich aber auch oft selbst mit eher allgemeinen Floskeln, dass der Kampf an sich fortgeführt werden muss: „Pass auf! Muck auf! Gegen Rechts! Sei dabei, wenn du auch dagegen bist! Es ist nicht so schwer, wie du vielleicht denkst! Zusammen als Einheit kämpfen wir für Freiheit!“ (Linus 2011).

Dabei wird die Einheit und der Zusammenhalt beschworen: „Hiermit rufe ich jeden auf in den Kampf zu ziehen“ (Swiss 2008) oder konkreter:

„Wir werden die neonazistische Gewalt und den Einfluss menschenfeindlicher, rassistischer Politik nur dann zurückdrängen, wenn wir viele, viele Menschen überzeugen und gewinnen für konkret machbare kleine Schritte. Das setzt voraus, dass wir das trennende beiseitelassen und überwinden und gemeinsam handeln!“ (Arbeiterrevolte1 2012).

Wie bereits erwähnt sind Blockaden / Barrikaden das bevorzugte Mittel der Antifa „gegen Rechte“ (Blank 2014): „Wenn Faschos aufmarschieren, sollen tausend Barrikaden dem Hass und Wut genug und lassen braune Kameraden rennen“ (Kurzer Prozess 2006/2008). „Komm mit uns! Alle Straßen werden dicht gemacht, wenn Glatzen glauben, dass sie laufen, explodiert der Widerstand!“ (Kurzer Prozess 2006/2008).

In der bundesweit rezipierten Interim werden regelmäßig Aufrufe und Mobilisierungsflyer lokaler Akteure zu konkreten Aktionen gegen Rechtsextreme abgedruckt. So bewirbt zum Beispiel die „Antifaschistische Aktion“ mit dem Flyer „Naziaufmarsch in Dresden blockieren“ und dem dazugehörigen Artikel „Alte Mythen, neuer Aufguss“ des anonymen Autors „no-pasaran.mob“ einerseits ihre konkrete Aktion, und verortet andererseits gleichzeitig die heutige Rechtsextreme in Kontinuität historischer Nazigruppierungen (Interim Nr. 704: 20).

In den Aufrufen zu Aktionen dominieren aber Appelle an breitere Bündnisse (Interim Nr. 714: 25), oder wie z.B. hier dargelegt:

„Aufruf – „Zerschlagung von Nazistrukturen, Blockierung von Naziaufmärschen und Organisation antifaschistischem Selbstschutzes“ „Die Straßen zum Kochen brin-

gen!“ „[...] beteiligt euch alle am kämpferischen Antifablock bei der Großdemonstration am 29. Mai in Fürth und Nürnberg!“ „[U]nsere Wut zu Widerstand wird und Antifa immer Angriff heißt!“ (Interim Nr. 714: 23f.)

Gerade in den Hiphop-Musikstücken spielt physische Gewalt eine nahezu genrespezifische Rolle, ebenso wie eine vulgäre Sprache und betonte Lässigkeit. Die Gewaltaufforderungen sind in den im Rahmen dieser Untersuchung betrachteten Texten des „Zeckenrap“ explizit gegen Rechtsradikale gerichtet.

Dabei dominieren Androhungen und Aufforderungen zu körperlicher Gewalt in Form von Schlagen und Treten, „Nazis euch gehört aufs Maul“, „Wir hauen euch in die Fresse rein“ (A.C.K. 2008), auch vor Tötungsfantasien (z.T. mit dehumanisierenden Zuschreibungen, meist ist aber von „Glatzen“ und davon abgeleiteten Verunglimpfungen die Rede) nicht halt gemacht: „[...] töte die Ratte, wo du sie siehst, zeig ihr, dass du sie nicht liebst!“ (Slime 2008); „Denn der Zeitpunkt ist längst da, den Kopf der Glatzen umzudrehen“ (Kurzer Prozess 2006/2008). Diese Gewaltintensität bleibt jedoch die Ausnahme, und wurde in erster Linie in bestimmten Szenen („autonome Hools“) thematisiert. Beispiele sind: „Auf den Körper bringt nichts, schlag ihn fester auf den Kopf. Nimm einen Knüppel und hau drauf bis die Drecksau nur kotzt“ (Swiss 2008); „[...] und verdient nur Schläge“ (Swiss 2008) [...] „Wer kommt mit Glatzen klatschen?“ (Swiss 2008) „[...] heute heißt es Nazis klatschen!“; „Wenn du sie trittst, versuch den Kiefer zu treffen. Jeder von den Faschos soll das nie mehr vergessen“ (Kurzer Prozess 2006/2008).

„Ich zünd ein Molotowcocktail an und werf ihn in den Nazitreff, ich ramm ein Messer in die Brust von deinem Nazi-Chef. Ich weiß ich töte Glatzen ohne Zweifel, töte die Ratte, Steine fliegen gegen prügelnde Machos“ (Swiss 2008).

Neben den Aufrufen nach innen, an die eigene Klientel, gibt es auch die Adressierung von Rechten, zumeist als Drohungen formuliert, die an den Feind gerichtet sind, und diesen in erster Linie einschüchtern sollen:

„Wir kriegen euch bis nix von eurer Meute bleibt, auch die von euch, die sich tarnen als Faust der Unterschicht, oder elitärer Burschi, auch alle andern unterm Strich“ (La Résistance 2009).



Hierzu gehören auch die sog. Outing-Kampagnen, die genutzt werden, um der Gegenseite zu drohen: „Ich habe dich erkannt, gestern in der Stadt, ich kenne dich und wir kriegen dich [...] Ich kenne deine Taten, weiß auch wo du wohnst!“ (Machtkampf 2010):

Gewaltaufrufe sind im Antifa-Diskurs so zwar prominent vertreten. Diese Aufrufe dienen offensichtlich der Mobilisierung und der Wahrung des Zusammenhalts des Milieus. Elaborierte Argumentationen zur Legitimierung dieser Gewalt finden sich jedoch nicht. Der Verweis auf die Gewalt der Gegenseite, auf die diese stützenden Gewaltapparate des Staates und die Gleichsetzungen des gegenwärtigen Rechtsextremismus mit der nationalsozialistischen Herrschaft dürfen aus der Gesamtschau des Diskurses als legitimierende Figuren abgeleitet werden.

### 5.1.4 Zusammenfassung

Das Selbstbild der autonomen Antifa in der szenetypischen Zeitschrift „Interim“ ist, vor allem durch den intellektuellen Anspruch geprägt, der durch viele – oftmals auch aus dem Kontext gerissene - Rekurse auf theoretische Zusammenhänge bekräftigt wird. Man sieht sich selbst als intelligent und theorie-fundiert argumentierend und dementsprechend auch im (Gewalt-) Handeln reflektiert und differenzierten Rechtfertigungsargumentationen folgend. Dagegen ist das in Musikvideos und im Szenegenre des „Zeckenrap“ ein hochemotionalisiertes Selbstbild entschlossener und nötigenfalls auch gewaltbereiter Aktionisten gezeichnet.

Hinzu kommt eine Selbstwahrnehmung der Stärke, die aus dem solidarischen Zusammenhalt vormals Schwacher, die vor allem in ihrer Bedrohtheit seitens „der Rechten“ Gemeinsamkeit schöpfen. Gemeinsam stellt man sich, so die Vorstellung, der realen Bedrohung und kann so mutig und offensiv dem bekanntermaßen gewalttätigen Feind trotzen. Gleichzeitig wird – vor allem in den vor größeren Aktionen publizierten Mobilisierungsvideos, und -flyern – die Verankerung in breite gesellschaftliche Bündnisse betont. Man versteht sich als Vertreter mehrheitsgesellschaftlicher Werte und einer abstrakt vorgestellten Solidargemeinschaft. Darin spiegelt sich eine Selbstverortung in der historischen Kontinuität des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Dass dabei auch der heutige Staat zumeist als Fortführung faschistischer Strukturen, der den Rechtsextremen als „verlängerter Arm“ zu dienen scheint, auch als Feindbild konstruiert wird, fügt sich kohärent in das breitere Feindbildraster ein.

Komplementär zu diesem Selbstbild wird der Feind, der in erster Linie in rechtsextremen Gruppierungen, die ihrerseits gegen „Linke“ vorgehen, oder aber in öffentlichen Kundgebungen ihrem Gedankengut Raum verschaffen, verortet. Der Feind wird als dummlich, feige und wenig intellektuell gezeichnet. Gerade aber auch wegen seiner fehlenden Beeinflussbarkeit durch rationale Argumente erscheint er als besonders gefährlich, ein „prügelnder Mob“, „hirnleere Glatzen“.

Die Bezeichnungen „Nazi“ oder „Fascho“ haben die vorher üblichen „Neonazi“ oder „Neofaschisten“ weitgehend abgelöst. Dies deutet darauf hin, dass man auf eine weitere Differenzierung zwischen den heutigen Rechten und dem NS-Regime verzichtet. Gleichzeitig beinhaltet der Vorwurf eine Kritik am bürgerlich-kapitalistischen System, das den „Nazis“ nicht entgegentritt, und daher selbst eine Affinität zum Faschismus besitze. Auch das Verhalten von Polizisten auf Demonstrationen kann dieses Bild, in den Augen von Autonomen stützen, wenn diese sich vermeintlich „schützend“ vor „Faschisten“ stellen.

Gegen solche Unvernunft – so die Gewaltrechtfertigung – kann effektiv nur gewalttätig vorgegangen werden („Glatzen verstehen keine andere Sprache“). Darüber hinaus knüpfen heutige Rechtsextreme an Narrative an, die in Deutschland bereits mit verheerenden Gewaltexzessen einhergegangen sind, so dass ein – auch massiv – gewalttätiges Vorgehen im Sinne eines „Wehret den Anfängen“ gerechtfertigt erscheint.

Gewaltlegitimierend ist vor allem die gegenseitige Selbstbestätigung, die auf weitreichende historische Zusammenhänge verweist. Durch das „Labeln“ von sehr vielen konservativen und marktliberalen Denkmustern als „faschistisch“ verengt sich das Weltbild der autonomen Antifa und neigt selbst zu Dichotomisierungen, die eine legitime Gewaltanwendung oftmals implizieren. Diskutiert wird dann nur mehr über die Art der legitimen Gewaltanwendung (gegen Personen versus gegen Dinge, revolutionär durch Mobilisierung der Massen versus avantgardistisch Fanale setzend, o.ä.) wobei gerade Dehumanisierungen gegen als homogene Gruppe wahrgenommene Rechtsextreme als erster Schritt hin zu indiskriminierender Gewalt gegen diese zu deuten sind.

Gewalt wird durchweg als defensive Strategie gerahmt mit wenig changierenden Feindbildern. Rechtsextreme, Polizei und Staat an sich scheinen oft zu einem „faschistischen Konglomerat“ zu verschmelzen, gegen das man sich und die weitere Bevölkerung schützen muss – im Zweifel mit Gewalt. Das Agieren aus einer asymmetrischen Situation heraus – der Staat schützt einerseits Rechtsextreme und andererseits setzt er den autonom organisierten Widerstand gegen Rechte diesen gleich – dient als Gewaltrechtfertigung. Diesen rationalen Erwägungen zum Einsatz von Gewalt, wie sie vor allem in den Interim-Artikeln und den sog. Mobivideos zu finden sind, stehen ein in der Szene eher untypisches, nichtsdestotrotz vorhandenes, emotionalisiertes und zum Teil dehumanisierendes Feindbild mit expliziten Gewaltaufrufen in manchen Zeckenrap-Liedtexten gegenüber.

## 5.2 Der Szenediskurs der Anti-Antifa

„Eine militante Anti-Antifa entstand zu Beginn der 1990er Jahre als Reaktion auf die zunehmenden Aktivitäten der militanten Antifa. Dabei wurden deren Methoden teilweise übernommen“ (Backes et al. 2010: 164). Als politischer Gegner werden aus dem Diskurs sowohl die Antifa-Bewegung, aber auch die politische Linke insgesamt, einzelne Politiker sowie staatliche Stellen, soweit sie „den Linken helfen“ erkennbar. Die „Antifa“ ist dabei das zentrale Feindbild der Anti-Antifa. Neben dem Kampf gegen den politischen Gegner ist ihr Hauptanliegen die „Einigung des zersplitterten nationalen Lagers“ (ebd.). Dieses Ziel wurde allerdings nur zu einem kleinen Teil erreicht. Zwar gab es Zusammenschlüsse, sie betrafen jedoch nur kleine Teile der Szene. Mit dem Aufkommen der „Kameradschaften“ im Laufe der 1990er Jahre gewann die Organisationsform noch einmal an Bedeutung, was durch verstärkte Öffnung der NPD zur militanten Szene nochmal begünstigt wurde. Die Zusammenarbeit mit der NPD warf aber innerhalb der militanten Gruppierungen auch starkes Diskussionspotential auf.

Im Normalfall werden alle Linken durch die Anti-Antifa „dehumanisiert und bevorzugt als sozial degenerierte Existenzen porträtiert“ (ebd.: 175). Auch werden diese Gegner gerne als unfähig und inkompetent bezeichnet, obwohl unerschwerlich das linke Reflexionsniveau bewundert wird. Auch werden Autonome gerne mit anderen Feindbildern, wie Homosexuellen oder Juden gleichgesetzt und in diesem Gedankengang als „Judenfreunde“ oder „Schwuchteln“ bezeichnet.

In der rechten Bewegung gibt es aber nur einen sehr begrenzten Gewaltdiskurs. Es wird kaum bis gar nicht zu diesem Thema publiziert und wenn, dann dient dies in der Regel der Legitimierung von Gewalt und soll aufzeigen, wann diese wie einzusetzen ist. Gerade innerhalb der NS-affinen Kommunikationsmedien und in den Texten der Rechtsrockszene finden sich, offen oder zwischen den Zeilen, „zahllose gewaltverherrlichende Anspielungen und aggressive Botschaften“ oft in „rassistischer, antisemitischer und homophober Stoßrichtung“ (ebd.: 177). Oft wird bei dieser Hetze Bezug auf „NS-Vernichtungspolitik und ihre personellen und organisatorischen Träger“ (ebd.: 178) genommen.

Die Anti-Antifa hat sowohl Diskurs- als auch Organisationselemente ihres erklärten Feindes, der Antifa, übernommen: „Die Entstehung einer organisierten Anti-Antifa zu Beginn der 1990er Jahre entsprang der Wahrnehmung einer Notwehrsituation gegen einen mit Organisationsverboten systematisch vorgehenden Staat und eine agile militante Antifa, deren Aktivitäten mit einer Mischung aus Abscheu und Bewunderung beobachtet und teilweise nachgeahmt wurden“ (ebd.: 173). Hier wurde vor allem das Konzept der Individualisierung übernommen, denn die genau darauf basierende Strukturlosigkeit der autonomen Linken machte ein Verbotsverfahren schlichtweg unmöglich und eröffnete darüber hinaus eine große Flexibilität und Operationsfähigkeit. Aus diesem Vorbild

formten sich die „Freien Nationalisten“ oder auch die „Autonomen Nationalisten“. Andere Kernelemente sind jedoch in den NS-affinen Bewegungen unverändert geblieben, so sehen die Rechten „Deutschland als ein von den Siegermächten geknechtetes [...] [und] beherrschtes und von „Multikulturalisten“ systematisch „überfremdetes“ Land“ (ebd.: 174). Auch beziehen sie aus dem, aus ihrer Sicht, antifaschistischen und anti-nationalen, die Antifa unterstützenden, Staat ihre Legitimation zur „Kriminalisierung als Notwehr“.

Laut Verfassungsschutzbericht von 2013 ist die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten von 2011 auf 2012 leicht gesunken und stagnierte von 2012 auf 2013 (BMI 2014: 70). Die Verübung von Gewalt aus diesem Milieu erfolgte zumeist spontan (ebd.: 71). Aber auch verbale Gewalt ist von Bedeutung. So verweist Jugendschutz.net (2011), eine Institution, die mediale Seiten auch auf rechtsextremistische Inhalte hin prüft, auf das hohe Maß an verbaler Gewalt auf rechtsextremen Internetseiten. Darunter finden sich Anstachelungen zu Hass und Gewalt, sowie Berichte über diverse Aktionen von Rechtsextremen, u.a. auch gegen die Antifa. Teil dessen sind auch sogenannte Hass- und Feindeslisten, auf denen die Autonome namentlich und mit persönlichen Daten genannt werden (ebd.). Dabei setzen Rechtsextreme auf martialische Bilder und professionell ausgeführte Propaganda, z.B. als Videos, die dann gepostet und wiedergepostet würden (Benkhelouf und Bongen 2012). So stellen sich Mitläufer der Fackelmärsche der „Unsterblichen“ als große Bewegung dar, in Kontrast zu ihrer wirklichen Größe. Die zusätzliche und teils unkritische Verbreitung solcher Propagandavideos durch etablierte, nicht-rechtsextreme Journalisten und die sich daraus ergebende Erhöhung der Dramatik und der Attraktivität – ein Ziel von Rechtsextremen – sei allerdings zu kritisieren (ebd.). Die starke Nutzung des Internets wird auch durch das Bekennervideo des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) illustriert, welches auf spielerisch-zynische Art mit Bildkommentierung auf die NSU-Mordserien verweist. Zum einen werden dadurch die Anschläge verharmlost, zum anderen erlaubt diese Verharmlosung das nachträgliche Verhöhnern der Opfer.

Diesen sehr expliziten und allgemein bekannten Formen des Rechtsextremismus stehen andere, weniger sichtbare gegenüber. Die „Anti-Antifa“, die einen handlungstreibenden Diskurs gegenüber dem politischen Gegner, der „Antifa“, führt, tritt in weniger eindeutig politisch konnotierten Kontexten auf, wie zum Beispiel in Musikvideos, oder sie ist in ihrer Außendarstellung ausgesprochen zurückhaltend. Für diese letztere Tendenz sind offenbar bewusste strategische Entscheidungen ursächlich. Im Rechtsextremismus werden schon seit einigen Jahren notwendige strategische Anpassungen diskutiert. So wurde auf einer Tagung des NPD-Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität der Bedarf angesprochen, die gesellschaftliche Mitte durch strategische Anpassung zu erreichen (Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. 2011b). Als Beispiel wird der parteilose und sich in der politischen Mitte verortende Bürgermeister von Krauschwitz in Sachsen-Anhalt, Hans Püschel, zitiert: „Man solle sich nicht auf den Nationalsozialismus festlegen lassen, sondern die Nichtwähler mobilisieren, mittels einer pragmatischen und lebenswirklichkeitsna-

hen Ausrichtung, einer differenzierten Problemdiskussion, realistischer Forderungen, der Vermeidung extremer Rhetorik und einem engen inneren Zusammenschluss.“ Zudem schlägt der Unternehmensberater Franz Baumgarten eine zivile Strategie vor, also das Vermeiden von Gewaltanwendung, dafür aber Überzeugung und Überlegenheit, um das klar formulierte übergeordnete Ziel - die Vertretung im Parlament – zu erreichen (ebd.). Hierfür sei eine Anpassung notwendig. Vor allem die geforderte zivile Strategie, die pragmatische Orientierung mit realistischen Forderungen und die Differenzierung in Bezug auf die Problemansprache sollen rechtsextreme Positionen näher an die Allgemeinheit und an den ganz normalen Bürger bringen. Die Vermeidung extremistischen Vokabulars ermögliche den Anschluss an die Mitte der Gesellschaft und verwische die Grenzen zu anderen politischen Parteien. So könnten sich eventuell mehr Bürger vorstellen, der NPD in Wahlen ihre Stimme zu geben, was wiederum dem übergeordneten Ziel der parlamentarischen Vertretung dient, wodurch rechtsextreme Positionen und Forderungen an politischem Gewicht gewinnen und noch extremere Forderungen stellen können.

Gleichzeitig argumentiert der Chefredakteur von „hier & jetzt“ und NPD-Landtagsabgeordneter Arne Schimmer für nationale Positionen und eine Strategie der gezielten Provokation, um „den Mechanismen der medialen Ausgrenzung und der Schweigespirale“ entgegen zu wirken. Auch sei eine „Weiterentwicklung unabdingbar“, die auch mit personellem Ausbau einhergehe (ebd.).

Auf einer anderen Tagung des gleichen Bildungswerks empfahl der Publizist Dominik Schwarzenberger internationale Kooperationen von Rechten, sowie die Beilegung interner Streitigkeiten für einen „Paneuropäismus der Rechten“. Die Bündnispartner sollten „authentisch identitär ausgerichtet“ und weltanschaulich nah sein und gute Erfolgchancen haben (Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. 2010a). Derartige Zusammenschlüsse würden die Kraft, in Zahlen gesehen, verstärken, wenn auch das gemeinsame Handlungspotenzial auf wenige Aktivitäten reduzieren, da mehr beteiligte Akteure einen Konsens in Bezug auf konkrete Ziele und zielführende Aktivitäten erschweren.

Zur strategischen Anpassung zählt auch die Vervielfältigung der Kleidungsstile in der rechten Szene. So haben z.B. die Autonomen Nationalisten (AN) teils linke Symbolik übernommen und umgedeutet, so dass sie sich kleidungsmäßig von linken Autonomen fast nicht mehr unterscheiden. Teils tauchen sie gar in den sogenannten Schwarzen Blöcken auf Demonstrationen auf (Staud und Radke 2012: 7ff., 75 ff.; Mletzko 2011: 117f.). Im Verfassungsschutzbericht wird hier von einer Trendmarke und Aktionsplattform (BMI 2014: 85), sowie einer verstärkten Erlebnisorientierung (ebd.: 88) gesprochen, welche auch spontane und gruppengesteuerte Gewaltausübung gegen „Antifas“ vermehrt fördern könnte. Zudem hatte diese Anpassung das konkrete Ziel, in neue, den Rechtsextremen bisher verschlossene Lager vorzudringen und neue Gruppen zu erreichen, so ein Kölner Kameradschaftsführer. Zulauf gewannen die AN auch durch ihre gelockerte Einstellung zu Disziplin, Ordnung und bisherigen Regelungen für Musik, Kleidung, etc. (Staud und

Radke 2012: 82f., 226f.). Diese Ausdifferenzierung bei einigen rechten Gruppen passt zum festgestellten Trend der Erhöhung informeller Strukturen und Koordination (BMI 2014: 63).

Im Trend hin zur Erlebnisorientierung verbinden rechtsradikale Gruppen aber auch immer mehr Elemente der Unterhaltung und Freizeit mit politischen Botschaften (Busch 2014: 62), so dass der Rechtsextremismus als regelrechte Erlebniswelt erscheint (Pfeifer 2013). Dies dient strategischen Gründen, aber auch der Politikinszenierung. Gerade der Rechtsrock schafft Angebote zur emotionalen Identifikation, stabilisiert politische Ideen und trägt so auch zur Festigung und Integration im Rechtsradikalismus bei. Die Wirkung hängt dabei von der erfolgreich unterhaltenden Inszenierung der politischen Botschaften ab (Busch 2014: 80). Da durch die stärkere Verbindung von Politik mit Unterhaltung zwar die Ideengehalte gezielter in die Öffentlichkeit gebracht werden können, dies aber auch die Gefahr einer Entpolitisierung in sich trägt, ist abzuwarten, ob dies längerfristig zu einer Stärkung oder einer Schwächung dieses politischen Milieus führen wird (ebd.: 81).

Da sich die vorliegende Analyse auch auf Liedtexte aus dem Bereich Rechtsrock stützt, folgen einige Anmerkungen zur allgemeinen Rolle der Musik im Rechtsradikalismus. Die Verbreitung von Rechtsrock-Liedern ist eine Strategie zur Verbreitung rechtsradikaler Ideen in der Öffentlichkeit, die die Attraktivität ästhetischer Elemente und ihrer emotionalen Wirkungen nutzt, weswegen auch Rechtsextremisten ihre Musikstile erweitert haben, um ein breiteres Publikum anzusprechen (ebd.: 67f.).

Trotz zahlreicher prinzipiell öffentlich verfügbarer Medien (Zeitschriften, Internetseiten, Blogs, etc.) erwies sich der tatsächliche Zugang zu empirischem Material oft schwierig. So waren relevante Zeitschriften z. T. nicht für den gesuchten Zeitraum erhältlich oder werden nicht in Bibliotheken geführt. Auf Internetseiten gab es oft kein Archiv für Beiträge im gesuchten Zeitraum. Zudem gibt es eine Reihe von attackierenden oder gesperrten Internetseiten, nichtfunktionierenden Links und veralteten bzw. inaktiven Internetseiten. Dies könnte auch auf die Verbote rechtsextremer Gruppen und deren Ausweichen auf andere Formate oder Verbreitungs- und Veröffentlichungswege zurückzuführen sein.<sup>33</sup> Trotz des schwierigen Zugangs wurden von über 100 gesichteten und 62 ausgewählten Quellen verschiedener Art insgesamt 42 Quellen codiert und analysiert. Aufgrund der diversen analysierten Quellen hat sich somit ein umfassender und den Diskurs wiedergebender Textkorpus ergeben. Zu diesem Korpus gehören neben der Zeitschrift „Zuerst!“ vor allem Internetseiten der NPD und ihres Bildungswerks, die Aussagen rechtsextremer Gruppen und Organisationen und Demonstrationsberichte seitens rechtsextremer Gruppen. Hinzu kamen Online-Videos mit Reden von NPD-Abgeordneten in Landtagssitzungen und Online-Musikvideos von Musikern und Bands im Bereich Rechtsrock.

---

<sup>33</sup> So gibt es z.B. das hier nicht betrachtete Format des sogenannten Fanzine (von Fan-Magazines), das von Mitgliedern oder Fans einer Szene für andere Fans gemacht und auf eigene Kosten erstellt wird. Da es jedoch nur unter Szenemitgliedern verbreitet wird, war es hier nicht zugänglich, würde jedoch für eine Anschlussforschung relevante Inhalte bieten.

## 5.2.1 Bezüge zu sozialzeitlichen Entwicklungen

Die Analyse zeigt, dass im gesellschaftlichen Diskurs nicht unbedingt konkrete Ereignisse, sondern oft längerfristige Entwicklungen als Folgen von Ereignissen diskutiert werden. So werden Ereignisse auch eher in ihrer Auswirkung und mit einer Zeitverzögerung aufgenommen. Gleichwohl können Bezüge zwischen den sozialzeitlichen Entwicklungen und den Gewaltdiskursen aufgezeigt werden. Thematiken der sozialzeitlichen Analyse tauchen im rechtsextremen Diskurs unter Begriffen wie „Überfremdung“ (als „Volkstod“ übersteigert), aber auch unter gängigen Bezeichnungen wie „Globalisierung“ oder „Arbeitslosigkeit“ wieder auf. Es sind darin vor allem die Angst vor fremden Kulturen, die soziale Verunsicherung sowie die Stellung des Islams in Deutschland, die aus dem Repertoire der sozialzeitlichen Themen (s. Abschnitt 4.3) im Szenediskurs der Anti-Antifa als Bezüge auftauchen.

*Der „Volkstod“ als Katastrophe* - Das Thema „Volkstod“ im rechtsradikalen Diskurs findet auch Bezüge zum breiteren Mediendiskurs. So weist die FAZ (16.02.2002) darauf hin, dass Behauptungen einer Gefahr vom „Auslöschung des deutschen Volkes“ wegen der scheinbar „galoppierenden Überfremdung“ in Deutschland Angst geschürt werden soll. Dazu gab es Diskussionen zu Flüchtlingsströmen aus Krisengebieten nach Europa, da solche Flüchtlingsströme auch einen Rechtsruck befördern könnten. Themen der Angst vor religiösen oder islamischen Fanatikern und Konflikten und vor der zunehmenden Kriminalität, aber auch vor dem Abbau des Sozialstaates aufgrund einer möglichen Überforderung durch Wirtschaftsflüchtlinge und vor einer Gefährdung der Integrität des deutschen Verfassungsstaates (FAZ, 26.09.1997, FAZ 16.11.1995; BILD, 06.03.2007) tauchen in der Argumentation der Rechtsextremen auf, aber auch die erwähnten Integrationsschwierigkeiten oder der Bau von Moscheen in Deutschland. Der „Volkstod“, also der Tod des deutschen Volkes und der deutschen Kultur, ist die Katastrophe aus rechtsradikaler Sicht: Notstandsdenken und Katastrophendiskurse werden von radikalen Gruppen genutzt, auch zur Rechtfertigung von Gewalt und für außerordentliche Maßnahmen (Backes 2014: 194, 221). Im rechtsextremen Diskurs finden sich hier Aussagen, wie die, dass sich die Rechten bemühen, das deutsche Volk gegen Überfremdung zu schützen, während Linke „gegenüber dem frauen- und menschenverachtenden Islam“ versagt hätten (Nürnberg 2.0 2011) und denen, die Deutschland unterwandern wollen, helfen würden. Die Linken, insbesondere auch die Antifa, werden also als volksschädigend gesehen, da sie nichts gegen die angebliche Überfremdung und Islamisierung Deutschlands unternehmen, vielmehr noch, diese vielleicht sogar noch unterstützen. Für Rechtsextremisten /Anti-Antifa bedeutet eine Überfremdung und Islamisierung aber die Schwächung des deutschen Volkes, bis hin zum gefürchteten „Volkstod“, was von Seiten der Rechtsextremisten /Anti-Antifa die Urkatastrophe bedeutet. Linke werden als unverantwortlich gegenüber Deutsch-

land und dem deutschen Volk dargestellt, als unfähig und verwirrt, sowie als dekadent und gewalttätig – weshalb sich aus eigener Perspektive die Rechtsextremisten /Anti-Antifa aktiv und um Deutschland kümmern werden müssen. Zudem werden der Staat und die Behörden einerseits als Unterstützer der Linken gesehen und andererseits als machtlos gegenüber den linken Chaoten und ihrer Gewalt. Beides führe dazu, dass man dagegen tätig werden müsse.

*Globalisierung und „Verantwortung für Deutschland“* - Linke Gewalt, vermeintliche Gewaltorgien und die Verletzung von Polizisten (Linke Gewaltorgie 2012: 25) und die Antifa (auch als Teil von globalisierungskritischen Bewegungen), werden von der Anti-Antifa als Chaos und als Chaoten dargestellt, im Gegensatz zu den ordentlichen und anständigen Rechten. So sind die Antifa im Anti-Antifa-Diskurs gewalttätige, aber gleichwohl unfähige Chaoten (Pastörs 2011a), „primitive“ Antifaschisten (Reichel 2012) oder auch betrunkene und verwahrloste Jugendliche (Pastörs 2011b). Linke seien „verwirrte Systemlinge“ und „Scheinrevolutionäre“ (Volksfront Medien 2008), sowie „Lügner Heuchler Denunzianten“, die noch dazu mit ihrem „Antlitz stets im Dunkeln [...] mit vorgehaltener Hand“ agierten (Krawallbrüder 2012). Zudem, und obwohl als Globalisierungsgegner und Gesellschaftskritiker, unterwegs, ließen es sich die Linken in Berlin mit ihrer Dekadenz und Heuchelei gut gehen (Lüdemann 2012). Die Abwertung des Gegners besteht hier in der Darstellung der Linken als verwirrte, unfähige Agitatoren.

Darüber hinaus stelle die Antifa aufgrund ihrer extremen, undemokratischen und gewalttätigen Natur (Pastörs 2012) auch eine Gefahr für Deutschland dar (Ochsenreiter, Overdort und Berndt 2010; Anti-Antifa Ludwigsburg 2010a). Ein Linker sei ein „fieser, ganz mieser Steineschmeißer, Hosenscheißer..., dumm, feige, ... Verbrecher, hinterlistig Messerstecher“ (Nordfront 2009). Die Anti-Antifa hingegen sei offen, sachlich und kameradschaftlich (Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. 2012b) und zeige sich verantwortlich für Deutschland – so demonstriere die nationale Jugend gegen den Ausverkauf von Volk und Heimat und nehme sich der Belange der ganz normalen Bürger an: „Zukunft statt Hartz IV – Volkstod stoppen“ (Gewe 2011), benähmen sich auf Demonstrationen „weitgehend friedlich“ (Eckner, Brandner und Warnke 2010) und führten keine „perversen Diskussionen nach linkem Vorbild“, was auf Demos erlaubt ist und was nicht (Aktionsbund Freising). Durch die Dichotomisierung und Hierarchisierung des negativen Anderen, der Antifa als politischer Gegner, und des positiven Selbst, der Anti-Antifa, wird das Selbstbild aufgewertet und legitimiert und der Gegner/Feind abgewertet und delegitimiert.

In Bezug auf Mediendiskussionen über linksextreme und rechtsextreme Gewalt wollen die Anti-Antifa zum einen Linke outen, also „Linke Täter aus der Anonymität reißen“ (Anti-Antifa Ludwigsburg 2012b) und den politischen Gegner oder „Feind“ zu entlarven und zum anderen sich selbst in der Öffentlichkeit, auch gegenüber Journalisten, unkenntlich zu machen (Anti-Antifa Ludwigsburg 2010b).



Die Anti-Antifa ruft dazu auch zur Gewalt gegen Linke und linke Journalisten auf, wenn auch zu- meist indirekt. So wird vorgeschlagen, wie man Linke auf rechten Veranstaltungen „loswerden“ könne, z. B. durch einen energischen Platzverweis für „vorlaute“ Antifas (Gewe 2011), oder wie man Linken klarmache, „dass sie in Mecklenburg nicht so gern gesehen werden, besonders am Rande von nationalen Demonstrationen nicht“ (Freie Kräfte Greifswald 2011b). Auch wird das Outing von Linken als „Selbstschutzmaßnahme vor linker Gewalt (Anti-Antifa Ludwigsburg 2012b)“ gefordert. So sollen Informationen über Linke der Anti-Antifa kommuniziert werden (Nationale Sozialisten Nürnberg, unbekanntes Verfassungsdatum).

Der Staat wird zudem als Helfer der Linken und als Unterstützer der linken Gewalt dargestellt (Ochsenreiter, Overdorf und Berndt 2010: 12ff.; Freie Nationalisten Kiel 2012; Petereit 2012). So verharmlose der Staat linke Gewalt (Krüger 2010: 20; Ochsenreiter, Overdorf und Berndt 2010: 8) und zeige sich damit unverantwortlich gegenüber den Deutschen und Deutschland. Zudem seien Rechtsstaat und Polizei offenbar machtlos gegenüber linker Gewalt (Eckner, Brandner und Warnke 2010: 20). Auch in Bezug auf die Aufdeckung des NSU und des NSU-Skandals instrumentali- siere der Staat den Rechtsterrorismus und inszeniere mit seinem Geheimdienst einen Kampf ge- gen Rechts, und er manipulierte und verunsichere den Bürger mit einem „rechten Pseudogegner“ (Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. 2012a). Der Staat handle somit unverant- wortlich gegenüber Deutschland.

*Hartz-IV, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit* - Die Mediendiskussionen zu Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, besonders in Ostdeutschland, wird in Teilen des rechten/rechtsextremen Dis- kurses reflektiert. So zeigt sich z. B. die NPD als interessiert und verantwortlich für die Belange des ‚kleinen Mannes‘ und als Beschützer für die normalen Bürger. So ruft der NPD- Landtagsabgeordnete David Petereit in Mecklenburg-Vorpommern mehrfach dazu auf, deutschen Arbeitslosen vor den Migranten und Ausländern in Deutschland zu helfen, insbesondere die Per- spektivlosigkeit im Osten Deutschlands sei zu bekämpfen (Petereit/ MUP-INFO 2011, 2012).

### **5.2.2 Feindbilder und Selbstbilder der Anti-Antifa**

Auch im rechtsextremen Diskurs ist eine Konstruktion des Selbstbildes durch die Abgrenzung und Gegenüberstellung eines Feindbildes klar erkennbar. Eine milde Form der Feindbildzeichnung sind die Darstellungen von Linken als gewalttätige, aber unfähige Chaoten (Pastörs 2011a), sowie als betrunkene und verwahrloste Jugendliche (Pastörs 2011b), die noch dazu öffentliche Gelder verschwenden würden (Pastörs 2011c).

Linke/Antifas werden im Diskurs der Anti-Antifa hauptsächlich negativ dargestellt, sei es als unfähig, verwirrt, dumm und feige oder als Scheinrevolutionäre, die eigentlich selbst nicht viel zustande bringen könnten und darum auch im Schutz der Dunkelheit agieren müssten. Hier wird der Gegner abgewertet, aber noch kein starkes Feindbild gezeichnet.

In diesem Diskurs geschieht die Diskreditierung des Gegners ebenfalls durch den Verweis auf dessen Gewaltbereitschaft. Diese stärkere Feindbildzeichnung und Abwertung von Linken zeigt sich in der Darstellung als extrem und gewalttätig, sowie als undemokratisch (Pastörs 2012). So hätten Linke Gewaltorgien veranstaltet, wie auf der Demonstration in Hamburg am 2. Juni 2012, wo sie Polizisten verletzt haben (Linke Gewaltorgie 2012: 25), und es gäbe zudem einen massiven Anstieg der linksextremistischen Gewalt in 2011 (Linke Gewalt 2012: 24). Ein Schwerpunkt dieser Darstellung ist dabei die Betonung der selbst vom Gegner erfahrenen Gewalttaten. Antifas verübten Anschläge auf Autos und Fahrzeuge von rechten Kameraden und auf rechte Szeneläden, sie riefen zu Demonstrationen gegen „Nationalisten“ auf, sprühten und plakatierten, zerstörten NPD-Plakate, übten Gewalt gegen rechte Jugendliche aus (Freie Kräfte Greifswald 2011a) und griffen Nationale Sozialisten an, wie z.B. als sie auf eine Frau einschlugen, die Sprühereien wie „Nazis aufs Maul“ abfilmte, oder die Brandanschläge auf das Wohnhaus eines NPD-Landtagsabgeordneten (Freie Kräfte Greifswald 2010) sowie die Morddrohungen gegen Berliner Abgeordnete (Ochsenreiter, Overdorf und Berndt 2010: 14). Auch NPD-Politiker wie der Landtagsabgeordnete von Mecklenburg-Vorpommern, David Petereit, verweisen auf Sachbeschädigungen, Brandanschläge und Angriffe auf NPD-Personen und NPD-Büros durch Linke. Linke distanzieren sich nicht von Gewalt, sondern übten immer mehr Gewalt aus, schließlich hätten sie ein „krankes und Menschen verachtendes Weltbild“ (Petereit 2012).

Auch wird linke Gewalt gegen Polizisten hervorgehoben. Linke würden schlichtweg immer gewalttätiger werden (Ochsenreiter, Overdorf und Berndt 2010: 12; Tiedemann 2011: 20). So verbreiteten und verwendeten sie unter anderem Anleitungen zum effektiven Verletzen von Polizisten und zur Zerstörung der Ausrüstung, die die Polizisten schützen soll (Tiedemann 2011: 21). Linke werden also als regelverstoßend und regelverachtend dargestellt, und somit als Gefahr für den Rechtsstaat.

Aber auch das Outing von Rechten seitens der Linken wird hervorgehoben (siehe z.B. Aktionsbund Freising; Reichel 2012: 22; Heinitz 2011: 32ff.). So outeten „Linksextreme“ Erwachsene wie Kinder. Als Beispiel dient ein „Linksextremer“, der offen zu Hausbesuchen und Telefonterror und damit zu Straftaten aufrufe. Linksextreme würden Rechte auch bei deren Arbeitgebern outen (Aktionsbund Freising), oder auch Lehrer, z.B. einen der an die NPD gespendet hat, und sogar Schüler diffamieren. Schon die „Teilnahme an einer Demonstration reicht aus, um ins Fadenkreuz von linksextremen Heckenschützen zu geraten!“, (Heinitz 2011: 32). Zudem täten Linke alles für ihre Gesinnung, sie seien „Jäger“ (ebd.: 35). Durch die Nutzung von Outing-Listen für Bedrohungen

und Beleidigungen am Telefon (Reichel 2012: 22) bestehe die „Gefahr der Verleumdung und eine mögliche Anstachelung der Militanz gegen die Angeprangerten“ (ebenda: 23). Hier werden Linke persönlich abgewertet und deren Verhalten als negativ delegitimiert.

„Linksextremistische“ Politiker werden im Anti-Antifa-Diskurs zuweilen sogar namentlich genannt, so etwa Joschka Fischer. Er schimpfe gegen alle, die seine Meinung nicht teilen, zumeist mit „Worten wie Gewehrsalven“ und martialischer Bildersprache; mit einer „Vergangenheit als links-extremer Straßen-Terrorist“, ist er nunmehr im „Maßanzug“ (Diehl, Reinartz und Tiedemann 2012: 8). Hier werden Linke, sogar auf hoher politischer Ebene, als gewalttätig dargestellt, aber auch als heuchlerisch. Damit werden zugleich das politische System und die Regierung, die dies zulassen und sogar unterstützen, delegitimiert

Ähnlich ist die Darstellung bei einem Text über einen Bericht der TV-Sendung „Report München“, welcher die Zusammenarbeit der Linkspartei und linksextremer Gewalttäter und Terroristen, auch im Kreis Ludwigsburg, zeigt. So wird z.B. Daniel Behrens, Sprecher der Linkspartei in Bietigheim-Bissingen, als „gewaltbereiter Antifa-Faschist“, der zu Straftaten aufrufe und sich daran beteilige, dargestellt (Anti-Antifa Ludwigsburg 2010a). Behrens wollte angeblich gewaltsam gegen Zivil-Polizisten bei Stuttgart 21 vorgehen, wozu er ein „Einsteigerprojekt zum Linksextremismus“ gegründet habe, welche „Jugendliche für die menschenverachtende Gesinnung der kriminellen Antifa und kommunistischen Linkspartei“ „ködern“ solle. Dies verbindet sich mit der Warnung, dass Eltern besser auf ihre Kinder achtgeben sollten, z.B. wenn sie zu „sog. Rock gegen Rechts Veranstaltungen“ gehen (Anti-Antifa Ludwigsburg 2012a).

Zum Feindbild Antifa zählen auch linke Journalisten, die sogenannte „Linksjournaille“. Sie machten willkürlich Videos und Fotos von Veranstaltungen und Teilnehmern, welche sie veröffentlichten oder welche von Antifa-Gruppen genutzt werden, um „Übergriffe auf die abgebildeten Zielpersonen“ durchzuführen. Diese Linksjournaille [es erfolgt eine Nennung von Namen] schreibe Hetzartikel, veröffentliche personenbezogene Daten im Internet und organisierten örtliche Antifa-Strukturen. Sie veranstalteten eine „fotografische Treibjagd“ (Anti-Antifa Ludwigsburg 2010b), und zwar „in der üblichen dreckigen, manipulativen Weise der diesem Anständigenpack eigen ist“. Ihnen sei nichts zu „verschlagen, und nichts zu erbärmlich“, dem „hetzenden Lumpenpack“ (Nationaler Beobachter 2011). Der Verfassungsschutzbericht von 2013 bestätigt das rechtsextreme Angriffsziel Journalisten (BMI 2014: 65). Hier wird also auch der Personenkreis abgewertet, der rechtsextremes Verhalten bzw. Handlungen von Rechtsextremen in der Öffentlichkeit dokumentiert; die Medien werden zum Teil als Feind und als nicht vertrauenswürdig dargestellt.

Im Bereich Rechtsrock finden sich schließlich Feindbildzeichnungen zur Antifa mit deutlich negativen Darstellungen und Zuschreibungen. So werden Linke in Liedern des Rechtsrock unter anderem als „fieser, ganz mieser Steineschmeißer, Hosenscheißer..., dumm, feige, ... Verbrecher,

hinterlistig Messerstecher“ beschrieben (Nordfront 2009) oder wieder als „dreckig... stinkend“ und als gewalttätig (Antifa Scum 2009; weiteres dazu weiter unten).

### **5.2.3 Gewaltaufrufe und ihre Rechtfertigung**

Gewaltaufrufe sind im Anti-Antifa-Diskurs mehrheitlich indirekt, was wohl auf das Wissen um die Strafbarkeit und auf Anpassungen an die Grenzen des rechtlich erlaubten Rahmens zurückzuführen ist. Oft gibt es eher indirekte Verbindungen zu Gewalt gegen Linke, oder sie bedienen sich zweideutiger Formulierungen. So spricht z.B. Christian Worch von den Freien Kameradschaften vor einer Demonstration in Hamburg-Wandsbek am 2. Juli 2012 mit Journalisten auch über Störergruppen. Gelänge der Polizei die Trennung der Gruppen nicht, „könnte [das] zu Misslichkeiten in Form von körperlichen Auseinandersetzungen führen“. Mit Störergruppen sind im Kontext klar die linken Gegendemonstranten gemeint. Oder es wird davon gesprochen, dass in Bezug auf Internet-Outing durch Linke die rechten Hacker „zum Gegenangriff übergegangen“ sind (Reichel 2012: 23).

Auf Parteebene, z.B. der NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, wird versucht, zum einen die Linken zu delegitimieren, indem immer wieder auf Gewalt von Linksextremisten fokussiert und dazu Anfragen formuliert werden. Zum anderen wird versucht, Staat, Polizei und etablierte Parteien mit der Ermöglichung und gar Unterstützung linker Gewalt in Verbindung zu bringen (MUPINFO 2012). Parteipublikationen verzichten jedoch durchweg auf Aussagen, die als Gewaltaufruf verstanden werden könnten.

Manche Gewaltaufrufe sind wohl nur im Anti-Antifa-Kontext als solchen zu verstehen. So werden z. B. indirekt Tipps gegeben, wie man Linke auf Veranstaltungen „loswerden“ oder sie vertreiben könne, zum Teil auch mit genannten Handgreiflichkeiten. Das Beispiel eines energischen Platzverweises für „vorlaute“ Antifas wird als Lehre aus einer rechten Demonstration in Teterow 2011 für andere Veranstaltungen vorgeschlagen (Gewe 2011). Oder es wird berichtet, dass fünf Antifaschisten bei der Demonstration in Teterow 2011 „für ein paar Sekunden die Beine in die Hand nehmen [mussten] ... weil ihnen klar gemacht wurde, dass sie in Mecklenburg nicht so gern gesehen werden, besonders am Rande von nationalen Demonstrationen nicht“ (Freie Kräfte Greifswald 2011b).

Begründungen für die Gewalt gegen Linke gibt es wenige, und auch diese sind eher andeutend ausgedrückt. Im Liedtext einer rechtsextremen Musikgruppe findet sich etwa folgende Formulierung: „Wird euch wieder mal in den Arsch getreten, ... eure feigen Aktionen aus dem Hinterhalt unsre Reaktion provoziert“ (Kraftschlag 2011). Damit wird z. B. auf das Outing von Rechten abge-

stellt. Im Gegenzug wird davon gesprochen, auch Linke zu outen. Beispielsweise werden, nach aufhetzenden Worten, Namen und persönliche Daten von Linken genannt, wie Adresse, Telefon, etc. (Anti-Antifa Ludwigsburg 2012a, 2012d, 2011). Des Weiteren wird dazu aufgerufen, Informationen über Linksextremisten an die Anti-Antifa zu kommunizieren: „Ihr habt Informationen über Linksextremisten oder beobachtet linke Aktivitäten? Tretet mit uns in Kontakt ...“; ein Poster warnt: „LINKE AKTIVISTEN HABEN NAMEN UND ADRESSEN“ (Nationale Sozialisten Nürnberg, Großschreibung im Original). Konkret heißt es: „Zeigen Sie hetzenden und zu Gewalt anstachelnden Personen wie dem Kommunisten Thomas Trueten was Sie von ihnen halten. Kein Fußbreit den Kommunisten!!“ (Anti-Antifa Ludwigsburg 2011). Die Anti-Antifa Ludwigsburg veröffentlicht Namen „linker Faschisten“, als „Selbstschutzmaßnahme für Opfer linker Gewalt“ – „Linke Täter aus der Anonymität reißen, denn ein erkannter Täter überlegt sich lieber zweimal was er tut [...]“. (Anti-Antifa Ludwigsburg 2012b). Bei Letzterem zeigt sich, dass man im rechtsextremen Spektrum sehr bemüht ist, den politischen Gegner bzw. „Feind“ zu entlarven, um diesen dann gezielt einzuschüchtern.

Wieder in Bezug auf linke Journalisten heißt es weiter: „Herr Speit drängte sich wohl ein wenig zu dicht und provokativ heran, zumindest empfanden dies einige Polizeibeamte so, die ihn mit kräftigen Händen packend aus unserem Versammlungsbereich entfernten. So etwas ist jedoch leider die Ausnahme...“. Es sei also „hilfreich, die linke Journaille am Rande frühzeitig zu erkennen und sich entsprechend verhalten zu können. Sich selber unkenntlicher zu machen und auf Veranstaltungen äußerlich nicht so aufzutreten, wie z. B. im Privatleben“; „Und was immer ratsam ist: Schau nicht in jede Kamera und werde notfalls mal ‚handgreiflich‘, wenn Dir eine Kamera zu penetrant und direkt vor die Nase gehalten wird. ‚Handgreiflich‘ nicht gegen die Person, versteht sich, sondern gegen die Kamera“ (Anti-Antifa Ludwigsburg 2010b). Das Ansprechen der „Ausnahme“ in Verbindung mit „leider“ kann deutlich als Aufruf verstanden werden, öfter in dieser Art gegen Journalisten vorzugehen. Der Aufruf, notfalls handgreiflich zu werden, ist bereits direkter.

Dazu werden noch rechtliche Hinweise gegeben, welche hier aufgrund des konkreten Gesetzesbezugs in voller Länge wiedergegeben werden:

*„Wenn sie ungewollt fotografiert werden, sind Sie berechtigt dagegen Notwehr zu leisten! Sie dürfen: dem Fotografen widersprechen, danach die Kamera festhalten und weitere Aufnahmen verhindern, danach dem unberechtigten Fotografen den Film/Speicherkarte mit entsprechenden Aufnahmen abnehmen, die beanstandeten Negative behalten/Fotos löschen. Diese Handlungen sind erlaubt, auch wenn es dabei zu einer Sachbeschädigung der Kamera und der Bilder oder sogar zu einer Körperverletzung des Fotografen kommt (OLG Düsseldorf, Beschluss vom 15.10.1993,*

Az. 2 Ss 175/93-65/93 II – 2 Ws 214/93, zu finden on NJW 1994, 1971 f. – 39K93-).“  
(Anti-Antifa Ludwigsburg 2010b, Hervorhebungen im Original)

Zum Umgang mit als links erachteten Journalisten zeigt sich eine stärkere Ausdifferenzierung im Diskurs als bei anderen Themen, dass sich Rechtsextreme damit beschäftigen, wie ihre Themen und artikulierten Interessen öffentlich wahrgenommen und medial verbreitet werden. Zugleich gibt es recht direkte Aufforderungen zu Handgreiflichkeiten (wenn auch explizit mehr gegen die Kamera als gegen den Fotografen), wobei Handgreiflichkeiten nicht näher konkretisiert werden – ein Handlungsspielraum, der von den hier Anvisierten unterschiedlich verstanden werden kann.

Sowohl von den Linken als auch von denen, die linke Themen übernommen hätten, gehe eine Gefahr aus (Institut für Staatspolitik 2014). Zudem hätten Linke „gegenüber dem frauen- und menschenverachtenden Islam“ versagt (Nürnberg 2.0 2011) und seien Helfer von denen, die Deutschland unterwandern wollten. Daher wolle Nürnberg 2.0, ein „Netzwerk demokratischen Widerstands“, nach dem Vorbild des Nürnberger Prozesses gegen die Helfer der Islamisierung Deutschlands vorgehen, nämlich gegen Politiker aller politischer Orientierungen, Wissenschaftler, Journalisten und Richter, die als „Linksextremisten“ die Islamisierung Deutschlands beförderten (ebd.). Die konkreten Ziele dieser Gruppe und ihr geplantes Vorgehen bleiben allerdings recht unklar. Doch werden Linke hier auch mittels einer weiteren Facette delegitimiert – da sie anderen ‚Feinden‘ Deutschlands nichts entgegensetzen hätten, seien sie ebenso als Feinde zu betrachten.

Im Anti-Antifa-Diskurs finden sich aber auch direkte Aufrufe zur Gewalt, so in manchen Rechtsrock-Liedern, die sich auf die Antifa beziehen. So wird gesungen: „bringen wir euch das Laufen bei, auf unsere Art und Weise“, gefolgt von: „Wir hauen euch alle weg“; „Es kommt der Tag der Rache, und dann rechnen wir mit euch ab“ und: [Wir peitschen] „Peitschen euch durch das ganze Land“ (Kategorie C 2011). Eine andere Band singt über die Antifa: „... eure Zeit ist vorbei, ... bei eurer Beerdigung sind wir dabei“, und: „Wird euch wieder mal in den Arsch getreten“ (Kraftschlag 2011). Des Weiteren (Krawallbrüder 2012) wird an die Linken gerichtet gesungen, dass es ihnen „jetzt an den Kragen“ gehe, sowie: „wenn Du dann selber bis zum Hals in Scheiße steckst, drücken wir Dich mit der Schnauze auch noch rein“. In anderen Liedtexten wird die körperliche Gewaltausübung gegenüber politischen Gegnern gleichsam als Identitätsmerkmal herausgestellt:

„Aus dem hohen Norden kommt eine Band, die sich voll und ganz zu Deutschland bekennt. Ja, wir sind deutsche Nationalisten, ja, wir sind weiß und hassen Marxisten. Ja!

Von überall hört man Gejohle, ‚Kraftschlag, Kraftschlag‘ ist unsere Parole. [Wiederholt]

Es fliegen die Stiefel genauso wie die Fäuste, niemand kann sie bändigen, die deut-

sche Kraftschlagmeute. [Wiederholt]

Ihr Linken in Deutschland, ihr werdet hier nicht alt, Kraftschlag, Kraftschlag, im Zeichen der Gewalt. [Wiederholt]

Wenn einer unserer Gegner zerschlagen am Boden liegt, dann kannst du wetten, dass er jetzt, dass er jetzt so richtig kriegt.“ (Kraftschlag 2012)

Viele Liedtexte, die älter als 2010 sind, sind aufgrund ihrer Gewaltinhalte und natürlich auch ihrer Rezeption ebenfalls relevant. Weil diese Lieder immer wieder im Internet zugänglich gemacht werden, sind auch ältere Lieder Teil des Diskurses für die sich radikalierenden Täter im Zeitrahmen 2010-2012 bedeutsam. So beschwört die Division Germania (2004) „Chaos-Tage“, an denen sich die Anti-Antifa gegen die mit Namen und Adressen bekannten „Roten“ wehren werden. Noch gewalttätiger, inklusive mit Vergewaltigungsandrohung, besingt die Band Projekt Chaos (2009) das Blut, das bald von der „kleine[n] Antifaschlampe“ fließen wird, wie auch die Androhung an die Antifa: „ihr werdet ausradiert“. Der bisherigen Forschung zufolge werden mit diesen Liedern nicht unbedingt neue Teile der Öffentlichkeit gewonnen (Busch 2014: 69).

In Bezug auf direkte Gewalt gegen Antifa zeigen sich Ausdifferenzierungen. So werden laut Aussagen eines früheren Rechtsextremen und Mitglieds der Autonomen Nationalisten (AN) Angriffe der Gruppe auf Antifa-Mitglieder eher geplant und koordiniert als bei anderen rechtsextremen Gruppen. Dazu sind „Antifas“ ein besonderer Fokus der AN, was sich in einer Art Professionalisierung mittels Aktenanlegung und Informationsbeschaffung über Antifa-Personen und einer organisierten Aufgabenteilung bei geplanten Angriffen niederschlägt. Führungspersonen der AN lassen zudem rangniedere Mitglieder die Gewaltaktionen ausüben. Ob jemand der Angegriffenen dabei ums Leben kam oder nicht, sei eher eine „Glückssache“ gewesen und wurde in Kauf genommen (Staud und Radke 2012: 233). Ein früheres AN-Mitglied spricht auch davon, dass es kaum Probleme mit der Polizei gegeben habe, solange sich die Öffentlichkeit nicht für den Rechtsextremismus interessierte (Staud und Radke 2012: 235).

Auch im Diskurs des Rechtsextremismus wird der Staat als Helfer der Linken kritisiert. So zeigten sich der Staat, seine Organe und auch die politischen Parteien damit unverantwortlich gegenüber den Deutschen und Deutschland. Linke Demonstranten und die Antifa repräsentierten eine „verwahrloste Jugend“, an deren Zustand der Staat schuld sei (Pastörs 2011b). Die linke Gewalt in Berlin und anderswo in Deutschland werde von den Medien und der Politik verharmlost, obwohl sie an der Tagesordnung sei, mit ständigen Brandanschlägen und nächtlich brennenden Autos (Krüger 2010: 20; Ochsenreiter, Overdorf und Berndt 2010: 8). Der Staat bleibe untätig und lasse die Linksextremen einfach machen (Ochsenreiter, Overdorf und Berndt 2010: 12, 14). Auch die Innenbehörden würden die linksextremistische Gefahr, trotz der anwachsenden linken Gewalt,

nicht klar benennen (ebd.: 15). Die Linken seien ein „handfestes Extremismusproblem“, auf das der Staat aber nicht reagiere, und schuld daran sei auch die Mitregierung durch die Partei DIE LINKE (Krüger 2010: 20). Zudem scheine die Polizei machtlos und der Rechtsstaat hätte gegen die linke Gewalt schon verloren (Eckner, Brandner und Warnke 2010: 20). Außerdem behandle der Staat die Rechten und die Linken/Antifa mit zweierlei Maß:

„In diesem BRD-Regime scheint alles rechtens zu sein, wenn Straftaten auf Nationale verübt werden. Und so lässt man den kriminellen Antifaschisten genug Freiraum, Straftaten in Ruhe zu planen und natürlich auch auszuführen.“ (Freie Nationalisten Kiel 2012)

Des Weiteren könne man mit einer „Vergangenheit als linksextremer Straßen-Terrorist“ auch schon Bundestagsabgeordneter und sogar Außenminister werden – gesprochen wird hier von Joschka Fischer (Diehl, Reinartz und Tiedemann 2012: 8).

Dem Staat wird zudem die Instrumentalisierung des Rechtsterrorismus vorgeworfen; er inszeniere mit seinem Geheimdienst einen Kampf gegen Rechts, wobei der Staat mit einem „rechten Pseudogegner“ den Bürger manipulierte und verunsichere (Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. 2012a). Linksextreme werden laut Aussage des NPD-Landtagsabgeordneten in Mecklenburg-Vorpommern, David Petereit, von der Politik sogar unterstützt, um ihr „krankes und Menschen verachtendes Weltbild verbreiten zu können“. Der Rechtsstaat verfolge sie nicht, obwohl es unter Polizisten längst bekannt sei, dass Gewalt von Linksextremisten komme (Petereit 2012). Damit soll der Staat als Helfer der Linken und – da Linke gewalttätig seien – als für Deutschland unverantwortlich handelnd delegitimiert werden.

Diese Figur korrespondiert mit dem rechtsextremen Selbstbild des verantwortlich handelnden Bewahrers der Nation. Sie selbst stellen Rechtsextreme positiv dar, als offen, fähig zur sachlichen Diskussion, und als kameradschaftlich (Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. 2012b). Im Gegensatz zur rechtsextremen Gewalt habe die rechtsextreme Gewalt abgenommen (Linke Gewalt 2012: 24).

In mehrerer Hinsicht zeigt sich im Diskurs des Rechtsextremismus ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von strategischen Anpassungen, bedingt durch wahrgenommene Veränderungen in der Politik des politischen Gegners, der „Antifa“ und eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit für den politischen Rechtsextremismus. So seien etwa rechte Hacker „zum Gegenangriff übergegangen“, um sich gegen das Outing von Rechten im Internet seitens Linker, z.B. via Nazi-Leaks, zu wehren (Reichel 2012: 23).



Als Reaktion auf linke Journalisten, die rechte Veranstaltungen filmen, werden folgende Hinweise gegeben: Es sei „hilfreich, die linke Journaille am Rande frühzeitig zu erkennen, um sich entsprechend verhalten zu können, auch solle man sich unkenntlicher zu machen und auf Veranstaltungen äußerlich nicht so auftreten, wie im Privatleben“. Auch wird empfohlen, nicht in die Kameras zu schauen oder bei penetranten Journalisten handgreiflich gegen die Kamera zu werden (Anti-Antifa Ludwigsburg 2010b). Man möchte als links eingestuften Journalisten möglichst wenig Material liefern. Dazu müsse man linke Journalisten erkennen, um sich selbst nicht als Rechtsextremer identifizieren zu lassen. Anzustreben sei ein Erscheinungsbild, das eine Herkunft aus der gesellschaftlichen Mitte signalisiere. Gezielt wird darauf hingewiesen, den Journalisten kein Gesicht zu zeigen. Diese Anpassungen fordern von den einzelnen Aktivisten also, sowohl passiv als auch aktiv den Journalisten die Berichterstattung über Rechtsextreme und deren öffentliche Aktivitäten zu erschweren.

#### **5.2.4 Zusammenfassung**

Der Anti-Antifa-Diskurs zeichnet die Linken/Antifa als Feind auf zweierlei Weise. Zum einen und in der milderen Version werden Linke als unfähige Chaoten dargestellt, zum anderen und mit stärkerer Feindbildzeichnung als undemokratisch, gewalttätig und als Gefahr für Deutschland. Immer wieder finden sich Gewaltaufrufe, auch wenn sie zumeist indirekter Natur sind. Auch hier ergibt sich insofern eine Analogie zum Diskurs der „Antifa“, als sich direkte Gewaltaufrufe eher in den Liedtexten der szenetypischen Musik finden. Das darin klar artikuliert Feindbild umfasst zwar sowohl antisemitische und anti-intellektuelle Elemente, bezieht sich aber ganz im klassischen Sinne der hier untersuchten Konfliktlinie auf „Linke“ und als „marxistisch“ bzw. „linksextremistisch“ charakterisierte Personen und Organisationen.

Im Diskurs wird zudem der Staat als unverantwortlicher Helfer der Linken getadelt. Die Eigendarstellung zeichnet ein positives Bild der Rechtsextremisten, wobei die Anti-Antifa sich als für Deutschland verantwortlich darstellt. In Bezug auf strategische Anpassungen finden sich Aufrufe und Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen und in diversen Bereichen, so auf Parteiebene, auf Ebene der verschiedenen mehr oder weniger gut organisierten Gruppen bei Demonstrationen, bezüglich des Umgangs mit Journalisten und den Medien, aber auch die Vervielfältigung von Kleidung und Musikrichtung – alles, um die politischen Ideen gezielter in der Öffentlichkeit zu verbreiten, mehr Menschen in der Mitte der Gesellschaft zu erreichen und mehr Unterstützung zu gewinnen.

Etwas zurückhaltender müssen die Ergebnisse mit Bezug auf die Fragen nach den Mechanismen und Zusammenhängen der Konfrontationsgewalt formuliert werden. Der Literatur zufolge zeigt

sich in der Konfliktlinie Antifa versus Anti-Antifa der Effekt von Mobilisierungswellen auf den Gewaltverlauf und eine Wechselwirkung zwischen den Szenen. So habe z.B. der Anstieg fremdenfeindlicher Gewalt in den 1990ern zu einem verstärkten Antifa-Kampf gegen rechte Gruppen geführt, die auf der rechtsextremen Seite wieder zur Bildung einer Anti-Antifa führte (Backes, Mletzko und Stoye 2010: 23). Weil im Rahmen der hier vorgestellten Forschung keine Prozessanalysen vorgenommen wurden, konnte diese These hier weder bestätigt noch widerlegt werden.

Deutlich sind jedoch die im Diskurs häufigen Bezugnahmen auf konkrete Ereignisse und gewaltsame Konfrontationen: Erlebnisorientierung ist im Diskurs klar erkennbar. Ein gegenseitiges Aufschaukeln von Gewalt, im Sinne der Konfrontationsgewalt und der Konfliktlinie Antifa – Anti-Antifa, hat sich offenbar also schon aus dem Gefühl des Gewalterlebnisses, bzw. des Erlebnischarakters von Gewalt, entwickelt. So spricht ein ehemaliges AN-Mitglied vom „tollen Gefühl“ daraus, dass sich Antifas mit ihnen beschäftigt haben und dass die AN durch die Linken so wichtig genommen wurde (Staud und Radke 2012: 236). Hier soll vor allem das Erlebnis- und Gruppenbedürfnis Jugendlicher angesprochen werden.

Diese Eigenwahrnehmung korrespondiert mit den in der Einleitung angesprochenen Wirkungszusammenhängen zwischen Konfliktodynamiken und Gruppenidentitäten. Wie in anderen, vor allem gewaltsamen Konflikten auch, reproduziert und verstärkt sich auch bei geplanten und ungeplanten Aufeinandertreffen zwischen Mitgliedern der Antifa und der Anti-Antifa die jeweilige Identität der Gruppe gegenüber dem Anderen/dem Feind. Die dann in Gruppendiskursen zu „Kämpfen“ stilisierten Ereignisse können die Stärkung der Gruppenkohäsion bewirken. Hierbei können natürlich auch gemeinsam gehörte Musik oder Musikvideos unterstützend wirken. Trifft diese Beobachtung zu, dann käme der Verhinderung von Konfrontationen zwischen Antifa und Anti-Antifa auch jenseits der Unterbindung von Straftaten erhöhte Bedeutung zu, um das identitätsstiftende und gruppenbildende Gewalterleben zu verhindern.

Darüber hinaus wurden im Szenediskurs Trendänderungen und Strategieanpassungen deutlich, wie auch aufkommende Widersprüche, die in der Symbolsprache des Rechtsextremismus durch die Übernahme und Umdeutung linker Symbole entstanden sind. So gaben insbesondere die Widersprüche bezüglich den von den AN geleugneten Fakten (wie der Holocaust) und den von ihnen vertretenen Zielen (die „Ausrottung der Juden“), einem früheren AN-Mitglied Grund zur Selbstreflexion (Staud und Radke 2012: 137).

Schließlich bezieht sich eine letzte Beobachtung die noch wenig erforschte szenetypische Musik, die über das Internet problem- und kostenlos überallhin verbreitbar ist. Die Analyse des Szenediskurses weist gerade in diesem Medium, anders etwa als in der öffentlichen politischen Rede oder in schriftlichen Publikationen – die deutlichste und expliziteste Mobilisierung zur Gewalt auf. Gerade Rechtsrock-Videos erscheinen wie eine Gewaltanleitung gegen die Gegner, in diesem Fall die

Antifa. Musikvideos wird wegen ihrer emotionalen Effekte auch eine besonders motivierende oder vergemeinschaftende Rolle zugeschrieben werden. Dieser Effekt dürfte durch die „Praxis“ des gemeinschaftlichen Musikhörens erhöht werden. Auf Konzerten und beim gemeinsamen Hören im privaten Raum wirkt die Gruppendynamik als zusätzliche Motivation. Um die konkrete Art solcher Auswirkungen, auf emotionaler, kognitiver und der Handlungsebene zu erfassen, sind allerdings weitere und anders angelegte Studien nötig.

### 5.3 Der Szenediskurs der Muslimfeinde

Im Frühjahr 2012 demonstrierten mehrfach salafistische Gruppierungen in Nordrhein-Westfalen gegen öffentliche Auftritte der Pro NRW, einer oft dem rechtsextremen Spektrum zugeordneten deutschen Kleinpartei, die im Rahmen des Wahlkampfes 2012 neben eigenen islamfeindlichen Karikaturen die Karikaturen des dänischen Zeichners Kurt Westergaard vor Moscheen ausgestellt hatte (Flade 2012). Bei einigen dieser Demonstrationen kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen Polizisten verletzt wurden.

Der empirische Bezugspunkt der nachfolgenden Analyse der Szenediskurse entlang der Konfliktlinie muslimfeindlich versus radikal-islamistisch waren diese Eskalationen in Bonn und Solingen im Mai 2012, getragen auf der einen Seite von der radikal-salafistischen, zum Teil auch dschihadistisch motivierten Gruppierung „Millatu Ibrahim“ und auf der anderen Seite von der Bürgerbewegung „Pro NRW“. Die ausgewählten Medien waren auch hier die jeweiligen Webpages und Videokanäle der relevanten Akteure und Sympathisanten, die auf die Eskalation Bezug nahmen, sowie weiterreichende ideologische Zusammenhänge in Text oder Vortragsformat.

Im Vergleich zu der zuvor geschilderten Konfliktlinie handelt es sich bei der Konfliktlinie „Muslimfeinde vs. Militante Islamisten“ um eine vergleichsweise junge Politisierung. Sie hat weder lange Traditionslinien in der innenpolitischen Debatte der Bundesrepublik, noch ist sie in anderer Weise mit der politischen Geschichte Deutschlands verbunden. Sichtbar wurde diese Konfliktlinie erst nach der Jahrtausendwende.<sup>34</sup> Ereignisse, die sich als Konfrontationsgewalt kennzeichnen lassen, sind erstmals in lokalen Konflikten, typischerweise um geplante Moscheebauten, entstanden. Nicht nur eine Wahlverwandtschaft, sondern direkte personelle und ideologische Kontinuitäten ergaben sich dabei mit älteren xenophoben und rechtsextremistischen Milieus und ihren Diskursen.

Selektionskriterien für den Einbezug in das Untersuchungssample war die Relevanz im Hinblick auf die Gewalteskalationen 2012. Deswegen wurden zunächst Reden von Parteifunktionären der Pro NRW und Pro-Deutschland und Die Freiheit ausgewertet. Hinzu kamen Reden bekannter sogenannter Islamkritiker wie Hans-Peter Raddatz (2010), die auf Parteitagen gehalten wurden, sowie Texte von Peder Are Nøstvold Jensen alias Fjordman (2006) und Gisèle Littman alias Bat Ye'or (2005), auf die die anderen Akteure oft Bezug nehmen.

Seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 ist in Europa Islamkritik ein wachsendes Betätigungsfeld sowohl religionskritischer als auch xenophober Stimmen geworden, das sich bereits

---

<sup>34</sup> Es bedürfte einer tieferen Analyse, inwieweit Figuren und Topoi der Islamkritik ältere Stereotype aus dem Antisemitismus oder kolonialen Diskursen aufgreifen. Insbesondere die Vorstellung einer globalen Verschwörung (s.u.) aus einem Religionssystem heraus erinnert an Figuren des Antisemitismus, vgl. dazu die Beiträge in Schneiders (2010).

in sogenannten Moscheekonflikten abgezeichnet hatte und hier auch oft konkrete lokale Anbindungen für islamkritische bis hin zu islamfeindliche personelle Zusammenschlüsse fand (vgl. Aschauer 2010). Diese wurden mehr und mehr von Rechtspopulisten für ihre Warnungen vor einer „Islamisierung Europas“ instrumentalisiert, die derartige Kampagnen für sich als „propagandistisches Erfolgsrezept“ entdeckten (vgl. Benz 2012; Hafez 2010; Häusler 2009).

In Deutschland mobilisieren rechtspopulistische Parteien seit ca. zwanzig Jahren indem sie Ängste vor vermeintlich gefährlichen ethnisch-religiösen Minderheiten schüren. Sie selbst positionieren sie sich als Beschützer des eigenen „Volkes“, dessen politische Macht vor dem herrschenden Establishment und korrupten Eliten, geschützt werden müsse, da die Gefahr bestünde, dass die herrschenden politischen Eliten in einer Art Verschwörung das deutsche Volk dem Islam preisgäben. Parteien, wie Pro-Deutschland oder „Die Freiheit“ in Deutschland argumentieren dabei besonders antiislamisch und tragen so zum Teil xenophobe und rechtsextreme Argumentationsmuster in die Mitte der Gesellschaft (Heinze 2013: 186).

Die Pro-Bewegung setzt sich in Deutschland aus verschiedenen Parteien, Wählervereinigungen und Vereinen zusammen, die formal unabhängig voneinander, jedoch personell, organisatorisch und programmatisch eng miteinander verbunden sind. Sie sind durchweg dem Rechtspopulismus zuzuordnen. Der Begriff des Rechtspopulismus ist schwierig zu definieren, da bereits der Begriff Populismus umstritten ist.<sup>35</sup> Mit Cas Mudde lässt sich Populismus umschreiben als „eine Ideologie, die davon ausgeht, dass die Gesellschaft in zwei homogene, antagonistische Gruppen getrennt ist, das ‚reine Volk‘ und die ‚korrupte Elite‘, und die geltend macht, dass Politik ein Ausdruck der Volonté Générale oder des allgemeinen Volkswillens sein soll.“ (Cas Mudde 2004: 543) Darüber hinaus sei Populismus eine „thin-centred ideology“, deren schlanker programmatischer Kern leicht mit anderen Großideologien vereinbar sei (Heinze 2013).

Rechtspopulisten stellen der eigenen vermeintlich ethnisch wie national homogenen Gruppe als bedrohlich wahrgenommene Fremdgruppen, mit Vorliebe „Ausländer“ gegenüber, die in den Augen der Rechtspopulisten ein unterschätztes und von den etablierten Parteien verharmlostes Bedrohungspotenzial für die soziale und öffentliche Sicherheit der „anständigen“ Bürger darstellen. Ihre „Anti-Eliten-Argumentation“ richtet sich gegen die Europäische Union, wie sie zum Beispiel im hier untersuchten „Eurabia-Diskurs“ als eine von Frankreich dominierte Verschwörung mit der arabischen Welt dargestellt wird. Im Gegensatz zu rechtsextremen Akteuren aber positionieren sich Rechtspopulisten nicht grundsätzlich außerhalb des demokratischen politischen Spektrums (Geden 2007:7f.).<sup>36</sup> Sie pflegen darüber hinaus einen personalistischen Politikstil, der auf die Selbstinszenierung der Parteiführer und Medienresonanz sowie öffentliches Agenda Setting aus-

---

<sup>35</sup> Vgl. u.a. Taggart (2000), Decker (2004), Mudde (2004), Hartleb (2011), Bauer (2012), Priester (2012).

<sup>36</sup> Im Gegensatz dazu lassen sich inhaltliche, politische und ideologische Kriterien wie Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz gegen jegliche Minderheiten und gewaltsame Methoden der Konfliktlösung nur in den seltensten Fällen mit dem Rechtspopulismus in Verbindung bringen (Bayer 2002: 266).

gerichtet ist (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 11). Dafür werden griffige Parolen und teils demagogische simplifizierende Deutungsmuster verwendet, um das Bild einer polarisierten Gesellschaft zu evozieren. Vermeintliche Tabubrüche, im Sinne von „das muss doch gesagt werden dürfen“, und gezielte Provokationen, sollen einen angeblich dominanten Diskurs „politischer Korrektheit“ herausfordern und sorgen für mediale Aufmerksamkeit – eine Strategie, die sowohl Massenmedien als auch die radikalen Gegner gerne aufgreifen (Heinze 2013).

Inhaltlich setzen sich Rechtspopulisten zumeist intensiv mit dem Politikfeld der Inneren Sicherheit auseinander und vertreten eine harte Asylpolitik sowie eine ausgewiesene Islamfeindlichkeit. Die bevorstehende „Islamisierung des europäischen Abendlandes“ und die von Ausländern und Asylbewerbern ausgehende Kriminalitätsgefahr dienen als Drohkulissen für das vehement muslimfeindliche Auftreten.

Hervorgegangen ist die Pro-Bewegung aus der im Jahr 1996 gegründeten Bürgerbewegung Pro-Köln, die 2002 eine Unterschriftensammlung gegen den Bau einer Moschee in Köln und Kampagnen gegen Flüchtlingsheime organisiert hatte. Nach dem Wahlerfolg von „Pro Köln“ wurde 2005 die „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ gegründet. Laut Parteienprofil der Bundeszentrale für politische Bildung verbinden sich in der Programmatik von Pro-Deutschland islamfeindliche und rechtsextreme Elemente. Auf Bundesebene trat sie bei der Bundestagswahl 2013 erstmalig an. Man bemüht sich zwar grundgesetztreu und demokratisch aufzutreten, Beobachtern zufolge ist die Pro-Deutschland personell und organisatorisch jedoch zunehmend mit dem rechtsextremen Milieu verwoben. Zentrale Funktionäre der Partei seien zuvor bei den Republikanern, der NPD, der DVU oder der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ aktiv gewesen (Hohl 2013).

Im Jahr 2007 wurde zusätzlich die Partei Pro NRW, mit Sitz in Düsseldorf, gegründet, deren Parteivorstand zu einem großen Teil aus aktuellen oder ehemaligen Vorstandsmitgliedern von Pro Köln angehört. Auch hier findet sich „[d]as typische Selbstverständnis rechtspopulistischer Parteien, der Erretter des Volkes zu sein, welcher mit der ‚Stimme des Volkes‘ die von den etablierten Parteien vertuschten bzw. verharmlosten Themen aufgreift (insbesondere vermeintliche Gefahren, die von MigrantInnen ausgehen)“ (Heinze 2013: 197).

Der breitere muslimfeindliche Diskurs erschließt sich, wenn man sich auf den szenerelevanten Internetseiten, wie z. B. „Politically Incorrect“ oder „Gates of Vienna“, weiterverweisen lässt. Hierbei rücken einige Autoren, auf die als Träger und Impulsgeber der Argumentation immer wieder referiert wird und deren Texte bereitgestellt werden, in den Fokus. Einer davon, der international – aber auch im deutschen muslimfeindlichen Diskurs eine wichtige Rolle spielt, ist Peder Are Nøst-vold Jensen, der unter dem Pseudonym Fjordman publiziert und dessen auf dem muslimfeindlichen Blog „Politically Incorrect“ beworbene Zusammenfassung des Eurabia-Codes (Fjordman 2006) auch in dieser Studie ausgewertet wurde. Fjordman war nicht nur der meistzitierte Autor in Anders Breiviks mehr als 1500seitigem Manifest, er nutzt auch seine Popularität, um andere „Eu-

rabia“-Schriften bekannt zu machen. Den Begriff „Eurabia“ prägte die 1933 in Ägypten geborene Gisèle Littman (publizierend unter dem Pseudonym Bat Ye'or) und konstruiert damit eine Verschwörungstheorie, nach der europäische Eliten unter der Ägide Frankreichs einen Pakt mit der arabischen Welt geschlossen hätten, Europa aus strategischen Gründen zu islamisieren.<sup>37</sup>

### 5.3.1 Bezüge zur sozialzeitlichen Entwicklung

Im Diskurs der islamfeindlichen Szene finden sich einige der zentralen Thematiken der sozialzeitlichen Analyse. Das wesentliche Kennzeichen dieser Bezüge ist, dass soziale und politische Problemstellungen dabei durchweg auf ein vermeintliches „Vordringen“ des Islams in Deutschland zurückgeführt werden. Im Diskurs finden sich aber auch Erklärungen politischer Probleme durch das „Versagen der Altparteien“ (vgl. Pro NRW 2014a, b).

Typisch für den Diskurs der Muslimfeinde ist dabei die Engführung der Angst vor Überfremdung auf die Thematik einer vermeintlich drohenden Dominanz des Islams. Die mit ihm assoziierte Scharia-Rechtspraxis bedroht den Muslimfeinden zufolge auch die Rechtsordnung Deutschlands inklusive ihrer bürgerlichen Freiheiten und der gesamten Verfassungsordnung.

Grund dieser Gefahren sei eine Zuwanderung kulturell fremder Gruppen:

„ ...häuft sich seit den 1960er Jahren eine Zuwanderung von Millionen Menschen aus dem außereuropäischen Raum, die der einheimischen Kultur fremd- und teilweise feindlich gegenüber eingestellt sind. Die autochthone Bevölkerung wurde niemals um ihre Zustimmung gefragt, und die Mehrheit der Deutschen lehnt weitere Zuwanderung ab. Die Dystopie der ‚multikulturellen Gesellschaft‘ ist gescheitert, Deutschland ist kein Einwanderungsland, auch wenn die etablierte Politik das Gegenteil behauptet.“ (Pro NRW 2014a)

Ähnliche Aussagen finden sich auch in im Internet verfügbaren Aussagen von René Stadtkewitz, bis 2011 Mitglied der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und später Gründer der Partei „Die Freiheit“. Der Islam sei auf dem Vormarsch, und mit ihm ginge eine Gesellschaftsvorstellung einher, die „dem Prinzip einer freien Gesellschaft aus aufgeklärten, selbständigen Bürgern diamet-

---

<sup>37</sup> „Während einer Pressekonferenz am 27. November 1967 erklärte Charles de Gaulle offen, dass die französische Kooperation mit der arabischen Welt „zur fundamentalen Grundlage unserer Außenpolitik geworden ist“. Im Januar 1969, wurde in Kairo die Zweite Internationale Konferenz zur Unterstützung der arabischen Völker abgehalten und dabei in Resolution 15 festgehalten, „...da wo noch keine existieren spezielle parlamentarische Gruppen zu bilden, die das Parlament als Plattform für die Unterstützung des arabischen Volkes und des palästinensischen Widerstandes nutzen.“ Fünf Jahre später, im Juli 1974, wurde unter der Rubrik des euro-arabischen Dialogs in Paris die Parlamentarische Gruppe für euro-arabische Zusammenarbeit gegründet.“ (Jensen 2006).

ral entgegensteht“ (Stadtkewitz 2011). Es drohe „ein entwurzeltes Volk ohne Zukunft“ (Stadtkewitz 2013).

Der Diskurs von Pro-NRW nimmt mit einem national-liberalen Wirtschaftsprogramm („Förderung des Ruhrgebiets“, „Verhinderung von Monopolen“, „Förderung des Mittelstands“) auch auf das sozialzeitliche Thema des gefährdeten Wirtschaftsstandorts Deutschland Bezug und verknüpft diese auch mit sozialpolitischen Forderungen wie staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, eine Stärkung der Familie durch staatliche Maßnahmen und einer Verhinderung von Lohndumping (Pro NRW 2014b). Damit greift die Partei auch sozialzeitliche Themen auf, die zunächst nicht in Zusammenhang mit dem Themenkreis Migration/Integration standen und die teils auch im sonstigen politischen Raum von nicht-extremistischen Parteien vertreten werden.

Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Ausländer als sozialzeitliches Thema findet sich auf den im Internet verfügbaren Stellungnahmen der Muslimfeinde als prominentes Thema. Insbesondere „Migrantenkriminalität“ (Pro Köln 2015) wird dabei zu einem Hauptthema. Überdurchschnittlich häufige Gewaltverbrechen durch Menschen mit Migrationshintergrund oder durch Ausländer sind dieser Sichtweise zufolge Anlass, die gescheiterte bisherige Integrationspolitik durch rigidere Regeln zu ersetzen (vgl. Pro Köln 2015).

### **5.3.2 Feindbilder und Selbstbilder der Muslimfeinde**

Der muslimfeindliche Diskurs in Deutschland griff auf bereits in anderen europäischen Ländern erkennbare Figuren und Argumentationslinien zurück. Dabei bezieht sich das Selbstbild dieser Gruppen auf das Selbstverständnis eines Verteidigers einer intakten nationalen moralischen Gemeinschaft, die durch einwandernde Muslime mit einem damit nicht kompatiblen Normenkanon bedroht sei. Damit geht eine Ablehnung des Multikulturalismus einher. Wie bei muslimfeindlichen Bewegungen in anderen europäischen Ländern, die sich parteipolitisch formiert haben, so werden auch im Diskurs der deutschen Muslimfeinde neben den Muslimen selbst die „alten Parteien“ ebenso wie als manipuliert geltende Massenmedien Teil des Feindbildes, das der Bestätigung des Selbstbildes als bewahrende volksnahe Hüter einer deutschen Kultur, politischer Freiheit und moralischer Integrität dient.

Im Mittelpunkt des Diskurses steht eine verfehlte Migrations- und Integrationspolitik: Zu Fragen der Immigration positioniert sich etwa Pro-Deutschland deutlich: Die Politik müsse „endlich bereit sein, aus dem Scheitern der 'multikulturellen Gesellschaft' Konsequenzen zu ziehen“ (Pro Deutschland 2010). Einschübe, wie im Programm von „Die Freiheit“, wonach „Integrationsprobleme, die insbesondere die Zuwanderung aus islamisch geprägten Ländern gebracht“ hätten, machen die muslimfeindliche Ausrichtung deutlich. Aber auch bildungspolitische Problemen, eine



vermeintlich steigende Kriminalität und ein drohender Verlust des staatlichen Gewaltmonopols werden von den Muslimfeinden auf die Zuwanderung vor allem von Muslimen zurückgeführt (vgl. Pro NRW 2014a, b).

Durch die inhaltliche Fokussierung auf die vermeintliche „Islamisierung“ Deutschlands und „religiöse Fanatiker“ wird der Eindruck erweckt, alle Muslime seien Extremisten und eine Gefahr für die Sicherheit im eigenen Land. Gleichzeitig verweist „Die Freiheit“ auf Traditionen und Werte, die „aus der christlich-jüdischen Kultur“ erwachsen sind und „die jedem Individuum Orientierung und Halt geben und der Gemeinschaft den nötigen Zusammenhalt“. Dabei geraten alle islamischen Vereinigungen und Verbände unter den Generalverdacht der aggressiven und kulturzerstörischen „Islamisierung“:

„Ausgehend von dem Wissen, dass der Islam nicht nur eine Religion, sondern vor allem eine politische Ideologie ist, fordern wir eine Überprüfung aller in Deutschland aktiven islamischen Vereine und Verbände auf, ihre Verfassungs- und Rechtstreue, auf ihren Einfluss auf die Integrationsverweigerung und auf ihre Verbindungen zu islamischen Ländern.“ (ebd.)

Ziel dieser Verbände sei es, „den Missbrauch der Religionsfreiheit“ zu unterbinden und die Islamisierung Deutschlands zu verhindern. Im Programm von Pro-Deutschland finden sich zwar kaum Referenzen auf den Islam,<sup>38</sup> die öffentlichen Aktionen der Partei zeigen aber dieses eindeutige Feindbild. Im Herbst 2012 kündigte die Partei zum Beispiel an, den umstrittenen Schmähfilm über den Propheten Mohammed in voller Länge aufführen zu wollen.

Auch wird die generelle Islamfeindlichkeit um Personalisierungen erweitert: „Die Freiheit“ und Pro-Deutschland kritisieren vor allem die vermeintlich kriminellen und/ oder islamistischen Ausländer, die sie für alle sozialen Missstände in Deutschland sowie die Zerstörung der nationalen Kultur verantwortlich machen. Das eigene Volk wird dabei als Sündenbock portraitiert, das für diesen Fehler bezahlen müsse.

Das primäre Feindbild ist daher eine verdinglichte und zugleich in der Gestalt der Immigranten personalisierte Religion, die nicht mit europäischen Werten kompatibel sei. Sie sei im Gegenteil dazu „exklusiv“ und „nur herrschend“ vorstellbar (Uckermann 2013). Der Koran sei das „Befehlsbuch von Allah“ und in seiner totalen Durchdringung aller Lebensbereiche mit dem Nationalsozialismus vergleichbar (Stürzenberger 2012). Zwar finden sich in einigen der im Internet publizierten Programme der Pro-Bewegung Aussagen, dass der Islam als Religion bestimmter Kulturkreise zu

---

<sup>38</sup> „Vereinigungen von religiösen Fanatikern, die das deutsche Grundgesetz missachten, gehören verboten und aufgelöst. Islamistische Hassprediger müssen unverzüglich aus Deutschland ausgewiesen werden.“ (Pro Deutschland 2010)

respektieren sei (vgl. Pro NRW 2014a), diese Tolerierung bezieht sich jedoch nicht auf das deutsche Staatsgebiet, das dem Diskurs der Muslimfeinde zufolge der Raum des deutschen Volkes mit seinen eigenen „ethnokulturellen Eigenarten“ sei (ebd.). Diese kulturvölkische Auffassung richtet sich im Diskurs der Muslimgegner ebenso gegen eine „Überfremdung“ durch „amerikanische, westliche Werte“ wie durch die „orientalische Lebens- und Glaubensart“ (ebd.).

Die verdinglichende Vorstellung des Islams als „kritikwürdigen Ideologie“ (Stadtkewitz 2013), deren Zwangscharakter keine Ausnahme kenne und sich gegen Demokraten, Atheisten und Frauen richte (Fiedler 2012), erlaubt aus der Sicht der Muslimgegner jedoch kein Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Wegen des höheren Geltungsanspruchs islamischen Rechts gegenüber den in Deutschland geltenden staatlichen Rechtsordnungen sei auch ein geordnetes Zusammenleben mit Anhängern des Islam nicht möglich:

„Islam bedeutet jedoch nicht Annahme / Akzeptanz, ja nicht einmal Duldung / Toleranz, sondern Unterwerfung. Folglich nehmen Konvertiten den Islam nicht an, akzeptieren ihn also nicht, sondern sie unterwerfen sich dem Islam.“ (Kiwitt 2015)

Immer wieder wird betont: „Der Islam gehört nicht zu Europa!“ (Uckermann 2013), „der Islam gehört nicht zu Köln“ (Pro Köln 2015).

Wie in anderen radikalen politischen Diskursen transformiert sich die Kritik einer Ideologie jedoch zugleich in eine Personalisierung. Diese Personalisierung erlaubt die für Feindbilder typischen Attribuierungen. Die Attribuierungen reichen von „gewalttätig“, „fremdgesteuert“, „rückständig“, „antisemitisch“, „lügend“ (Stadtkewitz 2009) über „sehr fruchtbar“ bis hin zu „die freiheitliche Kultur gefährdend“ (Fjordman 2006). Im Vergleich zu Christen gelten Muslime allgemein als wenig kontrolliert und in erster Linie emotional:

„Und man hat keine Christen gesehen, die dann mordend oder schlagend oder geifernd in der Gegend rumrannten, nein, Kritik hält ein Christ aus, er kann damit umgehen. Aber ein Moslem rastet eben öfter aus.“ (Stürzenberger 2012)

Dementsprechend wird das Bild eines wütenden irrationalen Archetyps gezeichnet:

„So sind sie, unsere moderaten Moslems, wir erleben sie jeden Samstag in der Münchener Fußgängerzone wenn wir über den Islam aufklären, dann schreien sie

uns entgegen: Scheiß Christen, scheiß Deutsche, wir hängen euch alle auf wenn wir erst einmal an der Macht sind.“ (Stürzenberger 2012a)

Hinterhältigkeit, Doppelzüngigkeit und verdeckt verfolgte Ziele zeichnen ein Bild des Misstrauens für die hier lebenden Muslime, das von der Realität nicht verändert werden kann, da diese als bloßer Schein und Täuschung gilt.

„Nur nicht jeder Moslem sagt das so offen, die meisten reden, so lange sie in Minderheit sind, von Dialog, von Toleranz und warten ab bis sie in Mehrheitspositionen sind.“ (Stürzenberger 2012a)

„Diese Feinde der Demokratie wollen aus Deutschland einen islamischen Gottesstaat mit Sharia machen, und das ist im Prinzip das Ziel des Islam.“ (Stürzenberger 2012a)

Entsprechend gelten Moscheen nicht bloß als Orte religiöser Praxis. Muslimfeinde interpretieren sie als Orte der Indoktrinierung und der strategischen Planung für die Unterwanderung und Unterwerfung der Demokratie, in denen gleichsam totalitäre Subjekte formiert würden (Raddatz 2010).

Weitere Kernpunkte des Feindbildes der Muslimfeinde sind das „Multikulti-Narrativ“, die „Eurabia-Verschwörung“ und die „Medien“. Teil des Feindbildes werden also aus der Sicht der Muslimfeinde all jene politischen Akteure, die die vermeintlichen Gefahren der Islamisierung verkennen oder aber ihr nicht aktiv handelnd entgegentreten. In den Programmen der Pro-Parteien (Köln, NRW, Deutschland) finden sich erweiterte Feindbilder, die auch Politiker der „Altparteien“ umfassen (Pro Köln 2015). Insbesondere seit der Aufnahme der Flüchtlinge ab Sommer 2015 wird den Länderregierungen und der Bundesregierung „Landesverrat“ vorgeworfen, so von Michael Stürzenberger (2015), dem Bundesvorsitzenden von „Die Freiheit“.

Im Selbstbild sehen sich die Muslimfeinde „bedroht“ (Beisicht 2012a), „von staatstragenden Eliten verraten“ (Fjordman 2006), „am Reden gehindert/zensiert“ (Beisicht 2012b), obwohl sie „freiheitlich-demokratisch“ eingestellt seien (Beisicht 2012a) würden sie „diffamiert“ und in der Öffentlichkeit „boykottiert“ werden (Fjordman 2006). Der Grundtenor ist ein verheißungsvolles in die Zukunft verweisendes Selbstverständnis eines Tages Bedeutungshoheit in Deutschland zu erlangen und zu einer Massenbewegung zu werden:

„Es wird wahrscheinlich eine Zeit dauern, wir brauchen Geduld, aber wir werden eine Massenbewegung, genauso, wie in der DDR, zunächst nur 10 Leute in der Leipziger Nikolaikirche waren aber der Widerstand, der hat sich vergrößert, zum Schluss waren es hunderttausend auf den Straßen Leipzigs, und so wird es auch bei uns sein, der Weg wird konsequent weitergeführt.“ (Stürzenberger 2012)

Doch der Weg dahin wird als steiniger beschrieben, denn man kämpfe gegen vorherrschende Meinungen, während zugleich staatliche Instanzen versuchten, die Bewegung zu unterdrücken, indem sie „Opfer einer ‚Korrektheit‘“ würden, die die Medien beherrsche (Fjordman 2006). Verraten durch eigene „Eurabia“- Eliten, die unterwürfig den Muslimen sich anbieten, sieht man sich der einheimischen Bevölkerung verpflichtet in einer Verteidigungsposition gegenüber dem Islam:

„Das sind die Wurzeln unserer Lähmung, dass wir nichts tun, das kann man so analysieren: Die Altparteien sind Volksparteien ohne Volk und diese Parteien suchen sich ein neues Volk.“ (Uckermann 2013)

Bemerkenswert am muslimfeindlichen Diskurs ist zugleich eine Europäisierung der darin konstatierten Problemstellung. Nicht nur in Deutschland, sondern in einem nicht näher bestimmten Europa habe sich eine Vorherrschaft von Eliten ergeben, die die Gefahr nicht erkenne und sogar befördere. Die Chiffre „Eurabia“ kennzeichnet im Diskurs diesen Komplex:

„Eurabia ist eine neuartige und neue Einheit. Sie verfügt über politische, wirtschaftliche, religiöse, kulturelle und mediale Komponenten, die Europa von machtvollen Regierungslobbies übergestülpt wurden.“ (Fjordman 2006)

Von besonderer Bedeutung ist für die Partei und ihr ideologisches Umfeld der Internetblog Politically Incorrect (PI), auf dem auch auf mehrere der hier analysierten Quellen verwiesen wird. Im Jahr 2004 von Stefan Herre begründet, dient PI heute unter anderem Michael Stürzenberger als Propagandainstrument und wird, wie an der Vielzahl der Kommentare erkennbar wird, in der muslimfeindlichen Szene rege als meinungsbildend frequentiert (vgl. z. B. Stürzenberger 2015). PI richtet sich gegen die „schleichende Islamisierung“ Deutschlands und „den damit einhergehenden Verlust unserer durch das Grundgesetz gesicherten Grundrechte“ (O.V. 2013c)

Das Selbstbild der Muslimfeinde spiegelt zugleich ein internationalisiertes Framing wider. Umfangreiche Berichte über Besuche und Reden von Geert Wilders (Stadtkewitz 2011) und auf den

Websites der Pro-Bewegung erscheinende Links zur FPÖ und zur Vlaams Belang zeugen davon. Auch werden im Diskurs der Muslimfeinde zahlreiche Anleihen bei islamkritischen Autoren und Bewegungen aus dem europäischen Ausland gemacht. Die Texte dieser Autoren kreisen meist um die Idee einer gründlichen „nationalen Reinigung“ mittels politischer Revolution, wie sie für Krisen- und Kriegszeiten typisch sei (Jackson 2013: 249-252). Ihr Weltbild ist binär aufgebaut: einem liberalen jüdisch-christlich geprägten Europa, dem ein anarchischer und kämpferisch-invasiver Islam gegenübergestellt wird:

„[...] die Entwicklung Europas von einer jüdisch-christlichen Zivilisation mit wichtigen post-aufklärerischen säkularen Elementen hin zu einer post-jüdisch-christlichen Zivilisation, die sich der Ideologie des Dschihad und den islamischen Kräften unterwirft.“  
(Fjordman 2006: 5)

Diesem sei hier nur mit einer politischen Revolution entgegen zu wirken, die der Nation zur Wiedergeburt ver helfe. Bestehende politische Strukturen werden bei diesem Autor mit Verweis auf die „Eurabia-Eliten-Verschwörung“ von Gisèle Littman (Bat Ye’or), abgelehnt. Littman zufolge sind bereits große Teile der Gesellschaft durch ein korrumpiertes Bildungssystem blind für die wahren Verhältnisse:

„Vielleicht ist die größte Schande und Peinlichkeit in der Geschichte Eurabias, wie die europäischen Medien, die eigentlich kritisch und unabhängig sein sollten, zugelassen haben, sich von den Eurabiern korrumpieren und täuschen zu lassen. Die meisten der Dokumente zum Euro-Arabischen Dialog betonen ganz besonders die Zusammenarbeit mit den Medien und die Eurabier haben die europäischen Medien wie eine Stradivari gespielt“ (Fjordman 2006: 17).

Die oben angesprochene Eurabia-Verschwörungstheorie Littmans beruht auch auf der Idee, dass die Europäische Union eine korrumpierte Institution sei, die gegen die Interessen der europäischen Bürger handle und dazu beitrage, dass souveräne Nationalstaaten geschwächt würden. Dadurch falle es den global agierenden Muslimen leicht, den europäischen Kontinent zu übernehmen.

„Die europäischen Spitzenpolitiker haben einer Allianz mit der arabischen Welt zugestimmt, in der sie sich verpflichtet haben, die islamische Sichtweise auf die USA und Is-

rael zu übernehmen. Das betrifft nicht nur die Außenpolitik sondern durch Einwanderung, die Integration der Einwanderer und die Vorstellung, dass der Islam ein Teil Europas sei, auch die europäische Gesellschaft von innen.“ (Fjordman 2006: 2)

Der Islam selbst aber sei eine existentielle Gefahr, der durch pro-europäische Politiker und allen die für Außenpolitik zwischen der arabischen Welt und Europa eintreten, unterstützt werde. Letztendlich solle dies zur kulturellen Invasion Europas führen, wofür pro-muslimische Stimmen in Schlüsselpositionen eingesetzt werden, um Netzwerke zu bilden und Strukturen zu infiltrieren. Medien und Bildungssystem würden, diesem Denken zufolge, dazu benutzt, Europäer über das eigentliche Ziel der Muslime, eine bereits in Geheimdokumenten der Muslimbruderschaft dargelegte „Eroberung Europas“, hinwegzutäuschen (Jackson 2013: 254f.).

In der Eurabia-Verschwörungstheorie, deren Argumentation offenbar auch auf das Gedankengut der Pro-Bewegung und anderer muslimfeindlicher Akteure Einfluss hat, geht es also darum, den bereits begonnenen aber noch nicht offen ausgetragenen kulturellen Kampf der Muslime aufzudecken, da die europäischen politischen Führer gegen ihre eigenen Bürger agieren würden, um stattdessen Muslime zu unterstützen. De facto bedeute dies, einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung zu führen (Jackson 2013: 255). Der hereinrückende Islam aber sei eine totalitäre politische Kraft, die darauf aus sei, Europa zu besetzen und hier ein auf dem Sharia-Recht aufbauendes anti-liberales Regime einzuführen. Dabei wird der Islam als monolithisch wahrgenommen und alle Muslime gelten als Extremisten oder als deren Unterstützer, es ist kein Raum für Nuancen oder Ambiguitäten in diesem Denken. Der Islam und die Muslime stellen diesem Gedankengut folgend eine Gefahr für das christlich-jüdisch geprägten Europa dar, die bekämpft werden muss (Jackson 2013: 255ff.).<sup>39</sup>

Obwohl sich Fjordman als Säkularist sieht, stellt er den als europäische Religionen wahrgenommenen Christentum und Judentum den Islam gegenüber und positioniert sich selbst als Verteidiger der ersteren (Jackson 2013: 258-259). Er geht gar so weit zu fordern, die Einwanderung von Muslimen zu verbieten und darüber hinaus alle muslimischen Nicht-Bürger auszuweisen, selbst wenn sie über europäische Staatsbürgerschaften verfügen.

„The best way to deal with the Islamic world is to have as little to do with it as possible. We should ban Muslim immigration. This could be done in creative and indirect ways, such as banning immigration from nations with citizens known to be engaged

---

<sup>39</sup> Die Verteidigung des Judentums als bedeutender Bestandteil der europäischen Kultur unterscheidet ihn offensichtlich von der nationalsozialistischen Ideologie. Auch hätte erst der muslimische Genozid an den Armeniern als historisches Beispiel und Legitimation für den Holocaust möglich gemacht (Jackson 2013).

in terrorist activities. We should remove all Muslim non-citizens currently in the West. We should also change our laws to ensure that Muslim citizens who advocate sharia, preach Jihad, the inequality of 'infidels' and of women should have their citizenship revoked and be deported back to their country of origin." (Fjordman (Fjordman) nach Jackson 2013: 256).

### 5.3.3 Gewaltaufrufe und ihre Rechtfertigung

Da es sich bei den untersuchten Akteuren um parteilich organisierte Bürgerbewegungen handelt, sind ihre Handlungsaufrufe in erster Linie Aufrufe zur politischen Organisation und zur Aufklärung über die beschworene Islamisierung. Explizite Gewaltaufrufe finden sich im untersuchten Primärmaterial nicht, wobei das Offenlassen der bevorzugten Mittel einer Einschränkung, bzw. Ausweisung „des Islams“ und seiner Anhänger aus Deutschland durchaus auch gewalttätiges Vorgehen impliziert und teilweise gar suggerieren mag. Muslimfeinde rufen nach innen auf, Muslime auszuweisen (Beisicht 2011), gegen die herrschende „Multi-Kulti-Meinung“ zu mobilisieren und sich gegen die Eurabier zu wenden, also gegen die Elite, die sich mit Arabern gegen das eigene Volk verschworen habe.<sup>40</sup>

### 5.3.4 Zusammenfassung

Muslimfeinde, die sich selbst zumeist als Islamkritiker bezeichnen sehen primär eine Gefahr in einem in Europa Fuß fassenden und sich ausbreitenden Islam. Dieser wird nicht als Religion, sondern als totalitäre, anti-freiheitliche Ideologie aufgefasst. „Der Islam“ gehöre deswegen auch nicht zu Europa und nur eine Verschwörung europäischer Eliten (Eurabia) gegen die eigene Bevölkerung habe dieser „Unterwerfungs-Religion“ es überhaupt ermöglicht den jüdisch-christlichen Kulturzusammenhang auf eigenem Boden herauszufordern. Neben der Religion „Islam“ aber rücken in diesem Feindbild-Narrativ auch in Deutschland lebende Muslime als Feindbild ins Visier. Diese werden als gefährliche, indoktrinierte Fanatiker gezeichnet, die die autochthone Bevölkerung täuschen, um hier langfristig an die Herrschaft zu gelangen. Muslime gelten in diesem Narrativ als irrational, ungebildet, leicht manipulierbar und hochgefährlich. Zur Verbildlichung des vermeintlichen Eroberungsfeldzuges wird Muslimen auch unterstellt, sie würden die Moscheen nicht als Gotteshäuser, sondern als Räume politischer Hetze und Indoktrinierung nutzen.

---

<sup>40</sup> Ähnlich wie bei den anderen untersuchten Diskursen sei jedoch auf die häufig Gewaltaufrufe enthaltenden Kommentare zu Youtube-Videos verwiesen, in denen die Konfrontationsgewalt Gegenstand ist, für den Fall der Muslimfeinde etwa zur Hogesa-Demonstration am 26. Oktober 2014 in Köln.

Das Selbstbild, das diesen gegenübergestellt wird, ist das aufgeklärter, toleranter und vernünftiger Bürger, die von ihren politischen Eliten verraten, nun die autochthone, christlich-europäische Bevölkerung und eine freiheitliche politische Ordnung verteidigen. Man sieht sich als Person von aggressiven Muslimen und als Kultur von einer totalitären Ideologie bedroht und mahnt rasches Handeln an, da der Eroberungsfeldzug des Islams in Europa bereits in vollem Gange sei und die deutsche Kultur wie die deutsche Rechtsordnung bedrohe.

In dieser vermeintlichen Dringlichkeit liegt auch das Hauptargument für die mahnenden Handlungsaufforderungen, denn der Kulturkampf sei von den Muslimen längst eröffnet. Man müsse sich verteidigen, und bestenfalls alle Muslime ausweisen, da ihre Loyalitätsbekundungen zur offenen Gesellschaft nicht vertrauenswürdig seien. Impulsive und aggressive Muslime stünden, wenn nicht beizeiten daran gehindert, sonst bald den zögerlichen vernünftigen Europäern gegenüber, die – ohne Rückendeckung der politischen Eliten – diesen und ihrer Unterwerfung verlangenden Ideologie ausgeliefert wären (vgl. z. B. Stürzenberger 2015) - ein Alarmismus, der die Gefahr und die Handlungsnotwendigkeit sehr deutlich erscheinen lässt und auf der Gegenseite Reaktionen herausfordert. Dabei spielt Gewalt (zumindest als politische organisierte Konfrontationsgewalt in der Öffentlichkeit) bislang noch eine untergeordnete Rolle, wenn auch Muslimfeindlichkeit als Motivation von Einzeltätern und im Kontext von Gewalttaten gegenüber Einzelpersonen immer wieder eine Rolle spielt.<sup>41</sup> Im Unterschied zu der ersten in dieser Untersuchung behandelten Konfliktlinie findet sich im öffentlich zugänglichen Diskurs der Muslimfeinde jedoch kein direkter Gewaltaufruf.

## 5.4 Der Szenediskurs der militanten Salafisten

Unter den circa 4 Millionen Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland bildet die Richtung des Salafismus mit ca. 4.000 Anhängern im Jahr 2012 eine verschwindende Minderheit (Abou Taam 2014: 42). Die in den letzten Jahren jedoch mutmaßlich stark an Mitgliederzahlen gewachsene Glaubensrichtung ist jedoch wegen ihres gewaltbereiten radikalen Flügels seit Jahren unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden. In der sozialwissenschaftlichen Literatur werden durchgehend Unterschiede zwischen Teilen der Salafisten betont, denn wiederum nur eine Minderheit innerhalb des salafistischen Spektrums wird mit Gewalttaten in Zusammenhang gebracht.

---

<sup>41</sup> Man denke an die Ermordung der Ägypterin Marwa El-Sherbini die in einem Dresdener Gerichtssaal von dem Angeklagten ermordet wurde. Der Täter, der 28-jährige Russlanddeutsche Alex W. war wegen Beleidigung der Ägypterin vom Dresdner Amtsgericht im November 2008 zu einer Geldstrafe verurteilt worden – während des Gerichtsverfahrens erstach er dann die als Zeugin eingeladene schwangere Ägypterin mit 16 Messerstichen. Das Motiv sieht die Staatsanwaltschaft in einem „ausgeprägten Hass auf Nichteuropäer und Moslems“ (Süddeutsche Zeitung 2010).



Vertreter der islamischen Glaubensrichtung des Salafismus nehmen zwar in den meisten Glaubensfragen ähnliche Positionen ein, dennoch gibt es in der Bewegung unterschiedliche Strömungen. Im wissenschaftlichen Diskurs hat sich eine von Wiktorowicz entwickelte Typologie durchgesetzt, die zwischen einer puristischen/quietistischen, einer politischen und einer dschihadistischen Strömung unterscheidet (Wiktorowicz 2006). Diese beruht jedoch auf einer Analyse von Salafisten in islamisch geprägten Ländern, insbesondere in Saudi-Arabien, und lässt sich nicht direkt auf deutsche Verhältnisse übertragen. Deswegen wird hier die von Nina Wiedl eingeführte Typologie verwendet, die zwischen Mainstream-, radikalen und dschihadistischen Salafisten unterscheidet (Wiedl 2014: 54f.). Deutsche Prediger, die sich in theologischen Fragen eng an puristischen Gelehrten aus Saudi-Arabien orientieren, lehnen im Gegensatz zu jenen aber zum Beispiel Demonstrationen nicht prinzipiell als „un-islamisch“ und illegitim ab. Auch halten viele deutsche Prediger öffentliche Kritik an nichtislamischen Regierungen und teilweise auch öffentliche Protestkundgebungen in Deutschland für ein durchaus legitimes Mittel des Protestes gegen die „Unterdrückung von Muslimen“ [...] in einem sog. „Kufr-Staat“ (ungläubigen-Staat) (Vogel 2010). Diese deutschen Salafisten, die puristisches Denken im westlichen Kontext neu interpretieren und mit Elementen des politischen Salafismus kombinieren, bezeichnet Wiedl als Mainstream-Salafisten (Wiedl 2014: 19f.). Repräsentanten dieser Strömung treten für eine milde Behandlung „Ungläubiger“ ein, befürworten intensives Dawa-Engagement (ähnlich der christlichen Missionierung) mit Nichtmuslimen und zeichnen sich aus durch ein relativ pragmatisches Denken. Hier war auch lange Zeit der bekannte deutsche salafistische Prediger Pierre Vogel zu verorten.

Radikale Salafisten unterscheiden sich nach Wiedl (Wiedl 2014: 54) vom Mainstream unter anderem durch ihre theoretische Legitimation des sogenannten „defensiven Dschihad“ gegen vermeintliche vom Glauben abtrünnige Herrscher in muslimischen Ländern. Den von al Qaida und anderen transnational organisierten Dschihadisten ausgerufenen Kampf gegen den „fernen Feind“<sup>42</sup> lehnen sie aber ab und konzentrieren sich innerhalb Deutschlands auf religiöse Bildungsarbeit mit Muslimen und das Predigen ihrer politisch-radikalen Interpretation des „authentischen“ Islams. In ihren Veröffentlichungen findet sich häufig das Feindbild „Ungläubige“, und sie vertreten eine dogmatische und gegenüber Andersdenkenden und -gläubigen sich offensiv abgrenzende Haltung als Mainstream-Salafisten. Dschihadistisch orientierte deutsche Salafisten schließlich beziehen sich explizit auf Gelehrte wie al-Maqdisi und Abu Qatada al-Filistini, Wortführer des globalen Dschihadismus und wichtige Vordenker von al Qaida.<sup>43</sup> Zwar gab es kleine salafistische Gruppierungen

---

<sup>42</sup> Zum Begriff des „fernen Feindes“, weiterführend Steinberg (2005).

<sup>43</sup> Abu Qatada al-Filistini (geb. 1960 in Bethlehem) ist ein islamischer Gelehrter, der als Unterstützer von al-Qaida gilt. Nach einem kurzen Aufenthalt in Pakistan, wo er islamisches Recht unterrichtete, ließ er sich in Kuwait nieder, wurde aber nach dem Golfkrieg 1991 ebenso wie ein Großteil der dort lebenden Palästinenser ausgewiesen und kehrte nach Jordanien zurück, wo er gemeinsam mit Abu Musab al Zarqawi, dem späteren Statthalter von al Qaida im Irak, sich der Verbreitung der Schriften von al Maqdisi – einem der Hauptideologen des globalen Dschihadismus. 1993 emigrierte er nach Großbritannien, wurde jedoch wegen seiner Nähe zu dschihadistischen Organisationen weltweit und der Verbreitung dschihadistischer Propaganda 2013 wieder nach Jordanien abgeschoben (Wiedl 2014: 55; Wagemakers 2012: 42).

mit einer dschihadistischen Agenda bereits seit Ende der 1990er in Deutschland, doch erst ab ca. 2005 begannen sie vor allem über das Internet missionarisch aktiv zu werden (Steinberg 2013: 130f.). Sie erklärten Deutschland zum Kriegsgebiet (Dar al-Harb, wörtlich „Haus des Krieges“, also ein Gebiet, in dem nicht nach islamischem Recht regiert wird) und damit zum legitimen Agitationsgebiet und widmeten sich in erster Linie der Verbreitung ihrer Ideologie mittels Predigten und religiöser Bildungsarbeit. Leitthemen ihrer Propaganda sind „Kampf“ und „Dschihad“, und sie mobilisieren Muslime zur Unterstützung inhaftierter Aktivisten und des bewaffneten Kampfes in Konflikten der muslimischen Welt.

Ab 2007 entwickelte sich zunächst in Österreich und später auch in Deutschland innerhalb des dschihad-salafistischen Milieus der sog. „Takfir-Salafismus“ (Hummel 2009:16), innerhalb dessen auch die für die hier untersuchte Konfrontationsgewalt verantwortliche Gruppierung „Millatu Ibrahim“ zu verorten ist.<sup>44</sup> Die Vereinigung Millatu Ibrahim wurde von dem Österreicher Mohamed Mahmoud alias Abu Usama al-Gharib nach seiner Entlassung aus dem österreichischen Gefängnis gegründet, als er sich in Berlin mit dem Ex-Rapper Denis M. Cuspert alias Abu Talha al-Almani aus Berlin zusammenschloss. Mit diesem trat er gemeinsam in sogenannten Islam-Seminaren und in Internet-Videos auf und initiierte ein Internetprojekt mit dem Namen „Millatu Ibrahim“.<sup>45</sup>

Die Zusammenstöße zwischen Millatu Ibrahim und den Anhängern von Pro NRW wurden vielfach in Videos und Stellungnahmen thematisiert, so zum Beispiel in dem Video „In Reih und Glied standen sie für Rasulallah“, das nach einer Demonstration in Solingen publiziert wurde. Darin wurden die Muslime in Deutschland als die eigentlichen Opfer stilisiert, während den in die Konfrontation verwickelten Salafisten eine Avantgarde-Rolle als Stellvertreter und Verteidiger unterdrückter Muslime zugeschrieben wird. Die Demonstranten hätten ihre Pflicht wahrgenommen, die Ehre des Propheten Mohammed zu verteidigen (Ourghi 2014: 95). Neben der Hervorhebung der Opferrolle der Muslime werden die Salafisten als diejenigen Muslime porträtiert, die sich der Ungerechtigkeiten erwehren und ihre Pflicht, den Propheten zu verteidigen, ernsthaft und tatkräftig

---

<sup>44</sup> Natürlich sind die dargelegten Strömungen des deutschen Salafismus nur als Idealtypen zu verstehen. Sowohl Prediger als auch Anhänger der Bewegung entwickeln manchmal „Patchwork-Ideologien“ oder verknüpfen manchmal auch Lehren verschiedener salafistischer Gelehrter mit ihren eigenen Vorstellungen vom „wahren Islam“.

<sup>45</sup> Nach seiner Berliner Zeit zog der Österreicher nach Solingen und übernahm die frühere Ar-Rahmah-Moschee und nannte sie, ebenso wie den Verein (ca. 50 Mitglieder), nach dem Internetprojekt Millatu-Ibrahim, das seinerseits nach einer bekannten Schrift al Maqdisis benannt war, um (vgl. Abou Taam 2014: 444). Mittlerweile hatte sich das Duo schnell als führend in der deutschen mit dem Dschihadismus sympathisierenden Szene etabliert und verbreitete einschlägiges Material über YouTube-Kanäle und den deutschsprachigen Ableger von Salafi-media. Nach den Eskalationen im Mai 2012 gelang es beiden trotz Überwachung der Sicherheitsbehörden nach Ägypten auszureisen und die Vereinigung Millatu Ibrahim wurde „wegen Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung“ verboten. Als Beispiel hierfür diente, dass Millatu Ibrahim die gewaltsamen Ausschreitungen Anfang Mai 2012 in Solingen und Bonn in „Kampfvideos“ legitimiert und zu weiteren Gewalttaten aufgerufen habe. Darüber hinaus hätten Protagonisten der Salafisten-Gruppe in den gewalttätig eskalierten Demonstrationen, bei denen Polizisten verletzt wurden, die Wortführerschaft übernommen sowie in Videos agitiert (Diehl 2012).

wahrnehmen. Ähnlich interpretiert auch Hasan K. alias Abu Ibrahim die Ereignisse am 01. Mai 2012 in Solingen aus Sicht der salafistischen Demonstranten in dem Video „Die Wahrheit von Solingen“. Man habe gewollt, dass „die Muslime ausrasten“ (Abu Ibraheem 2011).

#### 5.4.1 Bezüge zwischen sozialzeitlichen Entwicklungen

Der Szenediskurs der militanten Salafisten ist zunächst von einer stärkeren Internationalität geprägt, als dies für die anderen hier untersuchten Diskurse der Fall ist. Konfliktkonstellationen, Gewaltereignisse und Politiken, auf die sich der radikale salafistische Diskurs bezieht, sind häufig solche, die entweder nicht nur in Deutschland anzutreffen oder aber allein im Ausland, fast immer im Nahen und Mittleren Osten angesiedelt sind. Entsprechend bezieht sich dieser Diskurs weniger auf die in Kapitel 3 herausgestellten sozialzeitlichen Themen des deutschen medialen politischen Diskurses. In dem Maße jedoch, in dem der radikale Salafismus in Deutschland auch eine Jugendprotestkultur geworden ist (vgl. Abou Taam 2014), sind darin, wie im Folgenden gezeigt wird, auch Bezugnahmen auf die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland sowie auf die in Kapitel 3 herausgearbeiteten Thematiken zu finden.

Die legitimierenden Diskurse der radikalen Salafisten sind zunächst vor allem theologisch geprägt, behandeln aber nicht vorrangig politische Ereignisse und Verhältnisse in Deutschland, sondern beziehen sich auf eine vermeintlich globale Konfliktkonstellation, in der sich der von den USA angeführte „Westen“ der Gemeinschaft aller Muslime, der Umma, gegenüber steht. Der radikale Salafismus sieht sich dabei als rettende und reinigende Reformbewegung im Islam. Politische Konflikte werden in diesem Diskurs in religiösen und theologischen Figuren diskutiert. So wird auch das gewaltsame Vorgehen der Dschihadisten bei Beleidigungen des Propheten von dem – in einem US-amerikanischen Drohnenangriff getöteten – Anwar al-Awlaki theologisch untermauert (al-Awlaki 2011). Er bewertet die sogenannten Mohammed-Karikaturen, die 2005 in einer dänischen Zeitung erschienen waren, als einen psychologischen Angriff auf den Islam.<sup>46</sup> Dabei beruft sich al-Awlaki auf Fälle von Prophetenbeleidigung aus der Zeit der frühislamischen Geschichte und leitet aus ihnen ab, dass diejenigen, die Muhammad schmähen, mit dem Tode zu bestrafen seien (Ourghi 2014: 65). Ursprünglich oblag die Ausrufung des Dschihads muslimischen Herrschern, denn der bewaffnete Kampf diente zur Verteidigung oder aber zur offensiven Eroberung bzw. gegen vertragsbrüchige Partner der Muslime. Die Annahme der radikal-salafistischen Auffassung des Dschihad ist hingegen, dass es keine rechtmäßigen muslimischen Herrscher mehr gebe und dass

---

<sup>46</sup> Die politische und psychologische Kriegsführung des Westens thematisiert auch die von Millatu Ibrahim publizierte Schrift von einem Autor namens Abu Umar al-Almani „Die modernen Strategien der Kuffar und Murtaddin zur Bekämpfung des Islam von innen“ (Abu Umar al-Almani 2012).

es deshalb den „wahren Gläubigen“ zustünde, den Dschihad individuell auszurufen und zu führen (Sirseldoudi 2008a: 6ff.; Said und Fouad 2014: 201ff.; Melagrou-Hitchens und Bruns 2013: 67f.).

Gleichwohl gibt es Bezüge zur Situation in Deutschland, die im weitesten Sinne auch als Referenzen zu den in Kapitel 3 herausgearbeiteten sozialzeitlichen Themencluster aufgefasst werden können. Das gilt etwa für die deutsche Verfassungs- und Rechtsordnung, die gelegentlich, nicht zentral, im Diskurs der radikalen Salafisten auftauchen, im folgenden Zitat etwa im Sinne eingeklagter Standards:

„[...] Und in diesem Land sollen sie sich mal fragen ja, und sie reden ja von Religionsfreiheit, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und diesen ganzen Sachen, und dass die Würde des Menschen unantastbar wäre.“ (Abu Ibrahim 2012)

Ein Thema der sozialzeitlichen Analyse spielt im Diskurs der radikalen Salafisten eine herausragende Rolle, nämlich die Beziehungen der deutschen Bevölkerung gegenüber dem durch Immigration relevant gewordenen Islam. Insbesondere ehrverletzendes Verhalten gegenüber Muslimen wird darin thematisiert. Neben den als extreme Beleidigungen aufgefassten Mohammed-Karikaturen werden auch andere Vorfälle als Verletzungen der kollektiven Ehre der Muslime in Deutschland aufgefasst:

„[...] Wo sie hier diese Razzia gemacht haben, an demselben Tag wo die Demo dort war, sie kommen hier mit Schuhen rein in unsere Moschee, wie Tiere. Und ich sage noch zu einem, können Sie bitte die Schuhe ausziehen? ‚Nee ist mir zu anstrengend.‘ Guck mal Achi, keinen Respekt vor den Muslimen. Kein Respekt noch nicht mal vor einer Gebetsstätte. Die Korane liegen auf dem Boden, als wär's gar nix [...].“ (Abu Dujana 2012)

Die Dichotomisierung zwischen nicht-muslimischer Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Minderheit erlaubt es auch, diskursiv eine Verbindung zwischen den Vorgängen auf dem Territorium Deutschlands und den internationalisierten Kriegen in Irak und Syrien zu konstruieren. Dabei wird auch die deutsche Beteiligung an internationalen Interventionen thematisiert:

„Dann schickt ihr uns eure Friedenssoldaten, die uns Brunnen bauen. Brunnen von wegen, ihr massakriert uns, ihr vergewaltigt uns, ihr pisst auf unsere Leichen, wo habt ihr uns Frieden gebracht?“ (Ben Abda 2012)

## 5.4.2 Feindbilder und Selbstbilder der militanten Salafisten

Im Diskurs der militanten Salafisten ist das Feindbild Teil einer dichotomischen Weltsicht: der – teils fehlgeleiteten – und von der salafistischen Bewegung zu erneuernden muslimischen Glaubensgemeinschaft (Umma) stehen die Ungläubigen gegenüber, unter denen westliche Regierungen als militärische Akteure in muslimischen Ländern und die rechtspopulistischen Muslimfeinde wegen ihrer den Propheten beleidigenden Akte als Hauptfeind identifiziert werden. Die Schuld an der Eskalation wird aber über die konkret auf der Straße provozierenden Muslimfeinde hinaus dem vermeintlich muslimfeindlichen deutschen Staat und seinen Organen zugeschrieben:

„Es geht hier um den Islam, es geht um den Propheten Mohammed, der beleidigt wurde, offen, wieder mal missbilligt und gelähmt durch die deutsche Politik und den deutschen Rechtsstaat und die deutsche Polizei, und die deutschen Sicherheitskräfte und -dienste, Staatsschutz und Verfassungsschutz. Sie alle sind mit an dieser Sache schuldig, dass diese Sache so eskaliert ist, und wir Muslime und Allah ist Zeuge, sprechen euch schuldig, dafür, dass ihr unseren Propheten beleidigt habt und hier ist die Grenze, ab hier ist die Grenze.“ (Abu Talha al-Almani 2012b)

Wegen ihres offen zum Mord aufrufenden Charakters haben im Diskurs der militanten Salafisten besonders die Äußerungen des Yassin Chouka alias Abu Ibraheem al-Almani für Aufsehen gesorgt. Aus Waziristan meldete er sich Anfang 2012 mit dem Video „Tod der Pro NRW“ in dem er zu Anschlägen in Deutschland aufrief. Darüber hinaus aber gab er auch strategische Ratschläge, wie die deutschen Salafisten weiter vorgehen sollten. So riet er ihnen, nicht weiter die Auseinandersetzung mit der Pro NRW auf deren Veranstaltungen zu suchen, da diese das Risiko einer unkontrollierten Eskalation bergen würden. Stattdessen solle man systematischer vorgehen, Informationen über die Mitglieder der Pro NRW sammeln, diesen einzeln auflauern und sie töten. Monate später, im März 2013, wurden dann tatsächlich vier junge Männer wegen des Verdachts festgenommen, einen Mordanschlag auf den Vorsitzenden der Pro NRW, Markus Beisicht, verüben zu wollen (Flade 2013).

Der Aufruf Yassin Choukas sticht aber auch deshalb aus dem untersuchten Material heraus, weil er zugleich eine antisemitische Verschwörungstheorie enthält, die behauptet, deutsche Leitmedien seien „von den Juden gelenkt“. Auch die Mitarbeiter dieser Leitmedien sollten getötet werden (Abu Ibraheem 2012). Auch in dieser Hinsicht fügt sich das Feindbild der militanten Salafisten in ein Framing, das internationale islamistische Diskurse charakterisiert.

Teil des Feindbilds der militanten Salafisten sind zudem Politiker, die Muslimfeinden die Möglichkeit zur Artikulation geben:

„Und ich kann nur sagen, zu der deutschen Politik oder zu den deutschen Politikern, besser, ihr passt in der Zukunft auf was ihr machen werdet gegen die, diese Islamhetze, weil wird diese Islamhetze weiter so gehen, dann braucht ihr euch nicht wundern, wenn es hier knallt. [...] und es wird Geschwister geben, die sich mehr bewegen als wir, die mehr Mut haben, die den Propheten mehr lieben und dann braucht ihr euch nicht wundern.“ (Abu Talha al-Almani 2012a)

Deutschlands Bemühen um Gleichberechtigung und Religionsfreiheit wird als Heuchelei abgetan, neben den hier auch konkret benannten Muslimfeinden rückt auch der Staat, der diesen vermeintlich den Rücken deckt, in den Fokus militanter Islamisten. Dabei wird auch eine direkte Verbindung zwischen den militärischen Handlungen internationaler militärischer Missionen und der polizeilichen Verfolgung in Deutschland hergestellt:

„Ich frage mich heute diese ganzen Diskriminierung und diese ganzen PI News online Seiten und Plattformen und rechtsradikalen Plattformen, wie können diese Plattformen da sein? [...] auf diesen Plattformen wird aufgerufen zum Mord und zur Bombardierung von Mekka und Medina. So, ich frage mich, wie kann es sein, dass diese Leute diese Seiten haben dürfen und wenn wir mal über eine kleine Sache schreiben oder über eine Sache berichten die im Ausland passiert, wenn die NATO mal wieder Kinder bombardiert hat und Frauen bombardiert hat, dass die Seite gelöscht wird, dass Hausdurchsuchungen gemacht werden, dass die Leute festgenommen werden, dass die Leute bestraft werden?“ (Abu Talha al-Almani 2012a)

Diesem extrem pauschalisierenden Feindbild steht ein Selbstbild gegenüber, das einerseits stark religiös-theologische Züge trägt, sich aber auch auf die globale Gemeinschaft der Islamgläubigen bezieht. Die militanten Salafisten sehen sich selbst in einer missionarischen Avantgardeposition, die einen religiös motivierten Widerstand rechtfertigt:

„Und ich bin Allah dafür dankbar, dass er mir das Licht erwiesen hat, und die Rechtleitung gegeben hat und mir den Mut gegeben hat, diese Rechtleitung zu folgen, egal welcher Widerstand auf mich zukommt.“ (Abu Talha al-Almani 2012a)

Diese allgemeine Charakterisierung wird ergänzt um eine auf Deutschland bezogene Spezifizierung, denn auch hier sei nun der Kampf gegen Beleidigungen des Propheten aufgenommen:

„Aber es ist ein Anfang der gemacht wurde in Deutschland, und in Deutschland konnte man die Flaggen sehen [...], dass eine kleine Gruppe dieser großen Umma auch in Deutschland gezeigt hat, dass sie sich nichts gefallen lässt und vor allen Dingen, dass sie nichts an Allah und seinen Gesandten rankommen lässt, ohne Widerstand zu leisten oder ohne jegliche Reaktion diese Sache durchgehen lassen hat. [...] Weil unseren geliebten Propheten Mohammed darf niemand beleidigen, weder in der Vorzeit ist jemand damit weggekommen, noch in der Gegenwart und noch in der Zukunft wird jemand mit dieser Sache wegkommen.“ (Abu Talha al-Almani 2012a)

Das Selbstbild radikaler Salafisten hingegen heroisiert sich als Avantgarde, als „die einzig wahren Muslime“, die als „Märtyrer“ „für ihre Liebe zu Gott eintreten“, „friedlich“ „leidende“ „Opfer“ sind, die „mitfühlend“ und „bedroht“ sind (Azzam, Erscheinungsdatum unbekannt). Besonders relevant ist hierbei die Figur des Märtyrers, der in der Bezeugung seines Glaubens sein Leben hinzugeben bereit ist:

„Wer immer getötet wird wenn er seinen Besitz verteidigt ist ein Märtyrer. Wer immer getötet wird wenn er sein Blut verteidigt ist ein Märtyrer. Wer immer stirbt der seine Familie verteidigt ist ein Märtyrer.“ (Azzam, Erscheinungsdatum unbekannt)

Zum Märtyrertum gehört zweifellos das Handeln aus der Verteidigungsposition heraus, der Aggressor ist immer der Feind. Damit fügt sich auch der Diskurs des militanten Salafismus den Mustern, die aus anderen extremistischen Diskursen schon bekannt sind, die Legitimierung des eigenen Aktionismus als Defensive (Abu Talha al-Almani 2012a):

„Liebe Geschwister, wir verhalten uns friedlich, wir verhalten uns mit dem Benehmen und solange wir nicht angegriffen werden, greifen wir keinen an. Hört zu liebe Geschwister: Solange wir nicht angegriffen werden, greifen wir niemanden an.“ (IslamischeAudios2 2012)

Man selbst sieht sich als Leidender (Abu Talha al-Almani 2012c). Dementsprechend liege die Schuld für die gewaltsame Eskalation auch nicht bei einem selbst, denn die Religion fordere den Schutz vor Grenzüberschreitungen des Feindes. Diese Begründung der eigenen Radikalität aus der religiösen Verpflichtung bedeutet zugleich eine Sakralisierung des eigenen Handelns. Gleichzeitig wird unter Bezug auf Koranverse eine Entgrenzung vorgenommen, indem bereits Unglauben als Unterdrückung interpretiert wird, die überall und weltweit bekämpft werden müsse.

Neben der Komponente „des sich wehrenden Opfers“ kommt immer wieder eine von Gott ausgehende Siegesgewissheit zum Tragen. Als „künftige Sieger“ sieht man sich aus dem Kampf hervorgehen und „mahnend“ stilisiert man sich heute bereits als einzige „Weltretter“, die explizit „undemokratisch“ nur Gott vertrauen (Azzam, Erscheinungsdatum unbekannt).

Zugleich wird die Gegenüberstellung von Feind- und Selbstbild in den Rahmen einer großen, langfristigen Auseinandersetzung gestellt. Das gilt besonders für die Konfrontation zwischen Millatu Ibrahim Anhängern und Aktivisten der Pro NRW. Sie wird als Einstieg in ein größeres und langwieriges konfrontatives Szenario mit großem Eskalationspotential gesehen:

„Diese Sache, die vor eineinhalb Tagen in Solingen passiert ist, war nur ein Anfang und das war eine kleine Reaktion auf ein großes Verbrechen, das die Rechtsextremen, die rechtsextreme Partei Pro-NRW gemacht hat. Und hinter dieser Partei, wie auch aufgedeckt wurde, steckt viel mehr, und die Rechtsradikalen sind viel mehr in diesen Parteien drin, möge Allah sie vernichten, möge Allah sie vernichten.“ (Abu Talha al-Almani 2012a)

Über den Verweis auf diese Konstellation sollen auch die Muslime mobilisiert werden, die sich Millatu Ibrahim und der militanten Reaktion nicht anschließen, denn auch sie würden angegriffen:

„[...] ich weiß, dass Deutschland ungefähr zwischen 3,5 und 5 Millionen Muslime hat, und dort war nur die Rede von 30 oder 38 Festnahmen. Wo waren die anderen Millionen Muslime? Wo waren die Millionen Muslime? Denn das, was ihr gemacht habt, ist, ihr habt eure Geschwister im Stich gelassen, [...] ihr habt alles andere gemacht als den Propheten Mohammed verteidigt oder euch Sorgen gemacht.“ (Abu Talha al-Almani 2012a)

Über den Mobilisierungserfolg dieses Diskurses sind an dieser Stelle keine Aussagen möglich.



Interessant ist jedoch, dass sich im Diskurs der militanten Salafisten wie im Diskurs ihrer Gegner, der Muslimfeinde, ein regionales, wenn nicht globales Framing findet, das auf das Potential einer Internationalisierung der Konfliktkonstellation verweist<sup>47</sup>, sofern diese nicht ohnehin schon geschehen ist, wie an den Verbindungen zwischen radikalen Salafisten gerade in Zusammenhang mit dem seit 2011 andauernden Krieg in Syrien zu erkennen ist.

### 5.4.3 Gewaltaufrufe und ihre Rechtfertigung

Für den gewaltbezogenen Diskurs der militanten Salafisten lassen sich vor allem zwei Muster der Begründung ausgeübter Gewalt finden: Die Argumentation, dass die ausgeübte Gewalt reaktiv sei und sich auf Provokationen und Angriffe auf die kollektive Ehre oder erlittene physische Gewalt durch die Gegenseite wurde oben bereits vorgestellt. Dieser Figur bedienen sich auch die oben genannten Tötungsaufrufe. Die Angriffe und Entehrungen besonders des Propheten legitimierten eine Gegenwehr:

„[...] wer unseren Propheten beleidigt, und solche Karikaturen macht, das ist die rote Linie bei uns. Ganz klare Sache und da werden wir nicht schweigen, da werden wir niemals schweigen, und da ist auch uns egal, wer da gegen uns oder für uns ist, für uns ist die Ehre des Propheten das wichtigste. Und wie gesagt, sie können uns beleidigen, sie können unsere Eltern beleidigen. Aber wenn sie kommen und unseren Propheten beleidigen, dann ist Schluss mit Lustig, ganz klar.“ (Abu Ibrahim 2012)

Eine zweite Argumentation bezieht sich, weniger explizit, auf eine allgemeinere religiöse Ebene, in der eine göttliche Gerechtigkeit greife: Die Drohungen nach außen verheißen zunächst per Koranzitat den „Islamfeinden“ die „gerechte Strafe Gottes“ (Abu Ibraheem 2012): "[...] Für diejenigen aber, die Allahs Gesandtem Leid zufügen, wird es schmerzhaft Strafe geben" (Koran: 9:61)

Mit beiden Figuren knüpft der Diskurs an ältere dschihadistische Narrative der Gewaltrechtfertigung an, wie das von Abdallah Azzam, obwohl diese für Kriegsszenarien und nicht für innergesellschaftliche Konflikte entworfen worden waren und weitreichende Implikationen bergen.

---

<sup>47</sup> Weiterführend zur Rolle internationaler Konflikte und dschihadistischer Radikalisierung in Europa vgl. Sirseloudi (2006, 2014a).

„Die erste Verpflichtung nach dem Iman ist die Vertreibung des feindlichen Aggressors der die Religion und weltlichen Angelegenheiten der Muslime angreift.“ (Azzam, Erscheinungsdatum unbekannt)

Auch das Bild des Löwen, dessen Symbolik Mudschaheddin, also Kämpfer, die im Namen Gottes Krieg führen, gerne für sich beanspruchen, wird mit den Auseinandersetzungen in Deutschland in Zusammenhang gebracht. Dies geschieht zum Beispiel in Texten des Mitbegründers von Millatu Ibrahim, der nach seinem Treueschwur an die dschihadistisch motivierte Gruppierung Islamischer Staat (Musharbash 2014) wahrscheinlich 2016 in Syrien gestorbene Dennis Cuspert (alias Abu Talha al-Almani): „An meine Löwen zuerst, an meine Löwen aus Solingen“ (Abu Talha al-Almani 2012).

Radikale Islamisten rufen zudem ihre Mitstreiter auf sich körperlich und spirituell aufs Kämpfen vorzubereiten. „Bleib fit, mache viel Sport mein Bruder, bereite dein Körper vor“ (Abu Talha al-Almani 2012a).

„Für den Propheten sind wir immer da, immer da,  
Wir kämpfen und verteidigen die Ehre von Rasullulah<sup>48</sup>.  
In Deutschland lassen wir den Boden beben, das nur für Allah.  
Es hagelt Steine auf die Feinde, denn sie fürchten nicht Allah“ (Abu Talha al-Almani 2012a)

#### 5.4.4 Zusammenfassung

Innerhalb der komplexen globalen Strömung des Salafismus (vgl. Wiktorowicz 2006)<sup>49</sup> hat sich auch in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren eine militante salafistische Szene herausgebildet. Das Feindbild dieser radikalen Salafisten ist eingebettet in ein religiös begründetes Kriegsnarrativ, das auf innergesellschaftliche Konflikte übertragen wird. Während es in den klassischen Dschihad-Narrativen primär um defensive Gewaltrechtfertigungen für den Fall der militärischen Okkupation von muslimischem Territorium ging, wird nun bereits die vermeintliche Beleidigung des Glaubens in nicht-muslimischen Ländern als Anlass genommen, um Gewalt gegen die

<sup>48</sup> „Der Gesandte Gottes“, gemeint ist der Prophet Mohammed.

<sup>49</sup> Puristen konzentrieren sich auf Themen persönlicher Pietät, auf die Reinigung des Glaubens und der Rituale, auf eine Strategie der sog. „Dawa“ („Ruf“ oder „Einladung zum Islam“ – ähnlich der Mission im Christentum) und der religiösen Bildung. Politische Salafisten dagegen fordern die Anwendung des salafistischen Glaubens in der politischen Arena und Dschihadisten schließlich vertreten eine militantere Position und argumentieren, der heutige Kontext erfordere Gewaltanwendung und Revolution (Wiktorowicz 2006: 208).

Provokateure selbst und den Staat, der diese Meinungsfreiheit zulässt, zu rechtfertigen. Die Feinde werden durchweg als Aggressoren und Provokateure dargestellt, gegen die defensive (im Sinne der Verteidigung des Glaubens) Gewalt erlaubt sei.

Dem deutschen Staat wird dabei vorgeworfen, religiöse Minderheiten nicht angemessen zu schützen und gerade gegenüber Muslimen heuchlerisch zu agieren, was ihn auch zum Feind mache. In den untersuchten Texten ging es auch darum, die breitere muslimische Gemeinschaft zur Solidarität mit den Radikalen zu bewegen, während sie gleichzeitig als Verräter am Glauben dargestellt werden, die die Beleidigung des Propheten einfach geschehen ließen (vgl. auch Abu Taam 2014: 444). Somit changieren die Feindbilder je nach Argumentation, wobei je nach Grad der Aggression – Prophetenbeleidigung (Muslimfeinde), Zulassen derselben (der deutsche Staat), Unterlassung des Widerstands (nicht-radikale Muslime) – unterschiedliche Formen der Gegenaktion, sprich Gewalt, gerechtfertigt und zum Teil gefordert werden.

Durch die Sakralisierung des Feindbildes (ähnlich auch des Selbstbildes durch die Figur des Märtyrers) erfährt der Kampf gegen die vermeintlichen Aggressoren eine Überhöhung, die die Avantgarde-Funktion der Radikalen hervorhebt. Als Speerspitze der Glaubensverteidiger sprechen sich die Radikalen eine elitäre Vorreiterfunktion zu, die sich in einem Umfeld behaupten müsse, in dem Unverständnis und keine wahre Hingabe an den Glauben vorherrsche. Die Opferrolle, die damit einhergeht, ist dem Selbstbild – das sich an der frühen verfolgten Glaubensgemeinschaft um den Propheten Mohammed orientiert – inhärent. Die erfahrene Gewalt ermöglicht es den Opferstatus zu stilisieren und gleichzeitig sich als wehrhafte, kampfbereite Glaubenszeugen (Märtyrer) im großen Dschihad-Narrativ der kämpfenden Mudschaheddin zu verorten, ohne dabei Deutschland verlassen zu müssen.

## 6. Zusammenführung

Im Mittelpunkt der hier vorgelegten Studie standen die Diskurse vier extremistischer politischer Milieus. Sie wurden entlang zweier gesellschaftlicher Konfliktlinien untersucht. Die eine Konfliktlinie etablierte sich nach der deutschen Wiedervereinigung, als sich mit dem Erstarren und vermehrt öffentlich und provokativ auftretenden radikalen rechtsmotivierten Bewegungen auf Seiten der sogenannten radikalen Linken ein neues konfrontatives Protestmuster diesen gegenüber entwickelte.<sup>50</sup>

Daneben ist in den letzten Jahren die zweite innergesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Radikalen entstanden. Auf der einen Seite positionieren sich muslimfeindliche Akteure, die gerade nach den Anschlägen des 11. September 2001 an Aufschwung gewonnen haben, während auf der anderen Seite radikal-islamistisch motivierte Akteure sich durch ihr Auftreten gegenüber den „Muslimfeinden“ breitere Aufmerksamkeit verschaffen.

Beide Konfliktlinien tragen durch die regelmäßig stattfindenden Gewaltausbrüche zur Verfestigung der sich als feindliche Gegensätze stilisierenden radikalen Bewegungen und somit zur stärkeren gesellschaftlichen Polarisierung bei. Durch den jeweiligen Einbezug des Staates in die konfrontativen Auseinandersetzungen involvieren, provozieren und delegitimieren sie diesen dadurch langfristig. Diese sich verfestigenden Konfliktlinien stellen daher auch längerfristig ein ernst zu nehmendes Gewaltpotential inmitten der Gesellschaft und gegenüber dem Staat dar. Diese konfrontativ ausgetragene Gewalt kann auf der gesamtgesellschaftlichen Makroebene durch den sich selbstverstärkenden Prozess – etablierte Feindbilder befördern die Gewaltaustragung, die ihrerseits wiederum zur Konstitution von Feindbildern beiträgt – langfristig zu Polarisierung und Desintegration beitragen.

Die in dieser Studie unternommenen Untersuchungsschritte zur sozialisationsprägenden Sozialzeitanalyse und den in Szenediskursen vorfindlichen zentralen Feindbildkonstruktionen kann naturgemäß keine wirklich belastbaren kausalen Aussagen zur Relevanz gesellschaftlicher und szenenbezogener Diskurse im Radikalisierungs- und Gewaltrechtfertigungsprozess heutiger Täter treffen. Die hier vorgelegte Studie kann aber erste Antworten auf folgende Fragen geben: Welche Elemente, Themen, Argumentationen tauchen in den Szenediskursen in welcher Verwendung auf? Wie verbinden sie sich zu expliziten Feind- und Selbstbildern und wie und wo verbinden sie sich zu mobilisierenden, ggf. gewaltlegitimierenden Diskurselementen? Zu diesen Fragestellungen lassen sich abschließend einige Ergebnisse, Anregungen für die Politik und mögliche Empfehlungen für die weitere Forschung formulieren.

---

<sup>50</sup> Da in dieser Zusammenführung aggregierte Ergebnisse vorgestellt und diskutiert werden, kann naturgemäß nicht mehr auf einzelne Quellen verwiesen werden.

In der Analyse der sozialzeitlichen Entwicklungen zum Zeitpunkt der politischen Sozialisation heutiger Täter (Kapitel 3) stellten wir fest, dass verschiedene, teils miteinander verbundene Entwicklungen in der deutschen Gesellschaft und im Diskurs wirken und die Sozialisation heutiger Täter im Bereich Konfrontationsgewalt beeinflusst haben. Darunter spielen Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Perspektivlosigkeit, Zuwanderung, Integration und Überfremdungsängste, insbesondere in Bezug auf Islam und Muslime, anhaltende identitäre, wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen, sowie wahrgenommene Bedrohungen der deutschen Rechtsordnung und demokratischer Errungenschaften eine herausragende Rolle. Zu verschiedenen Themen dieser sozialzeitlichen Entwicklungen und des gesellschaftlichen Diskurses lassen sich Bezüge zu Gewalt und Radikalisierung herstellen, wobei die Mediendiskurse selbst keine direkten Kausalitäten aufzeigen.

Aufschlussreich sind jedoch die Ängste und Verunsicherungen, die sich bereits in der massenmedialen Behandlung mit den genannten Themen verbinden. In den untersuchten Printmedien ist auch insgesamt eine Emotionalisierung einiger Themen, wie z. B. des Islams / der Muslime in Deutschland oder der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Nur einige wenige der hier untersuchten Artikel weisen reflexiv auf den Aspekt der Emotionalisierung hin. Doch gerade bei Themen, die Verunsicherung schüren können, wäre eine möglichst sachliche und alle Blickwinkel umfassende Diskussion wichtig und notwendig. Darum sind also auch die Medienberichterstattung und die zu einer Emotionalisierung beitragenden Faktoren der Art der Inhaltstransportation und des Medienwettbewerbs zu beachten.

Den aus der Analyse der sozialzeitlichen Entwicklung generierten Beobachtungen stehen naturgemäß keine einfachen Entsprechungen in den hier analysierten Szenediskursen der extremistischen Milieus. Die in den Massenmedien behandelten Themen werden nicht ungefiltert und ungebrochen übernommen, sondern sie durchlaufen einen milieuspezifischen Filter, und sie werden in unterschiedlichen Gewichtungen, in teils anderem Vokabular und mit eigenen Wertungen aufgegriffen.

Gleichwohl gibt es allgemeine Zusammenhänge: Für die szeneeinternen Diskurse lässt sich feststellen, dass der breitere gesellschaftliche Diskurs in erster Linie in seiner Funktion als Matrix für gesellschaftliche Werte aufgegriffen, umgedeutet und zur Rechtfertigung der eigenen Argumentation verwendet wird. In allen vier untersuchten Szenediskursen wird immer wieder darauf verwiesen, dass man für weiterreichende gesellschaftliche Werte, insbesondere „Freiheiten“ einsteht und diese vor dem zumeist als irrational und gefährlich gezeichneten Feind verteidigt.

Für die vier untersuchten Milieus und ihre Diskurse lassen sich zunächst eine Reihe allgemeiner, übergreifender Beobachtungen machen:

1. Vernetzte Milieus und Subkulturen: In allen vier Fällen handelt es sich um lokale Milieus, die aber über Szenemedien miteinander verknüpft sind. Sie alle stellen „Subkulturen“ dar - häufig mit lokalen verknüpft. Zudem gibt es „Subkulturen“ mit lokalen Treffpunkten, eigenen Musikgenres und kulturellen Codes und Veranstaltungen. Wegen ihrer längeren Geschichte sind diese Merkmale bei den beiden Milieus der ersten Konfliktlinie (linksautonom vs. Rechtsextremistisch) stärker ausgeprägt als bei der zweiten (muslimfeindlich vs. militant-salafistisch).
2. Etablierte Muster der Erzählung: Wie in anderen lang anhaltenden sozialen Konflikten auch, haben sich entlang der beiden untersuchten Konfliktlinien verfestigte Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster ausgebildet. Die Gegenseite wird in etablierten Stereotypen wahrgenommen, eine Abwägung von Interpretationen oder eine Reflektion darüber, wie die Handlungen der Gegenseite zu interpretieren sind, findet nicht mehr beobachtbar statt. Diese Stereotypisierung findet sich sogar teilweise im medialen Diskurs wieder („Nazis“ vs. „Linksradikele“) und wird dadurch weiter verfestigt.
3. Das Selbstbild der Überlegenheit: Ebenfalls nicht untypisch für länger anhaltende soziale Konflikte hat sich in jedem der untersuchten Milieus ein Selbstbild der eigenen Überlegenheit entwickelt. Das eigene Verhalten ist „smart“, die eigene Gemeinschaft die moralisch und kulturell wertvollere, aber zugleich bedroht. Das eigene Milieu agiert dabei als Verteidiger einer größeren Einheit (der Demokratie, der freien Gesellschaft, der Nation, Deutschlands, der Umma, des christlich-jüdischen Abendlandes).
4. Abwertende Feindbilder: In allen betrachteten Diskursen lassen sich außerdem starke Abwertungen der „Feinde“ beobachten, die in der Regel pauschalisierend bezeichnet und bewertet werden. Die Gegner gelten als moralisch unterlegen, feige und/oder fehlgeleitet, zeigen eine moralisch verwerfliche Lebensführung und sind von sich aus gewalttätig. Diese Kennzeichnungen gehen in den Diskursen teilweise über in Dehumanisierungen („Zacken“, „Schweine“, „Bullen“). Die identifizierten Feinde sind in einigen der untersuchten Diskurse rechtlose Fremde, sie sind nicht Teil der gleichen moralischen Gemeinschaft. Die Feindbilder konnotieren in jedem Fall Wesensunterschiede, die eine Transformation des Konflikts unmöglich erscheinen lassen. Die Annihilierung der Feinde ist alternativlos und Teil der Gewaltlegitimation.

5. Selbstverteidigung als Gewaltlegitimierung: In den Diskursen findet sich durchweg die Legitimierung der Ausübung physischer Gewalt durch die Figur der Selbstverteidigung. Weil staatliche Organe durchweg als „Helfer“ der Gegenseite aufgefasst werden, erscheint die eigene Gewalt als „Schutz“ als einzige Option. Diese Gewalt ist dabei immer Teil eines größeren Narrativs, einer Erzählung, mit der die Bedrohung geschildert und die eigene Gewalt legitimiert wird.
6. Identitätsstiftende Konfrontationsgewalt: In allen vier betrachteten Diskursen kommen Erfahrungen und Ereignisse der Konfrontationsgewalt zentral und häufig vor. Sie sind ganz offensichtlich für das Selbstbild konstitutiv. Die geschilderte Dramatik und der eigene Aktivismus im „Kampf“ dienen der Stilisierung der eigenen Gruppe. Die Gewalt der Gegenseite ist dabei immer Beleg für die ihr zugeschriebenen Eigenschaften.
7. „Der Staat“ als Helfer: Staatliche Organe, besonders die Polizei werden dabei immer als „Helfer“ oder Schutzmacht der jeweiligen Gegenseite aufgefasst und deshalb Teil des Feindbildes mit seinen diffusen Rändern („das System“).
8. Vereinfachte Argumentation: In allen Diskursen finden sich Argumentationsmuster, wie sie für verfestigte Konflikte typisch sind: die Aneinanderreihung von Einzelfällen, Behauptungen ohne Beleg und Prüfung, allgemeine Unterstellung negativer Absichten, Stereotypisierung von Gruppen und dichotomisierende Welterklärungen.

Neben diesen übergreifenden Beobachtungen gibt es zugleich eine Reihe von Ergebnissen, die milieuspezifische Diskurselemente zeigen:

9. Alter der Konfliktlinien: Der Diskurs entlang der Konfliktlinie Links-Rechts kann auf lange historische „Traditionen“, also auf ältere Diskurse und Ideologeme zurückgreifen, weil sich hier Anknüpfungspunkte zwischen rechtskonservativen politischen Haltungen auf der einen Seite und linken politischen Positionen auf der anderen Seite anbieten, die im deutschen Sprachraum seit dem 19. Jahrhundert existieren. Es ist besonders die Auseinandersetzung um den Nationalsozialismus, die diesem Diskurs ein besonderes Mobilisierungspotential bietet.
10. Tendenz zur Isomorphie: In den Formen der „politisch motivierten Gewalt“, in der Symbolik und in den Organisationsmustern lassen sich bei den beiden verfeindeten Milieus der ers-

ten Konfliktlinie („links-autonom“ vs. rechtsextremistisch) Annäherungen beobachten. Besonders die rechte Szene kopiert Symboliken der Links-Autonomien. Beide Milieus teilen, dass Gewaltaufrufe in stark emotionalisierenden Musikvideos am explizitesten sind.

11. Differenz der Gewaltdiskurse: Während die links-autonome Antifa-Szene in ihren Schriften eher theoretisch argumentiert, finden sich Gewaltaufrufe dieses Milieus eher in ihrem Musikgenre des „Zeckenhiphop“. Im rechtsextremen Diskurs sind Gewaltaufrufe durchweg indirekter formuliert, sieht man von Texten und Kommentaren szenetypischer Musikvideos ab. Eine ähnliche Differenz findet sich in der zweiten untersuchten Konfliktlinie: Während sich im muslimfeindlichen Diskurs keine expliziten Gewaltaufforderungen finden, sind vom militanten Salafismus von Einzelpersonen direkte Aufforderungen zum Mord belegt.
12. Unterschiede der „Internationalität“: Sowohl zwischen den gegnerischen Milieus einer Konfliktlinie wie auch zwischen beiden Konfliktlinien lassen sich starke Unterschiede in internationalen Bezügen erkennen. Die rechtsextremistische „Anti-Antifa“ ist naturgemäß durch ihren extremen nationalistischen Standpunkt am wenigsten international verbunden. Ihr Gegner, die linksautonome „Antifa“ kann dagegen die gesamte Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und der linken Internationalismen als Bezugspunkte nutzen. Im Milieu der „Muslimfeinde“ findet sich eine Internationalisierung insofern, als dort gesamteuropäisch rezipierte „Bezugsintellektuelle“ für den Diskurs wichtig scheinen und „befreundete“ rechtspopulistische Parteien aus anderen europäischen Staaten angeführt werden. Der militante Salafismus schließlich betrachtet sich ohnehin als eine transnationale Bewegung.
13. Unterschiede in der Nähe zu politischen Durchschnittshaltungen: Wie die sozialzeitliche Analyse zeigte, ist der Diskurs der Muslimfeinde, der aus „europäischem“ Diskurs heraus argumentiert, offenbar am dichtesten an den politischen Thematisierungen der bürgerlichen politischen Mitte in Deutschland. Dies gilt trotz seiner an Figuren des Antisemitismus erinnernde Vorstellungen globaler Verschwörungen von Muslimen und politischen Eliten und der verdinglichenden Vorstellung einer extrem varianten Religion als einer totalitären Ideologie („der Islam“). Die in ihm zum Ausdruck kommenden Ängste decken sich mit den Thematisierungen in der sozialzeitlichen Analyse: Angst vor Überfremdung, das Bedürfnis nach Sicherheit, die Bewahrung von vermeintlich bedrohten Freiheiten. Die demgegenüber vom politischen Diskurs in Deutschland am weitesten entfernte Position wird von den militanten Salafisten eingenommen. Sie stellen den Konflikt in Deutschland als Teil einer internationalen, wenn nicht globalen Konstellation dar, in der internatio-



nal agierende und rezipierte „Bezugsintellektuelle“ eine Rolle spielen, die in Deutschland sonst unbekannt sind. Ihre Argumentation ist in den deutschen Leitmedien nicht präsent. Viele ihrer Symboliken erscheinen fremd: ein Feindbild, das in ein religiös begründetes Kriegsnarrativ eingebettet ist; die Überhöhung durch Sakralisierung des Feindes und der eigenen Rolle als Märtyrer.

Auch wenn die vorliegende Untersuchung nicht den Zweck hatte, in konkrete Handlungsanweisungen zu münden, so sind abschließend doch auch einige Überlegungen für einen präventiven Zugang zum Phänomen möglich:

- Zunächst wirken die vorgestellten Feindbilder unterschiedlich stabil. Es ist zunächst davon auszugehen, dass Ereignisse der Konfrontationsgewalt einen legitimierenden und verstetigenden Einfluss auf diese Feindbilder haben werden, weil solche Ereignisse bereits jetzt im Rahmen des etablierten Feindbild/Selbstbild-Musters interpretiert werden. Jedes weitere Ereignis der Konfrontationsgewalt würde diese Wahrnehmung verstärken. In der Verhinderung von Ereignissen der Konfrontationsgewalt läge folglich eine erste Maßnahme zum Abbau der hier als gewaltlegitimierend analysierten Feindbilder. Dies gilt besonders für die Verhinderung von Großereignissen, in denen Begegnungen stattfinden, die sich für Stilisierungen als direkter „Kampf“ eignen.
- Des Weiteren wurde aus den Diskursen ersichtlich, dass Thematiken des Sozialabbaus, langfristiger Arbeitslosigkeit und daraus resultierender Perspektivlosigkeit für die die Diskurse wenigstens eines Teils der Milieus eine legitimierende Rolle spielen. Sozialpolitische Maßnahmen und die soziale Integration verbessernde Politik allgemein, die auch in den Milieus sichtbar werden, können deshalb auch als präventive Maßnahme wirksam sein.
- Auch wenn kein direkter Zusammenhang zwischen Inhalten und Form der Medienberichterstattung und politischer Radikalisierung hergestellt werden kann, so wäre eine noch gezieltere und noch sachorientiertere Berichterstattung in den Leitmedien anzustreben, die die gegenseitigen Stereotypisierungen aufzubrechen helfen könnte. Dies ist allerdings keine von staatlichen Stellen zu erbringende Leistung, sondern eine Aufforderung vor allem an Leitmedien. Eine stärker Hintergründe und Differenzen erklärende statt skandalisierende Berichterstattung wäre langfristig durch ihre Diffusion in die Öffentlichkeit geeignet, bereits etablierte Feindbilder wenn schon nicht aufzulösen, so doch in ihrer Anziehungskraft abzuschwächen.

Schließlich lassen sich aus den Erkenntnissen dieser Studie Anchlüsse für die Forschung formulieren. Zunächst unterliegen alle hier vorgestellten Ergebnisse den Grenzen, die sich aus dem zur Verfügung stehenden Material ergeben. Für keine der hier behandelten Szenen konnte direkte Kommunikation analysiert werden, wie sie sich in konkreten, direkten Begegnungen „face-to-face“ ereignet. Die Verfasser aller hier behandelten Materialien sind sich darüber im Klaren, dass sie öffentlich zugänglichen Diskurs produzieren, mit potentiell strafrechtlichen Konsequenzen. Bei der Militanz einiger der hier zitierten Materialien ist zu vermuten, dass sich im nicht-öffentlichen Bereich ein deutlich massiverer gewaltbezogener Diskurs ergibt. Eine ergänzende Forschung auf der Grundlage von nicht öffentlich zugänglichem Material wäre – bei allen Schwierigkeiten des Feldzugangs – deshalb eine wichtige Erweiterung der hier vorgestellten Ergebnisse.

Zweitens, so wurde bereits in der Diskussion des Forschungsstands (Kap. 3) argumentiert, fehlt es bis heute an Untersuchungen und Konzeptionalisierungen, die in der Lage wären, Forschungen auf Mikro-, Meso- und Makroebene sinnvoll zu verknüpfen. Wie sich gesellschaftliche Entwicklungen in die Formierung radikaler Milieus übersetzt und welche Mechanismen in solchen Milieus für den Übergang zum gewaltsamen Handeln sorgen, ist eine von der Forschung bis heute nicht beantwortete Problematik. Ihre Bearbeitung wäre aber eine wichtige Voraussetzung für eine umfassendere Präventionspolitik als sie beim gegenwärtigen Kenntnisstand möglich ist.

## Literatur

Abou Taam, M. (2014): Salafismus in Deutschland – eine Herausforderung für die Demokratie, in: *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik* 9(9): 442-449.

Albrecht, G. (2002): Soziologische Erklärungsansätze individueller Gewalt und ihre empirische Bewährung, in: Wilhelm, H./Hagan, J. (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 763-818.

Allport, G.W. (1971): *Die Natur des Vorurteils*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Archetti, C. (2013): *Understanding Terrorism in the Age of Global Media*. Basingstoke und New York: Palgrave Macmillan.

Backes, U. (2013): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland und die muslimische Welt, in: Gallus, A./Schubert, T./Thieme, T. (Hrsg.): *Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse*. Baden Baden: Nomos: 393-408.

Backes, U. (2010): Zur Interaktionsdynamik links- und rechtsextremistischer Gewalt, in: *Linksextremistische Gewalt - Gefährdungen, Ursachen und Prävention. 9. Symposium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz am 4. November 2010*: 49-67.

Backes, U. (2007): Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland - vergleichende Betrachtungen, in: *Politische Studien Sonderheft*: 17-40.

Backes, U. (1989): *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten: Elemente einer normativen Rahmentheorie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Backes, U./Mletzko, M./Stoye, J. (2010): *NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt: Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich*. Köln: Wolters Kluwer Deutschland GmbH: Luchterhand und BKA.

Backes, U./Jesse, E. (1996): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Baron, U. (2013): Konfrontationsgewalt zwischen Links- und Rechtsautonomen, in: *Die Kriminalpolizei*. Online im Internet: <http://www.kriminalpolizei.de/ausgaben/2013/juni/detailansicht-juni/artikel/konfrontationsgewalt-zwischen-links-und-rechtsautonomen.html> [letzter Zugriff 5. März 2016].

Bauer, W.-T. (2012): *Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.

Bayat, A. (2005): Islamism and Social Movement Theory, in: *Third World Quarterly* 26(6): 891-908.

Bayer, J. (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31(3): 265-280.

Behnke, J./Baur, N./Behnke, N. (2006): *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.

Benkhelouf, D./Bongen R. (2012): Wie Rechtsextreme die Medien nutzen. NDR.de Nachrichten [letzter Zugriff am 26. Juni 2015].

Bergen, P./Cruikshank, P. (2005): Clerical Error: The Dangers of Tolerance, in: *The New Republic*, 8. August.

Berwick, A. [Breivik, A.] (2011): *2083 - A European Declaration of Independence*. Online im Internet: <https://publicintelligence.net/anders-behring-breiviks-complete-manifesto-2083-a-european-declaration-of-independence/> [letzter Zugriff am 6. März 2016].

Billig, M.(1995): *Banal Nationalism*. London: Sage.

Bjorgo, T. (2002): Gewalt gegen ethnische und religiöse Minderheiten, in: Heitmeyer, W./Hagan, J. (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 981-999.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2014): *Verfassungsschutzbericht 2013*. Bundesministerium für Inneren: Berlin.

Bundesamt für Verfassungsschutz BfV) (2013): *Verfassungsschutzbericht 2012*. Bundesministerium des Inneren: Berlin.

Böllinger, L. (2006): Die Entwicklung zu terroristischem Handeln als psychosozialer Prozess. Terrorismus und Extremismus - Der Zukunft auf der Spur, in: Kemmesies, Uwe E. (Hrsg.): *Beiträge zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus*. Neuwied: Luchterhand: 59-70.

Böllinger, L. (1983): Lebenslaufanalysen von Terroristen - Möglichkeiten und Grenzen qualitativer Sozialforschung, in: Kerner, H.-J. K./Kury, H./Sessar, K. (Hrsg.): *Deutsche Forschungen zur Kriminalitätsentstehung und Kriminalitätskontrolle. German Research on Crime and Crime Control. Band 6/1*. Heymanns: Köln: 681-706.

Bortz, J./Döring, N. (2005): *Forschungsmethoden und Evaluation*. 3. Ausgabe. Heidelberg: Springer Medizin Verlag.

Bötticher, A./Mareš, M. (2012): *Extremismus: Theorien - Konzepte - Formen*. München: Oldenbourg.

Boulding, K. E. (1996): National Images and International Systems, in: Weaver, Gary R. (Hrsg.): *Culture, Communication and Conflict: Readings in Intercultural Relations*. Needham Heights: Simon & Schuster Custom Publishing: 459-470.

Brachman, J. M. (2009): *Global Jihadism: Theory and Practice*. Abingdon und New York: Routledge.

Brubaker, R./ Cooper, F. (2000): Beyond "Identity", in: *Theory and Society* 29 (1): 1-47.

Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ (2010): *Blockaden*. <http://www.dresden-nazifrei.com/blockaden>. [letzter Zugriff am 6.März 2016].

Busch, C. (2014): „Nationale Spaßgesellschaft“. Politainment im Rechtsextremismus aus öffentlichkeitstheoretischer Perspektive, In: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (I) (Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung)*. Brühl: Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung: 62-81.

Combs, C. C. (2013): *Terrorism in the Twenty-First Century*. Boston: Pearson.

Connolly, W. E. (1991): *Identity/Difference. Democratic Negotiations of Political Paradox*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Dalgaard-Nielsen, A. (2010): Violent Radicalization in Europe: What We Know and What We Do Not Know, in: *Studies in Conflict & Terrorism* 33 (9): 797-814.

Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (2012): *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Bonn: Dietz.

Della Porta, D. (2002): Gewalt und die Neue Linke, in: Heitmeyer, W./Hagan, J. (Hrsg.) *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 479-500.

Della Porta, D. (1995): *Social Movements, Political Violence and the State. A Comparative Analysis of Italy and Germany*. Cambridge: Cambridge University Press.

Della Porta, D./Diani, M. (2006): *Social Movements: An Introduction*. London: Blackwell .

Deutsch, M. (1976): *Konfliktregelung – Konstruktive und destruktive Prozesse*. München: Reinhardt.

Diehl, J. (2012): Verbot von Salafisten-Verein: Schlag gegen gewaltbereite Deutschland-Hasser. Spiegel-online 14.06.2012, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/salafisten-mit-razzien-und-vereinsverbot-gegen-radikalislamisten-a-838813.html> [letzter Zugriff am 6.März 2016].

Donges, P./Imhof, K. (2001): Öffentlichkeit im Wandel, in: Jarren, O./Bonfadelli, H. (Hrsg.): *Einführung in die Publizistikwissenschaft*. Haupt UTB: Bern/Stuttgart/Wien: 101-133.

Dovermann, U. (Hrsg.) (2001): *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Eckert, R. (2013): *Radikalisierung – Eine soziologische Perspektive*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29-31: 11-17.

Eckert, R./Willems, U. (2002): Eskalation und Deeskalation sozialer Konflikte: Der Weg in die Gewalt, in: Heitmeyer, W./Hagan, J. (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 1457-1480.

Eisner, M. (2002): Langfristige Gewaltentwicklung. Empirische Befunde und theoretische Erklärungsansätze, in: Heitmeyer, W./Hagan, J. (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 58-81.

Entman, R. (2010): Media Framing Biases and Political Power: Explaining Slant in News of Campaign 2008, in: *Journalism* 11 (4): 389-408.

Entman, R. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm, in: *Journal of Communication* 43(4): 51-8.

Erb, R. (2003): Ideologische Anleihen, Geschichtsbilder und Symbole rechtsextremer Jugendgruppen – „Neonazis“ und „Skinheads“, in: Backes, U. (Hrsg.): *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*. Köln: Böhlau Verlag: 289-310.

Erikson, E. H. (1968): *Identity: Youth and Crisis*. New York: Norton.

Farin, K./Flad, H. (2001): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, in: Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.): *Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland*. Bad Tölz: Thomas Tilsner Verlag: 9-98.

Fetscher, I. (1989): Feindbild - Freundbild und Realismus in der Politik, in: *Psychosozial* 12: 9-18.

Fearon, J.D. (1999): *What is Identity (as We now Use the Word)?* (Unveröffentlichtes Papier). Online im Internet <https://web.stanford.edu/group/fearon-research/cgi-bin/wordpress/wp-content/uploads/2013/10/What-is-Identity-as-we-now-use-the-word-.pdf> [letzter Zugriff am 6.März 2016].

Fisher, G. (1997): *Mindsets: The Role of Culture and Perception in International Relations*. Yarmouth: Intercultural Press Inc.

Flade, F. (2013): Pro NRW, gebt acht, wenn ihr nachts schlafen geht, in: *Die Welt*, 13.03.2013.

Flade, F. (2012): Pro NRW will Muslime vor Moscheen provozieren, in: *Die Welt*, 29.04.2012.

Flohr, A.K. (1991): *Feindbilder in der internationalen Politik. Ihre Entstehung und ihre Funktion*. Münster/Hamburg: Lit.

Frei, D. (1985): *Feindbilder und Abrüstung: die gegenseitige Einschätzung der UdSSR und der USA. Eine Studie des Instituts der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung (UNIDIR)*. München: Beck.

Fridolin (1998): Fetisch der Gewalt oder die Geburt des Antifaschismus aus der Platzwunde?, in: *Interim*, 15.05: 21-23.

Frindte, W./Scheufele, B./Haußecker, N./Jirschitzka, J./Gniechwitz, S./Geschke, D./Wolf, K. (2011): *Terrorismus – mediale Konstruktion und individuelle Interpretation. Ein friedenswissenschaftlicher Beitrag zur medien- und sozialwissenschaftlichen Analyse und Bewertung terroristischer Bedrohungen in Deutschland*. Osnabrück: Deutsche Stiftung Friedensforschung.

Frohneberg, R./Steinberg, G. (2012): Videopropaganda und Radikalisierung, in: Steinberg, G. (Hrsg.): *Jihadismus und Internet: Eine deutsche Perspektive*. Berlin: SWP Stiftung Wissenschaft und Politik.

Früh, W. (2001): *Inhaltsanalyse: Theorie und Praxis*. Konstanz: UVK

Fuhrmann, M./Hünemann, M. (2014): *Äquidistanz. Der Kampf gegen links im Kontext des Extremismusmodells*, unveröff. Manuskript.

Gerhardt, V. (2012): *Öffentlichkeit: Die politische Form des Bewusstseins*. München: Beck.

Glaser, B./Strauss, A.L. (1967): *The discovery of grounded theory*. Chicago: Aldine.

Glaser, M. (2013): „Linke“ Militanz im Jugendalter - ein umstrittenes Phänomen, in: Schultens, R./Glaser, M. (Hrsg.): *„Linke“ Militanz im Jugendalter Befunde zu einem umstrittenen Phänomen*. Halle: Deutsches Jugendinstitut e.V.: 4-19.

Goffman, E. (1974): *Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience*. Cambridge: Harvard University Press.

Glaab, S. (2007): *Medien und Terrorismus – Auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

Golova, T. (2013): Identitätskonstruktion in Protesträumen der Berliner linksradikalen Szene, in: Schultens, R./Glaser, M. (Hrsg.): *„Linke“ Militanz im Jugendalter Befunde zu einem umstrittenen Phänomen*. Halle: Deutsches Jugendinstitut e.V.: 71-95.

Haunss, S. (2004): *Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Haunss, S. (2012): Gewalt und Gewaltlosigkeit in sozialen Bewegungen, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 25(4): 6-16.
- Haunss, S. (2013): Die Autonomen - eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus, in: Schultens, R./Glaser, M. (Hrsg.): „Linke“ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen. Halle: Deutsches Jugendinstitut, 26-46.
- Heinze, A.-S. (2013): Rechtspopulistische Parteien in Deutschland, in: *Journal EXIT-Deutschland: Zeitschrift für Deradikalisierung und Demokratische Kultur* 2: 186-213.
- Heitmeyer, W. (2002): *Deutsche Zustände*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W./Hagan, J. (2002): Gewalt. Zu den Schwierigkeiten einer systematischen internationalen Bestandsaufnahme, in: Heitmeyer, W./Hagan, J. (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 15-25.
- Hillmann, K.-H. (1994): *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart: Kröner.
- Huhnke, B. (1993): Intermediale Abhängigkeit bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder der seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen „Bild am Sonntag“ und „Der Spiegel“, in: Jäger, S./Link, J. (Hrsg.): *Die vierte Gewalt*. Duisburg: Diss: 213-266.
- Hohl, K. (2013): *Bürgerbewegung pro Deutschland (pro Deutschland). Parteiprofil*. Online im Internet: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestag-2013/165517/pro-deutschland> [letzter Zugriff am 20.05.2016].
- Horgan, J. (2008): From Profiles to Pathways and Roots to Routes: Perspectives from Psychology on Radicalization into Terrorism, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 618(1): 80-94.
- Hummel, K. (2009): *Salafismus in Deutschland: Eine Gefahrenperspektive* (Unveröffentlichtes Manuskript).
- Hutter, S./Teune, S. (2012): Politik auf der Straße: Deutschlands Protestprofil im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25–26: 9-17.
- Jacob, V. (2001): *Die Bedeutung des Islam für Jugendliche aus der Türkei in Deutschland*. Freiburg: Centaurus Verlag.
- Jahn, E. (1975): Entwicklung und Schwerpunkte der Friedensforschung in Nordamerika und Westeuropa, in: *Friedensanalysen 1: Schwerpunkt: Feindbilder*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, 55- 74.
- Jarren, O./Vogel M. (2008): Gesellschaftliche Selbstbeobachtung und Ko-Orientierung: Die Leitmedien der modernen Gesellschaft, in: Müller, D./Ligensa, A./Gendolla, P. (Hrsg.): *Leitmedien. Konzepte, Relevanz, Geschichte*. Bielefeld: Transcript: 21-35.
- Jaschke, H.-G. (2001): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe, Positionen, Praxisfelder*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jesse, E. (2011): Extremismus in Deutschland, in: Jesse, E. (Hrsg.): *Politischer Extremismus in den EU-Staaten*. Wiesbaden: VS Verlag: 83-98.

Jesse, E. (2006): Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): *Feindbilder und Radikalisierungsprozess. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus*. Berlin: Bundesministerium des Inneren: 5-22.

Jugendschutz.net (2011): *Multimedia, Gewalt und Subversion. Das jugendliche Webumfeld des Rechtsextremismus*. Online im Internet: <http://www.hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/dokumente/PDFs/rechtsterror.pdf> [letzter Zugriff am 6. März 2016].

Kane, M.-I. (2011): *Das Politikverständnis in linksautonomen Publikationsorganen*. Online im Internet: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/48464/das-politikverstaendnis-in-linksautonomen-publikationsorganen> [letzter Zugriff am 6. März 2016].

Katzenstein, P. (1996): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press.

Keller, R. (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse, in: Keller, R./Hirsland, A./Schneider W./Viehöver, W. (Hrsg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske + Budrich: 113-143.

Keller, R./Hirsland, A./Schneider W./Viehöver, W. (2001): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske + Budrich.

Kelman, H. C. (1965): Social-Psychological Approaches to the Study of International Relations, in: Kelman, H. C (Hrsg.): *International Behavior. A Social-Psychological Analysis*. New York: Holt, Rinehart and Winston.

Kischkel, R. (1989): Aufrüstung der Begriffe - Sprachliche Feindbilder. Konstrukte der Sprachkritik in der Analyse von Texten der schreibenden Presse, in: Burkhardt, A./ Hebel, F./Hoberg, R. (Hrsg.): *Sprache zwischen Militär und Frieden: Aufrüstung der Begriffe?* Tübingen: Gunter Narr Verlag: 201-215.

Koopmans, R./Olzak, S. (2000): Discursive Opportunities and the Evolution of the Right-Wing Violence in Germany, in: *The American Journal of Sociology* 110(1): 198-230.

Kopke, C./Jentsch, U./Schultz, G. (2013): *Feindbild Polizei? Wie reden Rechtsextreme über die Polizei*. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg: Potsdam.

Korteweg, R./Gohel, S./Heisbourg, F./Ranstorp, M./De Wijk, R. (2010): Background Contributing Factors to Terrorism: Radicalization and Recruitment, in: Ranstorp, M. (Hrsg.): *Understanding Violent Radicalisation: Terrorist and Jihadist Movements in Europe*. London and New York: Routledge, 21-49.

Kowert, P. (1998): Agent versus Structure in the Construction of National Identity, in: Kubáľková, V./Onuf, N./Kowert, P. (Hrsg): *International Relations in a Constructed World*. Armonk, NY: M. E. Sharpe: 101-122.

Kreissl, R./Sack, F. (1998): Framing - die kognitiv-soziale Dimension von sozialem Protest, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 11(4): 41-54.

Kuckartz, U. (2012): *Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim [u.a.]: Beltz-Juventa.

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2005): *Verfassungsschutzbericht 2004*. Erfurt: Landesregierung des Freistaats Sachsen.



- Lapid, Y./Kratochwil, F. (1996): *The Return of Culture and Identity in IR Theory*. Boulder: Lynne Rienner.
- Lebow, R. N. (2008): Identity and international relations, in: *International Relations* 22(4) 473–492.
- Linsky, M. (1986): *Impact: How the Press Affects Federal Policymaking*. New York: Norton.
- Lomax Cook, F./ Tyler, T.R./ Goetz, E.G./ Gordon, T. M./ Protess, D./ Leff, Donna R./ Moltoch, H.L. (1983): Media and Agenda Setting: Effects on the Public, Interest Group Leaders, Policy Makers, and Policy, in: *Public Opinion Quarterly* 47(1): 16-35.
- Ludwig-Mayerhofer, W. (2009) Qualitative Sozialforschung, in: *Internet-Lexikon der Methoden der empirischen Sozialforschung*. Online im Internet: [http://wlm.userweb.mwn.de/ein\\_voll.htm](http://wlm.userweb.mwn.de/ein_voll.htm) [letzter Zugriff am 6. März 2016].
- Ludwig-Mayerhofer, W. (2007): Codieren, in: *Internet-Lexikon der Methoden der empirischen Sozialforschung*. Online im Internet: [http://wlm.userweb.mwn.de/ein\\_voll.htm](http://wlm.userweb.mwn.de/ein_voll.htm) [letzter Zugriff am 6. März 2015].
- Madest, U. (2013): Linksextremistische Musik in Deutschland, in: Backes, U./ Gallus, A./ Jesse, E. (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 25*. Baden-Baden: Nomos: 136-149.
- Mannewitz, T. (2013): Ein Vierteljahrhundert nach dem „Ende der Geschichte“. Stand und Perspektiven der empirischen Extremismusforschung, in: Pfahl-Traughber, A. (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013*. Brühl/Rheinland: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung: 3-30.
- Mayring, P. (2000): Qualitative Inhaltsanalyse, in: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 1(2). Online im Internet: [https://www.ph-freiburg.de/fileadmin/dateien/fakultaet3/sozialwissenschaft/Quasus/Volltexte/2-00mayring-d\\_qualitativeInhaltsanalyse.pdf](https://www.ph-freiburg.de/fileadmin/dateien/fakultaet3/sozialwissenschaft/Quasus/Volltexte/2-00mayring-d_qualitativeInhaltsanalyse.pdf) [letzter Zugriff am 28. Oktober 2016].
- Mayring, P. (2003): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim und Basel: BeltzVerlag.
- Meijer, R. (2009): *Global Salafism*. London und New York: Hurst/Columbia University Press.
- Meleagrou-Hitchens, A./ Brun, H. (2013): *A Neo-Nationalist Network: The English Defence League and Europe's Counter-Jihad Movement*. London: ICSR.
- Militante Gruppe (mg). (2008): Ein kleines Selbstporträt. mg-express No. 1. Winter 2005, in: *Dokumentation X- Texte der militanten gruppe (mg) von 2001-2007*: 5-11.
- Mletzko, M. (2011): Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen im Vergleich, in: *Revue des sciences sociales* 46: 116-125.
- Mletzko, M. (2010): Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44: 9-16.
- Müller, D./ Ligensa, A./ Gendolla, P. (2009): *Leitmedien. Konzepte – Relevanz – Geschichte*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Musharbash, Y. (2014): *Berliner Ex-Rapper leistet Terrorgruppe den Treue-Eid*. Zeit-Online. Online im Internet: <http://blog.zeit.de/radikale-ansichten/2014/04/11/berliner-ex-rapper-in-syrien-leistet-terrorgruppe-den-treue-eid/> [letzter Zugriff am 8. März 2016].

Nacos, B. L./ Boch-Elkon, Y./ Shapiro, R. (2011): *Selling Fear: Counterterrorism, the Media, and Public Opinion*. Chicago: University of Chicago Press.

Nadoll, J. (2000): *Diskursanalyse und Außenpolitikforschung*. PAFE-Arbeitspapier 2. Universität Trier. Online im Internet: [http://www.phil.uni-passau.de/fileadmin/group\\_upload/61/Diskursanalyse\\_und\\_Aussenpolitikforschung.pdf](http://www.phil.uni-passau.de/fileadmin/group_upload/61/Diskursanalyse_und_Aussenpolitikforschung.pdf) [letzter Zugriff am 16. Februar 2016].

Nesser, P. (2006): Jihad in Europe: Recruitment for Terrorist Cells in Europe, in: Bokhari, L./ Hegghammer, T.R./ Lia, B./ Nesser, P./ Tonnessen, T.H. (Hrsg.): *Paths to Global Jihad: Radicalisation and Recruitment to Terror Networks. Proceedings from a FFI Seminar, Oslo, 15. März 2006*: 9-21. Online im Internet: <http://www.investigativeproject.org/documents/testimony/41.pdf> [letzter Zugriff am 6. März 2016].

Neugebauer, G. (2001): Extremismus-Linksextremismus-Rechtsextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Schuhbarth, W./Stöss, R. (Hrsg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Opladen: Verlag Leske & Buderich: 13-37.

Neumann, I. B. (1999): Uses of the Other, in: Neumann, I.B. (Hrsg.): *"The East" in European Identity Formation*. Manchester: Manchester University Press.

Nolting, H-P. (1992): Kein Feindbild ohne Selbstbild, in: Sommer, G./ Becker, J.M./ Rehbein, K. (Hrsg.): *Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften*. Marburg: 71-81.

Northrup, T. A. (1989): The Dynamic of Identity in Personal and Social Conflict, in: Kriesberg, L./ Northrup, T. A./ Thorson, S. (Hrsg.): *Intractable Conflicts and Their Transformation*. Syracuse: Syracuse University Press: 55-82.

Olsen, J. A. (2009): *Roads to Militant Radicalization: Interviews with Five Former Perpetrators of Politically Motivated Organized Violence*. DIIS-Report 12, Danish Institute for International Studies.

Ourghi, M. (2015): *Dschihadistische Legitimationen von Gewalt gegen Deutschland: Eine Analyse von Text- und Videodokumenten*. TERAS-INDEX Working Paper. [www.teras-index.eu](http://www.teras-index.eu).

Peters, R. (1996): *Jihad in classical and modern times*. Princeton: Markus Wiener Publ.

Pfahl-Traughber, A. (2014): *Linksextremismus in Deutschland: Eine kritische Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Pfahl-Traughber, A. (2014a): Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Die Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur, in: Pfahl-Traughber, A. (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (II)*. Brühl/Rheinland: Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung: 28-57.

Pfahl-Traughber, A. (2013): Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: Pfahl-Traughber, A. (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013*. Brühl/Rheinland: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung: 31-55.

Pfahl-Traughber, A. (2010): Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie. Zu den ideologischen Hintergründen und politischen Implikationen eines Kampfbegriffs. In: Pfahl-Traughber, A. (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010*. Brühl: Fachhochschule für öffentliche Verwaltung: 273–300.

Pfahl-Traugber, A. (2008): *Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie*. Online im Internet: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33612/antifaschismus?p=all> [letzter Zugriff am 6. März 2016].

Pfahl-Traugber, A. (2003): Freimaurer und Juden, Kapitalisten und Kommunisten als Feindbilder rechtsextremistischer Verschwörungsideologien vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, in: Backes, U. (Hrsg.): *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*. Köln: Böhlau: 193-243.

Pfahl-Traugber, A. (1998): Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9-10: 36–46.

Pfeiffer, T. (2013): Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet – der Rechtsextremismus als Erlebniswelt, in: Glaser, S./ Pfeiffer, T. (Hrsg.): *Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe Methoden Praxis der Prävention*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag: 44-64.

Potthoff, M. (2012): *Medien-Frames und ihre Entstehung*. Wiesbaden: Springer VS Verlag.

Pörksen, B. (2005): *Die Konstruktion von Feindbildern: Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Pritchard, D. (1992): The News Media and Public Policy Agendas, in: Kenamer, D. J. (Hrsg.): *Public Opinion, the Press, and Public Policy*. Westport: Praeger.

Puglisi, R. (2004): *Being the New York Times: the Political Behavior of a Newspaper*. Working Paper. Online im Internet: <http://ssrn.com/abstract=573801> [letzter Zugriff am 6. März 2016].

Ranstorp, M. (2010): Introduction, in: Ranstorp, M. (Hrsg.): *Understanding Violent Radicalisation: Terrorist and Jihadist Movements in Europe*. London and New York: Routledge: 1-18.

Reinke de Buitrago, S. (2013): Media Discourse on Jihadist Terrorism in Europe, in: *Journal of Terrorism Research* 4(2): 3-13.

Reinke de Buitrago, S. (2012): *Portraying the Other in International Relations: Cases of Othering, Their Dynamics and the Potential for Transformation*. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing.

Rieger, D./ Frischlich, L./ Bente, G. (2013): *Propaganda 2.0. Psychological Effects of Right-Wind and Islamic Extremist Internet Videos*. Köln: Luchterhand.

Rössler, P. (1997): *Agenda-Setting. Theoretische Annahmen und empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese*. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Risse, T. (2007): Außenpolitik und Identität, in: Schmidt, S./ Hellmann, G./ Wolf, R. (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag: 49-61.

Rousseau, D. L. / Miodownik, D. / Lux Petrone, D. (2001): *Identity and Threat Perception: An Experimental Analysis*. Paper presented at the Annual Convention of the American Political Science Association.

Rubin, J. Z. / Pruitt, D. G. / Kim, S. H. (1994): *Social Conflict: Escalation, Stalemate, and Settlement*. New York: McGraw-Hill.

- Rucht, D. (2002): Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung, in: Grumke, T./ Wagner, B. (Hrsg.): *Handbuch Rechtsradikalismus*. Opladen: VS Verlag: 75-86.
- Rucht, D. (2001): *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Said, B./Fouad, H. (2014): *Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam*. Freiburg: Herder.
- Schetsche, M. (1996): *Die Karriere sozialer Probleme. Soziologische Einführung*. München: Oldenbourg.
- Schäfers, B. (1986): *Öffentlichkeit*, in: Schäfers, B. (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. Opladen: Leske + Budrich: 220-221.
- Schäuble, M. (2011): *Dschihadisten – Feldforschung in den Milieus*. Berlin und Tübingen: Schiler Verlag.
- Scheufele, B. (2003): *Frames - Framing - Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schiffer, S. (2005): Der Islam in deutschen Medien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20: 23-30.
- Schmidtchen, G. (1981): *Terroristische Karrieren. Soziologische Analyse anhand von Fahndungsakten und Prozessakten. Lebenslaufanalysen. Bundesminister des Innern*. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Schneiders, G. (2010): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schneiders, G. (2014): *Salafismus in Deutschland: Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung*. Bielefeld: transcript.
- Schröder, Jens (2013): *Analyse: Der typische BILD-Leser*. 24. Januar. Online im Internet: <http://meedia.de/2013/01/24/analyse-der-typische-bild-leser/> [letzter Zugriff am 6. März 2016].
- Schubert, K./ Klein, M. (2011): *Öffentlichkeit*, in: *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz.
- Schuhmacher, N. (2014): *"Nicht nichts machen"? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa*. Duisburg: Salon Alter Hammer.
- Schwab, K. (1995): Die islamische Zeitbombe, in: *Nation Europa* 45(3): 5-9.
- Senghaas, D. (1981): *Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Senghaas, D. (1972): Zur Analyse von Drohpolitik in den internationalen Beziehungen, in: Senghaas, D. (Hrsg.): *Rüstung und Militarismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag: 28-93.
- Senghaas, D. (1971): *Kritische Friedensforschung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Senghaas, D. (1970): Einleitung, in: Senghaas D. (Hrsg.): *Friedensforschung und Gesellschaftskritik*. München: Fischer Verlag: 7-21.
- Senghaas, D. (1969): *Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Senghaas, D. (1968): Aggressivität und Gewalt. Thesen zur Abschreckungspolitik, in: Marcuse, H./ Mitscherlich, A./ Senghaas, D. (Hrsg.): *Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag: 128-144.

Sirseloudi, M. (2014a): Auguren der Neuzeit. Zur Früherkennung terroristischer Gewalt, in: Zoche, P./ Arnold, H. (Hrsg.): *Terrorismus und Organisierter Kriminalität*. Münster: Lit: 195-214.

Sirseloudi, M. (2014b): Why War matters in Jihadi Radicalisation, in: Brzoska, M. (Hrsg.): *Transnationale Gewaltrisiken*. Baden Baden: Nomos: 298-321.

Sirseloudi, M. (2012): The Meaning of Religion and Identity for the Violent Radicalisation of the Turkish Diaspora in Germany, in: *Terrorism and Political Violence* 24(5): 807-824.

Sirseloudi, M. (2011a): *Kassandras Erben. Eine vergleichende Untersuchung von Frühwarnsystemen im Bereich der Gewalteskalation anhand eines Challenge-Response-Modells*. Dissertation, Universität Augsburg.

Sirseloudi, M. (2010): Radikalisierungsprozesse in der Diaspora, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44: 39-43.

Sirseloudi, M. (2008b): Zwischen Assimilation und Abgrenzung. Die Bedeutung der Religion für die Identität der türkischen Diasporagemeinschaft in Deutschland, in: Oberdorfer, B./ Waldmann, P. (Hrsg.): *Ambivalenz des Religiösen. Religionen als Friedensstifter und Gewalterzeuger*. Freiburg: Rombach: 289-314.

Sirseloudi, M. (2008a): *Lokaler Konflikt im globalen Jihad. Kontextualisierung innerstaatlicher und internationaler Konflikte in die Ideologie des transnationalen Jihad*. Working Paper für den Arbeitskreis Theorie der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung. Online im Internet: [http://www.afk-web.de/fileadmin/afk-web.de/data/theorie/Workshop\\_Marburg/Sirseloudi-Terrorismus.pdf](http://www.afk-web.de/fileadmin/afk-web.de/data/theorie/Workshop_Marburg/Sirseloudi-Terrorismus.pdf) [letzter Zugriff am 6. März 2016].

Sirseloudi, M. (2006): *Assessment of the link between external conflicts and violent radicalization processes*. Study for the EU Expert Group on Violent Radicalisation. Brussels: EU Commission. Online im Internet: [www.ifsh.de/pdf/publikationen/sirseloudi.pdf](http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/sirseloudi.pdf) [letzter Zugriff am 6. März 2016].

Sirseloudi, M. (2005): *How to Predict the Unpredictable: On the Early Detection of Terrorist Campaigns*. In: *Defense & Security Analysis*, 21 (4):385-401.

Smith, A. D. (1991): *National Identity*. London: Penguin Books.

Sommer, G. (2004): *Feindbilder*, in: Sommer, G./ Fuchs, A. (Hrsg.): *Krieg und Frieden: Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie*. Weinheim, Basel und Berlin: Beltz Verlag: 303-316.

Sommer, G. (1991): Zur Relevanz von Feindbildern - am Beispiel des Golfkrieges, in: *Informationsdienst*: 48-58.

Spillmann, K. R./ Spillmann, K. (1989): *Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus*. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich.

Staud, T. /Radke, J. (2012): *Neue Nazis. Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

- Stein Gross, J. (2006): Psychological Explanations of International Conflicts, in: Carlsnaes, W. / Risse, T. / Simmons, B. A. (Hrsg.): *Handbook of International Relations*. London and Thousand Oaks and New Delhi: Sage: 292-308.
- Steimel, I. (2007): Feindbilder der rechten Szene, in: Steimel, I. (Hrsg.): *Musik und rechtsextreme Subkultur*. Aachen 2007: 363-457.
- Steinberg, G. (2013): *German Jihad: On the Internationalization of Islamist Terrorism*. New York und Chichester: Columbia University Press.
- Steinberg, G. (2005): *Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus*. München: C.H. Beck.
- Steininger, M./ Rotte, R. (2009): Crime, Unemployment, and Xenophobia?, in: Brenner, Th./Hirte, G. (Hrsg.): *Jahrbuch für Regionalwissenschaft* 29(1): 29-63.
- Strauss, A. L. (1994): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Sundermeyer, O. (2010): Bomben-Gedenken in Dresden: Neonazis scheitern mit Propagandamarsch. In: Spiegel-Online. 13. Februar 2010. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bomben-gedenken-in-dresden-neonazis-scheitern-mit-propagandamarsch-a-677718.html> [letzter Zugriff am 6. März 2016].
- Sutter, T. (2010): *Medienanalyse und Medienkritik. Forschungsfelder einer konstruktiven Soziologie der Medien*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Süddeutsche Zeitung (2010): *Dresden: Mord an Marwa El-Sherbini 16 Messerstiche, einer ins Herz*. 26. Oktober 2010. <http://www.sueddeutsche.de/politik/dresden-mord-an-marwa-el-sherbini-messerstiche-einer-ins-herz-1.127335> [letzter Zugriff am 6. März 2016].
- Talbot, S. (2007): "Us" and "Them": Terrorism, Conflict and (O)ther Discursive Formations, in: *Sociological Research Online*, 13(1)17: 13-34.
- Tajfel, H. (1978): *Differentiation between Social Groups*. London and New York: Academic Press.
- Tajfel, H./ Turner, J. C. (1979): An Integrative Theory of Intergroup Conflict, in: Austin, W. G./ Worchel, S. (Hrsg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey: Brooks/Cole: 33-47.
- Thomas, N. (2009): *Rechtsrock im Wandel. Eine Textanalyse von Rechtsrock-Bands*. Hamburg: Diplomica Verlag.
- Ullrich, P. (2012): Kulturvergleich, diskursive Gelegenheitsstrukturen und linke Nahostdiskurse, in: Keller, R./ Truschkat, I. (Hrsg.): *Methodologie und Praxis der wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1*. Wiesbaden: VS Verlag: 315-337.
- Wæver, O. (1995): Securitization and Desecuritization, in: Lipschutz, R. D. (Hrsg.): *On Security*. New York: Columbia University Press, S. 46-86.
- Wagemakers, J. (2012): *A Quietist Jihadi: The Ideology and Influence of Abu Muhammad al-Maqdisi*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wagner, W. (2006): Qualitative Inhaltsanalyse: Die soziale Konstruktion sicherheitspolitischer Interessen in Deutschland und Großbritannien, in: Siedschlag, A. (Hrsg.): *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 169-188.

- Weber, M. (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: J.C.B. Mohr Verlag.
- Weiss, H. (2002): Ethnische Stereotype und Ausländerklischees. Formen und Ursachen von Fremdwahrnehmungen, in: Liebhart, K./ Menasse, E./ Steinert, H. (Hrsg.): *Fremdbilder – Feindbilder – Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden*. Klagenfurt: Drava Verlag: 17-38.
- Weiß, W. W. (1986): Sozialisation, in: Schäfers, B. (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. Opladen: Leske + Budrich: 269-271.
- Weller, Christoph (2001): *Feindbilder. Ansätze und Probleme ihrer Erforschung*. Bremen: Universität Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS).
- Wetzstein, T. A./ Reis, C./ Eckert, R. (1998): Die Herstellung von Eindeutigkeit. 'Ethnozentrische' Gruppenkulturen unter Jugendlichen, in: Dünkel, F./ Geng, B. (Hrsg.): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien*. Greifswald: Forum Verlag: 139-176.
- Wiedemann, P. (1991): Gegenstandsnahe Theoriebildung, in: Flick, U. (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Sozialforschung*. München: PVU: 440-445.
- Wiedl, N. (2015): *Außenbezüge und ihre Kontextualisierung und Funktion in den Vorträgen ausgewählter salafistischer Prediger in Deutschland*. TERAS-INDEX Working Paper. [www.teras-index.eu](http://www.teras-index.eu).
- Wiktorowicz, Q. (2006): Anatomy of the Salafi Movement, in: *Studies in Conflict and Terrorism* 29: 207–239.
- Wiktorowicz, Q. (2005): *Radical Islam Rising. Muslim Extremism in the West*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Wiktorowicz, Q. (2003): *Islamic Activism. A Social Movement Theory Approach*. Bloomington und Indianapolis: Indiana University Press.
- Wilke, J. (2008): Historische und internationale Entwicklungen von Leitmedien. Journalistische Leitmedien in Konkurrenz zu anderen, in: Müller, D./ Ligensa, A./ Gendolla, P. (Hrsg.): *Leitmedien. Konzepte, Relevanz, Geschichte*. Bielefeld: Transcript, 29-52.

## **Anhang**

(Siehe auch die Einzelhinweise auf Quellen in den Fußnoten des Textes)



## I. Quellen zum linksautonomen/Antifa-Diskurs

A.C.K. (2008): *Nazis* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=tOUGssNBYSM> [letzter Zugriff am 30. Januar 2016].

Acousoptic ft. Tom Cruised (2009): *History X* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=wKkblhIHGGI> [letzter Zugriff am 30. Januar 2016].

AKAB Antikapitalistische Aktion Baltica (2012): *Dresden Nazifrei 2012 Antifa Mobi* (mit Musik von Boykott: Abriss) – Mobi-Video: <https://www.youtube.com/watch?v=50fU18tWIIQ> [letzter Zugriff 4. März 2016]

Arbeiterrevolte1 (2012): *Nazistrukturen bekämpfen-Verfassungsschutz abschaffen! Antifademo Nürnberg 31.03.2012* – Mobi-Video: <https://www.youtube.com/watch?v=VbHaB14WKkU> [letzter Zugriff am 30. Januar 2016].

Boykott (2012): *Abriss* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=SV1v3jgVYfQ> [letzter Zugriff am 30. Januar 2016].

Boykott (2012): *Mein Hass* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=HpP-DYX9RSg> [letzter Zugriff am 30. Januar 2016].

Captain Gips und Johnny Mauser (2012): *Nazi Freie Zone* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=oKNn93LBCek> [letzter Zugriff am 30. Januar 2016].

Irie Revoltes (2010): *Antifaschist* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=4eUhNbps7Is> [letzter Zugriff am 30. Januar 2016].

Kanal von antifanbgndord (2012): *Mobi-Video Antifa Demonstration 31. März in Nürnberg* – Mobi-Video: <https://www.youtube.com/watch?v=DOPAAkX5cQ> [letzter Zugriff am 30. Januar 2016].

Kurzer Prozess (2006/2008): *Nie mehr* – Musikvideo: [https://www.youtube.com/watch?v=PRvcE1mDJ\\_8](https://www.youtube.com/watch?v=PRvcE1mDJ_8) [letzter Zugriff am 30. Januar 2016].

La Résistance (2009): *Kein Platz in der Stadt* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=IEYJF-aKzjI> [letzter Zugriff am 30. Januar 2016].

Linus (2011): *Aufmucken gegen Rechts* – Musikvideo: [https://www.youtube.com/watch?v=IMltyb\\_xsjU](https://www.youtube.com/watch?v=IMltyb_xsjU) [letzter Zugriff am 30. Januar 2016].

Machtkampf (2010): *All die Jahre* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=8Hgp7bA4Otl> [letzter Zugriff am 4. März 2016].

Neonschwarz (2012): *Heimat im Herzen* – Musikvideo: [https://www.youtube.com/watch?v=Z6d\\_5HtkHYU](https://www.youtube.com/watch?v=Z6d_5HtkHYU) [letzter Zugriff 4. März 2016].

O.V. (29.01.2010): Mobilisierung nach Dresden - Naziaufmarsch in Dresden blockieren, in: *Interim* Nr. 704: 20.

O.V.(29.01.2010): Mobilisierung nach Dresden – Alte Mythen, neuer Aufguss, in: *Interim* Nr. 704: 21.

O.V. (2010): Kein Erbarmen für Nazis, Antifa! Here we are smash Nazidemo Aller guten Dinge sind drei?, in: *Interim* Nr. 706: Umschlag.

- O.V. (2010): Vorwort, in: *Interim* Nr. 706: 2.
- O.V. (26.03.2010): Gegen Nazis in Neukölln und Anderswo – Der lange Tag gegen Nazis, in: *Interim* Nr. 707: 3-4.
- O.V. (16.04.2010): Nazis in Berlin & 1. Mai – Zu den Angriffen auf Linke Projekte, 1. Mai und Walpurgisnacht, in: *Interim* Nr. 708: 4-7.
- O.V. (30.04.2010): Aufruf 1. Mai in Wuppertal – Heraus zur Autonomen 1. Mai Demo in Wuppertal – Recht auf ein würdiges Leben für alle!, in: *Interim* Nr. 709: 8.
- O.V. (30.04.2010): Gedenkdemo anlässlich des 10. Todestages von Dieter Eich, Niemand ist vergessen, in: *Interim* Nr. 709: 20-21
- O.V. (28.05.2010): 1. Mai/Sport – 1. Mai in Berlin zeigt Unfähigkeit zur Konfrontation auf der Straße, in: *Interim* Nr. 711: 8.
- O.V. (09.07.2010): Nazi-Überfall in Nürnberg – Fight Back! Nazistrukturen bekämpfen „Freies Netz Süd“ zerschlagen, in: *Interim* Nr.714: 23-24.
- O.V. (09.07.2010): „Rock für Deutschland“ abschalten, Gera – The Party Is Over! Europas größtes Nazifest Stoppen Blockieren Verhindern, 10.07.2010 Gera, in: *Interim* Nr. 714: 25.
- O.V. (03.09.2010): Sportteil, in: *Interim* Nr. 715: 28
- O.V. (17.09.2010): Gegen die Monatszeitschrift „Zuerst“ – Antifaschistisch aktiv werden, gegen die rechte Monatszeitschrift „Zuerst!“ denn: Zuerst ist das Allerletzte!, in: *Interim* Nr. 716: 25-27.
- O.V. (01.10.2010): Warnung vor 2 Personen (Weser-Ems) - Warnung vor zwei Personen im Weser-Ems-Gebiet, in: *Interim* Nr. 717: 12.
- O.V. (01.10.2010): Roter Oktober (Leipzig) - 16. Oktober: Bundesweite Mobilisierung gegen Leipziger Naziaufmärsche, in: *Interim* Nr. 717: 23.
- O.V. (27.11.2010): Gegen Heldengedenken in Essel – NS-Täter sind keine Opfer! Weg mit dem Heldengedenken!, in: *Interim* Nr. 720: 6.
- O.V. (01.04.2011): 1. Mai in Bremen – Den Menschen soll es duften oder revolutionärer Tanz in den Mai, Bremen 2011, in: *Interim* Nr. 726: 26.
- O.V. (15.07.2011): Tommy-Haus zu Nazi-Brandanschlägen – Was wir denken, was wir fühlen! Tommyhaus Statement zu den Brandanschlägen von rechts, in: *Interim* Nr. 730: 10.
- O.V. (26.08.2011): Aktion gegen Burschenschaften – Farbanschlag gegen die Burschenschaft Franconia, Himmelreichallee, in: *Interim* Nr. 731: 7.
- O.V. (26.08.2011): Anleitung Sirenenbau – Eine Bastelanleitung für den großen Krach, in: *Interim* Nr. 730: 18.
- O.V. (23.09.2011): Sachsen: § für'n Arsch!, in: *Interim* Nr. 732: 32-33.
- O.V. (21.10.2011): Satire „Vollautonome“ (ha ha ha.), in: *Interim* Nr. 733: 19.
- O.V. (25.05.2012): 1. Mai Nürnberg, Demo-Bericht – Der revolutionäre 1. Mai in Nürnberg, in: *Interim* Nr. 740: 7-8.

O.V. (22.06.2012): Naziaufmarsch in Bad Nenndorf – Resolution der Initiative „Kein Naziaufmarsch in Bad Nenndorf“ – „Gegen Geschichtsrevisionismus und Faschismus: den Naziaufmarsch blockieren!“, in: *Interim* Nr. 741: 24-26.

O.V. (2010a): *Autonome Vollversammlung Hamburg*. Online im Internet: [www.autonomevvhamburg.blogspot.de/](http://www.autonomevvhamburg.blogspot.de/) [letzter Zugriff am 6. März 2016].

O.V. (2010b): *Vollversammlung für autonome Politik NRW*. Online im Internet: [www.autonomepolitiknrw.blogspot.eu/](http://www.autonomepolitiknrw.blogspot.eu/). [letzter Zugriff am 6. März 2016].

O.V. (2011): *Autonome Vollversammlungen in Berlin*. Online im Internet: [www.avvberlin.blogspot.de/](http://www.avvberlin.blogspot.de/) [letzter Zugriff am 6. März 2015].

O.V. (2012): *Kampagne organize!* Online im Internet: [www.organize.blogspot.eu/](http://www.organize.blogspot.eu/) [letzter Zugriff am 6. März 2016].

Slime (2008): *Nazis Raus!* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=GQLsll3Cjc4> [letzter Zugriff 4. März 2016].

Swiss (2008): *Was los Glatze* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=kJeJGxg9pvk> [letzter Zugriff am 10. Februar 2016].

utopieTV (2012): *Nazidemo in Hamburg blockieren, durchprügeln, eskalieren; 02.06.2012* (utopieTV-doku-video) – Mobi-Video: [https://www.youtube.com/watch?v=xObS\\_DNWC8I](https://www.youtube.com/watch?v=xObS_DNWC8I) [letzter Zugriff am 10. Februar 2016].

WIZO (2014): *Ganz klar gegen Nazis* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=GgZj23G9wrl> [letzter Zugriff am 10. Februar 2016].

ZSK (2013): *Antifascista* – Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=q15qLdQ9bNM> [letzter Zugriff am 10. Februar 2016].

## II. Quellen zum Anti-Antifa-Diskurs

Aktionsbund Freising: *Kein Jahr. Kein Bock auf Pseudos*, <http://logr.org/aktionsbund/> [letzter Zugriff am 6. Januar 2016].

Anti-Antifa Ludwigsburg (2012a): *Daniel Behrens aus Bietigheim-Bissingen und die Antifa*. Online im Internet: <https://antiantifa01.wordpress.com/2012/02/11/daniel-behrens-aus-bietigheim-bissingen-und-die-antifa/> [letzter Zugriff am 17. Dezember 2015].

Anti-Antifa Ludwigsburg (2012b): *Ludwigsburger Kreiszeitung und die Doppelmoral*. Online im Internet: <https://antiantifa01.wordpress.com/2012/01/17/ludwigsburger-kreiszeitung-und-die-doppelmoral/> [letzter Zugriff am 17. Dezember 2015].

Anti-Antifa Ludwigsburg (2012d): *Nazi-Leaks abschalten!* Online im Internet: <https://antiantifa01.wordpress.com/2012/01/13/nazi-leaks-abschalten/> [letzter Zugriff am 17. Dezember 2015].

Anti-Antifa Ludwigsburg (2011): Thomas Trüten – linksradikaler Hetzer aus Esslingen. Online im Internet: <https://antiantifa01.wordpress.com/2011/10/29/thomas-truten-linksradikaler-hetzer-aus-esslingen/> [letzter Zugriff am 22. Dezember 2015].

Anti-Antifa Ludwigsburg (2010a): Kein Fußbreit der Antifa (1. August), <https://antiantifa01.wordpress.com/> [letzter Zugriff am 17. Dezember 2015].

Anti-Antifa Ludwigsburg (2010b): *Linke Journaille am Rande – was machen sie und was lässt sich dagegen tun?* Online im Internet: <https://antiantifa01.wordpress.com/2010/08/20/> [letzter Zugriff am 17. Dezember 2015].

Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. (NPD) (2012a): *168 Seiten rechte Metapolitik aus der Dresdner Theorie Werkstatt*. Online im Internet: <http://heimat-bildungswerk.de/2012/04/17/168-seiten-rechte-metapolitik-aus-der-dresdner-theorie-werkstatt/#more-62> [letzter Zugriff am 22. Dezember 2015].

Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. (NPD) (2012b): *Mut zur Identität: Das Eigene erkennen und verteidigen!* Online im Internet: <http://heimat-bildungswerk.de/2012/06/05/mut-zur-identitaet-das-eigene-erkennen-und-verteidigen/#more-65> [letzter Zugriff am 22. Dezember 2015].

Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. (NPD) (2011b): *Strategisches Oberziel ist und bleibt der Erhalt des deutschen Volkes!* – *„Konzept Rechtspartei statt Konzept Weltanschauungspartei*. Online im Internet: <http://heimat-bildungswerk.de/2011/05/30/%E2%80%99Strategisches-oberziel-ist-und-bleibt-der-erhalt-des-deutschen-volkes-konzept-rechtspartei-statt-konzept-weltanschauungspartei/#more-36> [letzter Zugriff am 22. Dezember 2015].

Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. (NPD) (2010a): *Deutschland und Europa verteidigen*. Online im Internet: <http://heimat-bildungswerk.de/2010/12/06/deutschland-und-europa-verteidigen/#more-33> [letzter Zugriff am 22. Dezember 2015].

Diehl, R./ Reinartz, D./ Tiedemann, F. (2012): Ich, Gottvater!, in: *Zuerst!* 8-9: 8-16.

- Division Germania (2004): *Anti-Antifa* - Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=pYyjd1UEA68> [letzter Zugriff am 15. Dezember 2015].
- Eckner, H./ Brandner, S./ Warnke, H. X. (2010): Stampf in den Mai, in: *Zuerst!* 6: 20-22.
- Freie Kräfte Greifswald (2011a): *Chronik 2011*. Online im Internet: [http://logr.org/nsgreifswald/?page\\_id=397](http://logr.org/nsgreifswald/?page_id=397) [letzter Zugriff am 23. Dezember 2015].
- Freie Kräfte Greifswald (2011b): *Demonstrationsbericht zu Teterow*. Online im Internet: <http://logr.org/nsgreifswald/?p=501> [letzter Zugriff am 23. Dezember 2015].
- Freie Kräfte Greifswald (2010): *Chronik 2010*. Online im Internet: [http://logr.org/nsgreifswald/?page\\_id=76](http://logr.org/nsgreifswald/?page_id=76) [letzter Zugriff am 23. Dezember 2015].
- Freie Nationalisten Kiel (2012): *Farbe bekennen!* Online im Internet: <http://logr.org/fnki/> [letzter Zugriff am 17. Dezember 2015].
- Gewe, M. H. (2011): *220 auf Demonstration in Teterow*. Online im Internet: <http://www.mupinfo.de/?p=9148> [letzter Zugriff am 23. Dezember 2015].
- Heinitz, K. (2011): *Die Heckenschützen*, in: *Zuerst!* 8-9: 32-35.
- Institut für Staatspolitik (IfS) (unbekannt): *Arbeitsgebiete*. <http://staatspolitik.de/institut/arbeitsgebiete/> [letzter Zugriff am 12. Dezember 2015].
- Kategorie C (2011): *Antifa halts Maul!* - Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=2A1CVGZ8QSk> [letzter Zugriff am 15. Dezember 2015].
- Kraftschlag (2011): *HaHaHa Antifa* - Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=bcD0TmN8DJI> [letzter Zugriff am 15. Dezember 2015].
- Krawallbrüder (2012): *Blut, Schweiß Und Keine Tränen* - Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=JFo0LX-pQrQ> [letzter Zugriff am 6. Februar 2016].
- Krüger, D. (2010): Klima der Angst, in: *Zuerst!* 1: 20.
- O.V. (2012): Linke Gewalt ufert aus, in: *Zuerst!* 3: 24.
- O.V (2012): Linke Gewaltorgie in Hamburg, in: *Zuerst!* 7: 25.
- O.V. (2012): Anti-Antifa. Lied, <https://www.youtube.com/watch?v=2VA81RalxhQ>, Letzter Zugriff am 15. Januar 2016.
- Nationaler Beobachter (2011): *Und täglich hetzt die Linksjournaille*. Online im Internet: <https://natbeobachter.wordpress.com/2011/08/18/und-taglich-hetzt-die-linksjournaille/> [letzter Zugriff am 23. Dezember 2015].
- Nationale Sozialisten Nürnberg (unbekannt): *Anti Antifa*. Online im Internet: <http://logr.org/nasonbg/antiantifa/> [letzter Zugriff am 22. Dezember 2015].
- Nordfront (2009): *HuHa Antifa* - Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=DMPjII51PDY> [letzter Zugriff am 19. Januar 2016].

Bild.de (unbekannt): *NSU-Bekennervideo*. Online im Internet: <http://www.bild.de/video/clip/mord/propaganda-video-der-killer-nazis-21035344.bild.html> [letzter Zugriff am 19. Januar 2016].

Nürnberg 2.0 Deutschland (2011): *Startseite*. Online im Internet: <http://wiki.artikel20.com/index.php?n=Main.Info> [letzter Zugriff am 7. März 2016].

Nürnberg 2.0 Deutschland (2011): *Akten*. Online im Internet: <http://wiki.artikel20.com/index.php?n=Akten.Akten> [letzter Zugriff am 7. März 2016].

Ochsenreiter, M./ Overdorf, R./ Berndt, H. (2010): Angriff von Links, in: *Zuerst!* 3: 8-15.

Pastörs, U. (2012): *Facebook-Profil des Stellvertretender NPD-Bundesvorsitzende und NPD-Abgeordneter im Landtag Mecklenburg-Vorpommern*. Online im Internet: <https://de-de.facebook.com/udo.pastoers> (28. Juli) [letzter Zugriff am 16. Dezember 2015].

Pastörs, U. (2011a): *Facebook-Profil des Stellvertretender NPD-Bundesvorsitzende und NPD-Abgeordneter im Landtag Mecklenburg-Vorpommern*. <https://de-de.facebook.com/udo.pastoers> (29. Juli) [letzter Zugriff am 16. Dezember 2015].

Pastörs, U. (2011b): *Facebook-Profil des Stellvertretender NPD-Bundesvorsitzende und NPD-Abgeordneter im Landtag Mecklenburg-Vorpommern*. <https://de-de.facebook.com/udo.pastoers> (1. August) [letzter Zugriff am 16. Dezember 2015].

Pastörs, U. (2011c): *Facebook-Profil des Stellvertretender NPD-Bundesvorsitzende und NPD-Abgeordneter im Landtag Mecklenburg-Vorpommern*. <https://de-de.facebook.com/udo.pastoers> (8. August) [letzter Zugriff am 16. Dezember 2015].

Petereit, D. (NPD) (2012): *Konzept zur Eindämmung des linksextremen Gewalt vorlegen!* (Antrag der NPD auf der 20. Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, 21. Juni). Online im Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=NMQEUpaqYpU> [letzter Zugriff am 23. Dezember 2015].

Projekt Chaos (2009): *Antifaschlampe* - Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=xoz4GHmTtyw> [letzter Zugriff am 19. Januar 2016].

Reichel, H. (2012): Der größte Lump, in: *Zuerst!* 2: 22-23.

Tiedemann, F. (2011): Polizisten als Freiwild, in: *Zuerst!* 2: 20-21.

Volksfront Medien (2008): *Deutsche gegen Antifa* - Musikvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=wMiV-icQMh0> [letzter Zugriff am 15. Januar 2016].

### III. Quellen zum muslimfeindlichen Diskurs

- Beisicht, M. (2011): *Neujahrsempfang 2011 Rede Beisicht Teil 1* – Video: <https://www.youtube.com/watch?v=9bzqbZEkrEE> [letzter Zugriff am 8. Februar 2016].
- Beisicht, M. (2012): *Pro NRW Demo gegen Islamistenkongress 9.6.2012 - Rede Markus Beisicht* – Video: <https://www.youtube.com/watch?v=kUj4gvZeBHU> [letzter Zugriff am 15. Januar 2016].
- Beisicht, M. (2012): *Pro NRW Demo-Köln-1-Markus Beisicht 1 – Rede - 08.05.2012* – Video: <https://www.youtube.com/watch?v=ynEG7NoUt1Q&spfreload=10> [letzter Zugriff am 8. Februar 2016].
- Fiedler, T. (Pro NRW) (2012): *Hasta la Vista, Salafista! – Kundgebung gegen DAWA FFM, 23.06.12 – Rede Tony Fiedler, Pro NRW* – Video: [https://www.youtube.com/watch?v=TAIRexu\\_Vg](https://www.youtube.com/watch?v=TAIRexu_Vg) [letzter Zugriff am 15. Januar 2016].
- Fjordman (P. A. N. Jensen) (2006): *Der Eurabia Code I-IV* (Deutsche Übersetzung). Online im Internet: <http://de.europenews.dk/-Fjordman-DER-EURABIA-CODE-TEIL-1-81862.html> [letzter Zugriff am 8. Februar 2016].
- Kiwitt, E. (2012): *Das Islam-Prinzip. Betrachtungen zu einer ganzheitlichen (totalitären) „Religion“ oder Warum es keine „Islamisten“ gibt.* [https://islamprinzip.files.wordpress.com/2015/08/das-islam-prinzip\\_02210h-20o.pdf](https://islamprinzip.files.wordpress.com/2015/08/das-islam-prinzip_02210h-20o.pdf) [letzter Zugriff am 10. Februar 2016].
- O.V. (2013a): *Zur Geschichte von „Bürgerbewegung Pax Europa“.* Online im Internet: <http://www.paxeuropa.de/bpe/geschichte-der-bpe/> [www.organize.blogspot.eu/](http://www.organize.blogspot.eu/) [letzter Zugriff am 6. März 2016].
- O.V. (2013b): *Über uns.* Online im Internet: <http://diefreiheit.org/home/uber-uns/> [letzter Zugriff am 6. März 2016].
- O.V. (2013c): *Leitlinien.* Online im Internet: <http://www.pi-news.net/leitlinien/> [letzter Zugriff am 6. März 2016].
- O.V. (2013e): *Konzept.* Online im Internet: <http://www.pro-deutschland-online.de/?p=13> [letzter Zugriff am 6. März 2016].
- O.V. (2013d): *Grundsatzprogramm 2.0. Die Freiheit.* Online im Internet: <http://diefreiheit.org/home/wp-content/uploads/2013/03/Grundsatzprogramm-2.o-Endversion-1.pdf> [letzter Zugriff am 6. März 2016].
- O.V. (2013g): *Wahlprogramm. Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013,* [http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2013/05/2013\\_Wahlprogramm.pdf](http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2013/05/2013_Wahlprogramm.pdf) [letzter Zugriff am 6. März 2016].
- Pro Deutschland (2010): *Programm.* Online im Internet: [http://www.pro-deutschland-online.de/?page\\_id=1054](http://www.pro-deutschland-online.de/?page_id=1054) [letzter Zugriff am 10. Februar 2016].
- Pro Köln (2015): *Anders als die andern!* Online im Internet: <http://pro-koeln.org/programm/> [letzter Zugriff am 10. Februar 2016].
- Pro NRW (2014a): *Heimat, Freiheit, Tradition!* Online im Internet: <http://pro-nrw.net/pro/forderungen/identitaet-zuwanderung/> [letzter Zugriff am 10. Februar 2016].

Pro NRW (2014b): *Familien- und Sozialpolitik neu denken!* Online im Internet: <http://pro-nrw.net/pro/forderungen/familie-soziales/> [letzter Zugriff am 10. Februar 2016].

Raddatz, H.-P. (2010): *Der Islam auf dem Vormarsch - Videovortrag von Dr. Hans-Peter Raddatz* – Video: <http://www.paxeuropa.de/2014/02/der-islam-auf-dem-vormarsch-videovortrag-von-dr-hans-peter-raddatz/> [letzter Zugriff am 8. Februar 2016].

Stadtkewitz, R. (2009): *Rede von René Stadtkewitz bei der BPE Kundgebung in Berlin – 3.10.2009* – Video: <https://www.youtube.com/watch?v=O9sKQJhgLrl> [letzter Zugriff am 10. Februar 2016].

Schmitz, S. (GDL) (2012): *Grußworte von Siegfried Schmitz (GDL) bei der PRO-NRW-Demo vom 27.10.2012 in Wuppertal* – Video: <https://www.youtube.com/watch?v=G8xSZ7m-uP0> [letzter Zugriff am 15. Januar 2016].

Stadtkewitz, R. (2013): *Die Freiheit: Jetzt redet René Stadtkewitz!* Online im Internet: <http://www.pi-news.net/2013/10/die-freiheit-jetzt-redet-rene-stadtkewitz/> [letzter Zugriff am 15. Januar 2016].

Stürzenberger, M. (2015): *Islaminvasion nach Deutschland.* Online im Internet: <http://www.pi-news.net/2015/09/islam-invasion-nach-deutschland/> [letzter Zugriff am 15. Januar 2016].

Stürzenberger, M. (Landesvorsitzender, Die Freiheit Bayern) (2012): *Videokommentar: Moslem-Mordbefehl gegen deutsche Bürger* – Video: <https://www.youtube.com/watch?v=5ALDDNXnY4w> [letzter Zugriff am 8. Februar 2016].

Uckermann, J. (Pro NRW) (2013): *Pro NRW stellt sich gegen Salafisten in Mönchengladbach* – Video: <https://www.youtube.com/watch?v=KDjq-6cOcr0>, [letzter Zugriff am 8. Februar 2016].

Ye'or, B. (G. Littman) (2005): *Eurabia: The Euro-Arab Axis.* Fairleigh Dickinson Univ. Press, Madison NJ.



#### IV. Quellen zum militanten Salafismus / dschihadistischen Diskurs

Abu Dujana (2012): *Stellungnahme Solingen* – Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=mfjGlgOT2bw> [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Abu Ibraheem (Yassin Chouka) (2012): *Tod der pro-NRW* – Video:

[http://www.dailymotion.com/video/x1ab9dv\\_jundullah-studio-presents-in-german-tod-der-pro-nrw-death-of-the-pro-nrw-north-rhine-westphalia-regi\\_travel](http://www.dailymotion.com/video/x1ab9dv_jundullah-studio-presents-in-german-tod-der-pro-nrw-death-of-the-pro-nrw-north-rhine-westphalia-regi_travel) [letzter Zugriff am 31. Dezember 2016].

Abu Ibraheem (Yassin Chouka) (2011): *Mutter bleibe standhaft* – Video:

[https://www.youtube.com/watch?v=N2osH0s\\_ig0](https://www.youtube.com/watch?v=N2osH0s_ig0) [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Abu Ibrahim (Hasan Keskin) (2012): *Die Dawah in Solingen – Deutschland und deren Härte* (unvollständig) – Video <https://www.youtube.com/watch?v=JYHTwR7Epos> [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Abu Ibrahim (Hasan Keskin) (2012): *Die Wahrheit von Solingen* – Video:

<http://www.diewahrereligion.de/jwplayer/player.html?skin=darksunset.zip&playlist=over&plugins=vi-ral-2%2Cfbt-1&autostart=true&file=videos%2FDie+wahrheit+von+Solingen.mp4> [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Abu Umar al-Almani (2012) „Die modernen Strategien der Kuffar und Murtaddin zur Bekämpfung des Islam von innen . [www.ahlu-sunnah.com/attachment.php?attachmentid=4991&d=1338849529](http://www.ahlu-sunnah.com/attachment.php?attachmentid=4991&d=1338849529) [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Abu Talha Al-Almani (2012): *Aufruf zur Demo in Köln 08.05.2012* – Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=QiiMrZjHX5w> [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Abu Talha Al-Almani (2012a): Miqdad: *Labbayk* (Nasheed) – Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=qd8PinG1qLE> [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Abu Talha Al-Almani (2012b): *Dies ist die Grenze* – Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=E38OtST944k> [letzter Zugriff am 8. Februar 2016].

Abu Waleed/ Abu Muhwahhid (2012): *Message to Millatu Ibrahim* – Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=7peZxh92iaw> [letzter Zugriff am 7. März 2016].

Al Awlaki, A. (2011): *Why the world hates America* – *Shaykh Anwar al Awlaki* – Video:

[https://www.youtube.com/watch?v=e-jf462h\\_Is](https://www.youtube.com/watch?v=e-jf462h_Is) [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Azzam, A. (unbekannt): *Die Verteidigung der muslimischen Länder. Die erste Verpflichtung nach dem Iman*. Online im Internet: [www.ahlu-sunnah.com/attachment.php?attachmentid=51&d](http://www.ahlu-sunnah.com/attachment.php?attachmentid=51&d). [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Ben Abda, S. (2012): *Sabri Vs. Pro NRW und Medien Festnahme nach Interview Part* – Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=1xfggsa34Q> [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Falk, B. (2012): *Muntasir bi-llah im Interview am 05.05.2012 in Bonn* – Video

<https://www.youtube.com/watch?v=08Sn3ExEy6A> [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Dawa Sabilillah (2012): *DAS IST DEUTSCHLAND NICHT SYRIEN 2! - Pro NRW die Wahrheit von Bonn* ( Gegendemo der Muslime) – Video: <https://www.youtube.com/watch?v=9VIR4P94mxA> [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Vogel, P. (2012): *Pierre Vogel - Stellungnahme Solingen* – Video:  
<https://www.youtube.com/watch?v=ydLGuL9Q5SE> [letzter Zugriff am 2. Februar 2016].

Vogel, P. (2010): *Islam über Kundgebungen!* <https://www.youtube.com/watch?v=ZfcYjeze6sA>  
[letzter Zugriff am 14. Juni 2015].